

Interview mit Thomas Borge S. 20

Arbeiterkampf

Jg. 18 Nr. 290, 11. 1. 88 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

„Cobra Verde"

Werner Herzog, Cobra Verde, Riefenstahl? „Harmonie und Schönheit" — die Unversehrtheit der Bilder auf Kosten der Humanität. Faschistoide Ästhetik? Eine filmische Kriegserklärung an die Dritte Welt. Auch Herzog hat seine Nuba. Die Verherrlichung des Größenwahnsinns. Kinski. Seite 32

Palästinas Jugend im Aufstand

Der Oktober war eigentlich ein ganz normaler Monat im Gasa-Streifen. Am 10.10. wird eine Demonstration von Schülern und Studenten durch israelisches Militär mit Gewehrschüssen aufgelöst; fünfzehn PalästinenserInnen zwischen zehn und dreißig Jahren tragen Schußverletzungen davon. Am 29.10. werden die Häuser von vier palästinensischen Familien von der Besatzungsmacht zerstört. Am 31.10. überfallen israelische Soldaten eine Schule, dreißig Schüler tragen (zumeist Kopf-)Verletzungen davon.

Und auch der November verlief durchaus der Norm entsprechend. Am 1.11. wird einer Bewohnerin des Flüchtlingslagers Jabalia in den Hals geschossen. Am 8.11. werden von israelischem Militär zehn Jugendliche in einer Moschee verhaftet und in das Internierungslager „Ansar 2" gebracht. Am 10.11. wird eine sechzehnjährige Schülerin von einem Siedler mit Gewehrschüssen getötet (der Killer ist inzwischen gegen Kaution auf freiem Fuß). Am 11.11. werden zwei vierzehnjährige Schülerinnen in der Stadt Gasa durch Schüsse verletzt. Am 19.11. werden vier Palästinenser in ihrem Wagen angeschossen. Am selben Tag wird ein vierzehnjähriger Bewohner des Lagers Jabalia angeschossen und während seiner medizinischen Versorgung im Schifa-Hospital verhaftet. Am 20.11. wird eine Protestdemonstration gegen die Abschiebung eines Palästinensers unter Einsatz von Gummigeschossen aufgelöst, zahlreiche Verletzte müssen im Krankenhaus behandelt werden. Am 29.11. wird dem Prediger der Katiba Moschee vom Militärgouverneur mit Ausweisung gedroht, weil seine Predigten einen patriotischen Inhalt hätten.

Same procedure as every month!



Wie gehabt auch das Vorgehen der Besatzer gegen Schulen und andere Ausbildungseinrichtungen. Alle Schüler der al-Manfalouti Sekundarschule werden auf andere Schulen in Rafah und Khan Younis (Städte im Gasa-Streifen) verteilt; die Al-Karmel Sekundarschule in Gasa wird ganz geschlossen, die Schüler werden auf zwei andere Schulen verteilt; Schüler der Haschim Ibn Abd-Manaf-Schule werden auf zwei andere Schulen verteilt; 120 Schüler der Yaffa Sekundarschule werden auf eine andere Schule geschickt. Hinzu kommt die Schließung zahlreicher weiterer Schulen und Ausbildungseinrichtungen durch die Besatzer im Oktober und November für ein bis vier Wochen.

Angesichts der in den über zwanzig Jahren der Besatzung planmäßig betriebenen Verelendung der Bewohner des Gasa-Streifens und des ungehemmten Einsatzes der Politik der „Eisernen Faust" (wie sie in ihrer Auswirkung oben für zwei Monate beispielhaft dargestellt wurde) ist es einigermaßen albern, wenn nun „ganz Israel" behauptet, von dem Aufstand im Gasa-Streifen „überrascht" worden zu sein. Fortsetzung Seite 16

AIDS Vom Knast zur Internierung S. 12

Götz Aly: Tuberkulose und „Euthanasie" S. 14

1988 beginnt atomfeindlich

Entsorgungslüge geplatzt

Den Jahreswechsel wird die Atomindustrie nicht so schnell vergessen und wohl auch nicht so schnell verwinden. Erst ein grenzüberschreitender Atommüll-Skandal mit Ausgangspunkt Hanau, mit einer Hundertschaft bestochener Ingenieure und Angestellter aus Elektrizitätsunternehmen und Atomkraftwerken, mit zwei Toten, illegalen Nukleartransporten, falsch deklarierten Abfällen und einer abenteuerlichen Jagd quer durchs Land nach Fässern mit radioaktivem Inhalt. Dann die vertrauenserweckende Nachricht, daß das wahre Ausmaß des Strahlenunfalls im englischen Windscale vor 30 Jahren auf Anweisung der Londoner Regierung vertuscht wurde. Dann die Enthüllung, daß Bestechung und Betrug im großen Stil auch beim Brüterprojekt in Kalkar praktiziert wurden. Ob vielleicht sogar die Plutoniumpreise nach dem Raketenabkommen fallen, wissen wir nicht. Aber man kann sich vorstellen, daß die Tatsache des niedrigen Dollars und der anhaltend niedrigen Ölpreise die Nuklearbranche weiter bedrücken, auch wenn darüber zuletzt gesprochen wird. Die Affäre Transnuklear/NUKEM löste einen Erdrutsch aus und sprach jeder Beteuerung von der gesicherten atomaren Entsorgung Hohn. Diese aber ist nach offizieller Darstellung Voraussetzung für die Genehmigung und den Betrieb der Atomkraftwerke. Ein Wechsel ist geplatzt. Er war noch nie gedeckt.

Wir verfolgen die Spuren, die von Hanau nach Belgien führen, und spüren den ungeklärten Fragen und mysteriösen Todesfällen nach.

Wir leisten uns einen Blick dreißig Jahre zurück. Windscale im Jahre 1957, was wurde da in welchem Interesse vertuscht?

„Szenen einer nuklearen Bananenrepublik — Hanau, das ist kein plötzliches Versagen bei Transnuklear, das ist eine Kette von Vertuschungen und Skandalen. Hanau ist NUKEM, ALKEM und Transnuklear.

Seite 9

Ausschlüsse

aus den DGB-Gewerkschaften sind nicht nur ein Thema der siebziger Jahre. Nach Betriebsratswahlen steigt die Zahl der Verfahren. Wir liefern eine Übersicht. Neu ist allerdings, daß jetzt auch Betriebslinke ausschließen lassen. Was ist los bei Klöckner in Bremen? Seite 27

Gewalt

Schon wieder? Als Grüner muß man. Jürgen Reents und Michael Stamm nehmen die reale Heuchelei bekennender Grüner über Gewaltlosigkeit aufs Korn. Die Verrechtsstaatlichung der Grünen hätte die gewaltsame Räumung in der Hafenstraße nicht behindert. Das war kein Erfolg für Realos. Seite 25

Autonome DKP

Sensation? Autonom von Moskau? Nein, die DKP hat die Autonomen entdeckt und wirft die Netze aus. „Marxisten sollten das Gespräch mit Autonomen suchen. Das Bedürfnis nach ernsthafter Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus bei Autonomen ist groß." Seite 31

Terroristinnen made by BKA

Hundertneunundzwanzig A, das ist keine Hausnummer, sondern ein Paragraph des Strafgesetzbuchs, der unangenehmen Hausbesuch des Bundeskriminalamtes bedeuten kann. Der Verdacht auf 129a („Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung") richtete sich im konkreten Fall am 18.12. vor allem gegen Frauen und Einrichtungen, die wissenschaftlich und aufklärend zu den Zielen, Methoden und Folgen der Gentechnologie und zur Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt, gegen die Asylpolitik und Sextourismus arbeiten. In Essen wurde das Genarchiv durchsucht, in Hamburg, Bochum, Düsseldorf, Hannove und Köln wurden mindestens 33 Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mehrere Frauen wurden wegen Verdachts auf RZ- oder „Rote Zora"-Mitgliedschaft gesucht. Druckereien wurden durchsucht, die TAZ in Hamburg und Bochum in der redaktionellen Arbeit behindert. Ulla P. aus Hamburg sowie die Kölner frühere EMMA-Journalistin Ingrid Strobl wurden als Terroristinnen verdächtigt, festgenommen und sitzen seither in U-Haft.

Wir rufen zur praktischen Solidarität mit den eingeknasteten Frauen auf.

Wir berichten über die BKA-Aktion, ihre Ziele und Folgen.

Die staatlichen Ermittlungsbehörden schlagen eine schärfere Gangart gegen das „terroristische Umfeld" ein. Vor diesem Hintergrund sind die neuen Gesetze zu Demorecht-Einschränkung, Strafrechtsverschärfungen und die befristete Kronzeugenregelung zu sehen. Wir behandeln die gesetzlichen Neuerungen und ihre Bedeutung ebenfalls in diesem AK. Seite 6

Rheinhausen bewegt das Revier

Eine neue Form von Arbeiterwiderstand sorgt bereits in der fünften Woche für Schlagzeilen. Stahlarbeiter halten eine Region in Atem mit Straßenblockaden, Vorstandsetagen stürmen, Eier schmeißen, Blüm besudeln, nicht arbeiten, Gottesdiensten im Walzwerk lauschen, Weihnachten auf der Straße feiern, als Kruppianer Mannesmänner besuchen und von der Arbeit abhalten, nachts lärmend durch die Straßen demonstrieren. An ihrem Anliegen ist aktuell kein Vorbeikommen.

Doch die Frage bleibt: Was kommt nach diesen Tagen aufopferungsvollen Kampfes? Wird er enden wie bei HDW in Hamburg oder bei Thyssen in Hattingen oder auf der Maxhütte? Gibt es Alternativen zur Kaputtsanierung einer Region, zur Demütigung der Menschen und der Zerstörung ihres Lebens- und Kulturraums?

Von den dominierenden politischen Parteien verkauft, von ihrer Gewerkschaft ratlos gelassen, wird über andere Formen politischen Drucks, über Volksbegehren zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie diskutiert.

Berichte und Dokumente S. 3

Aktenzeichen Barschel — ungelöst!



So leicht läßt der Sumpf nicht locker. Einen Tag, nachdem der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur ,,*Barschel/Pfeiffer-Affäre*'' seine Arbeit abschloß und der immer noch zutiefst verunsicherten schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit einen siebentausendseitigen Beweiserhebungsprotokollberg hinterließ, wurde bekanntgemacht, daß der von den eigenen Parteifreunden geschaßte CDU-Obmann im Ausschuß, Graf Kerssenbrock, seinen Doktortitel nicht rechtmäßig erworben hat. Das Belastungsmaterial wurde von den beiden Hamburger Unions- und Jura-Rechtsaußen Prof. Bettermann und seinem Mitarbeiter, dem CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Rosenau, geliefert. ,,Wir wissen auch zu finden'' — nicht nur auf Sizilien Erfolgsslogan der Mafia. Selbstverständlich hat auch der Saubermann Kerssenbrock Dreck am Stecken, genauso wie manch anderer aus den innerparteilichen Oppositionskreisen der SH-CDU. Und das immer noch halbwegs intakte Machtzentrum um die Kieler Regierungszentrale und den CDU-Landesvorstand, weiß dies bei seiner Rundumverteidigung einzusetzen.

Das sture Beharren auf der staatstragenden Einzeltätertheorie hat den norddeutschen Christdemokraten in den vergangenen Wochen wenig geholfen. Zu deutlich war der bundesweite Ruf im konservativ-liberalen Spektrum nach ,,Erneuerung'' und ,,Selbstreinigung''; zu deutlich das Kopfschütteln über die offensichtliche Unwilligkeit der Landes-CDU, dieser Forderung nachzukommen. Bisher hat sich die Landesregierung bzw. die CDU lediglich von Mitarbeitern trennen können, die so stark in den Skandal involviert waren, daß sie auch bei größtem Wohlwollen nicht mehr tragbar erschienen: zunächst natürlich die beiden Chefs des Presseamtes der Kieler Regierung, Behnke (in den Ruhestand versetzt) und sein Stellvertreter Ahrendsen (an seinen früheren Arbeitsplatz im Finanzministerium versetzt), dann der Landesparteisprecher Kohl und sein Generalsekretär Reichhardt, die mit Pfeiffer an Wahlkampfpublikationen gearbeitet hatten. Derartige Selbstrei- Pfeiffer an Wahlkampfpublikationen gearbeitet hatten. Derartige ,,Selbstreinigungen'', die allenfalls in der Lokalpresse etwas Staub aufwirbelten, konnten selbstverständlich nicht überzeugen. Als zudem der CDU-Landesvorstand Anfang Dezember den geschäftsführenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz als Spitzenkandidaten für die Neuwahl am 8. Mai favorisierte, wurde mit dieser Personal(vor)entscheidung demonstriert, daß man selbst eine weitere Minimierung der Wahlchancen in Kauf nimmt, um die Partei wieder auf den alten Kurs einzuschwören.

Warum dieser Unions-Landesverband, entgegen allen wohlmeinenden Ratschlägen aus Bonn und anderswo, jeden Anflug glaubwürdigen Bedauerns so demonstrativ verweigert und innerparteilichen Reformvorschlägen geradezu feindselig begegnet, hängt nicht zuletzt mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten zusammen. Der nämlich bereitet seiner CDU auch noch in der Möllner Erde immer neue Schwierigkeiten.

Die ,,Woche der Wahrheit'' (Spiegel) fand ihren Abschluß mit der Aussage Herwig Ahrendsens vor dem Untersuchungsausschuß. Am 3.12. erklärte der ehemalige stellvertretende Pressesprecher: ,,*Barschel hatte mich an der richtigen Stelle erwischt; im Sportsgeist habe ich ihm mit einer unrichtigen Aussage helfen wollen.*'' (Kieler Nachrichten, 4.12.) So lapidar erläuterte der Mann, der spätestens seit Ende Oktober der Falschaussage überführt war, seine Motivation, an den längst offen- und aktenkundigen Lügen festgehalten zu haben. Zusammen mit Ahrendsen warfen auch die beiden anderen übriggebliebenen Entlastungszeugen Barschels, die Sekretärin Eichler und der Fahrer Scheller, das Handtuch. Beide gaben an, aufgrund ihres Abhängigkeitsverhältnisses und Loyalität zum Chef, die Meineide unterzeichnet zu haben.

Solange Barschel in Amt und Würden war, entspricht dies sicherlich den Tatsachen. Daß aber ein zweitrangiger politischer Beamter und zwei untergeordnete öffentliche Bedienstete, zwei Monate nach Barschels Rücktritt und dem Bekanntwerden des Betrugs durch ihren ehemaligen Chef, aus eigenem Entschluß der Öffentlichkeit und dem Untersuchungsausschuß weiter ihre aussichtslosen Storys aufgetischt haben wollen, klingt unglaubwürdig. Während das, was in Regierung und Partei Rang und Namen hat, sich kleinlaut von Barschel absetzte, standen die drei unteren Chargen mit ihren Geschichten im Mittelpunkt des Interesses. Möglich, daß Ahrendsen, Eichler und Scheller selbst das Standing aufbrachten, den verlorenen Posten zu halten —, möglich aber auch, daß einige potentielle Hauptdarsteller ganz froh waren, die drei Komparsen plötzlich im Rampenlicht zu sehen und sie entsprechend bei der Stange hielten. Weicher als ihr Ministerpräsident fielen die drei Barschel-Getreuen allemal; Ahrendsen wurde ins Finanzministerium versetzt, Frau Eichler befördert, und Scheller wird auch weiterhin hochgestellte Persönlichkeiten chauffieren.

Am 8. Dezember gab die Lübecker Staatsanwaltschaft bekannt, daß Uwe Barschel über längere Zeit und zum Schluß in hohen Dosen das ,,angstlösende'' Medikament Tavor nahm. Damit konnte am Ende der Beweisaufnahme dem ,,Einzeltäter'' noch ein ,,Drogenabhängiger'' hinzugesetzt werden, was kurzfristig die Plausibilität der Kieler Ermittlungen stützte, indem sie den Hauptverantwortlichen für unzurechungsfähig erklärte. Auch das Ergebnis der Genfer Obduktion, ,,Überdosis von Schlaf- und Beruhigungsmitteln'', schien durch Barschels Pillenkonsum bestätigt. Die Umstände der Todesnacht kamen aber unerwartet zwei Tage vor Weihnachten doch noch einmal in die Medien. Obwohl die Ermittlungen der Genfer Behörden bereits Ende Oktober abgeschlossen wurden und die leitende Untersuchungsrichterin Nardin danach vier Wochen in Urlaub fuhr (wie die meisten Beteiligten an der Affäre irgendwann einen ,,lange geplanten'' Urlaub antraten), wurden weder der Obduktionsbefund noch die kriminalistischen Untersuchungsergebnisse veröffentlicht. Noch nicht einmal an die zuständige Lübecker Staatsanwaltschaft wurden die Schweizer Berichte weitergeleitet. Auch das Resultat der von der Familie Barschel angestrengten Alternativobduktion in Hamburg blieb geheim. Die aus dem Urlaub zurückgekehrte Claude-Nicole Nardin gab zwar am 30. November das Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchung bekannt (,,Überdosis...''), die genauen Todesumstände unterlagen aber weiterhin der Informationssperre.

Am 22. Dezember bekamen das Schweizer Fernsehen und das ZDF Kenntnis von dem Obduktionsbefund, der einige Überraschungen aufwies. Nach den Genfer Untersuchungen gibt es ,,*ein sehr starkes Indiz dafür, daß die Substanzen Pyithyldion, Perazin und Diphenhydramin früher in den Körper von Barschel gekommen sind, als die tödliche Dosis Cyclobarbital*'', erklärte der Präsident der Internationalen Gerichtstoxikologen, Prof. Brandenberger. (Kieler Nachrichten, 23.12.) Ähnlich äußerte sich im ZDF (22.12.) der Schweizer Anästhesie-Professor Schär. Im Klartext hieße das, daß Barschel die drei willens- und handlungsunfähig machenden Wirkstoffe Pyithyldion, Perazin und Diphenhydramin bereits ,,Stunden'' (Brandenberger, 24.12.) vor dem goldenen Schuß im Körper hatte. Nach diesen Erkenntnissen war der Ex-Landeschef völlig ausgeschaltet, als er das Cyclobarbital zu sich genommen haben soll. Außerdem entdeckten die Genfer Mediziner drei frische Blutergüsse (RSH-Extra/SAT1, 23.12.) am Kopf der Leiche; Informationen, die bis dahin verschwiegen wurden. Neben dem von Brandenberger und Schär rekonstruierten Tathergang, ist die Substanz Pyithyldion von besonderer Bedeutung. Die ist nämlich seit fünf Jahren vom Markt, und schleierhaft bleibt, wie die Droge in Barschels Hotelzimmer gelangen konnte.

Genauso befremdlich ist das Verhalten der eidgenössischen Polizei. Nicht nur der Obduktionsbericht wurde fast ein Vierteljahr unter Verschluß gehalten, auch die für die kriminalistischen Untersuchungen unentbehrlichen Tatortspuren wurden im 'Beau Rivage' zertrampelt, und die polizeilichen Photographien des Hotelzimmers sowie der Leiche gingen so sehr daneben, daß die Ermittler auf die ,,Stern''-Bilder angewiesen waren, um überhaupt einen optischen Eindruck vom Ort des Geschehens zu bekommen. Nach den (auszugsweisen) Veröffentlichungen im Fernsehen gaben die Schweizer Behörden endlich ihre Untersuchungsergebnisse aus der Hand. Zum Jahreswechsel lagerten die Berichte zwecks Übersetzung aus dem Französischen wechsel lagerten die Berichte zwecks Übersetzung aus dem Französischen bei der Lübecker Staatsanwaltschaft. Das Gutachten der ,,internationalen Expertenkommission'', das auf Initiative von Freya und Eike Barschel erstellt wurde, liegt immer noch nicht vor.

Zwei weitere Fragezeichen gesellen sich zu den Ermittlungsmerkwürdigkeiten. Der Verbleib der Flasche Wein, die sich Barschel auf's Zimmer kommen ließ, und die Herkunft des Drecks auf dem Badvorleger sind gänzlich ungeklärt. Konnte das Verschwinden der Medikamentenpackungen noch damit erklärt werden, daß Barschel sie zerkleinert im Klo weggespült haben könnte, gibt es bisher für den Wein und den Schmutz keinen Erklärungsansatz. Jedenfalls keinen, der in die sog. Barschel-Legende (Selbstmord getarnt als Mord), auf die man sich schon frühzeitig festgelegt hatte, hineinpaßt.

Bilanzierend kann festgehalten werden, daß auch ein Vierteljahr nach Bekanntwerden der Affäre nur der Tod des ehemaligen Ministerpräsidenten sicher ist. Außerdem ist der Hergang einiger ,,Barschel/Pfeiffer-Aktionen'' (s. Kasten) ungefähr klar. Fragen bleiben. Fragen, die auffallend selten gestellt werden. Zum Beispiel nach den dubiosen Ermittlungspannen, nach der Rolle der Pfeiffer-Finanziers vom Schwarzkopf-Konzern (dessen Manager Ballhaus 14.000 DM an die Detektei Piel, die Engholm beschattete, zahlte), nach der Identität von Partei- und Regierungsarbeit, nach den Geschäften zwischen der Landesregierung und Medienkonzernen wie Springer und Burda (die Pfeiffer anscheinend in letzter Minute aufkaufen und ,,umdrehen'' wollten) oder auch nach der Existenz eines kriminellen und halbkriminellen Milieus, dessen Dienste die CDU augenscheinlich gern in Anspruch nimmt.

ra/kiel

Wanze: Am deutlichsten ist das Ehrenwort Barschels in der Wanzenaktion widerlegt. Entgegen seiner Erklärung hat Barschel am 8. September einige Male mit Pfeiffer telefoniert. Nach Pfeiffer ging es dabei um Barschels Wunsch, ein Abhörgerät in das Ministerpräsidenten-Telefon einbauen zu lassen, um damit die SPD ins Zwielicht zu bringen. Barschel ordnete persönlich für den 9. September eine Überprüfung seines Telefons an, was ebenfalls seiner Ehrenwort-Erklärung widerspricht. In dieser Sache wurden auch Ahrendsen, Eichler und Scheller zu den falschen eidesstattlichen Versicherungen angestiftet.

Steueranzeige: Im Gegensatz zu den Versicherungen Barschels ermittelte der Ausschuß, daß Barschel seit Anfang Februar über die anonyme Anzeige gegen Engholm genau im Bilde war. Er erkundigte sich am 11.2. beim Staatssekretär im Finanzministerium, Schleiffer, nach dem Stand der Ermittlungen gegen seinen sozialdemokratischen Konkurrenten. Desweiteren konnte nachgewiesen werden, daß ein Einschreiben Pfeiffers an Barte nachgewiesen werden, daß ein Einschreiben Pfeiffers an Barschel, das eine Kopie der Anzeige enthielt, im Vorzimmer des Ministerpräsidenten quittiert wurde. Ferner hatte Barschel handschriftliche Notizen über das Vermögen Engholms angefertigt. Ob, wie Pfeiffer behauptet, der Personalplanungsreferent Asmussen aufgrund der persönlichen Initiative Barschels eine detaillierte Aufstellung der Bezüge Engholms anfertigte, konnte nicht nachgewiesen werden.

Bespitzelung: Der SPD-Kandidat ist im Januar und Februar '87 insgesamt neun Tage von der Bremerhavener Detektei Piel beschattet worden. Ein Privatdetektiv wurde zudem für kurze Zeit in die Landespressestelle eingeschleust. Ziel der Beobachtungen war die Steuer- und Sexualmoral Engholms. Gegenüber Piel gab Pfeiffer Barschel als Auftraggeber an.

Für die Beschattung sollte, so Pfeiffer, Piel 50.000 DM bekommen. Piel behauptet, diesen Betrag mit dem Schwarzkopf-Manager Ballhaus wegen Ermittlungen gegen den Monitor-Chef Bednarz vereinbart zu haben. (Bednarz hatte sich mit einer Sendung über Dioxan in Schwarzkopf-Shampoos unbeliebt gemacht.) Ballhaus wiederum sagte aus, der Detektei nur eine ,,Sicherheitsanalyse'' in Auftrag gegeben zu haben. Sicher ist, daß Piel von Schwarzkopf 14.000 DM erhielt.

Aids: Am 17., 25. und 27. Februar rief Pfeiffer als ,,Dr. Wagner'' bei Engholm und dessen Hausarzt an. Die Telefonate liefen über seinen Dienstapparat in der Kieler Staatskanzlei. Dr. Wagner/Pfeiffer behauptete, er habe einen Aids-infizierten Patienten, der (oder evtl. auch die) mit Engholm ,,Kontakt'' gehabt habe. Dieselbe Geschichte sollte auch über die ,,Bild'' verbreitet werden. Eine entsprechende Nachricht mit einem gefälschten SPD-Briefkopf ging tatsächlich bei der ,,Bild''-Redaktion ein, die davon aber keinen Gebrauch machen mochte.

UWSH: Um die konservative Konkurrenz von der Westküste zu schwächen, riefen ,,Pfeiffer, Bildzeitung'' und ,,Morgenstern, dpa'' bei den UWSH-Intimfeinden Guldager und Schlee an, um durch die Verbreitung von intriganten Eiferdager und Schlee an, um durch die Verbreitung von intriganten Eifersüchteleien um Listenplätze die Parteiführer weiter zu entzweien. Dies war die einzige ,,gelungene'' Aktion.

Die Telefonate wurden unmittelbar nach einem Geheimtreffen Barschels mit dem UWSH-Chef getätigt. Nach Aussage der Pfeiffer-Sekretärin Jutta Schröder war der Anrufer ,,Morgenstern'' Herwig Ahrendsen.

Übrigens: Als sich Guldager bei der Landesregierung über die Anrufe beschwerte, wurde, na wer, Reiner Pfeiffer mit der Aufklärung der Sache betraut.

Grüne: Am 14.3. bat Pfeiffer die Kriminalpolizei und den Verfassungsschutz um Informationen über das Vorleben von 34 grünen Funktionären. Als Auftraggeber gab er Barschel an. Die gewünschten Informationen wurden zwar nicht gegeben, dafür bekam der Staatssekretär im Innenministerium Knack die Akten von vier Grünen (darunter der Bundestagsabgeordneten Angelika Beer) ausgehändigt. Außerdem erfand Pfeiffer eine Pressemitteilung der Grünen, die sich negativ über Engholm in religiösen Fragen äußerte.

SPENDEN-ERGEBNIS

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 288, vom 16.11.87, und seit AK 289 sind folgende Spenden eingegangen:

SUMME bis 11.12.87	**9.677,-**
Seit AK 289	
D.K., Hamburg	20,-
Gi.L., Hamburg	150,-
Si.R., Hamburg	260,-
Ba., Hamburg	100,-
Da., Hamburg	100,-
U., Schweiz	100,-
Ch.K., Hamburg	94,-
Ha., Antimil	1.500,-
F.B., Bremen	700,-
E.K., Landesbergen	100,-
U.S., Westberlin	200,-
B.R., Wetzlar	20,-
B.C. + W., Alt., E., Kiel	110,-
M. AFK, Westberlin	250,-
L.M., Bremen	100,-
G.M.N., Freiburg	200,-
F.S. Westberlin	60,-
F.S. für Knastabo	60,-
KB Bremerhaven	1.500,-
Jo., Freiburg	370,-
B., Rosbach	20,-
U.B., Bochum	500,-
KB Stuttgart	535,-
H.E.W., Königswinter	50,-
Js, Hamburg	200,-
Za., Göttingen	1.200,-
KB NRW	2.400,-
b., Kiel	200,-
Wi., Delmenhorst	100,-
für Knastabos aus Wb.	300,-
R.W., Hamburg	200,-
A./f. Kiel	180,-
R.M., Oldenburg	200,-
u.h., Hamburg	500,-
G.M., Bielefeld	40,-
N.N., Lüneburg	15,-
M. Darmstadt	400,-
R.M., Dortmund	1.000,-
E.K., Göttingen	200,-
W.P., Hamburg	500,-
O.P., Hamburg	100,-
H.S., Frankfurt	250,-
KB Nürnberg	5.800,-
Summe seit AK 289	**21.184,-**
SUMME Spenden	**30.862,-**

Berichtigungen

Betr.: ,,Auf leisen Sohlen zur Bombe''

Am Schluß des vierten und letzten Teils der AK-Serie ,,Auf leisen Sohlen zur Bombe'' waren einige Zeilen im Satzgerät steckengeblieben. Der Schlußsatz des Artikels in AK 289 (S. 20) lautet korrekt:

Unter Berücksichtigung der ganz spezifischen Verquickung von deutschen Atomwaffen- und deutschen Wiedervereinigungsträumereien gilt nach wie vor der Satz des Gießener Rechtsprofessors Dr. Helmut Ridder: ,,Das für den Frieden in Europa und der Welt gefährlichste Element der BRD-Politik ist der Griff nach der Atombombe.''

Betr.: Rheinhausen

Betr.: Rheinhausen

In AK 289 hatten wir auf Seite 3 unten eine falsche Bildunterschrift placiert. Es handelte sich nicht um die Rheinbrückenblockade (bei Krupp-Rheinhausen) vom 2.12., sondern um die Blockade des Ruhrschnellweges, der B1, durch Dortmunder Hoesch-Arbeiter am Stahlaktionstag vom 10.12.87. Die Brücke im Hintergrund führt nicht über den Rhein, sondern über die B1. Folglich gehen die Arbeiter auf der Straße und nicht im oder auf dem Rhein.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.800

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Rheinhausen bewegt das Revier

Was Ende November 1987 in Duisburg-Rheinhausen begann, ist mehr als ein spontanes Aufflackern, scheint zum neuen Symbol für Arbeiterwiderstand in der BRD zu werden. In Rheinhausen läuft nicht nur Dampfablassen. Möglicherweise entsteht eine neue Qualität von Widerstand vor dem Hintergrund der Revierkrise und bislang gemachter Erfahrungen, daß alle vergleichbaren Kämpfe zur Erhaltung der Betriebe in der Stahlindustrie trotz breiter Unterstützung verloren wurden. Schon jetzt haben die Duisburger Stahlarbeiter eine beeindruckende Vielfalt an politisch mobilisierenden und Druck erzeugenden Aktionsmöglichkeiten angewandt, die über das bisherige gewerkschaftliche Streikgeschehen hinausweisen.

Nach den heftigen Straßenblockaden, Besetzungsaktionen und Großdemonstrationen bis Mitte Dezember schien sich die Lage zu beruhigen. Es war ein Erfolg der Aktionen, daß Krupp wieder um den Erhalt des Stahlstandorts Rheinhausen verhandeln mußte. Doch kennt man andererseits das Ritual: Verhandlungen, wie es auch im „Vermerk" zwischen Betriebsrat und Vorstand hieß, um andere Lösungen zu *prüfen*. Gleichzeitig ließen andere Stahlmanager keine Gelegenheit aus, den Dreierverbund Krupp/Thyssen/Mannesmann, der den Tod für Rheinhausen bedeutet, als *„die vorteilhafteste Lösung"* zu preisen. Wird man also wieder die Arbeiter auf dem Verhandlungswege verarschen?

Der letzte Mobilisierungshöhepunkt wenige Tage vor Weihnachten: die 25.000 im stillgelegten Walzwerk der Hütte, 100 Pastoren, ein imposantes, mediengerechtes Spektakel. Es hinterläßt Eindruck, doch es beruhigt auch, wo es nichts zu beruhigen gibt. Die Kirche spendet Trost. Die letzten Tage des Jahres lassen viel Solidarität und Anteilnahme für die Rheinhausener erkennen. Auch der Bundespräsident schließt sie in eine seiner patentierten, salbungsvollen Sprechblasenreden mit ein. Wo die einen meinen, dann kann ja nichts schiefgehen, mußte man schon befürchten, es könnte wieder alles schiefgehen.

Von Ruhe keine Spur

Doch dann zeigte die vierte Aktionswoche der Rheinhausener im neuen Jahr, daß man nicht so leicht klein beigeben wollte.

Was da als friedliche „Spaziergänge" oder „Besuche" in andere Stahlwerke firmierte, war unerhört: Das Eindringen in fremde Produktionsstätten während der Arbeitszeit in dieser Form dürfte ebenso neu sein, wie die Widerstandslosigkeit, mit der Kapitalisten und Staatsapparat dies (noch) dulden — ähnlich wie schon bei den Blockadeaktionen am 10. Dezember. Zwar mehrt sich deren Unmut ob solch dreister Unrechtmäßigkeiten, doch traut sich außer Lambsdorff, der keinerlei Ruf mehr zu verlieren hat, bislang niemand, dem Einhalt zu gebieten. Wider die Praxis dieser Staatsorgane, hat NRW-Innenminister Schnoor zum wiederholten Male beteuert, für seine Polizei gäbe es keinen Grund zum Einschreiten. Die Proteste würden sich „im Rahmen der Gesetze" bewegen, von „Nötigung" könnte keine Rede sein. Auch das ein Indiz für die Sorgen der Stahlkapitalisten und den Druck der „öffentlichen Meinung".

Dann die spontane Reaktion in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar, als Aufsichtsratschef Scheider in die Hoffnung, mit den Verhandlungen sei wieder alles offen, per Interview keinen Platz für die Illusion ließ, die Krupp-Bosse hätten ihre Stillegungsabsicht geändert. Doch *„die Schatten dieser Nacht reichten über den Sonnenaufgang hinaus, denn sie verdeutlichten, daß ein Funke — sogar ein vermeintlicher — genügt, um Rheinhausen zum Pulverfaß zu machen"*, besorgte sich die der CDU-nahestehende „Rheinische Post" (8.1.88). Als Scheiders Äußerungen am Abend über den Äther kamen, wurde in Rheinhausen sofort in der Nachtschicht die Arbeit niedergelegt und in einer Versammlung über Aktionen beraten. Wer vorher einschläfern wollte, mußte registrieren, die Rheinhausener waren wachsam geblieben. Nachdem die Öfen runtergefahren waren, wurde noch in derselben Nacht um 2 Uhr durch Rheinhausen demonstriert. In einem Fackelmarsch mit Lautsprechern, Trillerpfeifen der Krupp-Eisenbahner und Klingelaktionen am Wegesrand wurde Rheinhausen geweckt. Und der größte Teil der Bürger protestierte nicht gegen die Störung durch Chaoten, sondern viele standen auf und schlossen sich der Demo an (Augenzeugen sprechen von einer Verdoppelung der Demo von ursprünglich gut tausend Leuten). Wann hat's das schon mal gegeben? Und wieder hatte Norbert Blüm am Nachmittag des darauffolgenden Tages keine Chance für seinen ersehnten, kumpelhaften Auftritt, er kam nicht zum Zuge.

Ein Aufstöhnen bei jenen, die schon an die Ruhe glauben wollten. Mit dem Verhandlungsvermerk zwischen Vorstand und Betriebsrat wurde *„vielleicht fahrlässig eine hoffnungsvolle Botschaft nahegebracht"*, es könnte in Rheinhausen weitergehen, schreibt die FAZ. Sie hielt die „Fahrlässigkeit" in diesem Fall allerdings für legitim, *„diente sie doch in der zeitweise explosiv anmutenden Situation als Trostspender, als Beruhigungsmittel"* (8.1.88). Und dann die Scheider-Äußerung: *„Konnte ein Mann in so herausragender Position wirklich nicht ahnen, mußte er nicht wissen, daß er damit Öl ins Feuer gießen würde?"*, klagte der FAZ-Redakteur.

Schließlich die Produktionsausfälle: Über 100.000 Tonnen Stahl sind in Rheinhausen weniger produziert worden, 30 Millionen DM Verluste behauptet das Krupp-Management.

Schwierigkeiten

Natürlich sind da die Zweifel. Natürlich wird in Teilen schon mal geschaut, was danach kommt, wenn man gekämpft und verloren hat. 682 (der 5.300) Rheinhausener hätten schon mal bei Bayer Chemie angeklopft, um sich nach einem der 500 von Norbert Blüm vermeldeten Arbeitsplätze zu erkundigen, die man dort angeblich bereithalte, läßt Bayer lancieren. 118 davon mit vollständigen Bewerbungsunterlagen, die meisten würden gerne im knapp zehn Kilometer entfernten Uerdinger Bayer-Werk unterkommen wollen. Die bürgerliche Presse greift solche Meldungen begierig auf.

Die Drohung ist unverkennbar. Wird weiter gestreikt, kann das nur heißen, Arbeitsplätze gehen flöten, so Aufsichtsratschef Scheider. Produktionsausfälle, heißt es dann in der den Rheinhausenern aus der Vergangenheit durchaus geläufigen Sprache der Sozialpartnerschaft, machen *„die Finanzgrundlage des Stahlwerkes schlechter und schränken damit auch die Entscheidungsfreiheit des Unternehmens ein"*. Auch das soll die Hoffnung suggerieren, als gäbe es noch eine offene Entscheidung, die jetzt durch Streiks gefährdet werde. Daher gibt man besser den Widerstand auf. Früher zersetzte so etwas. Heute wiederum setzen sozialpartnerschaftliche Betriebsräte die Drohung dagegen, daß sie alle Hände voll damit zu tun hätten, Krupp-Arbeiter davon abzuhalten, durch Streiks größere Schäden an den Hochofenanlagen anzurichten.

Schließlich die konkurrierenden Lösungsmodelle, die von Krupp als rentabel in die Diskussion gebracht werden. Anstelle des Kooperationsmodells der drei Stahlkonzerne, Abbau von 900 Arbeitsplätzen bei Krupp in Siegen. Rheinhausen bliebe nicht nur erhalten, sondern könnte sogar 500 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen. Allerdings wäre damit die Regionalkrise ins Siegerland verlagert. Und: Kooperationspartner Mannesmann in Huckingen müßte ebenfalls drastisch reduzieren, bis dahin, daß möglicherweise dieser Stahlstandort auf der anderen Rheinseite Duisburgs dran wäre. Denkbar wären solche das Problem verlagernden Lösungen durchaus. Andererseits zeigen sie auch, daß endlich über andere, als solcherart Rationalisierungslösungen zu Lasten der Stahlarbeiter und des Arbeitens im Revier geredet werden muß.

Welche Perspektive?

CDU und FDP wollen den Gesundschrumpfungsprozeß bei Stahl. Unter dem Druck des Stahlkampfes haben sie für den 22. Februar unter Leitung von Kohl eine Montankonferenz einberufen. Was an politischer Änderung zu erwarten ist, steht in den Sternen. Vermutlich werden krampfhaft Mittel zur sozialen Abfederung gesucht und angeboten werden. Das war's dann.

Die SPD greift zum bekannten Repertoire: Sie fordert vom Bund ein Beschäftigungsprogramm. Ihr Montanprogramm soll zu zwei Drittel vom Bund und zu einem Drittel vom Land NRW getragen werden. Das würde zum Wahlkampfthema reichen, wenn Wahlkampf wäre, ist aber nicht. Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie lehnt sie ab, maximal öffnet sie sich für die Idee einer nationalen Stahl AG. Das allerdings wäre nach dem Muster der Ruhrkohle AG oder der vor zwei Jahren auf Wunsch des Konzerns (der den runtergewirtschafteten Laden loswerden wollte) erfolgten Verstaatlichung von ARBED Saarstahl tatsächlich nur eine Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Marktanpassung: Modernisierung und Rationalisierung, Entlassungen.



Mehr Notnagel als Modell für die Stahlindustrie.

In der Politik ist außer dem Schwarzer-Peter-Spiel keine Bewegung erkennbar, außer daß — sieht man von der FDP ab — die Parteien unter Druck stehen und sich mit dem Beschwören, die Nöte der Stahlarbeiter ernstzunehmen, geradezu überschlagen. Die IG Metall hat mehr als schwerfällig reagiert. Sie mußte sich zunächst von dem Schock erholen, den ihr Krupp, Mannesmann und Thyssen bereitet haben. Nachdem im Oktober in der „Frankfurter Vereinbarung" mit der Regierung und den Stahlmanagern die Entlassung von 35.000 Stahlarbeitern vereinbart worden war, für das Versprechen, diese abzufedern und nicht in Form von Massenentlassungen durchzuführen (wofür Mittel vereinbart wurden), blieb die Erklärung, Ersatzarbeitsplätze und Beschäftigungsgesellschaften an den Stahlstandorten zu schaffen, vage und unverbindlich. Selbst diese miese Vereinbarung hatten die Konzerne mit ihrer Dreierkooperation zu Lasten Rheinhausens gebrochen. Bis jetzt gibt es von der IG Metall keine weiterreichende Forderung als die, sich strikt an die Frankfurter Entlassungsvereinbarung zu halten und die vagen Absichtserklärungen gefälligst ernstzunehmen. Auch das neue, bislang nur von der „taz" erwähnte, Positionspapier der IGM scheint nur Bekanntes aufzuwärmen: Die Zusammenfassung der Forderungen nach alternativen Produkten und neuen Investitionen in zukunftsträchtigen, arbeitsplatzschaffenden Bereichen. Sie sollen mit der Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften gekoppelt werden, die kurzfristig die Stahlarbeiter auffangen (zur Sicherung von Arbeitsverhältnis und Lohn) und mittelfristig der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen dienen sollen.

Offen bleibt mal wieder die Frage, wie man deren *Durchsetzung* näherkommt. Maximal kann bei diesem Konzept über gütliche Vereinbarungen das Modell einer Muster-Beschäftigungsgesellschaft herauskommen, wie es Anfang Januar für die Ross AG in Hamburg (den Rest der einst stolzen HDW-Werft) ausgehandelt wurde. Diese Maßnahme mildert die Zahl der Entlassungen ab, hat Platz für 100 Leute, deren Beschäftigung für zunächst zwei Jahre gesichert ist. Ob nach Anlaufschwierigkeiten auch im bescheidenen Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, steht in den den Sternen. Für die 100 Leute mag das vorübergehend nützen, für die von Massentlassungen gebeutelte Werftindustrie ist das nicht mehr als der Tropfen auf den heißen Stein.

Vergesellschaftung der Stahlindustrie? Und wie?

Die brennendere Frage ist daher die Mobilisierung für eine schnelle Durchsetzung von Alternativen für die Stahlarbeiter und die Absicherung der Stahlstandorte gegen weitere Profitsanierungen durch Konzernabsprachen der Großen. Die Rheinhausener haben dabei Wegweisendes vollbracht. Sie haben sich nicht nur darauf beschränkt zu streiken. Die hauptsächliche Konzentration darauf, kann angesichts der Stahllage und der vorhandenen Kapazitäten nur begrenzten Druck ausüben. Dies besonders, wenn Krupp sich tatsächlich zur Stillegung entschließt. Wenn man nicht der Illusion anhängt, daß angesichts der drohenden Duisburger Betriebsschließung die IGM und die Stahlbelegschaften wie eine Eins hinter ihren Kollegen stehen, dann haben die konkreten Solidarisierungsaktionen der Rheinhausener vermutlich erheblich mehr bewirkt, als das übliche Abfassen und Versenden oder Überreichen von Resolutionen der unverbrüchlichen Solidarität. So die konkreten Aktionen zur Verhinderung des Streikbruchs (wie z.B. gemeinsame Zugblockaden von Krupp- und Mannesmannarbeitern zur Verhinderung des Materialnachschubs aus dem Mannesmann-Werk). Die Spaziergänge der Rheinhausener in andere Werke dürften in ihrer Richtung auf Entspannung des Konkurrenzdrucks unter den Stahlbetrieben wirken.

Vor allem aber ist es das Verdienst der Rheinhausener, ihre Aktionen nicht nur überbetrieblich als Bürgerbewegung ausgedehnt (das war in Hattingen und bei der Maxhütte auch so), sondern die regionale Problematik Revier viel stärker ins Bewußtsein gebracht zu haben.

Vor dem Hintergrund verdient der Vorschlag des früheren IGM-Vorstandsmitglieds Hans Janßen Beachtung, eine konkrete Initiative zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie — seit 1983 Programmbestandteil der IGM für Stahl — in Nordrhein-Westfalen zu ergreifen (wir dokumentieren den Vorschlag von Janßen und dem HWP-Professor Mattfeldt nachstehend). Der konkretisierte Vergesellschaftungsvorschlag bei Janßen/Mattfeldt, verbindet den garantierten Erhalt der Stahlstandorte mit der verbindlichen Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften und Ersatzarbeitsplätzen. Zwar ist auch dieser Vorschlag faktisch eine andere Form von Verstaatlichung, doch im Unterschied zu Arbed-Saarstahl handelt es sich dabei nicht um eine Verstaatlichung, die dann einsetzt, wenn das Kapital den Betrieb ausgepowert hat, wenn es also gilt, die Verluste zu sozialisiieren.

Auf jeden Fall verdient dieser Vorschlag die Debatte um seine Realisierung, da er erstmals über den Weg des Volksbegehrens nach der NRW-Verfassung eine bei den gegebenen Kräfteverhältnissen mögliche Durchsetzungsperspektive enthält. Er setzt neben dem Mittel der Mobilisierung der unmittelbar Betroffenen auf eine landesweite Volksbewegung, beschränkt die Auseinandersetzung also nicht nur auf die Gewerkschaften und ihre traditionellen Kampfmittel. Und er zielt genau in die politische Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie, die an diesem Punkt sehr empfindlich ist. Der SPD würde damit nicht erlaubt, mit dem Finger Richtung Bonn oder Brüssel zu weisen.

Für ein solches Volksbegehren, sollte sich diese Aktion als möglich erweisen, gibt es kaum eine bessere Situation, als die mit der großen Mobilisierung und Öffentlichkeit von den Rheinhausener Krupp-Arbeitern ausgelöste aktuelle.

hr.

Groß- und Kleinbürger

„Am betrüblichsten ist aber eine andere Beobachtung in diesen Tagen: Die Stahlarbeiter reagieren auf ihre Nöte immer mehr mit trotziger Unbeweglichkeit", schreibt Lothar Bewerunge in der FAZ vom 8.1.88.

„Strukturkonservative Militanz der kämpfenden Arbeiter" sieht Martin Kempe in der TAZ vom 9.1.88 am Werk.

„Kaum jemand an der Ruhr ist bereit, täglich zwanzig oder dreißig Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zu pendeln. Zu tief sitzt die alte Ruhrgebietsmentalität, daß die Arbeit zu den Menschen kommen müsse" klagt Bewerunge. Tour de BRD auf der Suche nach der Ersatzarbeit für den Stahl-Proleten? Nicht mal die Bundesanstalt für Arbeit kann mangels Eis und Schnee Optimismus über die neuen Arbeitslosenzahlen verbreiten.

„Es ist eine Illusion zu hoffen, alle Stahlarbeiter könnten von Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen oder in den gepolsterten Vorruhestand geschickt werden", kritisiert Martin Kempe die Unzulänglichkeit gewerkschaftlicher Forderungen.

Aus dieser verdammten „Ruhrgebietsmentalität" *„ist zugleich eine Immobilität des Denkens entstanden, die sich heute im Ruhrgebiet bitter bemerkbar macht"*, klagt Bewerunge

Kempe kann mobil denken helfen. Wie wär's mit *„Hilfe zur individuellen Selbsthilfe"* zitiert er in der TAZ aus dem Programm der Mittelstandsvereinigung der FDP. *„Warum soll ein ehemaliger Stahlarbeiter sich nicht mit handwerklichen oder Dienstleistungen selbständig machen können, wo er ansonsten als rüstiger Frührentner durch Schwarzarbeit die Kasse aufbessern würde?"* Warum nicht tausende Gärtner? Genügend abgeschobene Bergarbeiter, die die Buddelei in der Erde kennen, gibt's ja. Oder tausende Schuster. Vielleicht für Schuhe mit Stahlsohlen, damit noch was vom Fach erhalten bleibt?

(Alle Zitate aus: Lothar Bewerunge, In Rheinhausen wird wieder gestreikt, FAZ, 8.1.88 und Martin Kempe, Kleiner Fortschritt, TAZ 9.1.88.)

Chronik des Ruhrkampfes

(Der erste Teil der Chronik, von der Entstehung des Rheinhausener Konflikts bis zum 10.12.87 ist in AK 289 erschienen)

11.12.87 CDU-Landesparteitag in Duisburg. Krupp-Arbeiter mit einem Tranparent „Norbert Blüm heißt er, auf die Arbeiter scheißt er", demonstrieren im Vorraum. Nach der ängstlichen Bitte, das Transparent einzurollen, werden sie eingelassen und können reden. Auf dem Parteitag kündigt Blüm für den 22. Februar eine Montan-Konferenz von Bund, Land NRW, Unternehmern und Politikern der Montan-Städte an.

12.12.87 Nach vierzehn Tagen harter Auseiandersetzungen gibt es den ersten Verhandlungserfolg für die Belegschaft. Unter dem Druck der Proteste unterzeichnen Krupp-Vorstand und Betriebsrat einen „Vermerk", nach dem neu verhandelt werden soll. Außer dem Krupp-Modell einer Dreier-Kooperation Mannesmann/Krupp/Thyssen bei Schließung des Rheinhausener Stahlstandorts verpflichtet der Konzern sich, **„weitere Konzepte zu prüfen und zu erörtern"**. *„Neben den betriebswirtschaftlichen haben sozialpolitische Gesichtspunkte eine wichtige Bedeutung"* bei der Prüfung, heißt es im „Vermerk". Als Erfolg wertet der Betriebsrat vor allem, daß im Vordergrund der Prüfung jene Modelle stehen sollen, den Standort Rheinhausen zu erhalten. Zunächst soll das alte „Optimierungskonzept" (Rationalisierung, Modernisierung, 2000 Entlassungen) vom September 1987 weitergeführt werden, nach dem die Rheinhausener Belegschaft von 6.200 Beschäftigten zu Anfang des Jahres auf 5.300 reduziert wurde, bis runter auf 4.200 Beschäftigte im Jahr 1988. Auf zwei Betriebsversammlungen am 14.12. wird viel Skepsis und Kritik gegenüber den vagen Formulierungen in dem Verhandlungen geäußert. Der Betriebsrat erhält für weitere Verhandlungen dennoch grünes Licht.

17.12.87 Auf einer „Ruhrgebietskonferenz" in der Rheinhausener Krupp-Kantine beraten Gewerkschafter und Wissenschaftler über Erhaltungskonzepte für die Stahlindustrie und Formen des Widerstands. Der Ende 1986 zurückgetretene IGM-Tarifexperte im Bundesvorstand der Gewerkschaft, Hans Janßen schlägt ein Konzept zur Erhaltung von Stahlstandorten, Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften und Ersatzarbeitsplätzen vor, das über ein Gesetz zur Vergesellschaftung zunächst der NRW-Stahlindustrie über den Weg eines Volksbegehrens auf den Weg gebracht werden könnte.

18.12.87 Das schrittweise Aus für die Henrichshütte (Thyssen) in Hattingen

18.12.87 Das schrittweise Aus für die Henrichshütte (Thyssen) in Hattingen hat begonnen. Trotz monatelanger Proteste findet an diesem Vormittag der letzte Abstich statt, die beiden Hochöfen werden stillgelegt, 350 Arbeiter verlieren ihre Beschäftigung in Hattingen. Das Hattinger Werk soll um 3000 Beschäftigte reduziert werden. Vorübergehend werden aus dem einstmals großen Stahlwerk zwei kleinere Betriebe als Teil der neuformierten Schmiedegesellschaft Krupp/Klöckner/Thyssen wird es eine Schmiede AG und eine Stahl AG geben.

Tausende demonstrieren an diesem Abend in Duisburg zur Rheinhausener Hütte. Aufgerufen hatten der DGB, die IGM, die Duisburger Stahl-Betriebsräte Kirchengruppen und die Bürger-Komitees. 25.000 Menschen nehmen in der Halle eines stillgelegten Walzwerkes an einer von 100 Pastoren organisierten Protestveranstaltung in Form eines ökumenischen Gottesdienstes teil. Norbert Blüm, der versucht sich nach vorne zu drängeln, wird mit Eiern beworfen (einige Treffer) und darf nicht auf die Bühne.

24.12.87 Unverändert wird die ganzen Tage über die Mahnwache vor dem Tor 1 in Rheinhausen fortgeführt. Am Weihnachtsabend beteiligen sich mehr als 2000 Menschen an der Weihnachtsfeier unter freiem Himmel.

3.1.88 Etwa 800 moslemische Arbeiter von Krupp sollen nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA die iranische Regierung aufgefordert haben, ihren Sitz im Krupp-Aufsichtsrat (Anteil des Iran an Krupp: 25,1 Prozent) gegen die Schließung des Rheinhausener Werkes zu nutzen.

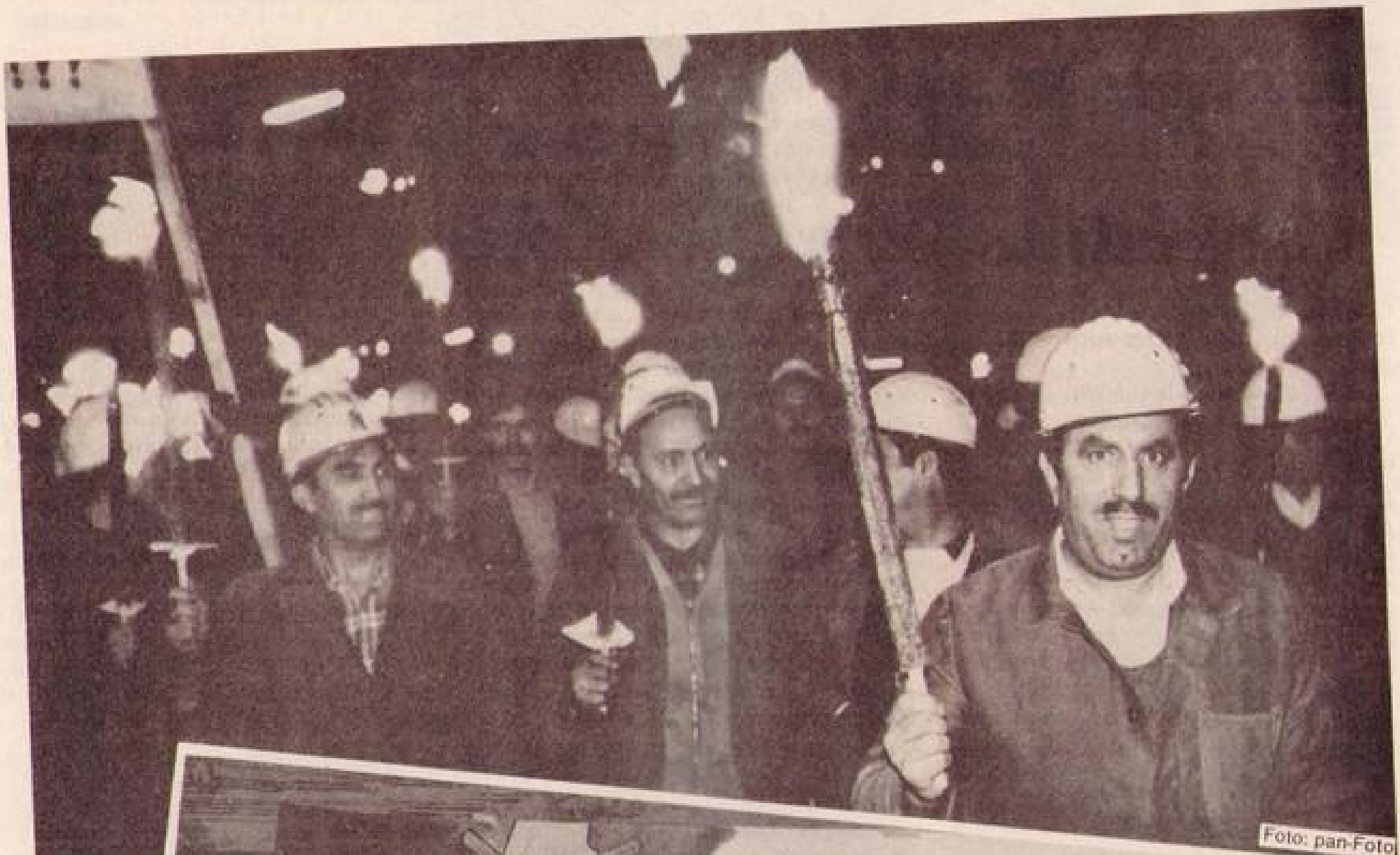


Foto: pan-Foto



Foto: pan-Foto



Foto: E. Treuberg



Oben: Nächtliche Fackeldemonstration am 7. Januar, ausgelöst von Aufsichtsratschef Scheider (Bild unten im Käfig redend, am 7.12.87, als Krupp-Arbeiter die Bochumer Aufsichtsratssitzung gestürmt hatten).

„Unternehmer sind die falsche Beschwerdeadresse"

Das schreibt Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in einem Aufsatz zur Stahlkrise. *„Die Unternehmensleitungen befinden sich schließlich in den Bindungen des Marktes und der politischen und gewerkschaftlichen Vorgaben."* Politik und Gewerkschaften sollten daher die Unternehmen mit allen Belastungen verschonen und allein eine *„konsequentere marktwirtschaftliche Politik"* befördern. Beibehaltung der Stahlstandorte sowie Vergesellschaftung seien *„Ausbeutung der Verbraucher"*. Statt sich also über die Unternehmer zu beschweren, nennt Frickhöffer zehn Beschwerdeadressen. Sie sind so ganz nebenbei ein rohes sozialpolitisches Kahlschlagprogramm:

„Die erste richtige Adresse für Beschwerden wäre der weltwirtschaftliche Strukturwandel auf dem Stahlmarkt, diesem aber müssen sich die Stahlarbeiter wie jeder Anbieter im Interesse der Verbraucher beugen.

Die zweite richtige Adresse sind diejenigen, die sich nicht energisch genug gegen wettbewerbsverfälschende Subventionen anderer EG-Länder zu Lastemn unserer hochmodernen, ohne Wettbewerbsverfälschungen überlegenen Stahlwerke gewandt haben (...) Dies sind (..) frühere Regierungen (...) und die deutschen Gewerkschaften (...).

Die dritte richtige Adresse für Beschwerden sind diejenigen, die bisher schon dem Stahl einen besonderen Schutz angedeihen ließen oder ihn gefördert haben. Frühzeitige, von Betriebsrat, Gewerkschaften und Mitbestimmung unbehinderte Entlassungen sind die sozialsten Entlassungen und Stillegungen. (...)

Die vierte richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen, die immer wieder höhere Arbeitskosten durchgesetzt haben. (...) Die abnehmende Nachfrage nach Arbeitskräften hätte bei den Löhnen zum Ausdruck kommen müssen. (...)

Die fünfte richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen Politiker, die zu sehr auf Subventionierung überholter Strukturen und zuwenig auf die Förderung zukunftsträchtiger Investitionen gesetzt haben. (...)

Die sechste richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen, die jetzt Verstaatlichung oder — getarnt — ,Vergesellschaftung' oder ,Beschäftigungsgesellschaft' fordern. Dies (...) beutet nur die Steuerzahler aus. (...)

tigungsgesellschaft' fordern. Dies (...) beutet nur die Steuerzahler aus. (...)

Die siebente richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen, die vergessen, daß wir in der Nachkriegszeit Millionen unrentablerArbeitsplätze abgebaut und den Betroffenen bessere Arbeitsplätze ermöglicht haben. (...)

Die achte richtige Beschwerdeadresse ist die falsche Konstruktion der Gewerbesteuer. (...)

Die neunte richtige Beschwerdeadresse wären diejenigen, die das (...) Konzept von Anpassungshilfen vernachlässigen. Es ist selbstverständlich völlig richtig, den Stahlarbeitern (...) reinen Wein einzuschenken, diese Ankündigung aber zur Vorbeugung gegen Hilflosigkeit und Rebellion frühzeitig zu begleiten durch ein Programm von Anpassungshilfen, wie sie in Umschulung, regionaler Förderung neuer Industrien oder Umzugsbeihilfen bestehen.

Die zehnte richtige Beschwerdeadresse wären diejenigen, die alle diese schweren politischen Fehler entgegen den Grundsätzen der Marktwirtschaft begangen haben, ohne die die heutigen Probleme nicht bestünden. Bei Stahl haben nicht die Marktwirtschaft und nicht die Unternehmen versagt, sondern die Abweichung von ihr durch Wettbewerbsverfälschung und scheinsozial verschleppte Strukturerneuerung."

(Wolfgang Frickhöffer, „Rheinhausen — Ein Symbol für Politikversagen. Unternehmensleitungen sind die falsche Beschwerdeadresse", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.1.88)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

4.1.88 Beginn der vierten Rheinhausener Aktionswoche, die als „Besuchswoche" inanderen Stahlwerken deklariert wird, die in Form von „Spaziergängen"aufgesucht werden sollen. Die Besuchsbetriebe Mannesmann/Huckingen und Krupp in Bochum und Düsseldorf sind vor allem unter dem Gesichtspunkt praktischer Solidarität ausgesucht worden. Angesichts der Produktionsausfälle in Rheinhausen besteht die Befürchtung, daß Krupp sich den fehlenden Stahlnachschub aus diesen Werken holen könnte, bzw. die Ausfälle durch Mehrarbeit in diesen Werken ausgeglichen werden.

5.1.88 Erster „Besuch" von etwa 1.500 Rheinhausenern in 30 Bussen im Düsseldorf-Benrather Krupp-Edelstahlwerk. Für etwa zwei Stunden ruht in Düsseldorf die Arbeit.

Am Abend werden die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung ergebnislos abgebrochen. Während der Betriebsrat über den Erhalt der Arbeitsplätze reden wollte, war Krupp nur an der Eindämmung der Aktionen der Belegschaft interessiert.

6.1.88 Am Abend wird über den Rundfunk eine Interview des Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Scheider mit dem Bonner „Generalanzeiger" bekannt, in dem dieser die Stillegung Rheinhausens als besiegelt erklärt. Daraufhin unterbricht die Nachtschicht in Rheinhausen die Arbeit, es gibt heftige Diskussionen im Werk. Betriebsräte haben alle Mühe, die Kollegen zum langsamen Herunterfahren der Produktion zu überreden, um Schäden an den Hochöfen zu vermeiden.

7.1.88 Noch in der Nacht vom 6. auf den 7. organisiert die Nachschichtbelegschaft eine Fackeldemonstration durch Rheinhausen auf. Der nächtliche Weckzug von anfangs 1000 Demonstranten mit Lautsprecherwagen und Trillerpfeifen wächst auf etwa 2000 an.

Am frühen Vormittag desselben Tages wird die Besuchs-Aktion fortgesetzt. Ein Autokorso von über 1000 überwiegend vollbesetzten PKWs bricht vom Rheinhausener Krupp-Werk in Duisburg zum Huckinger Mannesmann-Werk auf der anderen Rheinseite der Stadt auf. Die dortige Belegschaft hat seit 6 Uhr früh aus Solidarität die Arbeit ruhen lassen und empfängt die Rheinhausener im Werk.

Am Nachmittag empfangen etwa 1000 Krupp-Arbeiter Bundesarbeitsminister Blüm, der zum Gespräch mit der Rheinhausener Krupp-Verwaltung angereist ist. Sie bereiten ihm ein lautstarkes Pfeifkonzert und drohen ihm Schläge an.

Aufsichtsratsvorsitzender Scheider im „Generalanzeiger" dieses Tages: *„Um die Existenzfähigkeit des gesamten Stahlunternehmens zu erhalten, sind solche Maßnahmen* (gemeint ist die Schließung des Rheinhausener Standorts) *unvermeidlich. Die Einschätzung des Vorstands basiert auf einer sehr soliden, sachlichen Analyse und geht von den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens aus. (...) Es ist kaum denkbar, daß solche großen Veränderungen, denen Arbeitsplätze zum Opfer fallen, durch welche Maßnahmen auch immer, zeitgleich zum Aufbau neuer Beschäftigungsmöglichkeiten führen können. (...) Wenn die Arbeit ruht, bedeutet dies einen Produktionsausfall.*

Die Ausfälle haben Kosten verursacht, die in die Millionen gehen. Die Konsequenzen werden zuwenig bedacht. Auch diese Verluste nehmen nämlich dem Unternehmen die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln und bei wettbewerbsfähigen Produkten neue Arbeitsplätze zu schaffen."

8.1.88 Letzter der Besuche. In wiederum 30 Bussen fahren die Rheinhausener Frühschicht sowie viele Bürger nach Bochum, wo die dortige Frühschicht im Kruppwerk die Arbeit niederlegt und die „Spaziergänger" empfängt. Zwischen den Gewerkschaftsfunktionären beider Betriebe werden konkrete Kontakte zur Verhinderung der Entsolidarisierung abgesprochen.

Die vierte Aktionswoche der Rheinhausener soll am Abend des 9.1.88 mit einem großen Rockkonzert abgeschlossen werden.

Spendenkonto

Bürgerkomitee Rheinhausen,
Sonderkonto Hilfe für die Krupp Stahlarbeiter Rheinhausen,
Sparkasse Duisburg
Bankleitzahl 350 500 00
Kontonummer 25000 1930

Vergesellschaftung der Stahlindustrie und Volksbegehren

Hans Janßen/Harald Mattfeldt

Das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, und der Hamburger HWP-Professor Harald Mattfeldt haben die nachstehende konkrete Initiative zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie, im ersten Schritt in Nordrhein-Westfalen, Mitte Dezember auf einer Veranstaltung in Duisburg-Rheinhausen vorgestellt.

Ein solches Volksbegehren kann nach Artikel 68 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung zum Erlaß eines Gesetzes gestartet werden. Dem Begehren müssen 20 Prozent der stimmberechtigten Bürger zustimmen. Lehnt der Landtag Nordrhein-Westfalens ein solches rechtmäßig zustandegekommenes Begehren mit Mehrheit ab, muß er innerhalb von zehn Wochen einen Volksentscheid darüber herbeiführen lassen.

I. Grundgesetz, NRW-Verfassung und Vergesellschaftung

Zur Wahrung zentraler Verfassungsartikel des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Erfüllung des Verfassungsgebots der Gleichwertigkeit der Lebenschancen in der Bundesrepublik ist es erforderlich, die eutsche Stahlindustrie zu vergesellschaften. Dies ist notwendig, da die einzelnen Unternehmungen zugegeben haben, daß sie nicht in der Lage sind, weiterhin die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern bzw. für ausreichende Ersatzarbeitsplätze zu sorgen und deshalb Massenentlassungen in einem bisher nie gekannten Ausmaß vornehmen wollen. Würde dieser Fall eintreten, und die Unternehmenspläne sagen dies deutlich, werden ganze Regionen in kürzester Zeit von Massenarbeitslosigkeit überzogen werden. Dies hat nicht nur Folgen für die unmittelbar Entlassenen und ihre Familien, sondern für alle anderen Menschen in den betroffenen Regionen. Dies ist insbesondere für die Menschen im Ruhrgebiet nicht akzeptabel, weil gerade sie nach dem Kriege nicht nur den eigenen Aufbau, sondern mit der in dieser Region geleisteten Arbeit den anderen Regionen in der Bundesrepublik dazu verholfen haben, die Nachkriegsnot zu überwinden.

Die drohende wirtschaftliche Verödung und Massenverarmung und — damit einhergehend — die mögliche Massenauswanderung aus den bisherigen Heimatregionen kann nur verhindert werden, wenn die gesamte Gesellschaft die Verantwortung für die Arbeitsplätze in den Stahlstandorten übernimmt. Nur so kann noch sichergestellt werden, daß nicht Hunderttausende von Menschen in diesen Regionen ihrer gegenwärtigen und der zukünftigen Lebenschancen ihrer Kinder und der Jugendlichen unwiderruflich beraubt werden. Von daher ist die Vergesellschaftung der Stahlwerke nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern ein dringliches Gebot zur Erfüllung zentraler Normen unseres Grundgesetzes wie auch der NRW-Verfassung.

Wer nicht die Arbeitsplätze in diesen Regionen mit allen von den Verfassungen gegebenen Möglichkeiten erhält, zumindest solange, bis Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden, verletzt unseren verfassungsrechtlichen Grundkonsens. Längerfristige Arbeitslosigkeit beeinträchtigt in erheblichem Maße die physische und psychische Unversehrtheit (Art. 2 GG), hohe Arbeitslosigkeit führt nachweislich zu größerer Ungleichbehandlung von Frauen und Mädchen auf dem Arbeitsmarkt (Art. 3 GG) und kann, das ist wissenschaftlich gesichert, zur Zerstörung von Ehe und Familie führen (Art. 6 GG). Das Grundgesetz schützt *menschliche Rechte* und nicht den Kapitalgewinn. Selbst nicht gewinnträchtiges Eigentum verpflichtet und soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen (Art. 14 Abs.2 GG). Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen formuliert dies ausdrücklich. *In Art. 24 der NRW-Verfassung heißt es: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes." Es darf keine rechtsfreien Räume geben, vor allem keine Grundgesetz- und verfassungsfreien Regionen!*

II. IG Metall-Forderungen nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie

Der 14. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall vom Oktober 1983 hat die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert. Zur Konkretisierung dieser Forderung wurde am 16. April 1985 vom Vorstand der IG Metall das *Stahlpolitische Programm* verabschiedet. Im Laufe der weiteren Zuspitzung der Stahlkrise wurde immer wieder die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert.

Die von Hunderttausenden unterschriebene Petition der IG Metall vom Frühjahr 1987 an den Bundestag zur Einleitung der Vergesellschaftung durch den Gesetzgeber, d.h. durch ein entsprechendes *Gesetz* nach Art. 14 Abs. 3 und Art. 15 des Grundgesetzes bzw. nach Art. 27 NRW-Verfassung blieb bisher ohne Resonanz. Dies ist umso erstaunlicher, als zahlreiche Bundestags- und Landtagsabgeordnete diese Petition unterschrieben haben. Von diesen Abgeordneten ging bisher leider keine eigene Initiative zur Verwirklichung ihrer öffentlich geäußerten Absicht der Unterstutzung der langjährigen und im vollen Bewußtsein der kommenden Probleme der Stahlregionen formulierten gewerkschaftlichen Vergesellschaftungsforderungen aus. Allerdings liegt auch von der IG Metall selbst, trotz sehr genauer Vorstellungen zur Vergesellschaftung (nicht zu verwechseln mit einer bloßen „Verstaatlichung") im *Stahlpolitischen Programm* bisher noch kein Formulierungsvorschlag für ein entsprechendes Gesetz auf dem Tisch. (Angemerkt sei schon hier, daß die Regelungen des EG-Vertrages in keiner Weise einer Vergesellschaftung entgegenstehen. In Art. 222 des EG-Vertrages heißt es ausdrücklich: „Dieser Vertrag läßt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.")

Nachdem der IG Metall-Vorsitzende die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie vor dem Hintergrund der sich weiter zuspitzenden Standortkrisen im Ruhrgebiet, aber auch an anderen Standorten, in seiner Rede in Rheinhausen am 10.12.1987 erneuert hat, wird es höchste Zeit, einen entsprechenden *IG Metall-Gesetzentwurf zur Vergesellschaftung in Übereinstimmung mit dem Stahlpolitischen Programm vorzulegen.* Die Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzes kann auf verschiedenen Ebenen geschehen, Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung gibt es ebenfalls auf verschiedenen Ebenen, Bund und Länder bzw. Appell an die Politiker und/oder Volksentscheid und Volksbegehren. Unter kurzfristigen und landespolitischen Aspekten (Betroffenheit des Ruhrgebiets) sprechen viele gute Gründe dafür, die Möglichkeit der nordrhein-westfälischen Verfassung für ein Volksbegehren und einen Volksentscheid ins Auge zu fassen.

III. Konkrete Schritte zur Vergesellschaftung

1. Die Gewerkschaftsmitglieder im Bundestag, insbesondere die Bundestagsabgeordneten der SPD und der Grünen, die die Petition der IG Metall unterstützt haben, werden aufgefordert, in kürzester Zeit *dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie vorzulegen. Das gleiche gilt für die SPD-Landtagsabgeordneten und die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.* Allein durch die Erfüllung dieser Forderung läßt sich das zunehmende Mißtrauen der arbeitenden Menschen gegenuber hohlen Absichtserklärungen und Sonntagsreden von Politikern, die angeben, das Interesse der arbeitenden Menschen nach einem sicheren Arbeitsplatz zu vertreten, bekämpfen. Die arbeitenden Menschen im Ruhrgebiet, aber auch im Saarland, in Bayern, in Niedersachsen und an den anderen Stahlstandorten, die von massiven Arbeitsplatzverlusten existentiell bedroht sind, werden in Zukunft nur denjenigen ihre Wahlstimme geben, die auch konsequent im Parlament und in den Regierungen in Bonn, in den Ländern und Gemeinden dieses existentielle Interesse nach einem sicheren Arbeitsplatz in der Region, in der sie mit ihren Familien leben, nachdrücklich und glaubhaft vertreten. Die Stahlstandorte dürfen nicht zu Auswanderungsregionen werden oder zu Regionen, in der die arbeitenden Familienmitglieder bestenfalls am Wochenende (falls das arbeitsfrei bleibt!) oder in den Ferien ihre Familien besuchen und ansonsten fern ihrer angestammten Heimatregion arbeiten!

2. Um der Forderung der IG Metall entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wird vorgeschlagen, daß ab sofort in Nordrhein-Westfalen von der IG Metall und den anderen DGB-Gewerkschaften, den Betriebsräten, Vertrauensleuten und den Belegschaften aller Stahlstandorte sowie den Bürgerkomitees, den Arbeitsloseninitiativen, den Kirchengemeinden und all denjenigen, die sich bisher mit dem Kampf der Belegschaften und der Stahlstandorte solidarisch erklärt haben, die *Vorbereitungen für ein Volksbegehren nach Art. 68 der Verfassung von Nordrhein-Westfalen für den Erlaß eines „Gesetzes zur Erhaltung der Arbeitsplätze in den Stahlregionen von Nordrhein-Westfalen"* in Angriff genommen werden. Die Formulierung dieses Gesetzes auf der Grundlage des Stahlpolitischen Programms übernimmt ab sofort eine Expertenkommission unter Leitung der IG Metall. Auch die Frage der Entschädigung soll in Anlehnung an die verabschiedeten Forderungen des Stahlpolitischen Programms geregelt werden. Dabei ist insbesondere noch einmal zu prüfen, ob die bisherigen öffentlichen Subventionen und anderen Bundes- und Landeszuschüsse in Anrechnung kommen können.

3. Der *zeitliche Ablauf* ließe sich so gestalten, daß die entsprechenden *Gesetzentwürfe noch vor Weihnachten* erstellt, veröffentlicht und durch die Betroffenen diskutiert werden können. So könnten auch die Weihnachtsfeiertage der Betroffenen nicht mehr allein bestimmt werden durch die Schatten der angedrohten Massenvernichtung von Arbeitsplätzen, sondern durch eine konkrete Hoffnung auf eine arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftlich positive Zukunft der Heimatregion. Gleich im neuen Jahr sollten dann die notwendigen konkreten Maßnahmen für das Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen in Angriff genommen werden, falls die Fraktionen des Landtags nicht bereit sind, von sich aus einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Bis zur geplanten Konferenz über die Montanregionen, wie sie von Bundeskanzler Kohl für den Februar geplant ist, sollten diese Maßnahmen abgeschlossen sein und schon ein großer Teil der Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt worden sein.

IV. „Gesetz zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen"

Als Grundlage für die Diskussion könnte der folgende Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Stahlregionen von Nordrhein-Westfalen" dienen.

Gesetzestext

Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschließt angesichts der drohenden Arbeitsplatzvernichtung und der damit verbundenen Vernichtung der sozialen Existenz von Zehntausenden von Bürgern in den Stahlregionen des Landes sowie zur Verhinderung der weiteren Aushöhlung des Art. 24 der nordrhein-westfälischen Verfassung folgendes Gesetz:

§ 1 Vergesellschaftung der Stahlunternehmen
Die Unternehmungen und Betriebe der eisen- und stahlerzeugenden Industrie in Nordrhein-Westfalen werden zum Zwecke der Erhaltung aller Stahlstandorte und zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Stahlregionen sowie zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen nach Art. 27 Abs. 1 NRW-Verfassung sowie nach Art. 15 des Grundgesetzes zum Zwecke der Vergesellschaftung in das Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeineigentum) übergeführt.

§ 2 Umfang der Vergesellschaftung
Unter den Unternehmungen und Betrieben der Stahlindustrie sind die Betriebe und Unternehmungen im Lande Nordrhein-Westfalen zu verstehen, die Eisen- und Stahlerzeugnisse nach dem Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) sowie die Nicht-EGKS-Stahlerzeugnisse Stahlrohre, Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke, Gießereierzeugnisse sowie Schmiede-, Press- und Hammerwerksprodukte herstellen.

§ 3 Landes-Stahlholding
Das Eigenkapital dieser Unternehmungen und Betriebe wird zum Buchwert in eine Stahlholding des Landes Nordrhein-Westfalen „Nordrheinwestfälische Stahlwerke AG" (NRW Stahl AG) eingebracht, deren Alleinaktionär das Land Nordrhein-Westfalen ist.

§ 4 Erhaltung aller Stahlstandorte
An den einzelnen Stahlstandorten werden montanmitbestimmte, juristisch selbständige Tochtergesellschaften der „Nordrheinwestfälischen Stahlwerke AG" mit eigenem Anlagevermögen und eigener Belegschaft errichtet. Das Eigenkapital der Tochtergesellschaften befindet sich mehrheitlich im Eigentum der „NRW Stahl AG".

§ 5 Beschäftigungsgesellschaften
(1) Zur Absicherung des Rechts auf Arbeit nach Art. 24 NRW-Verfassung werden an allen Stahlstandorten Beschäftigungsgesellschaften gegründet. Sie dienen der Verhinderung von Entlassungen, der Einkommenssicherung und der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen sowie der Sicherung der vorhandenen und der Vermittlung zusätzlicher Qualifikationen in den Fällen, in denen eine Verminderung der Belegschaften in den Stahlwerken der jeweiligen Stahlregion nicht zu vermeiden ist. Neben dem Aufbau neuer Produktlinien sollen die Beschäftigungsgesellschaften insbesondere beschäftigungsrelevante Projekte von regionalem Nutzen fördern und durchführen.
(2) Die Beschäftigungsgesellschaften werden als selbständige Tochtergesellschaften der Stahlwerke des jeweiligen Standorts geführt. Ihr Eigenkapital steht je zu einem Drittel dem Land, der Gemeinde (Kreis, Stadt) des zugehörigen regionalen Stahlunternehmens sowie dem Stahlunternehmen selbst zu.

§ 6 Entschädigung
Die ehemaligen privaten Anteilseigner der Stahlunternehmen und Betriebe werden mit Forderungen gegen die „NRW Stahl AG" in Höhe der Buchwerte des enteigneten Kapitals entschädigt. Diese Forderungen sind stimmrechtslos. Sie sind als Obligationen frei handelbar und werden aus den Jahresüberschüssen der Tochtergesellschaften, auf die sich das enteignete Kapital bezieht, verzinst. Zur Tilgung dieser Forderungen wird der Jahresüberschuß der „NRW Stahl AG" verwendet.

§ 7 Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Verlustsozialisierung?

„Und wer meint, Vergesellschaftung von Verlustbereichen als ‚Verlustsozialisierung' ablehnen zu müssen, der sollte mal vorrechnen, ob solche Verlustsozialisierung gesamtwirtschaftlich nicht billiger kommt, als die privatwirtschaftlichen Wohnungen. In die privatkapitalistische Lösung der Bergbaukrise sind mittlerweile so viele Milliarden gesteckt worden, daß man sämtliche Bergleute bei Gründung der Ruhrkohle AG hätte nach Hause schicken können und ihnen bis an ihr Lebensende ihren Lohn hätte fortzahlen können."

Günter Spahn, VK-Vorsitzender bei Thyssen-Stahl in Duisburg, auf der IGM-Vertrauensleutekonferenz im November 1987. (Rede dokumentiert in UZ, 7.1.87)

Der Stoff aus dem Terroristinnen gemacht werden

Während die ersten sich schon auf den Weg in den Weihnachtsurlaub machten, machte sich das BKA noch mal schnell zum Jahresende auf den Weg quer durch die Republik, um Festnahmen, Durchsuchungen und Razzien durchzuführen. Ob es inzwischen einen vollständigen Überblick gibt, ist unklar, vorläufiges *Ergebnis* dieser BKA-Aktion sind mehrere Festnahmen und offene Haftbefehle.

Am 18.12.87 wurden in Bochum, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Hannover und Köln mindestens 33 Hausdurchsuchungen in Betrieben und Wohnungen durchgeführt. Mit Haftbefehlen wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in ,,terroristischen Gruppen'' wie Revolutionäre Zellen oder Rote Zora wurden mehrere Frauen gesucht.

Diese bundesweite BKA-Aktion richtete sich vor allem gegen Frauen, die im Bereich Gentechnologie, Bevölkerungspolitik in der dritten Welt, Asylpolitik und Sextourismus arbeiten.

— Am 18.12.87 wurde in Hamburg die Buchhandlung ,,Die Druckerei'' durchsucht. Begründung war der Verkauf des ,,Schanzenleben'', Stadtteilzeitung des Schanzenviertels, in dem Erklärungen der ,,Roten Zora'' dokumentiert worden sind. Die BuchladenmitarbeiterInnen sagen dazu in ihrer Presseerklärung:

Am Freitag, 18.12.1987, wurde unsere Buchhandlung gemäß Beschluß des Hanseatischen Oberlandesgerichtes durchsucht. Wir werden beschuldigt, für eine ,,terroristische Vereinigung'' geworben zu haben, indem wir, wie seit sieben Jahren, die Stadtteilzeitung ,,Schanzenleben'' angeboten und verkauft haben. Aus demselben Grund ist gegen die unbekannten (?) Verantwortlichen des Buchladens ,,Die Druckerei'' ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts eines Vergehens nach § 129a StGB (Unterstützung oder Werbung für eine terroristische Vereinigung) eingeleitet worden.

Wir wissen nicht, ob diese Aktion der politischen Polizei Hamburgs (FD 721) in Zusammenhang steht mit zahl-
der politischen Polizei Hamburgs (FD 721) in Zusammenhang steht mit zahl-
reichen Durchsuchungen von Wohnungen und Arbeitsplätzen im gesamten Bundesgebiet am selben Tag.

Fakt ist, daß derzeit reihenweise Verfahren nach § 129a gegen Buchhändler wegen des Verkaufs von bestimmten Publikationen eingeleitet worden sind. Abgesehen davon, daß wir als Buchhändler unmöglich in der Lage sind, jede Zeitschrift oder jedes Buch vor Verkauf auf den Inhalt zu überprüfen, sehen wir darin auch einen massiven Versuch, die Verbreitung linker Gegenöffentlichkeit zu behindern. Wir lassen uns nicht einschüchtern!

— Ulla P. wurde am selben Tag in einem Betrieb festgenommen und am Samstag nach Karlsruhe geflogen, um dort dem Haftrichter vorgeführt zu werden. Der gegen sie erlassene Haftbefehl ist ausgestellt wegen Verdachts auf Mitgliedschaft in der ,,terroristischen Vereinigung Rote Zora''. Sie soll an zwei Treffen teilgenommen haben, die von der BAW als konspirativ bezeichnet werden. Ein konkreter Tatvorwurf besteht nicht. Bei dieser Festnahmeaktion wurde gleichzeitig der Betrieb, in dem Ulla arbeitet, mehrere Stunden durchsucht. Außerdem wurde ihre mutmaßliche Wohnung mehrere Stunden von den Beamten durchwühlt, der eintreffende Anwalt wurde kurzerhand hinausgeworfen. Der Durchsuchungsbefehl für diese Wohnung war auch nicht auf Ulla ausgestellt, sondern auf eine Adrienne G. Ulla sitzt seit ihrer Verhaftung im UG in Hamburg.

— Unter dem Vorwand, die gesuchte Frau hätte eine zeitlang in der Harkortstraße gewohnt, wurde dort dann auch noch eine Wohnung aufgebrochen und durchsucht. Einen Durchsuchungsbefehl gab es offensichtlich nicht, aber die Begründung ,,Gefahr im Verzuge''. Dem Wohnungsinhaber wurden schlicht neue Wohnungsschlüssel in die Hand gedrückt, weil die Beamten das aufgebrochene Schloß durch ein neues ersetzt hatten.

— Mit der Behauptung, diese Adrienne G. würde im 4. Stock der W3 arbeiten, durchsuchten die Beamten dann die Räume der Druckerei ,,Konfront'' und behinderten während dieser Zeit die Arbeit des im gleichen Stockwerk gelegenen TAZ-Hamburg Fotolabors, was dazu führte, daß die Hamburgausgabe der TAZ am nächsten Tag ohne Fotos erscheinen mußte. Merkwürdig, daß bei der Suche nach einer Person auch zwischen Fotopapier nachgesehen werden muß. Die Durchsuchung der gesamten TAZ-Räume sei notwendig gewesen, weil den Beamten die Auskunft verweigert worden sei, wo denn der Arbeitsplatz der gesuchten Frau sei, behauptete im nachherein der Sprecher der BAW.

— In Bochum wurde die Durchsuchung der TAZ-Büroräume zu einem Meisterstück des Rechtsbruch. Es lag ein Durchsuchungsbefehl für den Ar-
chung der TAZ-Büroräume zu einem Meisterstück des Rechtsbruch. Es lag ein Durchsuchungsbefehl für den Ar-
beitsplatz einer TAZ-Mitarbeiterin vor. Der wurde aber nicht unmittelbar, nachdem er ausgestellt worden war, ausgeführt, sondern es wurde der Feierabend der TAZ-Redaktion abgewartet und dann mit der Begründung ,,Gefahr im Verzug'' die Tür der TAZ-Redaktion aufgebrochen und die Redaktionsräume durchsucht.

— In Essen wurden die Räume des Genarchivs durchsucht. Ein Durchsuchungsbeschluß wurde den Frauen nicht vorgelegt. Es wurde zahlreiches z.T. uraltes Material zur Humangentik beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde bei der Durchsuchung des Genarchivs, das sich in den Räumen einer Ärztinnenpraxis befindet auch die Patientinnenkartei durchforstet und die anwesenden Patientinnen mußten ihre Personalien überprüfen lassen, bevor sie die Praxis verlassen durften. Die Frauen des Essener Genarchivs haben dazu folgende Erklärung abgegeben:

,,Im Rahmen einer bundesweiten Durchsuchungs- und Festnahmeaktion vor allem gegen Frauen und Frauenprojekte wurde das Genarchiv Essen von ca. 15 Beamten des Bundeskriminalamtes und der örtlichen Polizei durchsucht. Im Genarchiv und auch in den Wohnungen wurde eine Menge von Papieren ,sichergestellt', die sich z.B. mit Humangenetik, Pränataldiagnostik, gentechnologischen Forschungsvorhaben usw. beschäftigen. Arbeitsunterlagen von uns Frauen, wie Vortragsentwürfe, Seminarvorbereitungen, gedruckte Arbeiten, Rundfunk- und Videoaufnahmen wurden beschlagnahmt. Wir wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die ganze Aktion fand unter einem immensen Aufgebot bewaffneter Polizei statt, die Straße und Hausflur abriegelte. Als Grund für das alles wurde uns lediglich mitgeteilt, daß wegen ,Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung' (§ 129a) gegen uns ermittelt würde. Das Genarchiv in Essen ist eine Eigeninitiative von uns Frauen und befindet sich in privat angemieteten Räumen der Führichstr. 15. Dort befindet sich ebenfalls die ärztliche Praxis einer Mitarbeiterin des Genarchivs. Diese Praxis wurde gleichermaßen durchsucht. Wir archivieren hier Pressemitteilungen und recherchieren selbst in Fachpresse und Unibibliotheken. Zu Schwerpunktfragen geben wir Stellungnahmen heraus. Wir stellen unser Material Einrichtungen zur Verfügung, die zu Fragen der Gentechnologie arbeiten. Dies sind unter anderem Frauengruppen von Kirchen, Gewerkschaft und Parteien und Bildungseinrichtungen für Lehrer und Jugendliche. Unser Archiv ist für Einrichtungen und Privatpersonen zu bestimmten Öffnungszeiten zugänglich. Wir lassen nicht zu, daß unsere Arbeit durch die Polizeiaktion zur kriminellen Tat wird und machen unbeirrt weiter.''
daß unsere Arbeit durch die Polizeiaktion zur kriminellen Tat wird und machen unbeirrt weiter.''

— Die Journalistin und ehemalige EMMA-Redakteurin Ingrid Strobl wurde am 20.12.87 in Köln festgenommen. Auch gegen sie wurde ein Haftbefehl erlassen wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in der ,,terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen'' und dem Verdacht auf Beteiligung an einem Anschlag auf die Lufthansahauptverwaltung in Köln. Dieser Anschlag richtete sich damals gegen die aktive Beteiligung der Lufthansa an der zwangsweisen Abschiebung von AsylbewerberInnen und am Prostitutionstourismus. Als ,,konkreter'' Tatvorwurf wird behauptet, sie hätte 1986 einen Wecker gekauft, der dem bei dem Anschlag benutzten entspricht.

— Die Durchsuchungen in Köln richteten sich gegen die dort zu Asyl- und Ausländerpolitik arbeitende ,,Flüchtlingsgruppe''. Die fotokopierten Durchsuchungsbefehle, die vom BGH am 17.12.87 (!) ausgestellt worden sind, wurden den betroffenen Frauen und Männern nicht vorgelegt — Begründung: ,,Es würde den Zweck der Ermittlungen gefährden.'' Mit der gleichen Begründung wurde ihnen verwehrt, AnwältInnen zu benachrichtigen. Mehr zufällig erfuhren Einzelne bei ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung, daß ihnen Mitgliedschaft in den RZ und bei den Frauen in den RZ und der Roten Zora vorgeworfen wird.

— Nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den genannten BKA Aktionen steht die am 18.12.87 erfolgte Festnahme von Erik P. und Andrea S. aus Düsseldorf wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF.

Darüber hinaus hat es bei den Haus- und Betriebsdurchsuchungen diverse vorläufige Festnahmen gegeben, bei denen Leute erkennungsdienstlich behandelt worden sind und versucht orden ist sie auszufragen nach Verbindungen zu anderen Personen etc.

§ 129a als Ermittlungsparagraph

Ganz eindeutig ist bei dieser Aktion des BKA der Versuch unternommen worden, öffentlich arbeitende Gruppen zu kriminalisieren, um sie in der Öffentlichkeit zu isolieren.

Die Erweiterung der Delikte, die jetzt mit Ermittlungen nach § 129a belegt werden können (Blockieren von Bahnlinien, Strommastensägen etc.) macht den § 129a außerdem immer deutlicher zum Ermittlungsparagraphen, um *alle* kritischen Initiativen oder Gruppen ausforschen und aushorchen zu können. Allein die Tatsache, am gleichen Thema zu arbeiten, soll unter den Begriff ,,terroristische Vereinigung'' gefaßt werden können. Das heißt, daß allein der Vorwurf der Teilnahme an Diskussionszusammenhängen — dokumentiert durch den Besitz von Papieren — oder die allgemein üblichen Formen des politischen Umgangs schon für einen Vereinigungsvorwurf ausreichen soll. Das ist seit längeren vorbereitet und mit der Verabschiedung der neuen ,,Sicherheitsgesetze'' konkret geworden. Da kein konkreter Tatvorwurf, sondern nur der *Verdacht* auf irgendwas notwendig ist, können erstmal Ermittlungen, das heißt Durchsuchungen, Zeugenvorladungen, Haftbefehle, durchgezogen werden und dann aus diesem Fundus beliebig Verfahren eröffnet oder der Kreis der Gespeicherten erweitert werden. Das haben die Ermittlungen nach den Startbahnschüssen deutlich gezeigt. Dort sind über neukonstruierte Gruppen angebliche StrommastensägerInnen zu ,,terroristischen Vereinigungen'' gemacht worden. Da aufgrund des § 129a unabhängig von einem konkreten Straftatbestand Zeugenbefragungen durchgeführt werden konnten, hat dies einen Wildwuchs an Vorladungen und Befragungen über Freundschaften, Verbindungen, Strukturen und persönliche Einschätzungen zur Folge gehabt haben.

BKA unter Erfolgsdruck

Die letzten Anschläge gegen die Textilfirma Adler (durch die ein Frauenstreik der Arbeiterinnen bei Adler in Südkorea unterstützt werden sollte und auch erfolgreich unterstützt worden ist: Die entlassenen Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt und die Löhne erhöht) und auch der ,,Rewe''-Anschlag gegen die Obstimporte aus Südafrika haben das BKA offensichtlich unter Erfolgsdruck gesetzt. Vorausgegegangen sind diesen letzten Anschlägen seit Mitte der siebziger Jahre laut BAW immerhin rund 250 andere Anschläge, die den Revolutionären Zellen und der Roten Zora zugerechnet werden. Die These des BKA von ,,FeierabendterroristInnen'' macht es ihnen, wie sie immer wieder mitteilen, so schwer, die Leute zu fassen. ,,Sie leben legal, arbeiten und tauchen nicht oder nur ganz kurzfristig ab'', das heißt, sie fallen niemanden auf und machen ,,ihre Anschläge und Aktionen abends nach Feierabend''. Der aktuelle Bezug, der von den ,,Revolutionären Zellen'' und der ,,Roten Zora'' bei ihren Aktionen hergestellt wird, trägt dazu bei, daß sie nicht völlig zu isolieren sind.

Angriff auf die Frauenbewegung?

Es stimmt sicher, wie in den Infos und auf den Verantaltungen berichtet wird, daß sich diese Durchsuchungen etc. speziell gegen Frauengruppen, gegen von Frauen aufgebaute Archive und gegen einzelne Frauen gerichtet haben. Grund dafür ist aber m.E. nicht, daß *die* Frauenbewegung getroffen werden sollte, weil das nach Meinung des BKA schon lange überfällig sei, sondern der Grund dafür liegt doch vielmehr darin, daß es *Frauen* waren, die schwerpunktmäßig — und das wiederum ist nicht zufällig, sondern unter anderem durch ihre unmittelbare Betroffenheit be-

Fortsetzung nächste Seite



Auf der Sylvestersolidaritätsdemonstration zogen 1.500 Menschen zum Hamburger Untersuchungsgefängnis und riefen Parolen, um die dort eingeknastete Ulla P. zu grüßen

Foto: Hinrich Schultze

Dokumentation:

Brief von Ulla Penselin

Liebe FreundInnen,
meine politischen Aktivitäten der letzten Jahre habe ich — wie viele wissen — auf das Thema Bevölkerungspolitik konzentriert. Das bedeutet für mich Widerstand gegen eine Politik der Herrschenden, die Menschen mit den verschiedensten Methoden je nach wirtschaftlichem Bedarf und politischer Opportunität hin und her verschiebt, sie in die geforderten (Leistungs-)Normen zwingt oder vernichtet:

Auslese der für's System brauchbaren, Ausmerze der unbrauchbaren und Widerstand leistenden Menschen — die Anwendung des Kosten-Nutzen-Prinzips auf den Menschen. Neben die traditionellen Mittel der Bevölkerungskontrolle wie Abtreibungsverbot/Zwang zur Abtreibung, Gesundheitswesen, Familienideologie, Frauenbild und -mord treten zunehmend Instrumente, die die Selektion schon vor der Geburt ermöglichen sollen: vorgeburtliche Diagnostik, Humangenetik, Reproduktionsmedizin, Gentechnologie (wobei gerade letztere noch sehr viel mehr Aspekte hat — wie z.B. Forschung zur bakteriologischen Kriegsführung, Nahrungsmittelpolitik, Business).

Daß sich diese Instrumente der Bevölkerungspolitik in erster Linie an oder vielmehr gegen Frauen richten, liegt in der Natur. Den Widerstand aber alleine mit der Forderung nach Selbstbestimmung über unsere Körper und als Angriff auf eine männliche Medizin zu leisten, greift zu kurz. Wohin solch ein eingeschränkter (metropolenbornierter) Selbstbestimmungsbegriff führt, das zeigt sich inzwischen allerorten, wenn Frauen anfangen, z.B. an Gesetzen zur Leihmutterschaft, zu Laborsicherheit oder dergleichen mitzubasteln oder nach Argumenten suchen, ob frau nicht doch hier oder vielleicht dort von ,,technischen Fortschritt'' profitieren könnte. Solch ein Denken behauptet eine Freiheit der Wahl, die für die meisten Menschen nicht existiert. Sobald aber Gentechnologie, Humangenetik usw. als Instrumente der imperialistischen und patriarchalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaschinerie begriffen werden und das Ziel das Leben aller Menschen in Freiheit ist, gibt es auch zu allen Aspekten der Bevölkerungspolitik keine Wenn's und Aber's, keine Partizipation, sondern nur konsequenten Widerstand. Genau wie an anderen Themen z.B. Frauenarbeit, Sexismus, § 218, Vergewaltigung, Frauenhandel muß es gelingen, die Diskussionen und praktischen Ansätze, die es an vielen Ecken und Enden gibt, zu verknüpfen und in eine revolutionäre, internationale, feministische Politik umzusetzen, die ihre Kraft und Stärke aus der Vielfalt ihrer Aktionen bezieht.

Ihr seht, ich kann Euch aus dem Knast heraus keine theoretischen Weisheiten vermitteln, die nicht schon diskutiert worden wären, eine ganz praktische und ganz alte Weisheit allerdings doch:

Solidarität ist eine Waffe!!!

Es ist eine überwältigende und kraftgebende Erfahrung, das so konkret bis hier in den Knast herein zu spüren!

Kraft und Liebe für alle, die überall in der Welt drinnen und draußen leiden und kämpfen und Dank an alle bekannten und unbekannten FreundInnen für ihre Solidarität und tatkräftige Unterstützung!

BKA-Fahnder Papst unterzeichnet das Durchsuchungsprotokoll nach der Razzia in der Druckerei im Werkstatt 3-Komplex

BKA-Fahnder Papst unterzeichnet das Durchsuchungsprotokoll nach der Razzia in der Druckerei im Werkstatt 3-Komplex

„Innere Sicherheit":

Aussichten auf ein „Kernstück"

Am 16. 12. einigte sich das Bundeskabinett auf die Verabschiedung eines „Artikelgesetzes zur Inneren Sicherheit", mit dem, wie Innenminister Zimmermann und Justizminister Engelhardt gemeinsam verlauten ließen, *„vor allem der Entwicklung von Gewalttätigkeiten bei oder im Zusammenhang mit Demonstrationen Rechnung getragen werden soll."* Es soll nach einer „Erklärungsfrist" für nicht direkt betroffene Bundesministerien, die Länderjustizverwaltungen und Verbände bis zum 20.2. dann noch vor der parlamentarischen Sommerpause '88 abschließend beraten werden.

Kernstück des Maßnahmekatalogs sei, so Zimmermann, das „strafbewehrte Vermummungsverbot".

Tatsächlich enthält der Katalog ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die die immer wieder angestrebte und doch nie erreichte Entmischung von friedlichem und nicht friedlichem Protest von mehreren Seiten zugleich angehen sollen. Das Vermummungsverbot ist nur ein Punkt darunter.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Komplexe:

— **Einschränkungen des Demonstrationsrechts,** allem voran durch Neufassung des Versammlungsgesetzes: Vermummungsverbot auf dem Weg zu

— **Einschränkungen des Demonstrationsrechts,** allem voran durch Neufassung des Versammlungsgesetzes: Vermummungsverbot auf dem Weg zu und während öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen, auch als Verbot der passiven Bewaffnung deklariert; Strafandrohung für die Aufforderung zu einer verbotenen Demonstration; Einführung eines bußgeldbewehrten Kooperationsgebots, das die VeranstalterInnen von Versammlungen verpflichtet, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Zur Durchführung des Neuen Gesetzes vor Ort sollen von den Innenministern der Länder besondere Richtlinien erarbeitet werden.

Beabsichtigt ist darüberhinaus die Erweiterung des „Haftgrunds der Wiederholungsgefahr" bei Landfriedensbruch. Strittig ist noch, ob diese Vorbeugehaft erst bei schwerem oder schon bei einfachem Landfriedensbruch in Anwendung kommen soll.

— **Schärferer Einsatz des Strafrechts gegen politische Gewalt** (von unten, versteht sich): Wiedereinführung der Strafbarkeit für „öffentliche Befürwortung von Gewalt" (§ 130b StGB); Erweiterung des Tatbestands der Geiselnahme bei gleichzeitiger Heraufsetzung der Mindeststrafe auf 5 Jahre Haft (§ 239 StGB); Bedrohung von Waffen- und Sprengstoffdiebstahl als schwerer Diebstahl mit bis zu zehn Jahren Haft (§ 243 StGB); Belegung der „schweren Störung öffentlicher Betriebe", wenn die Versorgung der Bevölkerung bedroht ist, mit bis zu zehn Jahren Haft. (§ 316 StGB)

— **Eine bis zum 31.12.91 befristete Kronzeugenregelung.** Der am 23. Dezember 87 bereits an die Länder weitergeleitete Entwurf läßt allerdings offen, bis zu welcher Mindeststrafe im Falle einer Mord- oder Totschlagsanklage Strafmilderung angeboten werden soll. Strittig ist außerdem im Kabinett, wem die Kompetenz des Straferlasses zugeschoben wird, dem für die Hauptverhandlung zustehenden Gericht, wie es die FPD will, oder dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, d.h. im Klartext dem Generalbundesanwalt, wie es Zimmermann und selbstverständlich Rebmann will.

General Rebmann wie auch Justizminister Engelhardt führten angebliche Kontakte von Aussagewilligen aus der Szene als Beleg für die Dringlichkeit der Regelung an.

— **Einsetzung einer „Gewaltkommission".** *„Sie hat den Auftrag, bis Ende 1989 die Ursachen zu untersuchen, insbesondere*
— der politisch motivierten Gewalt,
— der Gewalt auf Straßen und Plätzen,
— der Gewalt im Stadion
— der Gewalt in der Schule und
— der Gewalt in der Familie.
Darüberhinaus soll die Kommission Konzepte zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt entwickeln, die so praxisnah und handlungsorientiert gefaßt sein sollen , daß sie von Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz möglichst kurzfristig umgesetzt werden können". (Innenpolitik, 11-12/87)

Weiterungen

Soweit die Beschlüsse vom 16.12.87. Zimmermann erklärte seine Zufriedenheit und versicherte, er könne sich durchaus „weitergehende Maßnahmen" vorstellen. Gemeint ist die von Strauß und Co wie schon so oft als taktische Masse ins Spiel gebrachte Forderung nach Wiedereinführung des von der SPD abgeschafften Landfriedensbruchsparagrafen. Der Innenminister ist *„aber dafür, in der jetzigen Situation erst einmal die Gesetze zu verabschieden, sie dann wirken zu lassen und nach einem angemessenen Zeitraum oder nach neuen Entwicklungen zu prüfen, wie es weitergeht".* (Innenpolitik, 11-12/87) Kollege Engelhardt wahrte liberales Profil, indem er erklärte, neue Ereignisse könnten sicher einen *„Umdenkungsprozess"* erzwingen, doch müsse es sich dann schon um *„aufstandsähnliche Vorgänge handeln, die man sich nicht wünschen könne".* Dies vor dem Hintergrund der protzigen Statements von Bangemann, weiteren Maßnahmen werde die FDP nun aber wirklich nicht mehr zustimmen wollen!

Aber da der Appetit beim Essen wächst und die Gelegenheit günstig scheint, sattelten Zimmermann und Kollege Engelhardt gleich Anfang des Jahres noch ein bißchen nach:

— Nachträglich den Katalog aufgenommen werden soll eine **Novellierung des Nötigungsparagrafen 240 StGB,** die eine generelle Strafbarkeit von Blockadeaktionen festschreiben soll.

nommen werden soll eine **Novellierung des Nötigungsparagrafen 240 StGB,** die eine generelle Strafbarkeit von Blockadeaktionen festschreiben soll.

Kurzzeitige Sperrungen mit „Signalwirkung" sollen davon nicht erfaßt werden. Die *„bewußte Störung des Verkehrs oder eines Zufahrtsweges"* soll dagegen unter Strafe gestellt werden. Laut Engelhardt muß klargestellt werden *„daß politische Fernziele der Teilnehmer von Sitzblockaden bei der Prüfung der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens nicht zu berücksichtigen sind".* Zimmermann will, daß *„politische Motive grundsätzlich unbeachtet bleiben".*

— Justizminister Engelhardt kündigte außerdem eine Novellierung der Strafprozessordnung an, „um Strafverfahren gegen Gewalttäter" so zu beschleunigen, daß die Hauptverhandlung innerhalb von drei Monaten eröffnet werden kann.

Anfangs des Jahres begrüßte Zimmermann seine Koalitionsfeinde und die Öffentlichkeit mit weiteren Wünschen: einer Verschärfung des Asylrechts, um dessen „Mißbrauch" durch „Wirtschaftsasylanten" zu unterbinden, sowie die Durchführung von „Patenschaftsprogrammen für die Ausstattung und Ausbildung" von Polizei in Drogenherkunftsländern.

Es versteht sich von selbst, daß Gralshüter der FDP-Liberalität wie B. Hirsch sofort das Distanzierungsritual vollzogen: Einer Verschärfung des Asylrechts werde die FDP keineswegs zustimmen, donnerte Hirsch. Man wird ihnen helfen müssen.

Praktiker

Beim ersten Hinsehen macht der Katalog einen martialischen Eindruck. Das ist vermutlich auch sein Zweck. Vorstellungen dieser Art werden deutlich, wenn Verteidiger der „strafbewehrten Vermummung" der Kritik, das Vermummungsverbot sei praktisch nicht durchsetzbar, mit dem Argument begegnen, es verhalte sich hier wie beim Verbot „böswilliger" Infizierung anderer durch AIDS. Da könne man auch nicht unter jedes Bett einen Polizisten setzen. Ziel eines Verbots sei es in erster Linie, ein „Unrechtsbewußtsein zu schaffen", um das verlorengegangene Rechtsbewußtsein wiederherzustellen, versteht sich. Solch Prachtexemplare von Paradoxa weiß unser der bayerische Sozialminister Hillermeyer hervorzubringen. Beispielhaft!

Beim zweiten Hinsehn will einem das Lachen aufsteigen. Keiner der Hauptpunkte ist bisher tatsächlich abschließend zwischen den Koalitionsparteien geklärt. Umstritten die „Details" der Kronzeugenregelung, der Nötigungsbestimmungen, des Vorbeugeparagrafen. Im Detail lauert bekanntlich der Teufel. Offen die Frage, wie das „Kernstück", die „strafbewehrte Vermummung" im Konkreten vor Ort durchgesetzt werden soll. Die Alternative: Opportunitätsspielraum bei Vermummung als Ordnungswidrigkeit contra Legalitätsbindung bei ‚strafbewehrter Vermummung" ist selbstverständlich Unsinn, eine medienwirksam aufgebauschte Scheinalternative. Der grundgesetzlich festgeschriebene Verhältnismäßigkeitsgrundsatz steht — soweit es nach Recht und Gesetz geht — allemal über einer gesetzlichen Einzelbestimmung. In der Praxis muß die Polizei nach wie vor nach Opportunitätsgesichtspunkten entscheiden: Ein StahlarbeiterInnen-Umzug ist keine Startbahndemo, eine Friedensdemo in Bonn keine militante Blockade eines Raketendepots. etc. Um also zu vermeiden, daß irgendein durchgeknallter oder eben nur mit der Intelligenz einer mittleren Polizeilaufbahn ausgestatteter Bulle das empfindliche Gleichgewicht des „inneren Friedens" aufmischt, muß der allgemeinen Gesetzesänderung noch eine konkrete Durchführungsverordnung der Innenminister hinterhergeschickt werden.

Wen wundert es, daß Gestalten wie der Hamburger VS-Chef Lochte oder auch der sattsam berüchtigte Stuttgarter Landespolizeipräsident Stümper Hohn und Spott über das „Kernstück" ausgießen. So Lochte auf einer Hamburger Veranstaltung zum Vermummungsverbot Mitte Dezember: *„Wenn die Polizei außerstande ist, Gewalttäter festzunehmen, kann man das Problem nicht damit lösen, daß man auf die Kleiderordnung ausweicht. Bei der letzten großen Demo in Hamburg gab es fast 1500 Vermummte, darunter sehr viele Schüler. Im Zweifel würde die Polizei wahrscheinlich die erwischen".* Stümper zetert in der neuesten Ausgabe von „Ki-

mummte, darunter sehr viele Schüler. Im Zweifel würde die Polizei wahrscheinlich die erwischen". Stümper zetert in der neuesten Ausgabe von „Ki-

minalistik" über den unwissenschaftlich und jegliche konzeptionelle Weitsicht vermissenlassenden Dilettantismus (jaja, die Sprache geht in der „Inneren Sicherheit" baden) der politischen Führung: *„Wo aber soll diese wissenschaftliche Grundlage bei einem Politiker herkommen, der heute ein bißchen Familienpolitik oder Umweltpolitik betreibt, bevor ihn seine Fraktion zum finanzpolitischen Sprecher macht, er sich aber, weil seine ‚Roots' in Mecklenburg liegen, viel lieber deutschlandpolitisch betätigen würde? Er und andere müssen sich dann mit kriminalpolitischen Oldies wie Vermummungsverbot, Meldedienst und Landfriedensbruch herumschlagen, wobei das offensichtlich Wichtigste an diesem Ping-Pong-Austausch einmal gefaßter Meinungen die Tatsache ist, daß man sich so den großen und wirklich wichtigen kriminalpolitischen Themen erst gar nicht zu widmen braucht".* Für einen Bullen in Amt und Brot sind das deutliche Worte.

Mensch täusche sich nicht: Die eine wie die andere Kritik kommt von Rechts! Mehr „sicherheitspolitische Effektivität" wird gefordert. Das aktuelle Befriedungsprogramm müsse nach langfristigen Aufgaben ausgerichtet werden. Die Lage lasse keinen Raum für vordergründigen Tagesstreit, meint Stümper, meint er nicht erst seit heute. Es ist aber bezeichnend, daß gerade seine Crew sich in der jetzigen Situation wieder zu Wort meldet, nachdem sie sich seit den „Stuttgarter Deeskalationsgesprächen" von 82/83 bedeckt hielt. Fluchtpunkt der Beweisführung ist schließlich: *„So ist es beispielsweise von einer sehr gefährlichen indiziellen Bedeutung, wenn heutzutage ein Unternehmen, welches aus dem revolutionären Bereich von schweren Anschlägen heimgesucht wurde und weiter bedroht wird, offiziell erklärt, es müsse der Gewalt weichen und nachgeben!"*

Schluß mit *„rechtsstaatlichen Akrobatenstückchen"* heißt es in der „Jahresbilanz 87" der „Kriminalitik" mit Hinweis auf die Schüsse an der Startbahn: *„Das Recht auf friedliche Demonstrationen muß mit ungeteilter Konsequenz vor Chaoten und Verbrechern geschützt werden".*

Vollstrecker

Und da sind wir endlich am Ball! Theorie beweist sich in der Praxis, der Sinn des Maßnahmenkatalogs im Vollzug! Exemplarisch für die Vollzieher steht Generalbundesanwalt Rebmann.

Bereits nach den Schüssen an der Startbahn zog er die Ermittlungen nach § 129a an sich, erklärte eine Gruppe von ca. 10 Personen um den verhafteten Andreas E. zur „terroristischen Vereinigung" und ihn selbst zum Rädelsführer. Seitdem wurde die Frankfurter Szene von Terroristenfahndern durchgekämmt und aufgemischt. Eine Festnahme jagte die andere, ein Verhör das nächste. Die Szene ist verunsichert. Zu viele, mit polizeiinternen „Erkenntnissen" über ihre politischen Aktivitäten konfrontiert, zu

Fortsetzung nächste Seite

Dokumentation:
Erklärung Hamburger Betriebe und Initiativen

Am 18. Dezember wurden im Rahmen einer bundesweiten Aktion in Hamburg mehrere Privat- und Betriebsräume, unter anderen die Räume zweier Firmen auf dem Gelände des Werkhofes durchsucht.

Eine Frau, mit der viele von uns zusammengearbeitet haben und die viele von uns kennen, wurde in diesem Zusammenhang verhaftet. Gegen zahlreiche andere Menschen wird ermittelt.

Die Durchsuchung fand unter massivem Einsatz von Bereitschaftspolizei statt. Das Kommunikationszentrum Werkstatt 3 war z.B. von mehreren Mannschaftswagen umstellt, alle Eingänge wurden von der Polizei abgeriegelt.

Arbeitende und Besucher des Hauses, in dem sich verschiedene Initiativen und Betriebe befinden, waren faktisch eingesperrt.

Genauere Angaben über die Gründe des Einsatzes wurden nicht gemacht. Der Einsatz stand unter der Leitung des BKA — zur Koordinierung war eigens ein Bundesanwalt aus Karlsruhe ins Polizeipräsidium am Berliner Tor eingeflogen worden.

Die angereisten Beamten benötigten weder Durchsuchungs- noch Haftbefehl, sie rechtfertigten ihr Vorgehen lediglich mit „Gefahr im Verzuge" und Ermittlungen nach § 129a (§ 129a: „Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung...").

Die Durchsuchungen und weit schlimmer, die willkürliche Verhaftung von Ulla P. hat uns vor Augen geführt, daß der § 129a einer willkürlichen Ausübung von Repressionen gegen Gruppen und Menschen, die sich kritisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen, Tür und Tor öffnet.

Wir protestieren gegen die Kriminalisierung von politisch engagierten Menschen, gegen Denunziation, Bespitzelung und Schüffelei mithilfe des § 129a!

Wir fordern:
— die sofortige Freilassung von Ulla P.!
— die sofortige und ersatzlose Streichung des § 129a und aller anderen Schnüffel- und Kontrollgesetze!

confront-Druckerei, Druckerei in St. Pauli, Hinterhof Druckerei, die Druckerei Zollenspiecker, Ottenser Papiermanufaktur, Werkstatt 3 Cafeteria, Kulturbüro „Dritte Welt", Cultur Cooperative e.V., Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Geschäftsstelle und Agrokoordination, Café Treibeis, Werkstatt für umweltfreundliche Produkte, Robin Wood Hamburg, Graswurzelredakion Hamburg, Buchladen im Schanzenviertel „die druckerei", Spielzeugladen im Schanzenviertel, VoBo Initiative Schanzenvietel, Café & Buch, Motte e.V., Mottendruck, die funkpiloten, kurierdienste GmbH, Redaktion „Arbeiterkampf", Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Überleben e.V., Gaststätte „Subotnik", Mietergruppe Altona-Altstadt, el rojito e.V., Lederladen Susannenstraße, Junius Verlag, Bücher-Presse, Hamburger Frauen und 3. Welt Gruppe, Druckerei Hein & Co, Buchladen „Nautilus", Verlag Libertäre Assoziation, taz Hamburg, Fabrik GmbH

Fortsetzung von vorheriger Seite

gründet — an dem Thema Humangenetik gearbeitet haben und die die schärfsten öffentlichen Kritikerinnen der Gentechnologie an sich sind.

Zukunft Gentechnologie

Worum es jedoch bei den ganzen Aktionen ging und vermutlich auch noch weiter gehen wird, ist ein gezieltes Ausforschen der Strukturen der GenkritikerInnen.

Nicht umsonst wird die Gen- und Biotechnologie als Wachstumsbranche der Zukunft bezeichnet. Versprochen wird sich durch die Weiterentwicklung dieser Technologien einerseits die Struktur- und Absatzkrise in der Pharma- und Chemieindustrie aufzufangen und andererseits eine völlige Umwälzung der Nahrungsmittel- und Naturstofferzeugung.

Die Entwicklung von neuen Diagnostikverfahren in der Humangenetik wird benutzt, um nach „gesellschaftsrelevanten" Gesichtspunkten Auslese und Ausmerzung von „weniger verwertbarem" Leben durchzuführen.

Die bekanntesten Beispiele sind sicherlich die Fruchtwasseruntersuchungen in Indien, deren Ergebnis das Abtreiben von weiblichen Föten ist. In den USA werden bereits Einstellungen von ArbeiterInnen für bestimmte Industriezweige — Chemieindustrie — aufgrund von Genuntersuchungen vorgenommen oder eben nicht vorgenommen.

Der Angriff des Staates auf die noch schwach entwickelte umfassende Kritik an der Gen- und Biotechnologie in dieser Schärfe, wie er im Dezember durchgeführt worden ist, kann eigentlich nur bedeuten, daß hier schon die Anfänge einer Bewegung im Keim erstickt werden sollen, damit sich keine öffentliche Debatte und Kritik mehrt und eine Bewegung entsteht, wie z.B. die Anti-AKW-Bewegung. Die kriminalisierten Inhalte sollten von uns verstärkt erarbeitet und in die Öffentlichkeit gebracht werden. Das ist ein Teil der praktischen Solidarität, die wir mit den verhafteten und bedrohten Frauen üben können.

ga., hamburg

Die beiden Frauen im Knast freuen sich über Post und brauchen dringend Geld für alles, was bezahlt werden muß (Wohnung, Solidaritätsarbeit, Briefmarken etc.).

Ingrid Strobl
über Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe

Spendenkonto:
Postgirokonto Köln
BLZ: 370 100 50
Kto.: 234 81 - 506
P. Neff

Ulla Penselin
über Ermittlungsrichter am BGH
Herrengasse 45a
7500 Karlsruhe

Spendenkonto:
Haspa
BLZ: 200 505 50
Kto.: 1206/484 931
J. Beyer

Mit dem § 129a gegen Anwälte der RAF

Bundesanwaltschaft durchsucht das Büro von Ute Brandt

Am 2.12.87 wurde das Büro der Rechtsanwältin Ute Brandt in der Virchowstraße in Hamburg-Altona erneut von der Bundesanwaltschaft durchsucht.

Dabei tat sich der aus Karlsruhe angereiste Oberstaatsanwalt Senge u.a. dadurch hervor, daß er

— zu Beginn der Durchsuchung keinen Durchsuchungsbeschluß vorlegte („Die Anordnungen hier treffe ich alleine.'');

— dem zu dieser Zeit allein im Büro anwesenden Rechtsanwalt Andreas Beuth — RAin Brandt war bei einem auswärtigen Termin — das Telephonieren zunächst verbieten wollte, dann kontrollierte („Sie könnten eine Telefonkette auslösen wollen.'');

— dem hinzukommenden Rechtsanwalt Manfred Getzmann, der während der Durchsuchung die Interessen von RA Beuth vertrat und die Rechtmäßigkeit der Maßnahme der Bundesanwaltschaft in Zweifel zog, gar die Festnahme androhte, weil dieser ihn angeblich in seiner Amtshandlung störe („Ich lasse Sie festnehmen, wenn Sie nicht den Mund halten.'');

— Schriftproben von sämtlichen Schreibmaschinen des Büros anfertigen ließ, ohne daß dies — wie sich im nachhinein zeigte — durch den Durchsuchungsbeschluß gedeckt war.

Erst gegen Ende der Durchsuchung wurde ein Beschluß des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof vorgelegt, in dem gegen die Kollegin der Vorwurf der Unterstützung der RAF gem. § 129a StGB erhoben und die Durchsuchung des Büros zum Zweck der Sicherstellung des gesamten Schriftverkehrs zwischen der Anwältin und ihrem inhaftierten Mandanten Rolf Heißler angeordnet wird.

Der gesamte Schriftverkehr wurde beschlagnahmt, durchweg Verteidigerpost zwischen Anwältin und Mandant, die — wie bei wegen § 129a inhaftierten Gefangenen wie Rolf Heißler üblich — zuvor bereits von dem zuständigen Kontrollrichter gelesen worden war.

Mit dieser Aktion erreichte das Szenario der Bundesanwaltschaft (BAW) seinen vorläufigen Höhepunkt in einer Kette von Ereignissen, die ihren Ausgangspunkt in den Aussagen eines gewissen Dirk Strandenaes hatten, nach Ansicht des Hamburger Staatsschutzes eines „Gernegroß und Spinners''

Ansicht des Hamburger Staatsschutzes eines „Gernegroß und Spinners''

(Hamburger Abendblatt vom 23.9.87), dessen Glaubwürdigkeit von Anfang an fraglich war.

Aufgrund seiner Aussagen wird gegen die Kollegin Ute Brandt ein Verfahren wegen Werbung für die RAF eingeleitet. Frau Brandt — früher seine Anwältin — soll ihn für die RAF anzuwerben versucht haben.

Er belastete mit seinen Aussagen eine Vielzahl von Personen, es ergingen mehrere Haftbefehle, es gab bundesweit zahlreiche Durchsuchungen und vorläufige Festnahmen. Die Haftbefehle mußten zwischenzeitlich aufgrund widersprüchlicher Aussagen des nunmehr unglaubwürdig gewordenen „Kronzeugen'' Strandenaes aufgehoben werden.

Für die Bundesanwaltschaft hat der „Spinner'' indes seine Schuldigkeit getan. Damit wurde der Anlaß für weitere Ermittlungen im Sinne der wahren Absichten der BAW geschaffen.

Dies war für die Bundesanwaltschaft die Möglichkeit zur Durchsuchung von Wohn- und Büroräumen der Rechtsanwältin bereits am 17.9.87. Dabei wurden unter anderem das Prozeßregister der Kanzlei und insgesamt elf Akten durchgesehen. Die BAW brach damit in die geschützte Vertrauenssphäre zwischen Verteidiger und Mandant ein, um Einzelheiten über bestimmte Mandate zu erfahren.

Mit so gewonnenen „Erkenntnissen'' wird gegen eine ehemalige Gefangene und Mandantin der Anwältin, deren Akte am 17.9. beschlagnahmt wurde, ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der RAF eingeleitet, weil sie einen Artikel veröffentlicht haben soll, in dem sie als Gefangene selbst „die Forderung der Vereinigung ‚Rote Armee Fraktion' nach Zusammenlegung ihrer inhaftierten Mitglieder inhaltlich als eigene erhoben'' haben soll,

Auch in diesem Zusammenhang wird gegen die Rechtsanwältin Ute Brandt nunmehr sogar der Vorwurf der Unterstützung der RAF erhoben, weil sie an der inhaltlichen Gestaltung dieses Artikels ihrer Mandantin mitgewirkt haben und ihn zur Veröffentlichung gebracht haben soll.

Darum fand am 2.12.87 — gleich im Anschluß an die Durchsuchung der Kanzlei — bei einer Privatperson eine weitere Hausdruchsuchung durch die Bundesanwaltschaft statt, angeblich um das Manuskript dieses Artikels zu suchen; beschlagnahmt aber wurden politische Bücher und andere Unterlagen.

Weiterhin fanden im Verfahren gegen die Anwältin bundesweite Zellendurchsuchungen bei politischen Gefangenen statt; auch bei solchen, die nicht von der beschuldigten Kollegin vertreten werden. Dabei wurden umfangreiche Verteidigungsunterlagen beschlagnahmt, desweiteren auch ein im Februar 87 veröffentlichter Aufruf der Anwälte für die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand und eine Dokumentation zu den Haftbedingungen.

Das Verfahren gegen die Rechtsanwältin Ute Brandt ist der Versuch der Bundesanwaltschaft, jene Verteidiger zu kriminalisieren, die im Interesse ihrer Mandanten und in pflichtgemäßer Wahrnehmung ihrer Mandate für die Forderung der Gefangenen aus RAF und Widerstand nach Zusammenlegung in große Gruppen eintreten.

So wird der Anwältin durch die BAW auch unverhohlen vorgeworfen, sie habe sich „an einer Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung betei-

sie habe sich „an einer Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung betei-

ligt, in der die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand erhoben wurde, ..., und sich damit für eine Forderung der terroristischen Vereinigung RAF eingesetzt.'' (Antrag der BAW vom 21.9.87)

Dies geht einher mit einer unglaublichen Gesinnungsjustiz. In ihrem kriminalistischen Eifer beantragte die Bundesanwaltschaft die Beschlagnahme vielfältigen — bei der Kollegin sichergestellten — Schriftguts, „das sich mit linksextremistischen Themen befaßt.'' (Antrag der BAW vom 9.11.87)

Im Originalton der BAW werden diese „Funde'' wie folgt bewertet: „Der Besitz derartigen Schriftguts in *größerem Umfang* (!) kann für die Bewertung der inneren Tatseite von Bedeutung sein.'' Das beschlagnahmte Material weise darauf hin, daß die Beschuldigte „sich als Rechtsanwältin nicht als Organ der Rechtspflege begreift, sondern als revolutionäre Kämpferin, die die Möglichkeit hat, die ‚Isolation der gefangenen Revolutionäre' zu durchbrechen.'' (Antrag der BAW vom 9.11.87)

Nach mehr als 15 Jahren Isolationshaft gegen politische Gefangene und deren Kampf dagegen, versucht die Bundesanwaltschaft nun auch das Eintreten der Verteidiger für andere Haftbedingungen zu kriminalisieren. Wir sehen in dieser Vorgehensweise gegen die Kollegin Brandt einen unerträglichen Angriff auf politische Verteidigung, dem wir mit breiter Öffentlichkeit begegnen werden.

Solidaritätserklärung

Am 2.12.87 wurde das Büro der Kollegin Ute Brandt zum zweiten Mal innerhalb drei Monate durch die Bundesanwaltschaft durchsucht. Einige Wochen zuvor hatte der zuständige Bundesanwalt das „Ermittlungsergebnis'' gegen die Kollegin wie folgt zusammengefaßt:

„.... *begründen gegen die Beschuldigte den Anfangsverdacht der Unterstützung der terroristischen Vereinigung ‚Rote Armee Fraktion' durch das Ermöglichen einer Kommunikation zwischen ihrer inhaftierten Mandantin und mehreren inhaftierten ‚RAF'-Mitgliedern zum Thema ‚Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand', die schließlich zu einer unter Mitwirkung der Beschuldigten zustandegekommenen Veröffentlichung (...) führte. Blatt 49 und 56 der beschlagnahmten Akte belegen, daß sich die Beschuldigte an der Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung beteiligt hat, in der die Forderung nach Zusammenlegung von Gefangenen aus ‚RAF und Widerstand' erhoben wurde, ...*''

Die Bundesanwaltschaft setzt hiermit ihre fast 15 Jahre alte Tradition der Angriffe auf politische Verteidigung fort.

Wir als Verteidiger / Verteidigerinnen erklären hierzu:

Wir halten es für das selbstverständliche Recht eines jeden Verteidigers / einer jeden Verteidigerin von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand, die Forderung ihrer Mandanten nach Zusammenlegung mit anderen Gefangenen auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, diese öffentlich zu vertreten sowie ihre Mandanten über die in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen zu informieren. In diesem Sinne ist es Aufgabe einer jeden Verteidigerin / eines jeden Verteidigers, die Isolation der inhaftierten Mensche zu durchbrechen.

Auch wir lassen uns nicht das Recht nehmen, über die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen öffentlich zu diskutieren und dafür auch einzutreten.

Wir erklären der Kollegin Ute Brandt unsere Solidarität gegenüber den Angriffen der Bundesanwaltschaft.

11.12.87

11.12.87

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte: Elisabeth August, Wuppertal; Pieter Bakker-Schut, Amsterdam; Andreas Beuth, Hamburg; Christoph Bode, Hamburg; Manfred Böddeling, Hamburg; Helmut Borchers, Hamburg; Dagmar Bork, Hamburg; Rudolf von Bracken, Hamburg; Thomas Breckner, Hamburg; Anke Brennecke-Eggers, Hamburg; Rita Brockmann-Wiese, Hamburg; Peter Budde, Dortmund; Georg Debler, Hamburg; Wolfgang Diesing, Hamburg; Ulrike Donat, Hamburg; Norbert Dumat, Hamburg; Rainer Felkl, Düsseldorf; Dorothee Frings, Düsseldorf; Manfred Getzmann, Hamburg; Angelika Gregor, Hamburg; Waltraud Habicht, Hamburg; Axel Hagedorn, Hamburg; Roswitha Heldmann, Ludwigshafen; Stefan Hermann, Hamburg; Initiative Bayrischer Strafverteidiger e.V.; Hartmut Jacobi, Hamburg; Norbert John, Hamburg; Hans-Gerhard Jordan, Hamburg; Manfred Kartes, Hamburg; Ralf-Dieter Klaus, Hannover; Gerd Klusmeyer, Hannover; Rainer Köhnke, Hamburg; Roland Kogge, Hannover; Heike Krause, Köln; Thomas Lampe, Hamburg; Ernst Medecke, Hamburg; Wolfgang Meins, Hamburg; Susanne Meyer, Hamburg; Jan Mohr, Hamburg; Michael Nitschke, Hamburg; Sebastian Oehlert, Hannover; Imke Oevermann, Hamburg; Johannes Pausch, Düsseldorf; Ardele van der Plas, Amsterdam; Rolf-Eckard Puls, Hamburg; Stefan Ried, Hamburg; Anita Roggen, Hamburg; Johannes Santen, Hamburg; Hartmut Scharmer, Hamburg; Gabriele Schmitz, Hamburg; Heinz-Jürgen Schneider, Hamburg; Sabine Scholz, Hamburg; Wolfgang Schröder, Hamburg; Hendrik Schulze, Hamburg; Ulrich Schweigert, Hamburg; Sigrid Seiler, Hamburg; Verena Sieh, Hamburg; Gerhard Strate, Hamburg; Peter Tode, Wohlde; Renate Trobitsch, Hannover; Martin Viergutz, Hamburg; Annette Voges, Hamburg; Frank Volland, Hamburg; Matthias Wagner, Hamburg; Jens Waßmann, Hamburg; Lars Wegner, Hamburg; Horst Wesemann, Bremen; Rainer Zorn, Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

denen man ja möglicherweise Anklage erheben könne, wenn... plauderten. Andere waren über ihre Rechte nicht informiert usw. Mit einer eigens zu dieser Frage herausgegebenen Broschüre versuchen weniger aufgescheuchte Teile der Szene dem Ausverkaufs-Sog entgegenzuwirken.

Auf seiner sog. Halbjahreskonferenz einen Tag nach Verabschiedung des Maßnahmekatalogs kostete Rebmann seinen Erfolg aus und kündigte zugleich eine weitere Offensive an. Nach den Schüssen an der Startbahn müsse jetzt davon ausgegangen werden, daß „*in Zukunft vorsätzliche Tötungsdelikte — bisher nur das Kennzeichen der RAF — auch aus der autonomen terroristischen Szene*'' nicht mehr ausgeschlossen werden könnten. Es gelte nun, „*die autonomen Gruppierungen zu enttarnen*''.

Rebmann forderte bei dieser Gelegenheit nicht nur erneut eine schnelle Verabschiedung der Konzeugenregelung, sondern erklärte auch, falls ein „*geständiger Terrorrist*'' Hinweise gebe, die auf die Spur der Beschuldigten führten, habe er Anspruch auf eine ausgesetzte Belohnung. Überaus befriedigt zeigte er sich über den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung. Das strafbewehrte Vermummungsverbot bei politischen Veranstaltungen brauche der Staat auch zur „*Feststellung terroristischer Strukturen unter gewalttätigen Chaoten*'' und zur Verhinderung von „*Einstiegsdelikten*'' in den Terrorismus wie Gewalt gegen Personen und Sachen. Mit dieser Feststellung ist, salopp zusammengefaßt, die Pandora aus dem Sack. Die in der Gunst der Stunde nach Frankfurt vom Zimmermannministerium bekanntgegebene Ausrüstung der Länderpolizeien mit transportablen ED-Stationen auf Videobasis gibt Rebmanns Aussage die materielle Beweiskraft.

Schon ein Tag nach ihrer Durchführung erwies sich Rebmanns Pressekonferenz als Auftakt für eine zweite Runde von Fahndungsmaßnahmen nach § 129 und 129a quer durch die Szene in der gesamten Bundesrepublik, und zwar weit über den bisher gezogenen Rahmen angeblicher RAF-Fahndung hinaus. (Siehe dazu Artikel in diesem AK) Vor dem Hintergrund und unter Einschluß dieser Maßnahmen bekommt der Maßnahmekatalog der Koalition seine eigentliche Kontur als Entmischungskonzept nach dem klassischen Muster: Wer nicht hören will, der muß fühlen! Ob die Rechnung aufgeht, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, die durch den Maßnahmenkatalog und die Fahndungswelle angestrebte Spaltung des Protestes in friedliche und gewaltttätige Proteste, Integrationsangebote hier und Zerschlagungsstrategien da als zwei Seiten einer Medaille zu erkennen, nämlich der Einschränkung der Demonstrationsfreiheit für alle dies in partei-, gruppen- und szeneübergreifenden Bündnissen der Bevölkerung deutlich zu machen. Noch ist Zimmermanns selbstgefällige Behauptung, das „*Maßnahmenpaket wird (...) breite Zustimmung in der Bevölkerung finden*'' nichts als eine Behauptung. Aber von Nichts kommt Nichts.

F.

Produktivkraft Leben

Mit dem schärfsten Mittel, das der Staat sich gegen seine politische Opposition geschaffen hat, dem § 129, wurde Ende des vergangenen Jahres gegen verschiedene Gruppen vorgegangen, mehrere Frauen sitzen seitdem in Haft. Das Schlüsselwort lautet: „Gentechnologie". Es drängt sich die Frage auf, was es da zu verteidigen gilt, was da vorbereitet wird, daß schon beim Ansatz der ersten Auseinandersetzungen zu den schärfsten Repressionsmaßnahmen gegriffen wird.

Gentechnologie wird landläufig mit Reproduktionstechnologien, geklonten Menschen, Retortenbabys u.ä. gleichgesetzt. Damit ist zunächst die ethische Frage aufgeworfen, wieweit der Mensch in den Menschen eingreifen darf, aufgeworfen. Gentechnologie, dahinter verbirgt sich jedoch weitaus mehr.

Die Protagonisten dieser Technologie verkünden das Zeitalter einer neuen technisch-wissenschaftlichen Revolution. Nach der industriellen Revolution, die vor allem die Unterwerfung der menschlichen Arbeitskraft unter das Diktat der Maschine zum Inhalt hatte, der konsequenten Anwendung der tayloristischen Gesetze der Arbeitsteilung, die eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichte, nach dem zweiten Schub durch die Anwedung der Erkenntnisse der modernen Physik, nach dem nächsten Schub durch die Erkenntnisse der modernen Chemie, der Umstellung der Rohstoffbasis beispielsweise auf das Erdöl, nach den in jeder Hinsicht umstrittenen und bedenklichen Versuchen mit der Atomtechnologie, die sich ökonomisch bisher eher als Destruktivkraft erwiesen hat, nach einem neuen, aber auch schon wieder abklingenden Schub durch die moderne Elektronik, wird jetzt die Biologie als neue Triebkraft für die Produktivkräfte entdeckt.

„*Dem Slogan ‚Zurück zur Natur' kann sich auch die chemische Industrie nicht entziehen*", so der Vorstandsvorsitzende der Farbwerke Hoechst. Diese späte Verballhornung Rousseaus hat nichts aber auch rein gar nichts mit einer Anlehnung an den ökologischen Gedanken zu tun, sondern ist allein dem Suchen des Kapital nach neuen Erweiterungen der Produktivkräfte geschuldet. Seit dem Aufkommen der industriellen Produktion vor nunmehr 150 Jahren beschäftigt sich diese mit der toten Materie, mit ihrer Produktion, mit ihrer Verfeinerung, mit dem Zusammenbau und ihrer Bewegung. Sie hat einem Teil, einem kleinen Teil, ma-

duktion, mit ihrer Verfeinerung, mit dem Zusammenbau und ihrer Bewegung. Sie hat einem Teil, einem kleinen Teil, ma-

teriellen Wohlstand geschaffen, gleichzeitig ungeheure Probleme für die Gesundheit der Menschen und die ökologischen Grundlagen. Zudem muß nach einfachen wissenschaftlichen Erkenntnissen festgestellt werden, daß diese Industrie verglichen mit der Natur unsäglich rückschrittlich ist. Während beispielsweise die chemische Industrie nur mit enormen Aufwand und mit in hohem Grade die Umwelt gefährdenden Verfahren in der Lage ist, Stickstoffdünger herzustellen, schaffen dies Mikroben unter gänzlich natürlichen Bedingungen. Solange solche Prozesse nicht bekannt sind, gibt es allenfalls die Möglichkeit, sie auszunutzen wie das Wirken der Hefe, ohne deren Ursache zu kennen. Wenn sie bekannt sind, aber das *Wie* nicht, kann mensch nicht eingreifen. Wenn das *Wie* bekannt ist, aber mensch nicht auf die Mechanismen Einfluß nehmen kann, bleibt alles bei alten, herkömmlichen Verfahren.

Hier nun greift die Gentechnologie ein, besser die Biotechnologie, denn es geht nicht nur um die Einflußnahme auf die Gene, sondern auf den gesamten biologischen Ablauf. Die Industrie strebt danach, die biologischen Produktionsprozesse nachzuvollziehen, sie industriell nutzbar zu machen. Bisher war dies nur mit enormem, vor allem materiellem und finanziellem Aufwand möglich. Biokulturen zu halten und aus diesen materiellen Gewinn zu ziehen war aufwendig und dementsprechend teuer. Erst durch die Gentechnologie, mit der es möglich ist, Biokulturen genetisch so zu verändern, daß diese Höchst- und Überleistungen vollbringen, weit über das Maß ihrer natürlichen Bestimmung hinaus, sind diese auch für die Produktion sinnvoll. Beispielsweise ist seit langem bekannt, daß bestimmte Bakterienkulturen aus Zucker eine Art von Kunststoff entwickeln, allerdings so langsam, daß dies für die industrielle Produktion kaum lohnt. Ziel der Gentechnologie wäre es nun, diese Bakterienkulturen so zu verändern, daß sie in sehr viel kürzerer Zeit das gleiche Resultat hervorbringen wie ihre natürlichen Artgenossen.

Die Ziele der Biotechnologie

Die Ziele der Biotechnologie sind weit gestreut und haben deshalb auch sehr unterschiedliche Auswirkungen, wovon bisher im wesentlichen nur die Reproduktionstechnologie zur Kritik stand. Das entspricht aber nicht den Schwerpunkten der Forschung. Schwerpunkte sind:

1. Die Umwälzung der Nahrungsmittelproduktion

In diesem Bereich sind bisher die sichtbarsten und unmitelbar produktivsten Fortschritte erreicht worden. Was bisher durch vielfältige Kreuzungen von Pflanzenarten erreicht wurde, beispielsweise die Resistenz von Pflanzen gegenüber Witterungsbedingungen, an die diese per Natur nicht gewohnt sind, soll jetzt genetisch produziert werden. Salopp gesagt soll der Orangenanbeu kein „Privileg" der Südhalbkugel mehr sein, sondern sie sollen auf „deutschem Boden" wachsen. Wirtschaftlich geht es dabei vor allem um die Brechung des „Monopols des Klimas", alle Pflanzen sollen unter allen klimatischen Bedingengungen wachsen können. Und da die industriellen und imperialistischen Metropolen (mit Ausnahme der USA) bisher aufgrund ihres Klimas auf den Anbau von wichtigen Ölpflanzen, Kaffe, Südfrüchte usw. verzichten mußten, ist die Zucht dieser Früchte in den Metropolen eines der vorrangigen Ziele. Abfallprodukt dieser Wisssenschaft ist die Herstellung von nicht vermehrungsfähigen Pflanzen, die als Saatgut in die „Dritte Welt'' verkauft werden (wie heute schon mit dem Hybrid-Weizen).

2. Umstellung der Rohstoffbasis

Bisher arbeitet die gesamte chemische Industrie fast ausschließlich auf der Basis von Erdöl. Nicht erst seit den sogenannten Ölkrisen forschen die verschiedenen Konzerne nach einem Ersatzstoff. Mit Hilfe der Gentechnologie hofft die Industrie die gleichen Ergebnisse auf pflanzlicher Basis erreichen zu können. Dabei soll Öl tendenziell als Energieträger und als Rohstoffbasis ersetzt werden. Zellulose, der Hauptbestandteil der Pflanzen kann in Zucker, Zucker in Alkohol und Alkohol in Äthylen verwandelt werden, womit man Universalstoffe für die chemische Industrie hat. Die Möglichkeiten bestehen auch heute schon, allerdings sind die Fertigungen nicht rentabel. Auch dies soll die Gentechnologie ändern.

3. „Gesundheitspolitik"

Ein wesentlicher Zweig wird die „vorausschauende Gesundheitspolitik" sein.

3. „Gesundheitspolitik"

Ein wesentlicher Zweig wird die „vorausschauende Gesundheitspolitik" sein.

Schon im Mutterleib oder in den ersten Lebensjahren soll an der Genstruktur erkannt werden, welchen Krankheiten ein Mensch zuneigt. Hier liegen die wesentlichen Gefahren. Ein Gesundheitssystem, das in erster Linie die Kranken selektiert, bekommt mit der Gentechnologie eine nicht zu unterschätzende Waffe in die Hand. Der gesellschaftliche Zwang zur Abtreibung von vielleicht nicht gesunden Kindern, die Aussonderung von für bestimmte Krankheiten anfällige Menschen schon im Kindesalter usw. In die gleiche Richtung gehen Forschung zur Bevölkerungspolitik wie sie als Planungen für die „Dritte Welt" bestehen: zwangsweise Reduzierung des Wachstum von den Metropolen her.

4. Die Pharmaindustrie

Zu den großen Gewinner wird mit Sicherheit auch die Pharmaindustrie gehören. Fieberhaft wird mit Hilfe der Gentechnologie nach Mitteln gegen Krebs, AIDS oder anderen Krankheiten gesucht, die mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr in den Griff zu bekommen sind. Wenn mensch sich die Ausbreitung dieser Krankheiten vor Augen führt (jeder dritte Todesfall in der BRD steht schon in Zusammenhang mit Krebs) kann erahnt werden, welche Profite zu erwarten sind, sollte tasächlich ein wirksames Mittel gefunden werden.

Schon im Jahre 2000 sollen nach amerikanischen Forschungsberichten durch die Biotechnologie Produkte im Wert von 15 Milliarden Dollar hergestellt werden. Und in 20 Jahren soll diese Summe schon auf 40 Milliarden Dollar angestiegen sein.

Diese Profitaussichten machen die Aufgeregtheit von Kapital und Staat aus. Die Auseinandersetzungen um die Atomtechnologie haben gezeigt, daß es zu erheblichen Störungen bei der Durchsetzung der gesetzten Ziele kommen kann, wenn sich frühzeitig eine breite Oppositionsbewegung aufbaut. Insofern kann angenommen werden, daß für die kommenden Auseinandersetzungen vorgesorgt wurde, daß nach der Maßgabe gehandelt wird, eine zweite Anti-AKW-Bewegung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Aber schon heute zeichnet sich ab, daß dies kaum gelingen wird.

he.

Ende des Entsorgungsschwindels

Den Jahreswechsel wird die Atomindustrie nicht so schnell vergessen und wohl auch nicht so schnell verwinden. Erst ein grenzüberschreitender Atommüll-Skandal mit Ausgangspunkt Hanau, mit einer Hundertschaft bestochener Ingenieure und Angestellter aus Elektrizitätsunternehmen und Atomkraftwerken, mit zwei Toten, illegalen Nukleartransporten, falsch deklarierten Abfällen und einer abenteuerlichen Jagd quer durchs Land nach Fässern mit radioaktivem Inhalt. Dann die vertrauenserweckende Nachricht, daß das wahre Ausmaß des Strahlenunfalls im englischen Windscale vor 30 Jahren auf Anweisung der Londoner Regierung vertuscht wurde. Dann die Enthüllung, daß Bestechung und Betrug im großen Stil auch beim Brüterprojekt in Kalkar praktiziert wurden. Ob vielleicht sogar die Plutoniumpreise nach dem Raketenabkommen fallen, wissen wir nicht. Aber man kann sich vorstellen, daß die Tatsache des niedrigen Dollars und der anhaltend niedrigen Ölpreise die Nuklearbranche weiter bedrücken, auch wenn darüber zuletzt gesprochen wird. Die Affäre Transnuklear/NUKEM löste einen Erdrutsch aus und sprach jeder Beteuerung von der gesicherten atomaren Entsorgung Hohn. Diese aber ist nach offizieller Darstellung Voraussetzung für die Genehmigung und den Betrieb der Atomkraftwerke. Ein Wechsel ist geplatzt. Er war noch nie gedeckt.

Am 16.12. meldeten die Medien, der ehemalige Prokurist der Hanauer Transnuklear (TN), Hans Holtz, habe sich in einer Gefängniszelle in der osthessischen Stadt die Pulsadern aufgeschnitten und sei verblutet. Holtz hatte die ,,Aquisitionsliste'' geführt, d.h. penibel notiert, wem die diversen Wohltaten aus schwarzen Kassen zur Pflege der Geschäftsbeziehungen der TN zuflossen und welcher Höhe. Seit April 1987 war bekannt, daß die Zweidritteltochter der NUKEM nach Flickschem Vorbild fünf bis sechs Millionen ausgeschüttet hatte, um sich Entsorgungsaufträge der AKW-Betreiber zu sichern. Zu diesem Zweck gab es eine schwarze Kasse in der Schweiz, die aus Scheinaufträgen von Scheinfirmen, mit fingierten Rechnungen, Geldwaschpraktiken etc. gespeist wurde, wie das im realen Kapitalismus so üblich ist, und den Überblick hatte Holtz, der als ,,treue Seele'' von TN beschrieben wird.

Als er sang- und klanglos gefeuert wurde - ohne Abfindung, ohne höfliche Geste -, war er enttäuscht, denn er hatte nach Zeugenaussagen alles für die Firma gemacht. Er fand, er hätte nichts zu verbergen und machte umfangreiche Aussagen bei den polizeilichen Vernehmungen. Beispielsweise, daß er nur im Auftrag des Managements gehandelt habe. Am 11. Dezember wurde er mit zwei weiteren ehemaligen TN-Kollegen festgenommen. Ein Haftbefehl wurde gegen ihn erlassen,
ber wurde er mit zwei weiteren ehemaligen TN-Kollegen festgenommen. Ein Haftbefehl wurde gegen ihn erlassen,
vier Tage später war er tot. Einen Tag nach der Selbstmordnachricht rollte die Lawine des bisher spektakulärsten Atomskandals los. Bisher hat niemand diesen bemerkenswerten zeitlichen Ablauf als Ausdruck des Prinzips Ursache und Wirkung dargestellt. Sondern diese Geschichte wird ganz anders erzählt.

Transnuklear selbst habe die zuständigen Behörden und Ministerien davon informiert, daß die ehemaligen Mitarbeiter möglicherweise ,,*in ,dunkle Geschäfte' mit falsch deklarierten radioaktiven Abfällen verwickelt*'' gewesen seien (,,FAZ'', 17.12.) Ungefähr 350 Fässer schwachradioaktiver Abfälle seien nämlich nach einer Bearbeitung im belgischen Kernforschungszentrum Mol von TN an bundesdeutsche Atomkraftwerke zur Zwischenlagerung zurückgebracht worden, deren Inhalt aber gar nicht aus Abfall eben jener AKWs bestehe. Das sei zwar nicht gefährlich, versicherte TN, weil es um die gleiche Strahlendosis gehe, aber doch unkorrekt und klärungsbedürftig. Außerdem habe sich bei staatsanwaltlichen Ermittlungen herausgestellt, daß noch weit höhere Geldbeträge ,,an den Büchern vorbeigeflossen oder falsch ausgewiesen worden'' waren. Es gehe zusätzlich um noch einmal 15 Millionen. Vielleicht habe das etwas mit dem gefälschten Atommüll aus Belgien zu tun, vermutete das Unternehmen scheinheilig.

24 Stunden später kam heraus, daß sich in den von TN nun auf 312 bezifferten Fässern geringe Mengen von Plutonium befinden würden, außerdem das strahlende Kobalt 60. Umweltminister Töpfer markierte energisches Durchgreifen und entzog dem Unternehmen bis zur Klärung aller Umstände die Genehmigung zu nuklearen Transporten. Von da an ging die Post ab. Wie konnte es passieren, daß das hochgefährliche Plutonium in den scheinbar harmlosen schwachradioaktiven Abfall gelangt? Daß man die brisanten Fässer ohne jede besondere Sicherung in AKWs einfach stapelt? Wie konnte sich eine Firma, für die sich Politik, Wirtschaft und Medien wie für alle Atombetriebe jahrzehntelang eingesetzt hatten, solche Gangsterstücke erlauben? Daß sämtliche, angeblich so scharfen Kontrollen einfach versagten? Daß sich qualifizierte Fachleute, Ingenieure, Strahlenschutzbeauftragte, leitende Angestellte gegenseitig mit großzügigen Geschenken bedienen, gemeinsam einschlägige Etablissements besuchen etc.etc.

Ein halbes Jahr zuvor hatte Transnuklear hoch und heilig versprochen, die Korruptionsaffäre habe keinerlei ,,sicherheitsrelevante Belange'' berührt. Und genau das war nun eingetreten. Selbst den bürgerlichen Politikern und Medien war's zuviel. Die Grenzen dessen, was man sich noch gefallen lassen könne, seien überschritten, man sprach und schrieb von ,,krimineller Energie'', ,,Pflege der strahlenden Landschaft'', Machenschaften, die ,,jede Räuberpistole übertreffen'' würden. Die ,,FAZ'' (18.12.) fand, mühsam um Fassung ringend, die einfallsarme Formulierung, Transnuklear sei anscheinend ,,im Gegensatz zu anderen Hanauer Atomunternehmen wirklich ein schwarzes Schaf''.

Ein Sündenbock wird benötigt. Wenn TN die Rolle vielleicht dem toten Ex-Prokuristen zugedacht hatte, hat man sich ziemlich verrechnet. Die Firma selbst fand sich darin wieder. Die Öffentlichkeit mißtraute allen von ihr aus Belgien zurückgebrachten Nuklearabfällen, die Suche nach den Fässern ging los. Zum Schein suchte TN mit, denn von den finsteren Machenschaften ihrer Ex-Angestellten durfte sie offiziell ja gar nichts wissen. So verstrickt man sich in den Netzen, die man selbst ausgelegt hat. TN war endgültig unten durch: Beglückt uns mit Plutonium und weiß nicht einmal, wo es geblieben ist...

Zunächst vermutete Töpfer 700 zweifelhafte Abfallbehälter aus Mol, dann fanden sich allein in Niedersachsen 368, ein Bonner CDU-Umweltpolitiker sprach von 160 Stück mit definitiver Pu-Kontamination, während dpa 750 falsche Fässer nannte (21.12.) Man entdeckte 177 Stück in Esensham und 22 in Gorleben, fand dann 570 Fässer aus Mol allein in Niedersachsen verdächtig und erlebte, nun wieder eine Angabe von TN selbst, den beachtlichen Sprung auf 1089 Fässer aus Belgien (22.12.). TN blieb aber bei der Darstellung, nur 321 davon seien mit Plutonium und Kobalt versetzt und zwar pro Faß 0,57 Milligramm Plutonium und alles zusammengenommen ungefähr 200 Milligramm des giftigen Spaltstoffes. Das sei sehr wenig, falle als Strahlenbelastung nicht ins Gewicht und bleibe in den verschlossenen Fässern ungefährlich. Doch die Bundesländer hatten nun schon 1500 Fässer aufgespürt, während die Hanauer Staatsanwaltschaft immer noch mit der lächerlichen Größe 700 hantierte. Zu Weihnachten präsentierte Töpfer 1758, aber zu Sylvester TN wiederum 1942 Behälter, die man insgesamt aus Mol in westdeutsche AKWs zurückgebracht hätte. Das wärs dann aber auch.

Kurz hielt sich die Debatte bei dem Umstand auf, daß das Bundesumweltministerium aufgrund der Länderangaben partout nur 1808 Stück zählte, um die immerhin nicht ganz unbedeutende Differenz von 134 Faß mit einem Fassungsvermögen von je 200 Liter schwach- bis mittelradioaktiven Materials alsbald zu vergessen. Kurz war auch das Erstaunen darüber, daß sich ausgerechnet im Stammland Hessen nur ein einziges kümmerliches Fäßchen befinden sollte, da erfuhr man schon von weiteren Stücker 50: Auf dem Gelände der Transnuklear selber, die eben gerade versichert hatte, alles angegeben zu haben. Echt stark.

Die Geschichte geht in der ersten Januarwoche weiter mit 56 in Brunsbüttel, 150 in Mol, die noch nicht abgeholt wurden, und jetzt werden wir müde, und über die Molke-Affäre können wir noch noch lachen. Läppisch! Einmalig bleibt, mit welchem Tempo Transnuklear die eigenen Unterlagen studierte, sowohl was die Transporte angeht als auch die verschobenen Gelder. Dies ist zu beachten, wenn der andere Teil der Informationen geprüft wird: Um welche Qualitäten es nämlich geht. In dieser Hinsicht wurden die Begriffe atomarer Müll, Abfall, abgebrannte Brennstäbe, hochkonzentriert, schwachbestrahlt, hochradioaktiv usw. usf., die doch eigentlich alle einen scharf definierten Sinn haben sollten, so gründlich durcheinandergeracht, daß sich wider einmal der gänzlich falsche, aber nicht unerwünschte Eindruck einstellte, nur Spezialisten könnten noch durch dieses Chaos durchblicken.

Denn je größer das Chaos, desto leichter die Vernebelung der Motive und Interessen, die die deals bestimmten. Nach dem, was bisher bekannt geworden ist, geht es nicht etwa um abgebrannte Brennstäbe, also nicht um jenen Atommüll, der bei der Spaltung des Uran in den Reaktoren entsteht, hochradioaktiv ist, weil er die strahlenden Spaltprodukte enthält und der auf jeden Fall und immer mit Plutonium versetzt ist, und zwar in (relativ) beträchtlichen Mengen. Sondern es geht - offiziell jedenfalls - um Gegenstände, die aufgrund des AKW-Betriebs einer gewissen Strahlung ausgesetzt und daher ebenfalls sichergestellt werden müssen: Arbeitsanzüge, Werkzeug, Filter, sogar Möbel sowie Reinigungsmittel, Öle, Fette, also ein Zeug, was mit dem eigentlichen Spaltprozeß gar nichts zu tun hat und daher i.a. auch nur schwach strahlt. Logische Folge: Plutonium hat in diesem Zusammenhang absolut nichts zu suchen (es sei denn, die Reaktoren sind schlicht undicht, was übrigens Jens Scheer in einem ,,taz''-Leserbrief für möglich hält).

Für diese schwachaktiven Abfälle übernimmt Transnuklear nicht nur den Transport, sondern schließt auch Verträge über die ,,Entsorgung'' ab (Marktanteil in dieser Hinsicht 80%). Im betreffenden Fall sollte das - auf dem Papier - so aussehen, daß die Abfälle im belgischen Mol ,,konditioniert'' werden: Verbrennung bei festen Stoffen, Verfestigung bei Flüssigkeiten, Einzementierung und Verschließung in den besagten Fässern. Dadurch wird das Volumen des Abfalls verkleinert, was die Lagerung bei den enormen anfallenden Mengen überhaupt erst möglich macht. Anschließend soll das Material zu den AKWs zurück, von denen es stammt, wo es bis zur Fertigstellung der Endlagerstätte Konrad zwischenlagern soll. Falls das nicht möglich ist, benutzt man das Zwischenlager Gorleben zu entsprechend höheren Kosten.

Erwähnt sei ebenfalls, was mit dieser Affäre angeblich absolut nichts zu tun hat: TN managt ebenso den Transport der neuen zu wie der abgebrannten Brennstäbe von den AKWs. In dieser Hinsicht hat das Unternehmen praktisch ein totales Monopol, ausdrücklich festgeschrieben für Plutoniumtransporte, wo niemand anderes eine Transportgenehmigung besitzt. Hier jedoch kann die Firma keinen Entsorgungsservice bieten; dies ist Sache der Wiederaufarbeitungsanlagen, vorläu-
jedoch kann die Firma keinen Entsorgungsservice bieten; dies ist Sache der Wiederaufarbeitungsanlagen, vorläu-
fig im Ausland. Ausgerechnet die ,,FAZ'' hat nun die beiden ziemlich unterschiedlichen Sparten von Atommüll in den ersten Tagen ihrer Berichterstattung über die TN-Affäre konsequent verwechselt und wiederholt vom Transport ,,ausgedienter Brennelemente'' nach und von Mol durch TN geschrieben. Dumm! Oder die Trennung zwischen schwachradioaktivem und hochradioaktivem Müll ist nicht so klar, wie es Theorie und Vorschrift nahelegen.

Die Praxis von Transnuklear und Mol unterschied sich beträchtlich von dem geschilderten ,,Entsorgungs''-Modell. Erstens waren die nach Belgien beförderten Abfälle nicht so unproblematisch, wie man annehmen könnte. Zweitens war das, was TN den Atomkraftwerken zurückbrachte, gleichfalls durchaus nicht nur harmlose Ware, wie das Plutonium zeigt, und außerdem nicht das gleiche wie das, was die Betreiber zur Bearbeitung losgeschickt hatten. Drittens hat die falsche Deklarierung der Transporte nicht nur offenbart, daß von einer Kontrolle in diesem Bereich überhaupt keine Rede sein kann — es ist auch eine Situation eingetreten, in der es auf den ersten Blick fast unmöglich scheint, noch festzustellen, welche radioaktiven Materialien von wo stammen und auf welchen Wegen sie wohin gelangt sind.

Jetzt zweitausend Fässer aufzumachen und jedesmal umständliche Plutonium-Analysen vorzunehmen, ist im Prinzip zwar möglich, aber ein enormer Aufwand. Man kann daher absehen, daß die Verantwortlichen Wege finden werden, diese Aufgabe zu umgehen, obwohl sie das A und O der lautstark geforderten ,,lückenlosen Aufklärung'' wäre. Daß aus einer wirklichen Kontrolle der vagabundierenden Fässer aus vielerlei Gründen — technischen, ökonomischen und politischen — nichts wird, haben einige der Atomdealer vermutlich sehr genau kalkuliert. Denn entgegen dem äußeren Anschein muß man damit rechnen, daß es in dieser Branche auch Leute gibt, die mit einem fachidiotischen Verstand ausgestattet sind.

Vielfältig schossen die Spekulationen ins Kraut, die sich zunächst darauf konzentrierten, nach der Herkunft des Plutoniums zu fragen. Transnuklear hatte darauf eine logisch klingende Antwort parat: Da es zusammen mit jenem Kobalt 60 auftrete, könne es nur aus dem belgischen Reaktor BR-3 in Mol stammen (,,taz'', 18.12.). Diese Version kam irgendwie zu schnell und war irgendwie zu plausibel, so daß der ,,FAZ'' beispielsweise die Selbstbezichtungspraxis der Firma komisch vorkam. Es würde ,,*kaum noch überraschen, wenn noch mehr ans Licht käme. Mit größtem Mißtrauen muß daher der Fall untersucht werden ...*'' (23.12.). Die genannte Version führt der ,,stern'' (29.12.) folgendermaßen aus: Im Reaktor BR-3 von Mol habe es 1977 eine Leckage im Primärkreislauf gegeben, bei deren Behebung radioaktiver Schlamm mit Kobalt und Plutonium angefallen sei. In der Konditionierungsanlage von Mol habe man Jahre später die günstige Gelegenheit der Verarbeitung einer kobalthaltigen Lieferung aus der BRD und für die BRD beim Schopf gepackt, ,,... *mal den Inhalt aus den deutschen Behältern und mal aus den belgischen Behältern unter den Zement zu mischen*''. So sei man den plutoniumverseuchten Stoff langsam — und billig, wie hinzuzufügen wäre — losgeworden.

Der Hanauer Staatsanwaltschaft leuchtet das nicht ein, denn dann hätten ja die Belgier die Deutschen bestechen müssen und nicht umgekehrt. Tatsächlich standen die Leiter von Mol auf den Akquisitionslisten von Transnuklear, waren also Empfänger und nicht Geber. Aus diesem Grund gerieten die Lieferungen *nach* Mol ins Interesse. Waren die Belgier den Hanauern gefällig, indem sie Materialien annahmen, die in Mol eigentlich nichts zu suchen hatten? Belgischerseits wird behauptet, die Strahlung der Lieferungen aus der BRD sei praktisch generell zu hoch gewesen. Trotzdem habe man im Laufe der Jahre von den insgesamt von TN angelieferten 6000 Kubikmetern Abfälle 4900 Kubikmeter behandelt und wieder an die Absender zurückgeschickt. Bei weiteren 500 Kubikmetern stehe das noch aus. Die verbleibenden 600 Kubikmeter könnten jedoch wegen zu hoher Strahlung nicht in Mol bearbeitet werden. Wenn die BRD dieses Material zurücknimmt, sind die Belgier bereit, auch ,,ihr Plutonium'''' wieder aufzunehmen. Wie du mir, so ich dir, und eine Hand wäscht die andere. Aber die Bestechungsgelder sind nur in einer Richtung geflossen. Ihr Zweck wird dadurch nicht erklärt.
Aber die Bestechungsgelder sind nur in einer Richtung geflossen. Ihr Zweck wird dadurch nicht erklärt.

Es gibt diverse Einzelinformationen darüber, was die deutschen Atombetreiber alles illegal nach Mol karrten: Neben der bekannten Tatsache, daß sie früher einmal 600 Kilogramm (!) Plutonium für ALKEM unterstellten, als deren Bunker noch nicht fertig war, handelt es sich jetzt um radioaktive Flüssigkeiten aus dem Primärkreislauf von Unterweser, Philippsburg und Würgassen, ,,Core-Schrott'' aus Würgassen, Tritium aus einem hessischen Labor (,,stern'', 29.12.), von den Strahlenwerten her alles gefährliches Zeug. Der niedersächsische Grüne Kempmann verweist auf einen TN-Transport mit hochradioaktivem flüssigen Abfall aus dem AKW Krümmel nach Mol im Oktober 1986; nicht nur, daß Mol für derlei gar nicht ausgelegt sei, bei einem Unfall des betreffenden LKW habe sich zudem herausgestellt, daß mit der Ladung Folgen eines Störfalls beseitigt wurden, der von dem AKW gar nicht, also auch den Behörden nicht, bekanntgegeben worden war.

Am 24.12. war die Problematik nicht erklärter Störfälle und im Zusammenhang damit heimlich weggeschaffter Materialien im Mittelpunkt der Berichterstattung — just zwischen den Feiertagen, wo das Zeitunglesen verständlicherweise im Nachlassen begriffen ist. Töpfer erklärte, er wolle auch den unwahrscheinlichen Gerüchten nachgehen, ,, ...*ob Mitte der achtziger Jahre spaltbares Material, das bei Störfällen angefallen ist, illegal nach Belgien transportiert wurde. In dieser Sache soll die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) sämtliche meldepflichtigen Vorgänge in Siedewasserre-*

Die schwarzen Kassen wurden penibel geführt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

aktoren seit 1984 überprüfen. Dabei soll festgestellt werden, ob Störfälle nicht ordnungsgemäß gemeldet wurden" („taz", 24.12.).

Dem „Spiegel" gelang es, die Aussage eines ehemaligen Transnuklear-Beschäftigten aufzutreiben, wonach plutonium-kontaminiertes Material aus einem westdeutschen AKW *„einfach wie herkömmliche Mischabfälle"* deklariert und *„dann mit den üblichen Transporten in die belgische Verbrennungsanlage nach Mol"* geschickt worden sei (28.12.). Da bleibt einem die Spucke weg. Die „FAZ" konkretisierte am 29.12., der Verdacht beträfe 100 Gramm Uranstaub mit Spuren von Plutonium (wohl aber doch in Gramm-Stärke?!) aus einem Störfall, um anderntags erleichtert die Dementis der Staatsanwaltschaft und der verdächtigten AKWs Philippsburg und Gundremmingen zu bringen. Dann war das Thema wieder out.

Es war in mancherlei Hinsicht das Bemerkenswerteste, was im Verlauf der Affäre zu hören war. Picken wir uns einen Aspekt heraus: Die Hanauer Bürgerinitiative hat darauf hingewiesen, daß es Transnuklear mühelos gelungen sei, zwölf (!) Kontrollfilter zu umgehen, und das zum Teil mit plutoniumhaltigem Material. Da Plutonium aber der Bombenstoff ist, sollten die Kontrollen in dieser Hinsicht besonders scharf sein. Bei der ganzen Angelegenheit erweise sich also der totale Bankrott der Wiener Atomenergiebehörde, deren Tätigkeit beispielsweise von Wallmann so gern in Anspruch genommen wurde, um alle militärischen Ambitionen des Hanauer Atomzentrums empört zurückzuweisen. „Jedes Milligramm Plutonium wird kontrolliert", behauptet der heutige Ministerpräsident im Landtagswahlkampf, den er dann gegen die rot-grüne Koalition gewann. Heute ist es ausgesprochen still in der Staatskanzlei.

Die IAEO antwortet auf solche Argumente, sie könne sich nicht auch noch um schwachradioaktives Material kümmern, und die dabei auftretenden Plutoniumspuren seien so irrelevant, daß sie unter militärischen Gesichtspunkten überhaupt nicht interessieren würden („Tagesanzeiger", Zürich, 22.12.). Das ist schon deswegen falsch, weil man bei Spuren immer fragen sollte, wo sie hinführen. Eine so einfache Überlegung zu ignorieren, sagt bereits viel über das Verständnis dieser Leute von ihrer Aufgabe aus. Sicher kann niemand etwas mit 200 Milligramm Plutonium anfangen, die auch noch über 321 Fässer oder mehr verteilt sind. Aber vielleicht deuten sie auf ein größeres Reservoir hin, dessen Spuren durch die feine Verteilung und vielleicht auch durch die bequeme Erklärung mit dem belgischen BR-3 Reaktor sorgfältigst verwischt wurden? Wenn außerdem noch nicht deklarierte Störfälle — oder auch „Störfälle" — in AKWs in den Bereich des Möglichen rücken, bei denen unbemerkt radioaktive Materialien verschwinden können,
rücken, bei denen unbemerkt radioaktive Materialien verschwinden können,
dann bricht die Behauptung einer Kontrolle selbstverständlich auch für den Bereich des „relevanten" Atommülls (abgebrannte Brennelemente) zusammen.

Jemand hat Plutonium(-Reste?) verstecken wollen und dafür einen Bereich gewählt, in dem de facto keinerlei Kontrolle existiert. Skrupellos, weil im schwachaktiven Bereich entsprechend geringere Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind, wenn man diesen Begriff im Kontext der Atommüll-„Entsorgung" überhaupt verwenden darf. Das hat lange Zeit so gut funktioniert, daß diejenigen, die sich mit nuklearmilitärischen Ambitionen tragen — die gibt es, und sie haben am meisten zu verbergen — geradezu bescheuert wären, wenn sie solche phantastischen Möglichkeiten nicht nutzen würden oder genutzt hätten. Solche Leute dürften bei NUKEM, um die es ja geht, denn Transnuklear ist praktisch nur eine Spezialabteilung derselben, nicht nur mit Transportangelegenheiten betraut sein. Vielleicht haben sie eher mit der sogenannten „Schrottabteilung"" der NUKEM zu tun, wo vor genau einem Jahr ein leider schnell vergessener Plutonium-Unfall passierte. Auch damals tauchte der Stoff an einer Stelle auf, wo er auf gar keinen Fall hätte sein dürfen. Eine „Schrottabteilung" der NUKEM könnte aber mit einer Abteilung „radioaktive Abfälle" der Transnuklear eng liiert sein ...

Spekulationen, gewiß. Wir wissen, daß wir noch immer so gut wie nichts wissen. Welchen Grund hatte eigentlich Herr Holtz, sich umzubringen? Ein Toter ist ein Einzelfall, zwei Einzelfälle sind eine Regel. Der Ex-Prokurist war schon der zweite Todesfall in dieser Affäre.

de.

Windscale

Die Lügen der Atomlobby aufgedeckt

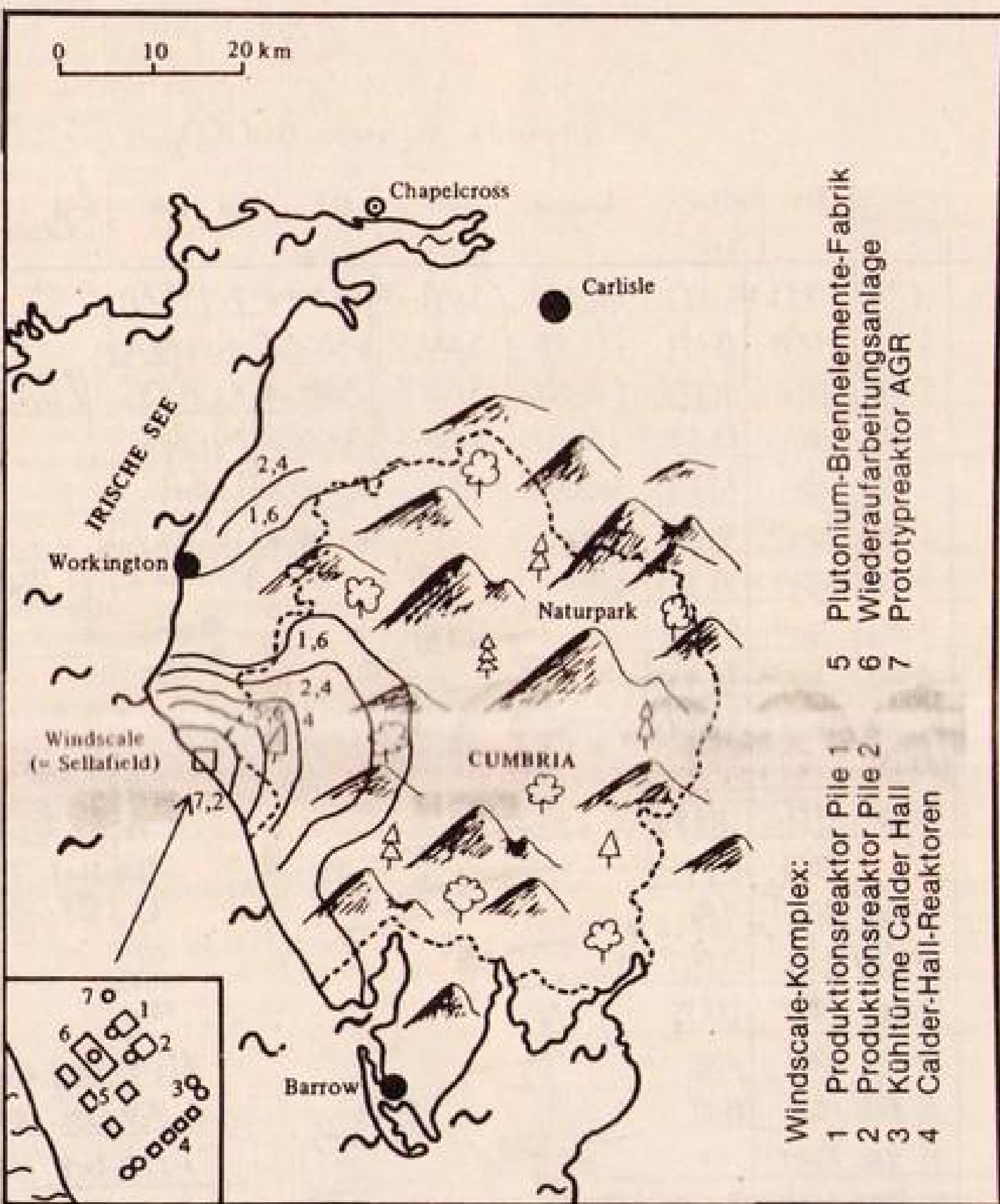
20 Jahre hätte sie noch Zeit gehabt, die Regierungsakten zur Katastrophe von Windscale für die Öffentlichkeit freizugeben. „Das Kabinett Macmillan hatte damals eine Verschlußzeit von einem halben Jahrhundert festgesetzt" („SZ", 4.1.88). Für so brisant hielt sie die Sache. Nun hat sich die Regierung Thatcher entschlossen, schon nach 30 Jahren den Schleier der Geheimhaltung ein wenig zu lüften. Nicht gleich alles wurde der Öffentlichkeit verraten. Die Zeugenaussagen zum Abschlußbericht der nach dem Reaktorbrand eingesetzten Untersuchungskommission blieben auch weiterhin unter Verschluß („taz", 7.1.88). Doch das verzeiht die bürgerliche Presse generös. Sie ist einfach dankbar. Eine bemerkenswerte Entscheidung, so hallt es aus dem Londoner Blätterwald hinüber. Eine „Geste der Offenheit" sekundierte die „Süddeutsche Zeitung" für die BRD-Presse (4.1.88). Und überhaupt: Eigentlich war doch schon alles gesagt! Der „Rheinische Merkur" erinnert sich zurück: „Die Presse diskutierte das Ereignis frei. Bestürzende Tatsachen sind der Öffentlichkeit längst bekannt." So müsse man der Macmillan-Regierung dann auch bescheinigen, sie „unternahm danach nicht den Versuch, das Reaktorunglück von Windscale zu verheimlichen". Das bißchen unterdrückte Papier: „Jeder hat seine Leiche im Keller" („Rheinischer Merkur", 8.1.88).

Eines kann der „freien Presse" bescheinigt werden. Tschernobyl hat sie längst verdaut. Ein Schock war's zwar, aber ohne nachhaltige Wirkung. Ein „Realitätsschock" eben, wie die „FAZ" es nennt (6.7.). Was kratzt da noch eine Reaktorkatastrophe vor 30 Jahren! Es sei trotzdem ein Blick zurück gegönnt.

Windscale ist ein Atomkomplex mit vielen Möglichkeiten unter einem Dach. In mehreren Plutonium-Produktionsreaktoren, einer Plutonium-Brennelementefabrik und einer Wiederaufarbeitungsanlage werden hier, an der Küste zur Irischen See gelegen, die Spaltmaterialien für das britische Kernwaffenprogramm gewonnen, wird Strom produziert und Plutonium für den Weltmarkt extrahiert. Die Katastrophe ereignete sich 1957 im Reaktor „Windscale Pile 1", der als erster militärischer Plutonium-Produktionsreaktor Großbritanniens im Oktober 1950 den Betrieb aufnahm. Der zweite Reaktor „Windscale Pile 2" folgte im Juni 1951. In beiden Reaktoren wurde 1952 das Plutonium für die erste britische Atombomnbe gewonnen, die am 3. Oktober 1952 bei Monte Bello an der Nordküste Australiens explodierte. Fünf Jahre später, am 10. Oktober krachte es in einem der Reaktoren. Der Reaktorkern von „Pile 1" fing Feuer. Das setzte die bis
am 10. Oktober krachte es in einem der Reaktoren. Der Reaktorkern von „Pile 1" fing Feuer. Das setzte die bis
Tschernobyl größte Reaktorkatastrophe in Gang. Der gesamte Graphitblock stand in Flammen. Die Brennstäbe schmolzen. Die Temperaturen in der Treibstoffzufuhr stiegen auf 1300 Grad Celsius. Das Graphit in der Leitung 20/53 dicht unter dem Reaktordeckel erreichte tausend Grad. Die Löschversuche der Feuerwehr durch Reinpumpen von Kohlendioxid brachten den Brand nicht unter Kontrolle. Zwei Tage stand der Reaktor in Flammen. Schließlich griff man zu Löschwasser. Über 4000 Liter Wasser pro Minute wurden in den brennenden Reaktor gepreßt. Doch das Zusammentreffen von kaltem Wasser und glühendem Graphit wirkte wie ein Vulkan. Ein radioaktive Wolke stieg kilometerhoch und verbreitete sich bis über Südengland, Wales, den Ärmelkanal und hinüber in die Normandie. 20.000 Curie Radioaktivität wurden an die Umwelt freigesetzt. Das ist, wenn auch nur ein Bruchteil des in Tschernobyl freigesetzten Inventars, die tausendfache Menge der bei der Katastrophe von Harrisburg freigesetzten radioaktiven Isotope. Im Fallout befanden sich Jod 131, Tellur 132, Cäsium 137 und Strontium 89. Für die Bewohner der Umgebung hieß das, sie waren in wenigen Stunden dem zehnfachen der erlaubten lebenslangen strahlenden Dosis ausgesetzt. Arbeiter im Werk selbst wurden mit der 150-fachen Dosis verstrahlt.

In der regierungsamtlichen Erklärung am 10. Oktober 1957 las es sich dagegen ganz anders: „Es gibt keine Anzeichen dafür, daß irgendeine Gefahr für die Öffentlichkeit besteht. Es ist keine größere Menge Radioaktivität freigesetzt worden. Die Menge war nicht gefährlich und ist mit dem Wind auf die See hinausgetragen worden" (nach „The Times", 1.1.88). Zwei Tage später wurde dann allerdings die Vernichtung der jodbelasteten Milch im Umkreis von 500 Quadratkilometern angeordnet. Das waren 2000 Tonnen Milch mit einer Belastung von 3700 Becquerel pro Liter. Schon am 15. Oktober folgte dann eine Vorkehrung, die seither ebenso wie Verharmlosungsreden und Vertuschungsmanöver zur politischen Aufarbeitung jedes Reaktorunfalls gehört. Die Grenzwerte wurden hinblicklich zu erwartender künftiger Reaktorunfälle neu festgelegt. Empfohlen wurde damals ein Grenzwert von satten 2000 Becquerel pro Liter Milch.

Was das Ausmaß der Reaktorkatastrophe und die gesundheitlichen Auswirkungen angeht, bestätigen die jetzt freigegebenen Geheimakten die jahrelang gehegten Befürchtungen. Doch nicht die frei diskutierende Presse, sondern erst die in mühsamster Kleinarbeit erstellten Untersuchungen von AKW-GegnerInnen zerrten das Ausmaß dieser Reaktorkatastrophe ans Licht. Die Befürworterseite reagierte darauf regelmäßig erst einmal mit Dementis, um dann nach „angemessenem time-lag"
gelmäßig erst einmal mit Dementis, um dann nach „angemessenem time-lag"
die Ergebnisse doch zu bestätigen.



So kamen AKW-GegnerInnen von der „Political Ecology Research Group" 1980 in einem Bericht zu dem Schluß, daß bei der Annahme eines radioaktiven Ausstosses von 10.000 bis 20.000 Curie von rund 250 Krebsfällen — darunter zehn bis zwanzig mit tödlichem Ausgang — auszugehen ist („Zeit" Nr. 33, 10.8.84). Selbst diese vorsichtigen Schätzungen wurden damals von renommierten Wissenschaftlern und der Atomindustrie als unqualifiziert zurückgewiesen. 1982 mußten die Ergebnisse der Gruppe von der Aufsichtsbehörde „National Radiological Protection Board" bestätigt werden. Mittlerweile kamen andere Untersuchungen auf bis zu 33 Tote in Folge der Reaktorkatastrophe. Auch diese Zahlen werden mittlerweile bestätigt.

Reaktor bei Instandhaltungsoperation zerstört

Bis Anfang November blieben die Gründe für den Brand im Reaktorkern im unklaren. Da brachte die „Times" die Meldung, der Unfall ereignete sich während eines militärischen Experiments, das Antworten auf Fragen geben sollte, die während der Atomversuche in der Nähe der Weihnachtsinseln aufgetaucht waren („Industriekurier" Düsseldorf, 2.11.57). Diese Meldung wurde von der britischen Regierung sofort auf das Heftigste dementiert. Anscheinend sollte vor allem eines vermieden werden: Es sollte kein Schatten auf die militärische Seite des Atomprogramms fallen. Fortan hieß es über die Ursache des Brandes: „Die Katastrophe ereignete sich während einer ganz normalen Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung 'Wigner-Energie-Ausstoß' " („FAZ", 11.11.57). Dies ist ein Paradox, denn es heißt mit anderen Worten: Der Windscale-Reaktor wurde bei einer Instandhaltungsoperation zerstört. Worin besteht nun diese zerstörerische Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung Wigner-Energie-Ausstoß?

„Wigner-Effekt" nennen die Wissenschaftler die tückische Eigenschaft des Graphit — dem Moderator im „Windscale Pile 1"-Reaktor — die Hitze aus den Brennstäben aufzunehmen, wobei die Kristallstruktur des Graphit verändert wird. Ist das Graphit mit der Hitze vollgepumpt, springt die Kristallstruktur in ihre ursprüngliche Form zurück. Dies geschieht unter explosionsartiger Freisetzung der gesamten gespeicherten Hitze. Diesen Ausbruch zu verhindern, dient die „Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung 'Wigner-Energie-Ausstoß' ", bei der das Graphit in regelmäßigen Abständen unter kontrollierten Bedingungen absichtlich aufgeheizt wird. Während dieser Operation sollen sich 50 der Uranbrennstäbe bis zum Glühen erhitzt haben. In der Fol-
sollen sich 50 der Uranbrennstäbe bis zum Glühen erhitzt haben. In der Fol-
ge sei das Feuer auf den Graphitblock sowie auf 150 Kanäle übergesprungen.

Ein Skandal wird vertuscht

Was immer an der „Times"-Meldung von einem militärischen Experiment als Auslöser des Unfalls wahr oder Gerücht gewesen ist, allein indem sie erschien, war sie gefährlich. Sie diskreditierte die Verfechter des militärischen Atomprogramms in Großbritannien und ihre weitergehenden Ambitionen. Das gleiche galt vom Bericht der ersten Untersuchungskommission unter der Leitung von Sir William Penney. In dem Bericht hieß es unter anderem, „Windscale werde seiner Verantwortung nicht gerecht" („FR", 2.1.88). Weiterhin kamen die Autoren zu der Auffassung, „der Unfall hätte noch viel schlimmer ausgehen können" und sei direkt auf Organisationsmängel bei der Aufsichtsbehörde zurückzuführen („FR", 2.1.88). Eine Veröffentlichung derartiger Sätze war nicht denkbar. Die britische Atomenergiebehörde befürchtete, eine Veröffentlichung des Reports würde „unweigerlich all' jene mit Munition versehen, die Zweifel dieser oder jener Art an der Entwicklung und der Zukunft der Atomindustrie haben" („SZ", 4.1.88). In ihrer Pressemitteilung vom 14.11.57 betonte sie deshalb: „Ein Unfall wie in Windscale könnte sich bei den Calder-Hall-Reaktoren und den Reaktoren, die für die Elektrizitätsbehörde im Bau sind, niemals ereignen, da bedeutende Unterschiede bestehen" (VWD, Frankfurt/M. - Montan, Nr. 266). Damit setzte sie eine Formulierung in die Welt, die sich seitdem bei jedem Reaktorunglück in stereotyper Weise wiederholt. Entscheidender als diese sehr allgemeinen Befürchtungen für die Zukunft der Atomindustrie — die sich auch so allgemein vom Tisch wischen ließen — war allerdings, daß eine Veröffentlichung des Reports die Weichenstellung für einen zügigen Ausbau des britischen Atomprogramms auf ein militärisches Ziel, dem einer eigenständigen Atomstreitmacht, zu gefährden drohte. Das ist das eigentlich Interessante, was die jetzt freigegebenen Regierungs-Akten enthüllen. Zur Umsetzung dieser weitreichenden Pläne benötigten die Briten damals unbedingt amerikanisches Know-How. In diesem Sinne liefen bereits Verhandlungen für eine amerikanisch-britische Nuklearkooperation. Das Hindernis, welches es zu überwinden galt, lag auf amerikanischer Seite und bestand im sogenannten McMahon-Gesetz von 1954, nach dem einer amerikanischen Regierung verboten war, ihre nuklearen Informationen mit anderen Staaten zu teilen.

Die Reaktorkatastrophe in dem militärischen Plutoniumproduktionsreaktor drohte die Kooperationsbestrebungen zu gefährden. Auf alle Fälle sollte vermieden werden, daß mit den Veröffentlichungen zum Windscale-Unglück in den USA der Eindruck der Unzuverlässigkeit der Briten als nuklearer Geheimnisträger entstünde.

In einem Protokoll der Atomenergiebehörde — einem der jetzt freigegebenen Dokumente — wurde die Befürchtung geäußert, daß der Report der Untersuchungskommission unter Sir William Penney in einigen Passagen „den Kräften in den Vereinigten Staaten Munition liefern würde, die sich auf jeden Fall einer notwendigen Neufassung des McMahon-Gesetzes widersetzen würden" („The Times", 1.1.88). Mit anderen Worten: Die herrschenden Kreise in Großbritannien sahen in der Veröffentlichung des Penney-Reports die reale Gefahr des Scheiterns einer nuklearen Kooperation mit den USA und damit die Gefahr eines herben Rückschlags beim zügigen Ausbau des Atomprogramms mit seinem Ziel einer eigenständigen Atomstreitmacht.

Die Veröffentlichungspraxis zur Windscale-Katastrophe erhielt so eine ungeheure politische Brisanz. Es fanden ausführliche Diskussionen und Abstimmungen zwischen Atomenergiebehörde, Verteidigungsministerium und Regierung statt.

Die Kommentierung des damaligen Premier Macmillan auf dem Umschlag des Reports lautete: „Ich habe dies alles gelesen. Sehr faszinierend. Wir haben ein doppeltes Problem: a) Was tun wir? Nicht so schwer. b) Was sagen wir? Nicht einfach" („SZ"", 4.1.88). Die Probleme wurden gelöst. Der alte Bericht verschwand in der Schublade. Eine neue Kommission unter Vorsitz des Vorstandsvorsitzenden des Chemiekonzerns ICI, Sir Alexander Fleck, erhielt den Auftrag, einen neuen, „besser für die Veröffentlichung geeig-
miekonzerns ICI, Sir Alexander Fleck, erhielt den Auftrag, einen neuen, „besser für die Veröffentlichung geeig-
neten" Bericht anzufertigen („FR", 2.1.88). Diese wesentlich entschärfte Fassung wurde der Öffentlichkeit als Weißbuch nahegebracht. Die „Neue Zürcher Zeitung" kommentierte die Vorstellung des neuen Berichts damals so: „Der heute veröffentliche Expertenbericht über den jüngsten Vorfall im Plutoniumwerk von Windscale sowie die Erklärungen Macmillans im Unterhaus und Sir Edwin Plowdens, des Leiters der Atomic-Energy-Authority an einer Pressekonferenz haben ihre beruhigende Wirkung nicht verfehlt" („NZZ", 10.11.57). Die freie Diskussion des Unfalls durch die bürgerliche Presse dokumentierte sich in den Sätzen: „Weder Menschen noch Tiere sind bei diesem Vorfall ernstlich geschädigt worden, und die temporäre Gefährdung der Milch in der Umgebung ist ebenfalls wieder beseitigt" („NZZ", 10.11.57) oder: „Nur bei 14 Arbeitern wurde eine Überschreitung der zulässigen maximalen Strahlungsmenge im Körper von drei Röntgen festgestellt, und zwar beobachtete man eine Strahlungsmenge bis zu 4,66 Röntgen. Die Erhöhung der Strahlenaktivität in der Umgebung von Windscale hielt sich unter den Toleranzgrenzen, so daß keine Schäden für den menschlichen Körper oder die Atmungsorgane entstanden" („FAZ", 11.11.57).

Die hektischen Manöver hinter den Kulissen der politischen Bühne blieben der Öffentlichkeit verborgen. Der entscheidende Erfolg stellte sich im darauffolgenden Jahr ein. Die Verhandlungen um die nukleare Zusammenarbeit mündeten 1958 in einem „Gegenseitigen Verteidigungsabkommen". Die Voraussetzungen für den Aufbau der britischen Atomstreitmacht waren geschaffen.

Rh., Hamburg

Hanau:

Szenen einer nuklearen Bananenrepublik

Den folgenden Beitrag entnahmen wir — mit freundlicher Genehmigung des Autors, Detlef zum Winkel — dem im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienenen Buch: „Reaktoren und Raketen — Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?", Hrsg. Udo Schelb. Er wurde redaktionell auf die für den Zusammenhang mit der Transnuklear wichtigen Aspekte gekürzt.

„Achten Sie mal auf Schnellabschaltungen", riet der Eingeweihte dem Laien. Es war eines jener äußerst seltenen Gespräche im Niemandsland zwischen der Atomfamilie und ihren Gegnern, denen der fachmännische Tip zunächst skurril erschien. Den Störfällen bei Reaktoren und darunter besonders denjenigen, die eine Schnellabschaltung erforderten, hat die Anti-AKW-Bewegung immer schon größte Aufmerksamkeit geschenkt. Vor knapp zehn Jahren veröffentlichte der Bundesverband der Bürgerinitiativen für Umweltschutz (BBU) eine entsprechende Chronik, und jede lokale Initiative war stolz, wenn sie die umfängliche Liste noch durch eigene Erkenntnisse erweitern konnte, die man meist durch sorgfältiges Sammeln von Presseschnipseln gewann. Denn das waren die konkreten Gegenbeweise gegen das etablierte Argument von der Sicherheit der nuklearen Energieerzeugung. Da eine Schnellabschaltung beim Reaktor das letzte Mittel, gewissermaßen die Notbremse ist, um Gefahr abzuwenden, vermittelte sie stets auch eine Ahnung von der prinzipiell möglichen Katastrophe: Funktioniert sie nicht, so die zwar verallgemeinernde, aber letztlich doch zutreffende Assoziation, dann kann es zum GAU kommen. In dieser Frage also war und ist die Bewegung aufs höchste sensibilisiert und sie zu noch mehr Wachsamkeit anzuhalten, klingt komisch, erst recht wenn jemand dazu auffordert, der der anderen Seite angehört und durchaus keine Zweifel an der herrschenden atomaren Sicherheitsphilosophie hegt, auch nach Tschernobyl nicht.

Aber gerade wenn man eine Sache unter einem bestimmten Aspekt intensiv studiert hat, passiert es leicht, daß man andere, sogar wesentliche Aspekte daran übersieht. Um den Atomunfall in der Ukraine hatte sich besagtes Gespräch gedreht; der Laie wünschte ein Urteil des Experten, ob es denn wahr sei, was durch die westliche Presse ging, daß nämlich der sowjetische RBMK 1.000 möglicherweise militärisch genutzt wurde, weil er ein idealer Plutoniumproduzent sei. Einerseits ja, andererseits nein, lautete die Antwort. Keineswegs sei jener graphitmoderierte Siedewasserreaktor quantitativ besonders ergiebig oder qualitativ besonders günstig für die Erzeugung von Plutonium. Die in der BRD gebräuchlichen Leichtwasserreaktoren hätten sogar eine höhere Ausbeute. Nur könne man beim RBMK 1.000 ohne Unterbrechung des laufenden Betriebes einzelne Brennelemente herausnehmen, und das sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten schon bedeutsam. Um Waffenplutonium zu gewinnen, dürfe das Uran nämlich nur verhältnismäßig kurz bestrahlt werden („niedriger Abbrand"). Beim Leichtwasserreaktor dagegen müsse für den gleichen Zweck ganz abgeschaltet werden — eine ebenso aufwendige wie teure Prozedur. Nach dieser Erläuterung des fraglichen Sachverhalts kam dann, ganz beiläufig, der zitierte Hinweis: logisch aus dem Zusammenhang abgeleitet und zunächst nicht weiter aufregend, denn es hieß ja nicht ausdrücklich, bei uns würden Störfälle mit nachfolgenden Schnellabschaltungen in Leichtwasserreaktoren *vorgetäuscht*, um in Wahrheit wegen des Plutoniums an niedrig abgebrannte Uranbrennstäbe heranzukommen.

Ein knappes Jahr später ist diese Möglichkeit nicht mehr abwegig. Angesichts eines im Frühjahr 1987 aufgeflogenen Bestechungsskandals, der weite Bereiche der Atomindustrie erfaßt, scheint nichts mehr unmöglich zu sein in einer Branche, die mit so großen Gefahrenpotentialen umgeht, daß man ihren Verantwortlichen gesetzlich besondere Zuverlässigkeit abverlangt. Im Vordergrund der Affaire: Die Hanauer Transnuklear, zuständig für die Beförderung spaltbarer Materialien aller Art — im Hintergrund und nur notdürftig durch die Tochter gedeckt die Mutterfirma des Hanauer Atomzentrums, NUKEM. Ein neuer kaufmännischer Leiter des Transportunternehmens entdeckte in den Büchern Unregelmäßigkeiten und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Schnell stellte sich heraus, daß Transnuklear über schwarze Kassen in der Schweiz Millionenbeträge an Mitarbeiter von Energieversorgungsunternehmen (PreußenElektra, RWE, HEW), Angestellte von Atomkraftwerken (AKWs Würgassen, Biblis, Stade, Brunsbüttel, Brokdorf, Krümmel, Unterweser), an Ingenieure, Strahlenschützer und Sicherheitsbeauftragte ausgeschüttet hatte. Involviert sind ferner Reaktorbau- und Zulieferer-Firmen und sogar das renommierte Karlsruher Kernforschungszentrum.

Schon bald nach Bekanntwerden des Korruptionssumpfes mußten rund dreißig leitende Angestellte der diversen Unternehmen fristlos entlassen werden. Einer von ihnen warf sich aus persönlicher Verzweiflung, wie es heißt, vor einen Zug. Die Staatsanwaltschaft geht in vorsichtiger Schätzung von etwa hundert Personen aus, gegen die Anklage erhoben werden müsse. Einzelheiten, die bis zum Sommer 1987 bekannt wurden, sind umso farbiger, je weniger Gewicht ihnen zukommt: Daß es extravagante Geschenke, ungewöhnliche Bewirtungen, gemeinsame Bordellbesuche etc. gegeben habe — wie menschlich (männlich) ist doch der moderne Atomtechniker ... Vage werden die Erklärungen allerdings, wenn es um das Motiv der Bestechungen geht. Die Atomfamilie verbreitet die Version, durch die seltsame Kundenbetreuung habe sich Transnuklear bei den Kraftwerksbetreibern Entsorgungsaufträge für nukleare Abfälle sichern wollen. Dies klingt wenig plausibel, da die Firma im atomaren Güterverkehr praktisch eine Monopolstellung innehat. Vor diesem Hintergrund bleibt mindestens die Höhe der Spendenaufwendungen ein Rätsel. Von Kritikern der Atomindustrie wird daher der Verdacht artikuliert, Transnuklear habe Sicherheitsbestimmungen unterlaufen und an Mitwisser Schweigegelder gezahlt. Wenn dem so wäre, hätte die Firma eine große Dummheit begangen. Angesichts der Deckung, die die Atomindustrie bei den Behörden genießt, angesichts auch des verschworenen Gemeinschaftsgefühls, das sich in dieser Branche herausgebildet hat, wäre sie besser beraten gewesen, solche Verstösse einfach zu praktizieren und alles zu unterlassen, was auf ein schlechtes Gewissen schliessen läßt: Nichts wäre bezahlt worden und nichts wäre aufgeflogen.

Hanauer Betriebsgelände

Hanauer Betriebsgelände

Da man vom Atomstaat nie die Wahrheit erfährt — das ist ja eines seiner Charakteristika —, muß man den harmlosen Versionen, wie sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden, stets die schlimmsten Befürchtungen entgegensetzen. Das heißt in diesem Kontext, daß für nukleare Abfälle besonderer Art Zuschläge gezahlt wurden. Abfall ist nicht gleich Abfall. Der „Müll", um den es geht, muß einen besonderen Wert gehabt haben, so daß sein Besitz und seine Bearbeitung keine lästige, kostenaufwendige Pflicht, sondern ein höchst gewinnträchtiges Unternehmen darstellten. Dieser Wert ergibt sich aus der militärischen Nutzbarkeit der abgebrannten Brennelemente, aus der Menge, der Reinheit und Abtrennbarkeit des darin enthaltenen Plutoniums. Um den kostbaren „Müll" zu produzieren, muß der normale Betriebsablauf eines Atomkraftwerks unterbrochen werden; wer das beabsichtigte, bräuchte dazu die Mitwirkung eines Personenkreises, der ziemlich genau demjenigen entspricht, der tatsächlich bestochen wurde. Niemand wäre allerdings zu einem solchen Unterfangen in der Lage, der nicht hohe und höchste Stellen hinter sich wüßte. Transnuklear ist dafür eine Nummer zu klein, es sei denn, man betrachtet die Firma als das, was sie faktisch ist: eine Unterabteilung der wesentlich bedeutenderen NUKEM. Achten wir auf Schnellabschaltungen ...

Bei den Hanauer Atomfirmen überrascht die Häufigkeit, mit welcher sich die „worst case"-Analysen als zutreffend erweisen. Wer hätte anfangs gedacht, daß die Unternehmen in jeder Hinsicht ohne gültige Betriebserlaubnis produzieren, daß ihnen die atomrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen und baurechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen fehlen? Wer hätte noch vor kurzem geglaubt, daß die gesamte Bank führender Manager wegen illegalen Betriebs kerntechnischer Anlagen angeklagt werden würde, ebenso wie sich drei ehemalige hessische Wirtschaftsminister und deren Beamte wegen Beihilfe dazu verantworten müssen? Daß gar ein frischgebackener CDU-Landesminister trotz aller Loyalität ein Stichwort von AKW-Gegnern übernehmen würde: „schlimmer als Flick"?! All das ist schlagzeilenträchtig, bleibt aber vordergründig. Gelegentlich erfährt die staunende Öffentlichkeit, daß gegen die Regeln verstoßen wurde, nie aber warum. Die These ist, daß alles, was an dem osthessischen Unternehmenskomplex suspekt ist, sich auf militärische Interessen und Ambitionen zurückführen läßt. Anders gesagt, daß es einen verdeckt handelnden, hochgestellten Personenkreis gibt, der systematisch auf einen Kernwaffenstatus der Bundesrepublik hinarbeitet. Diese These läßt sich nur plausibel machen, nicht wirklich beweisen. Eindeutig beobachtbar ist allerdings das schlechte Gewissen der Akteure, ihre Kenntnis der Massenmord-Qualitäten bestimmter nuklearer Materialien, die sie bei ständiger Leugnung unfriedlicher Absichten gleichwohl begierig horten, ihr Wissen um die Nähe zur Bombe und die Mischung aus Faszination und Schrecken, die dieses Bewußtsein auslöst. Genau das ist häufig das Klima, mit dem sich ein Verhängnis ankündigt.

... In Hanau ist das weltweit größte Reservoir an Kernsprengstoffen vorhanden, das von einem Staat unterhalten wird, der keine eigenen Kernwaffen besitzt. Das spricht für sich. Aber die „kriminelle Energie" (Joschka Fischer) der Nuklearfirmen erschöpft sich keineswegs darin, die Öffentlichkeit zu hintergehen, Genehmigungsverfahren zu verzögern oder Sicherheitsbestimmungen zu unterlaufen. Sie erstreckt sich auch darauf, die diversesten Gelegenheiten zu nutzen, um an den Kontrollinstanzen vorbei nukleare Vorräte anzulegen und undurchschaubare Geschäfte zu betreiben: Nach Meinung der Illustrierten stern hat sich bereits ein „nuklearer Schwarzmarkt" etabliert.

Vagabundierendes Plutonium

Es ist verblüffend einfach, aber das Wichtigste, was man darüber wissen muß. Alle physikalischen, chemischen, biologischen, mechanischen, ökonomischen, militärischen, politischen oder sogar psychologischen Charakteristika des Plutoniums kulminieren in einer Eigenschaft: Es verschwindet, wo es nicht verschwinden darf, um plötzlich dort aufzutauchen, wo es keiner vermutet ...

... Am 27.2.87 fand in der sog. „Schrottabteilung" von NUKEM ein Plutonium-Unfall statt. Die betroffenen Räumlichkeiten wurden geschlossen. Am 12.3., als bei einem Arbeiter eine Kontamination festgestellt wurde, informierte das hessische Wirtschaftsministerium die Medien. Ein Untersuchungsprogramm ergab, daß 20 NUKEM-Beschäftigte das Gift inkorporiert hatten. Der Unfall ereignete sich, als Arbeiter eine 4,3 Gramm schwere Uran-Probe aus dem Karlsruher Kernforschungszentrum aufgesägt und in einem Salpeterbad gelöst hatten. Zuvor hatten sie schon fünf Kilogramm Uran desselben Ursprungs behandelt; ob dabei ebenfalls Plutonium mit im Spiel war, bleibt unbekannt, da die Messung, die den Unfall aufdeckte, nur stichprobenartig vorgenommen wird. Die als Uran deklarierte Probe, die früher zu Versuchszwecken benutzt worden war, enthielt aus angeblich unerklärlichen Gründen 0,2 Gramm Plutonium. NUKEM hat keine Umgangsgenehmigung für Plutonium. So wurde das Ganze als ein Versehen dargestellt, für das Karlsruhe angeblichverantwortlich gewesen sei. Diese Version ist nichts als ein grober Täuschungsversuch (übrigens nicht der einzige in diesem Fall: Die CDU lancierte das Gerücht, Saboteure hätten das Uran absichtlich „verunreinigt", um die Atomindustrie in Mißkredit zu bringen).

Das Kernforschungszentrum gab den schwarzen Peter an das europäische Institut für Transurane weiter, wo die Probe gelagert worden war; jenes erklärte, es arbeite in der Tat hauptsächlich mit Plutoniumproben (was ja schon aus dem Namen hervorgeht — ansonsten: ein weiteres bisher unbekanntes Plutoniumreservoir), habe aber noch nie Uran damit verwechselt. Die Baseler Zeitung meldete am 14.3.87, die kleine Probe sei Teil einer elf Tonnen (!) starken Uran-Sendung des Kernforschungszentrums gewesen, die in den vergangenen Monaten „zur Umarbeitung" an NUKEM abgegeben worden sei. Die Westberliner „Tageszeitung" ergänzte, Uran und Uranproben seien auch an andere, bisher unbekannte Abnehmer geliefert worden; dem Kernforschungszentrum seien die Empfänger nicht bekannt, weil die mit der Angelegenheit befaßten Angestellten nicht mehr dort tätig seien (taz, 18.3.87). Am 20.3. benutzte die Frankfurter Rundschau erstmals den (zutreffenden) Begriff „chemische Wiederaufarbeitung" für das, was in der NUKEM-„Schrottabteilung" getan wird. Am 4.4. zitierte die „Tageszeitung" einen Sprecher des Wirtschaftsministeriums, es gebe „handfeste Beweise", daß sich Plutonium nicht nur in der einen Probe von 4,3 Gramm befunden habe; vielmehr sei es „auf eine Liefermenge von etwa 1,5 Kilogramm verteilt gewesen". Mitte Mai gab Wiesbaden, inzwischen CDU-regiert, bekannt, infolge des Unfalls durchgeführte Untersuchungen hätten ergeben, daß NUKEM „wesentlich mehr an schwach bestrahltem Material angenommen" habe, als dem Unternehmen behördlich genehmigt sei: 238 Kilogramm statt der festgesetzten 30 Kilogramm. Dieses Material komme „zum Teil" aus Forschungsreaktoren. Darüber gebe es „unterschiedliche Betrachtungsweisen" zwischen der Firma und der Aufsichtsbehörde, die in einem Gespräch geklärt werden sollten (FR, 16.5.87). NUKEM selbst gebrauchte die — man ahnt, worum es geht — phantastische Formulierung, auf dem Klärungstermin sollten „unterschiedliche Definitionen des Materials erörtert" werden (taz, 18.5.). Nach dem Gespräch verfügte der neue hessische Umweltminister, Karlheinz Weimar, im Unterschied zu seinen Vorgängern auch für die Atompolitik des Landes zuständig, die nicht genehmigte Überschußmenge in staatliche Verwahrung zu nehmen (FR, 20.5.). Die Hanauer Staatsanwaltschaft eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen unerlaubten Umgangs mit Kernbrennstoff gegen NUKEM. Am 5.6. informierten die Grünen auf einer Pressekonferenz darüber, daß auf Anordnung Weimars 100 Kilogramm schwach bestrahlten Urans der NUKEM in den Plutoniumbunker der Schwesterfirma ALKEM zur Verwahrung genommen worden seien. Tage später teilte die Staatsanwaltschaft mit, die Firma habe auch die zulässige Menge anderer Kernmaterialien in rechtswidriger Weise „erheblich erhöht". Demonstrativ veranstaltete das Umweltministerium am 29.6.87 eine nicht angekündigte Begehung der Hanauer Betriebe zur Durchführung einer „Mengenkontrolle". Ergebnis: Alles habe seine Ordnung; Überschreitungen der Höchstgrenzen seien nur „Einzelfälle". Allerdings ist es kaum möglich, in einer eintägigen Aktion den Firmen wirklich auf die Finger zu schauen. Im übrigen bleibt der Plural des in der Politik so wichtigen Begriffes Einzelfall immer wieder markant.

Skandale bewirken eine eigentümliche Medienarbeit ihrer Akteure. In diesem Fall standen winzige 4,3 Gramm am Anfang. Zwei Monate später belief sich die öffentlich verbreitete Mengenangabe auf 238 Kilogramm. Das ist etwas mehr als das Fünfzigtausendfache. Folglich hat man der Öffentlichkeit zugemutet, daß sich die Menge dessen, was bei NUKEM faul war, täglich um das Tausendfache des anfänglich behaupteten Wertes vermehrte. Amüsant — wenn es nicht um Spaltstoffe ginge. Doch was sind die „Definitionsschwierigkeiten" oder „unterschiedlichen Lesarten" bei jenem schwach bestrahlten Uran? Natürlich geht es um das, was darin enthalten ist und dessen Namen man so außerordentlich ungern ausspricht: Wie find' ich nur ein anderes Wort für Plutonium ... Die schwache Bestrahlung produziert, wie oben expliziert wurde, wenig, aber umso reineres PU 239. Mindestens die hundert Kilogramm, die in die staatliche Verwahrung genommen wurden, sind daher hochinteressant: Sie könnten noch nicht abgetrenntes Waffenplutonium enthalten. Woher, wozu, wohin? Und wie kommt NUKEM dazu, sich in der Wiederaufarbeitung zu versuchen, um Plutonium zu gewinnen? Vorerst bleibt es der freien Assoziation der Gedanken überlassen, den einen NUKEM-Skandal mit dem anderen, der NUKEM/Transnuklear-Korruptionsaffaire, zusammenzubringen und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Zu zeigen war hier, daß es keine Kontrolle waffenfähiger Spaltstoffe gibt, auf die man sich einigermaßen verlassen könnte — Bananenstadt Hanau.

Verlorene Unschuld

So gut wie alle Unternehmen des Atomzentrums haben bereits Aufträge für militärische Einrichtungen ausgeführt. ALKEM kooperiert mit den militärisch genutzten Schnellen Brütern Frankreichs. NUKEM lieferte Tritium-Targets für das Bonner Verteidigungsministerium — angeblich zu Materialprüfungszwecken, doch spielt die Tritiumtechnik auch eine Rolle bei der Zündung von Wasserstoffbomben. Transnuklear hat in Niedersachsen ein Lager für abgereichertes Uran auf Bundeswehrgelände eingerichtet. Daraus kann man im Mantel eines Schnellen Brüters Waffenplutonium gewinnen. Die Transportfirma nimmt auf der US-Air Base am Frankfurter Flughafen hochangereicherte Nuklearexporte aus den USA in Empfang. Nukleartechnik Gelnhausen und Leybold-Heraeus wurden mit ihren offenen Proliferationsgeschäften bereits erwähnt. Immer muß davon ausgegangen werden, daß nur die Spitze des Eisbergs — und auch jene nur in Form eines harmlos erscheinenden Eiszapfens — bekannt wird. Ist das die einwandfreie Trennung von ziviler und militärischer Atomtechnik?

Sie funktioniert natürlich nicht, und wie sich in allen atomaren Schwellenländern zeigt, ist die Entwicklungsrichtung ihrer jeweiligen Nukleartechnik eindeutig: Sie nähern sich — mehr oder weniger verdeckt, aber bisher unaufhaltsam — der Bombe. Auf diesem Gebiet sei alles nur Aufschub, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem Kommentar über Bemühungen, die Proliferation einzudämmen (FAZ, 5.7.85). Das beleuchtet das Selbstverständnis der maßgeblichen politischen Kräfte: Die Bombe kommt, sorgen wir also dafür, daß wir sie nicht als letzte erhalten. Erinnerungen an das Agieren der deutschen Industrie in den zwanziger und dreißiger Jahren — der Krieg kommt, sorgen wir also dafür, daß wir gut gerüstet sind — stellen sich nicht zufällig ein. Damals wie heute waren die Verantwortlichen gezwungen, ihre Vorbereitungen gegen internationale Verträge und in aller Stille zu treffen. Damals wie heute sind es die gleichen Kapitalgruppen. Sie haben also Erfahrung. Ein Hanauer Bürgermeister drückte es 1983 ungewollt sehr treffend aus: „Wir saßen schon immer auf einem Pulverfaß." Im Stadtteil Wolfgang, dort wo heute die Nuklearfirmen ansässig sind, war in der Nazizeit eine Pulverfabrik der Degussa.

Aids:

Einbrüche — Anatomie eines Urteils

Nürnberg, Ende November '87: Zwei Jahre Knast ohne Bewährung für einen ,,böswilligen'' HIV-Positiven. Nicht der erste Fall. Kein Ausrutscher. Generalprävention! Spitze des Eisbergs von Zwangsmaßnahmen überall im Land. In Nürnberg inszeniert, in Bonn und von den Länderexekutiven gebilligt.

Selbstverständlich gibt es Kritik! GRÜNE, SPD, sogar die CDU-Spitze der Enquéte-Kommission protestieren. Die AIDS-Hilfen sowieso. Aber die Proteste bleiben verbal, bzw. sind zu schwach. Die vollendeten Tatsachen sind stärker.

Was als bayerische Realsatire zu beginnen schien, entwickelt sich zum bundesdeutschen Trend. Das Individuum wird im Namen der Solidargemeinschaft diszipliniert: erschlichene Tests, Zwangstest, Berufsverbote, Isolation, Knast, Vorschläge zur Internierung und Sterbehilfe sind keine bayerischen Ausnahmen mehr.

Neue Worte, bekannte Inhalte. Kann Geschichte sich doch wiederholen? Wird AIDS in der BRD zur Nagelprobe der Demokratie, wie Kritiker meinen? Schauen wir auf die Fakten. Sie sind grauslig genug.

Dazu die Artikel auf den folgenden Seiten.

F.

Das aktuelle Urteil des Nürnberger Landgerichts gegen einen AIDS-Infizierten ist schon ohne alle Vorgeschichte und Begleitumstände eine politische und juristische Zumutung: Nach neuntägigem Verfahren wurde am 17.11. der Amerikaner Linwood B., 46, ehemaliger Koch der Nürnberger US-Streitkräfte, schwul, farbig, seit seiner Verhaftung am 5.2.87 in U-Haft, auf Grund einer Anzeige seines Arztes wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahrem Gesamtstrafe ohne Bewährung verurteilt. Er soll ,,ungeschützten Geschlechtsverkehr in drei Fällen ausgeübt'' haben, obwohl er von seiner HIV-Infektion gewußt und nach ärztlicher Aufklärung die Gefahr gekannt habe, die von ihm ausging.

Die Staatsanwaltschaft hatte dreieinhalb Jahre, die Verteidigung Freispruch gefordert. Obwohl die Verteidigung Revision einlegte, wurde die U-Haft nicht aufgehoben, das Urteil damit faktisch vollstreckt, bevor es

spruch gefordert. Obwohl die Verteidigung Revision einlegte, wurde die U-Haft nicht aufgehoben, das Urteil damit faktisch vollstreckt, bevor es

rechtskräftig ist.

Das Urteil wurde gesprochen, obwohl das Gericht nach eigenen Aussagen nicht nachweisen konnte, daß der Beklagte seine Partner tatsächlich mit dem HIV-Virus infizierte, einer der Zeugen sich in der Verhandlung sogar selbst als HIV-positiv erwies, ein weiterer Zeuge widersprüchliche Aussagen machte, ein dritter gar nicht erst aufzufinden war. Für die Verurteilung reichte dem Gericht der auf die Aussage seines Arztes gestützte Vorwurf, das ,,uneinsichtige Verhalten'' des Angeklagten sei ,,generell'' geeignet gewesen, Menschen zu schädigen.

Nicht einmal ansatzweise versuchte das Gericht zu verbergen, daß hier auf Koten eines Angeklagten Politik gemacht werden soll, begründete genau dies vielmehr mit ,,generalpräventiven Gesichtspunkten'' und angeblicher ,,Gefährdung unseres Rechtsstaats.'' Ein AIDS-Infizierter dürfe ,,nicht safer sex, sondern nur safe sex oder gar keinen sex'' praktizieren. Auch bei der Ausübung von Praktiken, die unter ,,safer sex'' empfohlen würden, bleibe ein Restrisiko. Die Vorsichtsmaßnahmen, die von amtlichen Stellen — etwa aus dem Bundesgesundheitsministerium und selbst vom bayerischen Gesundheitsministerium — empfohlen würden und werden, seien für die gesunde Bevölkerung gedacht und geeignet, nicht jedoch für Infizierte. (Man höre und staune!) Weder der Infizierte noch die Regierung oder die Gesundheitsbehörden dürften den Gesunden das Restrisiko aufbürden. Ein Rest von Vertrauen gerade in diesem intimen Bereich müsse erwartet werden können, sonst drohe die ,,totale Kondomgesellschaft''.

Allen AIDS-Infizierten müsse klar gemacht werden, daß sie ein Risiko nicht einfach auf andere abwälzen könnten, betonte der Richter, aber nicht jeden erreiche die Aufklärung. Bei einer Abwägung der Rechtsgüter müsse die körperliche Unversehrtheit der Allgemeinheit eindeutig höher eingeschätzt werden als die Interessen des Angeklagten, insbesondere die freie Ausübung der Sexualiät wie auch die ärztliche Schweigepflicht.

Das Gericht kritisierte zudem ausdrücklich, daß AIDS bisher nicht in den Katalog der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten aufgenommen worden sei und rügte demonstrativ den Leiter des Nürnberger Gesundheitsamtes, der sich geweigert hatte, der Polizei bei der Fahndung nach Belastungszeugen behilflich zu sein.

Entrechtung

Was das Urteil als allgemeine Norm erst postuliert, nämlich die Entrechtung und Sonderbehandlung von AIDS-Infizierten, wurde in der Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen den ,,Aids-Desperado'' Linwood B. bereits praktiziert, wie den Erklärungen von desen Anwalt sowie des ,,Komitees Aids und Menschenrechte'' mit erschreckender Deutlichkeit zu entnehmen ist. (1)

Am 5.2. 87 wird Linwood B. auf Grund einer Anzeige seines Arztes verhaftet. Dr. Smith, seinerzeit Chef der Abteilung für vorbeugende Medizin am US-Hospital in Nürnberg, informiert ohne Wissen seines Patienten die Staatsanwaltschaft, als sich der von ihm bereits über seine HIV-Infektion aufgeklärte Linwood mit einem frischen Tripper zur Behandlung bei ihm einstellt. Bei Dr. Smith handelt es sich vermutlich um denselben Arzt, der das Nürnberger Gesundheitsamt mit dem Argument, die Prostituierten seien für die zunehmende Zahl Aids-kranker US-Soldaten verantwortlich, zu Zwangstests veranlaßt hat. (2) Ohne daß eine Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht erwirkt worden wäre, werden Ärzte vom Ermittlungsrichter vernommen. Die so gewonnenen Krankenunterlagen und die Krankengeschichte waren die einzige Grundlage des sofort erlassenen Haftbefehls.

Mit der Verhaftung und dem Vollzug der weiteren Ermittlungen beauftragte die Staatsanwaltschaft Nürnberg die Mordkommission der Kripo. Ahnungslos und unter Androhung von Schußwaffeneinsatz gegen ihn im Fall seines Fluchtversuchs wurde Linwood B. in seiner Wohnung verhaftet. Unmittelbar danach erklärte die bayerische Justizministerin Berghofer-Weichner mit Blick auf ,,derartige Anzeigen'' und unter direktem Hinweis auf den konkreten Fall, ,,*in den aller-*

sche Justizministerin Berghofer-Weichner mit Blick auf ,,derartige Anzeigen'' und unter direktem Hinweis auf den konkreten Fall, ,,*in den aller-*

krassesten Fällen kann sogar der Mordtatbestand denkbar sein.'' Am 25.2. erklärte die bayerische Landesregierung mit ihrem Maßnahmenkatalog zur AIDS-Bekämpfung im Vorgriff auf geltendes Recht das ,,bewußte oder fahrlässige Infizieren anderer mit Aids'' zur ,,schweren Straftat'', die mit Nachdruck zu verfolgen sei.

Nach geltendem Recht, hielt Linwood B.'s Anwalt dagegen, sei versuchte fahrlässige Körperverletzung überhaupt nicht strafbar. Um die Aids-Politik der bayerischen Staatsregierung propagandistisch zu unterstützen, würden mögliche Grenzfälle zwischen straflosem fahrlässigem Verhalten und dem sog. ,,bedingten Vorsatz'' (billigendes Inkaufnehmen) zu angeblich schweren Straftaten hochstilisiert. Entgegen dem normalen Gang der juristischen Dinge, sei die Anklage auch nicht beim Amtsgericht, sondern unter Ausschaltung einer Berufungsinstanz sofort beim Landgericht erhoben worden. All dies, so Beckers Resümé, stelle eine ,,massive und unverhüllte Einmischung in die richterliche Gewalt'' und eine ,,unmittelbare Einflußnahme der bayerischen Staatsregierung über deren Justizministerium auf die Nürnberger Staatsanwaltschaft'' dar.

Erst nach der Festnahme Linwoods begannen die Ermittlungen nach den angeblich durch ihn Geschädigten und möglichen Belastungszeugen. Es wurden zwei Farbfotos von ihm gemacht: ein Ganzkörperbild eine Gesicht/Schulter-Aufnahme. Mit diesen Fotos, heißt es in der Presseerklärung des Anwalts weiter, hätten die Beamten der Mordkommission sodann zahlreiche Lokale in Nürnberg aufgesucht. ,,*Sie zeigten den Gästen Fotografien meines Mandanten, teilweise vor versammelten Lokalgästen. Dabei wurden die Fotografien mit den Worten vorgezeigt: ‚Der hat Aids. Jeder, der mit ihm was gehabt hat, kann jetzt davon ausgehen, daß er auch Aids hat.' Ein Zeuge ist bereit, dies eidesstattlich zu versichern. Die Fotografien wurden Prostituierten an der Frauentormauer zur Anschau gegeben. Ferner sollten sie nach dem Willen der Kriminalpolizei in den Räumen der Aids-Hilfe Nürnberg als auch des Gesundheitsamtes der Stadt Nürnberg zur Auffindung weiterer Zeugen ausgestellt werden.*'' AIDS-Hilfe und Gesundheitsamt verweigerten allerdings dieses Ansinnen.

Auch über diese Ermittlungen hinaus demonstrierten die bayerischen Behörden, daß ,,Aids-Desperados'' ihrer Meinung nach Freiwild sind. Hören wir weiter den Verteidiger: ,,*Aus einem mir vorliegenden Aufsatz vom 15.4. 87 des Bochumer Professors Dr. Rolf Dietrich Herzberg für die Zeitschrift ‚Neue Juristische Wochenzeitschrift' ergibt sich zweifelsfrei, daß dieser im Besitz des Wortlautes der Anklageschrift ist. Professor Herzberg ist bereits als Autor der vom bayerischen Staatssekretär Peter Gauweiler herausgegebenen Zeitschrift*



reits als Autor der vom bayerischen Staatssekretär Peter Gauweiler herausgegebenen Zeitschrift

‚Aids-Forschung' aufgetreten, welche die von der bayer. Statsregierung verfolgte Aids-Politik unterstützt. Nach Sachlage kann Professor Herzberg die Anklageschrift nur durch die Staatsanwaltschaft oder das Justizministerium erhalten haben. In dem Aufsatz wird die Anklage, die rechtliche Bewertung, ja sogar die mögliche Verteidigerstrategie bereits eingehend diskutiert, bevor das Gericht die Anklage überhaupt nur zugelassen hat.''

Auf eine Anfrage des GRÜNEN MdL Hans Günther Schramm erklärte das Justizministerium unumwunden, Herzberg habe die Staatsanwaltschaft zur wissenschaftlichen Auswertung um einen Abdruck der Anklageschrift gebeten und vertrauliche Behandlung schriftlich zugesichert. Eine Strafbarkeit sei bei diesem Vorgang nicht ersichtlich.

Seit dem Tag seiner Verhaftung, also seit nunmehr zehn Monaten wird Linwood B. in U-Haft gehalten. Begründung: Fluchtgefahr, obwohl er nachweislich über Arbeit, festen Wohnsitz, soziale Beziehungen verfügt. Alle Proteste des Anwalts blieben ohne Gehör. Auch Haftverschonung unter Auflagen (Paßabgabe, Meldeauflagen) lehnte die Staatsanwaltschaft schon im Mai kategorisch ab. Ein Kautionsangebot beantwortete sie mit den Worten: ,,*Egal in welcher Höhe, eine Kaution wird nicht akzeptiert*''. Faktisch sei das eine ,,Vorwegnahme der aus den Kreisen der CSU geforderten ‚Absonderung' von Aids-Infizierten'' konstatierte Rechtsanwalt Becker.

Auch nach dem Urteil zeigt die Staatsanwaltschaft keine Bereitschaft zur Aufhebung der U-Haft. Unter den z. Zt. in Sachen AIDS in BRD-Knästen herrschenden Verhältnissen ist das gleichbedeutend mit Isolation.

Orales im Gerichtssaal

Neun Tage ergingen sich Richter, Staatsanwälte, beamtete Zeugen samt zwei staatsanwaltschaftlich geladenen Gutachtern in den Details von Linwood B.'s Geschlechtsleben im besonderen und den Abgründen der ihrer Meinung nach bedrohten Sexualität und Sittlichkeit im allgemeinen. Schaudernd durften Spießer im und außerhalb des Gerichtssaals ihre sexuelle Neugier als Ekel getarnt befriedigen, durften die Sachverständigen ihren apokalyptischen und die Richter ihren ordnungspolitischen Ergüssen freien Lauf lassen.

Nachdem der Angeklagte am 3. Juni von seinem Arzt über seine Infektion informiert worden sei, so das Ermittlungsergebnis der Mordkomission nach ihren Schnüffeleien durch die einschlägige Szene, ,,*habe er mit seinem spanischen Bekannten Cardenas M. ohne Verwendung eines Kondoms, Oral und Analverkehr ausgeübt, nach dem 3. Juni im ‚Club 67' ebenfalls sexuelle Handlungen mit einem unbekannten Italiener vollzogen. Im Dezember 1986 und im Januar 1987 soll*

xuelle Handlungen mit einem unbekannten Italiener vollzogen. Im Dezember 1986 und im Januar 1987 soll

er im Nürnberger ‚Colt-Studio' mit Roland D. jeweils Oralverkehr ohne Schutz bis kurz vor dem Samenerguß, anschließend Analverkehr mit Präservativ gehabt haben''.

Für die angeblichen Vorgänge im ,,Colt-Studio'' und ,,Club 67'' fehlten vor Gericht dann die Zeugen. Der spanische Freund, der bei seiner ersten richterlichen Befragung noch dazu gebracht werden konnte, vorsorglich Strafantrag gegen Linwood zu stellen für den Fall, daß er durch ihn infiziert worden sei, erwies sich selbst als HIV-positiv. Dies hatten zwei Untersuchungen bereits im Juni und September 86 eindeutig ergeben, also zum Zeitpunkt als Linwood B. soeben von seiner Infektion erfuhr. Zudem hatte der Zeuge unterschiedliche Angaben zu Zahl, Art und Zeitpunkten seines Zusammenseins mit Linwood gemacht. ,,Letztlich'', so die ,,Nürnberger Nachrichten'', ,,blieb unklar, ob der spanische Zeuge nach diesem Termin (dem ,,ominösen Datum'' 3.6., an dem Linwood seine HIV-Infektion mitgeteilt bekam) noch einmal ungeschützten Geschlechtsverkehr mit dem Zivilamerikaner hatte oder nicht.'' Dieser Sachverhalt veranlaßte den Richter zu der überaus tiefsinnigen Frage an die Sachverständigen, ob ,,sich die Situation bei zwei HIV-Positiven verschlechtere, wenn sie intim würden.'' Der Gutachter hielt dies, auch nach ernsten ,,Vorhaltungen'' seitens des Richters, immerhin für ,,unerwiesen''. Einen Einfluß auf die Wahrheitsfindung des Gerichts hatte die überraschende Erkenntnis jedoch keineswegs. Was Wunder! Schließlich war sie das Ergebnis der Eigenermittlungen der Verteidigung. Da waren die Wertungen offenbar vorgegeben.

Was blieb, waren erhitzte Saubermänner der Mordkommission und der Presse. So hechelte der Reporter der ,,Nürnberger Nachrichten'': ,,*Im übrigen zeigte sich der 43jährige Polizist gestern vor Gericht erschüttert über den Eindruck, den er in dem Homosexuellentreff gewonnen hatte. In Nischen, die halben Bretterverschlägen glichen, würden Sexualpraktiken ausgeführt, von denen der Beamte bis zu seinem dienstlichen Besuch noch nichts gewußt hatte. ‚Wenn man so etwas gesehen hat, schläft man nicht mehr ruhig', meinte der Polizist*''.

Was weiterhin blieb, waren Gutachten der Professoren J. Kalden, Immunologe aus Erlangen und B. Fleckenstein, Virologe, die dem Gericht bestätigten, daß es letztlich auf die Einzelheiten doch gar nicht so sehr ankomme, da es ohnehin ,,schwierig'' sei, im Hinblick auf Übertragungswahrscheinlichkeiten ,,verbindliche Aussagen zu machen.'' In den biederen Worten des Lokalreporters: ,,*Die in Broschüren und offiziellen Schriften gemachten Hinweise zu ‚safer sex' (Verwendung eines Präservativs, Oralverkehr ohne Ejakulation) wollte er (Fleckenstein — d.V.) nicht als sichere Methoden zum Ausschluß einer Infektion sehen. Das Risiko sei allerdings in den vergangenen Jahren ‚leider' unterschätzt worden.*''

Eine Infektion bei ungeschütztem Oralverkehr, bezeichnete Fleckenstein als ,,*äußerst wahrscheinlich*''. Zur Sicherheit von Kondomen führte er aus: ,,*Manche lassen den Virus durch*''. Sein Kollege Kalden bestätigte ihn. Ein Gegengutachten der Verteidigung wurde nicht zugelassen.

Enthaltsamkeit der HIV-Infizierten ist demnach der einzige Schutz. Wer das nicht akzeptiert, muß damit rechnen, wie Linwood B. als böswilliger ,,Aids-Desperado'' verurteilt zu werden. Das nämlich ist der einzige Punkt der Anklage, der Linwood B. wirklich nachgewiesen werden konnte: überhaupt sexuelle Kontakte gehabt zu haben, seit er von seiner Infektion erfahren hatte! Selbst die Aussage des Arztes, Linwood habe sich nach diesem Datum einen Tripper zugezogen, sagt nach den medizinischen Umständen nur, daß es so war, nicht wie er ihn bekommen hat. Die vom Gericht angestellte Vermutung, er habe ihn sich beim ungeschützten Kontakt mit einer Prostituierten geholt, mag zutreffen, muß aber nicht. Bewiesen hat das Gericht auch diese Tatsache nicht.

Im Zweifel für den Angeklagten, sollte mensch denken. Nicht so offenbar, wenn es um AIDS geht. Faktisch läuft das Urteil auf lebenslanges Sex-Verbot und Isolation des Angeklagten hinaus. Hier ist totalitäres Rechtsverständnis dabei, sich nach den Terroristenprozessen ein weiteres Einfallstor zu schlagen.

ständnis dabei, sich nach den Terroristenprozessen ein weiteres Einfallstor zu schlagen.

„Internieren"

Nur einen Monat später geschah, was nach diesem Prozeß nicht überrascht. Bayerns Staatssekretär Gauweiler engagierte den (im letzten AK ausführlich vorgestellten) schwedischen Apokalypse-Hochrechner Michael G. Koch (nicht zu verwechseln mit dem West-Berliner Virologen Meinrad Koch) ab 1.1.88 für 100.000 DM jährlich als wissenschaftlichen Berater. Kochs erste Amtshandlung bestand darin, in einem Interview mit der einschlägig bekannten Zeitschrift ,,Quick'' die Internierung von ,,uneinsichtigen'' HIV-infizierten Drogenabhängigen und Prostituierten, sowie die systematische Überprüfung Schwangerer zu fordern. Die Verantwortung für die praktische Durchsetzung wies er mit dreistem Schreibtischszynismus von sich: ,,*Es ist nicht meine Aufgabe, darüber nachzudenken, wie man diese Probleme in der Praxis löst. Ich bin weder Polizist, noch Chef eines Gesundheitsamtes. Der eine wird das Problem in Form von geschlossenen Infektionskliniken lösen, ein anderer als gefängnisartigen Aufenthalt. Welche Form letztendlich gewählt wird, weiß ich nicht.*''

Der bayerische Sozialminister Karl Hillermeier (CSU) unterstützte Kochs Forderung. ,,Dem verantwortungslosen Verhalten einiger aids-infizierter Desperados'' könne nicht zugesehen werden. Dieser kleine Kreis, der gutgemeinten Ratschlägen nicht folge, müsse abgesondert werden , ,,in welcher Weise auch immer''. Allerdings sei die Landesregierung der Meinung, daß AIDS-Infizierte im allgemeinen Be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

reich der Krankenhäuser untergebracht werden sollten und nicht in Aids-Kliniken oder ähnlichen Einrichtungen. (3)

Empörung

Nun soll niemand meinen, es mit einem isolierten Alleingang bayerischer Gauweiler zu tun zu haben.

Zwar stieß schon das Urteil in sozialdemokratischen Kreisen, bei den GRÜNEN und den AIDS-Hilfe-PraktikerInnen lokal wie bundesweit auf ,,schärfste'' Kritik. Die ,,Aids-Kommission im Bonner Bundestag'', der neben einigen SPD-Bundestagsabgeordneten auch Bundesanwalt Bruns, Dieter Riehl von der ,,Deutschten AIDS-Hilfe'', die Experten Rolf Rosenbrock und Sophinette Becker angehören, erklärte, das Gericht habe völlig verkannt, ,,daß nicht nur Infizierte eine besondere Verantwortung für die Gesundheit ihrer Partner haben, sondern daß vor allem Gesunde Verantwortung für ihre eigene Gesundheit tragen.'' Mit dem Urteil werde eine gesellschaftliche Lawine losgetreten, die in Stigmatisierung und Ausgrenzung Infizierter enden werde. ,,Das Urteil bereitet den Weg zur Denunziation! Das Getto für Infizierte liegt in seiner Konsequenz.'' Man hoffe, daß das Urteil vor dem Bundesgerichtshof keinen Bestand haben werde. Die GRÜNEN sprachen vom ,,Gipfel der Inhumanität''. Sie setzten auf ,,Selbstverantwortlichkeit.'' Die Praktiker beklagten den ,,schweren Rückschlag'' in der Bekämpfung der Krankheit. (4)



Die nachgestoßene Forderung Kochs führte sogar zu Protesten des Vorsitzenden der Enquête-Kommisson zu AIDS, Hans Peter Voigt (CDU). Kochs Forderung sei ,,nicht der richtige Weg'', vielmehr müßten mehr The-
führte sogar zu Protesten des Vorsitzenden der Enquête-Kommisson zu AIDS, Hans Peter Voigt (CDU). Kochs Forderung sei ,,nicht der richtige Weg'', vielmehr müßten mehr The-
rapieplätze für Drogenabhängige geschaffen werden. Auch die systematische Überprüfung Schwangerer lehnte er ab. Statt auf Zwangstests müsse auf Freiwilligkeit gesetzt werden.

Die bayerischen GRÜNEN erklärten, Koch entlarve sich mit seiner Forderung als ,,politischer Desperado, der gesundheitspolitisch vollkommen inkompetent ist''. Auch die SPD lehnte eine Internierung scharf ab. ,,Der Weg zu Aids-Internierungslagern dürfte nicht mehr fern sein'', wenn es erst geschlossene Infektionskliniken gebe, erklärte MdB Renate Schmidt. Koch habe schon in der Aids-Kommission des Bundstages mit seinen Auffassungen und Forderungen weitgehend allein gestanden. Eine Internierung Aids-Infizierter trete nicht nur deren Menschenwürde mit Füßen, sondern wiege auch Nicht-Infizierte in falscher Sicherheit. Alle Zwangsmaßnahmen wirkten kontraproduktiv, weil sie Infizierte in den Untergrund trieben und damit zu einer weiteren Verbreitung von Aids beitragen würden. Bundesanwalt Bruns erklärte, Koch sei offenbar ,,über unsere Rechtslage nicht ausreichend informiert''. Eine ,,Absonderung'' von Aids-Infizierten müsse praktisch lebenslang erfolgen. Dies aber sei ein ,,außerordentlich schwerwiegender Eingriff'', der durch geltende Normen, etwa das Bundesseuchengesetz, nicht gedeckt sei. Kochs Vorschläge liefen auf ,,ein lebenslanges KZ'' hinaus. (5)

Ein Gauweiler kommt selten allein

Bei soviel prominenter Kritik, mag sich mancher beruhigen, daß die Uhren in Bayern eben auf AIDS-Zeit, statt auf mitteleuropäischer stehen und daß es so schlimm schon nicht kommen wird. Das könnte eine böse Täuschung sein. Verlassen wir das Reich der Träume! Koch ist sowenig der erste wie er der letzte sein wird, der in der BRD Internierung und Sondermaßnahmen fordert. Auf einer Insel bei Stockholm soll eine Quarantänestation für ,,unbelehrbare'' HIV-Infizierte eingerichtet werden. (siehe nebenstehenden Artikel) Nur wenige Tage nach dem Nürnberger Urteil trat der Bürgermeister von Frankfurt mit ebensolchen Internierungsplänen an die Öffentlichkeit. Auf einer AIDS-Tagung im Hamburger CCH am 12./13. Dezember, an der neben diverser Experten-Prominenz auch der Amerikaner Gallo teilnahm, kritisierte der Leiter des Hamburger Instituts für Impfwesen und Virologie, Dr. Godse Nielsen zusammen mit seinem Kollegen der Universitätsklinik Eppendorf, Raeder, die ,,Heile, heile Segen-Kampagne'' aus Bonn. In 30 Jahren werde die Bevölkerung zur Hälfte mit Aids infiziert sein. Man brauche deshalb ,,Refugien'', Sterbekliniken für AIDS-Kranke. (MoPo. 14. und 15. 12. 87)

Auf einer zur gleichen Zeit in Mannheim stattfindenden Tagung von über 600 ,,Rechtsexperten und Seuchenpolitikern'' zum Thema ,,Die Rechtsprobleme von AIDS'' fand das Nürnberger Urteil überwiegend Zustimmung. Im übrigen widmeten die TeilnehmerInnen der Tagung ihre Aufmerksamkeit vor allem der Frage, ob und welche Sondergesetze im Rechtsgefüge der BRD notwendig seien, angefangen bei der Ergänzung des Seuchengesetzes über Änderungen des Arbeitsrechts bis hin zu neuen Klauseln im Versicherungs- und Familienrecht. Die Frage hieß offenbar gar nicht mehr, ob, sondern nur noch was geändert werden müsse. (Dies bedürfte wie manches andere zum Thema bei Gelegenheit einer besonderen Aufarbeitung.) Manfred Steinbach vom Süßmuthministerium begrüßte auf der Mannheimer Tagung ausdrücklich das Nürnberger Urteil: Er bezeichnete die HIV-Positiven, die weiterhin promiskuitiv
nisterium begrüßte auf der Mannheimer Tagung ausdrücklich das Nürnberger Urteil: Er bezeichnete die HIV-Positiven, die weiterhin promiskuitiv
leben wollten, als ,,fast eine Mordmaschine.'' (taz, 24.11.8)

Nicht anders z.B. die Kollegen der Frau Süßmuth aus Hamburgs CDU, die die Vorschläge von Koch vor wenigen Tagen wegen ,,fehlender Rechtsgrundlagen'' aufs Schärfste kritisierten, um darauf hinzuweisen, daß das geltende Seuchenrecht genügend Möglichkeiten vorsehe, Gesunde vor bereits Aids-Infizierten zu schützen, wie u.a. das Nürnberger Urteil gezeigt habe. (FAZ, 6.1.88)

Muß mensch noch erwähnen, daß auch die ,,taz'' trotz kritischer Berichterstattung wieder einmal...? Ja, mensch muß wohl: ,,*Der Glaube, AIDS ohne jegliche Repression unter Kontrolle zu bringen, ist illusorisch*'', meint Manfred Kriener in einem Kommentar zu den Kasernierungs-Plänen der Stadt Frankfurt Ende November. ,,*Dennoch und gerade deshalb muß jede einzelne Zwangsmaßnahme auf ihre Effizienz zur Bekämpfung der Seuche, auf ihr Diskriminierungspotential und auf Alternativen im Kontext der übrigen AIDS-Politik überprüft werden*''.

Im übrigen ist das Nürnberger Urteil nicht das erste der Art. Es ist nur das erste, mit dem in dieser Weise Politik gemacht wird: Nahezu ohne öffentliche Beachtung wurde bereits im Mai eine Prostituierte namens Sonja wegen ,,versuchter gefährlicher Körperverletzung'' zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Sie sei trotz Berufsverbot weiter tätig gewesen und habe dabei ,,billigend in Kauf genommen'' daß die Freier sich ansteckten. (,,Spiegel'', 7.12.87) Die Anklage gegen einen HIV-positiven Franzosen, der eine Frau vergewaltigt und zu töten versucht hatte, wurde dagegen vom Landgericht München wegen Schuldunfähigkeit niedergeschlagen, der Angeklagte in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Ein weiterer vergleichbarer Fall soll beim selben Gericht noch anhängig sein. (NN, 17.11.87) Zu erinnern ist auch an die aus dem Frühjahr bekannten polizeilichen Vorladungen zu Zwangsstests in Frankfurt und West-Berlin. Meldungen darüber fehlen.

Ach, wär's doch nur ein Traum...

Die Aids-Kampagne der bayerischen Landesregierung verändert die Republik. Schritt für Schritt geht, es sei mir gestattet zu sagen, liberaler, humanistischer und demokratischer Boden in der Gesellschaft verloren. Diese Entwicklung gibt dem Nürnberger Urteil seine eigentliche Brisanz. Besonders verheerend für das öffentliche Bewußtsein ist dabei die scheinbare Alternative zwischen Gauweiler und Süßmuth als größerem und kleinerem Übel.

Im Februar startete die CSU, gestützt auf die Medien, nicht zuletzt den ,,Spiegel'', ihre Hochrechnungskampagne. Strauß erklärte AIDS zu einem der Kernthemen des konservativen Programms. Am 25. 2. schaffte die bayerische Staatsregierung vollendete Tatsachen durch Vorlage ihres AIDS-Maßnahmekatalogs, den sie als Initiativprogramm für die BRD bezeichnete. Anklagen wie die jetzt verhandelte waren eine der ersten Folgen. Anfang Juli legte Strauß entsprechende Gesetzesvorschläge im Bundesrat vor, die im wesentlichen dem bayerischen Muster folgen. Zimmermann wies eigenmächtig den BGS an, AIDS-infizierte Ausländer an den Grenzen zu stoppen. BKA, aber auch LKAs, legten mit ministerieller Billigung AIDS-Dateien an, die ihre Daten aus Strafakten, Gefängnissen und Gesundheitsämtern speisen. Nach Protesten wurde der Hinweis ,,AIDS'' durch ,,Achtung, Blutkontakt vermeiden'' ersetzt. Im übrigen werden die Dateien nach wie vor weiter aufgefüllt.

Vor dem Dunkel der bayerischen Maßnahmen konnte sich das Süßmuth-Programm als sanfte Linie profilieren. Am 20.06 wurde die Enquête-Kommission zu AIDS eingesetzt, die im Kontrast zur Linie der Straußgruppe unter dem Motto ,,Aufklärung statt Zwang'' operiert. Die Alternative zwischen kleinerem und größerem Übel, die früher zwischen Regierungspartei und Opposition ausgespielt wurde, verengte sich auf Alternativen innerhalb des konservativen Lagers. Kritiken der SPD, der GRÜNEN, selbst der AIDS-Selbshilfen degenerieren in dieser Konstellation zunehmend zu Anhängseln der ,,sanften'' Süßmuthlinie. Seit Einführung von ,,AIDS-BeraterInnen'' bei den Gesundheitsämtern verstärkt sich diese Tendenz der Verstaatlichung der AIDS-Politik auf einer konservativen Grundlinie.

Inzwischen sind Zwangsmaßnahmen in ,,Problembereichen'' keineswegs mehr bayerische Besonderheit:

Still und heimlich verabschiedete Hessen als erstes Bundesland nach Bayern im Oktober eine ,,Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten''. Die Internierungspläne des Stadt Frankfurt sind eine erste sichtbare Anwendung davon.

Inzwischen wurde ein AIDS-Erlaß des NRW-Justizministers Krumsieck bekannt, in dem es heißt ,,*die Ermittlung HIV-Infizierter Gefangener (ist)*

Fortsetzung auf Seite 16

Ausgerechnet die ...

Zu den AIDS-Maßnahmen in Schweden und der DDR

Ja, ausgerechnet die! Der sozialdemokratische Musterstaat Schweden macht Internierungspläne hoffähig. Die realsozialistische DDR führt einen AIDS-Paß für Reisewillige ein und schiebt HIV-Infizierte Ausländer ab. Wenn das keine Ermunterung für reaktionäre Weltbilder und staatliche Hardliner ist!

Die ersten Pläne, sog. uneinsichtige AIDS-Infizierte zu internieren, wurden im Oktober '87 ausgerechnet aus Schweden bekannt. Auf der kleinen Adelsö im Malärsee, 25 Kilometer östlich der City von Stockholm, soll auf einem alten Adelsgut eine bewachte Quarantänestation eingerichtet werden.

Selbst ein beschwichtigend gemeinter Artikel aus der ,,Zeit'' (1) läßt ein beklemmendes Bild entstehen, wenn es auch in einigen entscheidenden Punkten von hiesigen Verhältnissen abweicht: Seit '82 der erste Fall von AIDS in Schweden registriert wurde, habe sich der Staat, ,,der sich uneingeschränkt und fast ohne Widerspruch als Hüter der gesellschaftlichen Interessen versteht'', zur ,,Mobilmachung'' entschlossen. Die ,,Ritter gegen den apokalyptischen HIV-Virus kennen keine Parteien mehr, sie beschwören einstimmig die Solidargemeinschaft''.

Seit langem ist AIDS in das bestehende Seuchengesetz aufgenommen worden. Ärzte sind zur Meldung ver-
keine Parteien mehr, sie beschwören einstimmig die Solidargemeinschaft''.
Seit langem ist AIDS in das bestehende Seuchengesetz aufgenommen worden. Ärzte sind zur Meldung ver-
pflichtet. Dabei werden Geschlecht, Alter und Wohnort angegeben, allerdings nicht die Personalnummer, die in Schweden zur Identifizierung der Person in allen Bereichen dient und deren Datenumfeld durch turnusmäßige Regelbefragung kontrolliert und aktualisiert wird. Forderungen nach Zwangstests oder Reihenuntersuchungen weisen die Behörden allerdings zurück. Infizierte haben Anspruch auf kostenlose medizinische und psychosoziale Behandlung, sind aber nach dem Gesetz auch verpflichtet zu verhindern, daß andere sich bei ihnen anstecken, d.h. müssen ihre Partner informieren und die gängigen Schutzmittel anwenden.

,,*Sollte der Patient die ihm auferlegten Pflichten verletzten, sozusagen außer Kontrolle geraten*'', wie die ,,Zeit'' es formuliert, ,,*muß der behandelnde Arzt die Gesundheitsbehörde verständigen, und zwar diesmal mit vollem Namen und Adresse. Dann folgen amtliche Ermahnungen und schließlich Zwangsmaßnahmen. In den vergangenen zwei Jahren, so Johann Wallin*, (der nicht näher bezeichnete Gewährsmann der ,,Zeit'') *hat es drei solche Fälle gegeben. Diese HIV-Infizierten, alle hochgradig rauschgiftsüchtig, seien aufgrund eines ordentlichen Gerichtsverfahrens in kommunale Krankenhäuser eingewiesen worden. Dort habe man freilich mit ihnen größte Probleme gehabt. So sei man auf die Idee gekommen, für Patienten dieser Art notfalls ein Hospital einzurichten mit Ärzten, Psychotherapeuten und Pflegern, die einer solchen schwierigen Aufgabe gewachsen sind*''. — Wer würde da Schlimmes vermuten!

Aber warum dann eine Insel, fragt der Reporter. Antwort: ,,*Nunja, in Stockholm sei man eigentlich überall von Wasser umgeben*''. Und das Eiland sei schließlich dicht bevölkert und kein einsamer unwirtlicher Felsen im Meer, wie die Presse draußen vermuten lasse. Also keine Lagerhaft für ,,uneinsichtige'' AIDS-Infizierte? ,,*Auf diese Anspielung mag sich der Gesprächspartner nicht die etwas süffisant klingende Bemerkung verkneifen, daß in Schweden niemand wegen vorsätzlicher Verbreitung von HIV-Viren zu Gefängnis verurteilt werden könne, wie kürzlich in der Bundesrepublik geschehen*''. Im übrigen rechtfertigten die Resultate die staatlichen Maßnahmen. Mensch sieht, aus welcher Schule Herr Koch kommt, wenn er auch selbst für das offensichtlich hysterisierte Schweden mit seinen apokalyptischen Hochrechnungskünsten (2) nicht repräsentativ ist. Konstatieren die schwedischen StatistikerInnen doch einen ,,deutlichen Rückgang der Neuansteckungen''. Dies mag Kochs Drang erklären, sich mehrversprechendere Experimentierfelder für seine epidemiologischen Theorien zu suchen.

Als Vorbild für die BRD taugt das Beispiel der schwedischen AIDS-Politik sicherlich nicht. Auch ist es vor dem Hintergrund einer anderen Geschichte nicht übertragbar. Sehr wohl aber taugt es zur demagogischen Legitimation. Was im sozialdemokratischen Musterland Europas recht ist, das kann doch hier nur billig sein?!

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Jahrelang war AIDS in der DDR Tabu-Thema. Ihre Statistiker meldeten konstant und eher widerwillig: Vier AIDS-Kranke, davon zwei gestorben, 35 HIV-Positive ohne Ausbruch der Krankheit. Stereotype Begründung: Die im Westen bekannten ,,Problemgruppen'' wie die Fixerszene, die Homosexuellenkultur und Prostitution gebe es in der DDR nicht. Blutpräparate würden alle gestestet.

Jetzt gab der Ministerrat grünes Licht für eine Anti-AIDS-Kampagne. Alles wird anders, obwohl sich an den Voraussetzungen hat kaum etwas geändert hat. Die Zahlen der AIDS-Statistik sind nach wie vor konstant. Eins allerdings fällt in den neuesten Verlautbarungen des Staatssekretärs im Gesundheitsministerium der DDR, Prof. Schneidewind, als Neuigkeit ins Auge: Infiziert sind, so wird jetzt betont, über die bisher Genannten hinaus ,,*eine Anzahl Ausländer*''.

Niels Sönnichsen, Direktor der Klinik und Poliklinik für Hautkrankheiten an der Ost-Berliner Charite und Vorsitzender der AIDS-Beratergruppe beim DDR-Gesundheitsministerium, präzisierte, AIDS verbreite sich in der DDR sowohl durch ,,*sexuelle Kontakte männlicher homosexueller DDR-Bürger mit Infizierten anderer Länder*'', als auch durch ,,*unterschiedliche Kontakte (nicht nur sexuell) mit infizierten heterosexuellen Bürgern, besonders aus gefährdeten afrikanischen Ländern*''. Seine Erwartung: ,,*Die bisher abzusehende weltweite Entwicklung der AIDS-Infektion wird in der nächsten Zeit auch in der DDR zu einem Anstieg sowohl der AIDS-Infizierten als auch der AIDS-Kranken führen*''.

AIDS hat man nicht, man holt es sich, lautet die reaktionäre Leitlinie hierzulande. Was im chaotischen kapitalistischen Westen erst für den individuellen Verkehr propagiert wird, hebt deutscher Realsozialismus in der DDR gleich auf das Niveau zwischenstaatlicher Beziehungen: Die DDR hat kein AIDS, sie kann es sich holen. Konsequenz: Grenzen abschotten. Abisolieren. Es lebe die Neueröffnung der Mauer mit anderen Mitteln! ,,*Bürger anderer Staaten*'', die sich zeitweise in der DDR aufhalten und an AIDS erkrankt oder mit dem AIDS-Virus infiziert sind, ,,*werden in Übereinstimmung mit den diplomatischen Vertretungen ihrer Länder in die Heimatländer zurückgeführt*''. Mit der UdSSR und einigen anderen sozialistischen Ländern vereinbarte die DDR, daß Bürger des einen beim Aufenthalt im anderen Staat, soweit dieser Aufenthalt länger als drei Monate dauert, bei der Einreise einen Nachweis vorlegen müssen, aus dem hervorgeht, daß sie frei von ansteckenden Krankheiten sind, AIDS eingeschlossen. Praktisch bedeutet das: Alle DDR-BewohnerInnen, die z.B. länger als drei Monate in die UdSSR reisen wollen, müssen einen AIDS-Test machen. Wir reden hier nicht von dem Sinn dieser Maßnahmen, aber eins kann ich mir nicht verkneifen: Warum die Schamgrenze einer Dreimonatsfrist? Marx und Bismarcks würden sich im Grabe umdrehn bei dieser Inkonsequenz ihrer Erben!

Was immer sich die Saubermänner des blitzblanken deutschen Realsozialismus zu ihren Beschlüssen gedacht

Was immer sich die Saubermänner des blitzblanken deutschen Realsozialismus zu ihren Beschlüssen gedacht haben mögen, eines ist sicher: Für die Gauweilers der BRD sind die Maßnahmen sicher a Gaudi! Wir werden bald erleben, was sie daraus machen.

Kommt hinzu, daß auch in der DDR über das Kondom hinaus nicht nur Treue als sicherste Prävention empfohlen wird, sondern eine namentliche Meldepflicht praktiziert wird. Erfaßt werden dabei nicht nur die Infizierten selbst. Sie müssen auch ihre Partner angeben, die dann ebenfalls zum Test geladen werden. HIV-Positive bekommen Auflagen für ihr Sexualleben. Sie sind verpflichtet, Ärzte, auch Zahnärzte vor evtl. Eingriffen rechtzeitig aufzuklären.

Bei uns sind es die großen und die kleinen Reaktionäre, die derartiges propagieren. In der DDR, so die ÄrztInnen der Charite, sei die Meldepflicht kein Problem. Sie sei, anders als in der BRD, speziell in Bayern ,,für die Betroffenen Bürger in erster Linie eine hilfreiche Maßnahme.''

Tatsächlich? Ist im realen Sozialismus alles ganz anders? Keine Ausgrenzung, kein Zwang, alles auf Basis freiwilliger Einsicht? Ich wage zu zweifeln. In diesem Falle scheint mir der ,,Spiegel'' ausnahmsweise nah an der Wahrheit, wenn er zur Frage des Zwangs und der Ausgrenzung süffisant anmerkt: ,,*In der DDR, da sei die sozialistische Ethik vor, kann das natürlich nicht passieren. Denn, so die ost-Berliner Klinik Chefin, ,Arbeitsstelle, Wohnung, da haben wir bei uns eindeutige Gesetze'. Die haben die Bayern auch*''. (3)

Wer es anders sieht, möge es sagen.

Anmerkungen

1) ,,Ein autoritäres Utopia — Wie Schweden wirklich mit seinen AIDS-Kranken umgeht.'', ,,Zeit'', 11.12.87;
2) siehe AK 289, ,,Fakten, Hochrechnungen und Stammtischapokalypsen'' ff.;
3) Informationen nach ,,Spiegel'' 1/88, FAZ, taz und FR vom 4.1.88

Krankheitsverdächtige und Bazillenausscheider

Tuberkulose und „Euthanasie" von Götz Aly

,,Uneinsichtige'' AIDS-Infizierte verschwinden vor unseren Augen im Knast. Der Ruf nach Isolation und Internierung wird offen erhoben. Quarantänestationen, ,,Refugien'', Sterbekliniken sollen her, wo die AIDS-Infizierten und -Kranken abgesondert werden sollen.

Einmal ging die Medizin diesen Weg schon. Der Schritt von diesen Vorstellungen zu zur systematischen Vernichtung ,,lebensunwerten Lebens'' war dann nicht mehr weit.

Götz Aly zeigt in seiner Analyse, wie diese Entwicklung in den dreißiger Jahren begann und schrittweise in die Vernichtungsprogramme in deutschen Heilsanstalten und KZs des deutschen Faschismus führte. Die Parallelen zu heute sind alarmierend.

Götz Aly ist Mitherausgeber und Redakteur der ,,Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik'', von denen bis heute 5 Bände im Rotbuch-Verlag erschienen sind. Der letzte unter dem Titel ,,Sozialpolitik und Judenvernichtung.''

Der Beitrag wurde aus ,,Vorgänge'' 4/87 übernommen und vom Autor für uns geringfügig überarbeitet.

Die ,,Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten'' (1) vereinheitlichte 1938, was sich bereits seit 1930 in einzelnen Landesgesetzen Bahn gebrochen hatte: die zwangsweise Behandlung von Infektionskrankheiten. Neben den sieben klassischen ,,gemeingefährlichen Krankheiten'' wie Cholera, Pest und Pocken definierte § 1 zweiundzwanzig weitere Krankheiten hinzu, wie Keuchhusten, Kinderlähmung und Scharlach, für die die ärztliche Schweigepflicht aufgehoben und eine Meldepflicht innerhalb von 24 Stunden vorgeschrieben wurde: ,,Die Anzeige ist dem für den Aufenthaltsort zuständigen Gesundheitsamt zu erstatten. Das Gesundheitsamt hat nach Empfang der Anzeige unverzüglich die Ortspolizeibehörde zu benachrichtigen.'' Zur Meldung verpflichtete das neue Gesetz Haushaltungsvorstand, Wohnungsinhaber, Ärzte, Leichenschauer und ,,jede mit der Pflege oder Behandlung des Erkrankten berufsmäßig beschäftigte Person''. Nach der Meldung einer Infektion hatte das Gesundheitsamt ,,Ermittlungen über Ursache, Art, Ansteckungsquelle und Ausbreitung der Krankheit sowie über die Gefahr weiterer Ausbreitung vorzunehmen''. Nicht nur die Kranken selbst, sondern auch die ,,Krankheits- und Ansteckungsverdächtigen'' wurden Gegenstand dieser Ermittlungen. Sie alle waren auskunftspflichtig und verpflichtet, sich einer unbegrenzten Zwangsdiagnostik, nämlich den im Gesetz formulierten ,,erforderlichen ärztlichen Untersuchungen und der Entnahme von Untersuchungsmaterial zu unterziehen'' (§ 6).

Unter der Rubrik ,,Schutzmaßnahmen'' (§§ 7-14) regelte die Verordnung, daß ,,Personen, die an einer übertragbaren Krankheit leiden oder dessen verdächtig sind, einer Aussonderung oder Beobachtung unterworfen werden'' können. Wurden ,,angeordnete Schutzmaßnahmen nicht befolgt'', so konnte die Unterbringung in ,,einem Krankenhaus oder einer anderen geeigneten Anstalt'' in ,,enger Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt und Polizei'' auch gegen den Willen des Betroffenen angeordnet werden. Ansteckend Kranke konnten ,,Verkehrsbeschränkungen und sonst etwa erforderlichen Verhaltensmaßregeln unterworfen werden''. Das Gesetz berechtigte die Polizei, ,,eine Absnderung derjenigen Bazillenausscheider an(zu)ordnen'', die dem nicht nachkamen. ,,Wohnungen und Häuser'', so verfügte § 14, ,,in denen sich Personen mit übertragbaren Krankheiten befinden, sind auf Anordnung kenntlich zu machen''. Die Kosten dieser Maßnahme, die in der Zwangsasylierung gipfel-
den, sind auf Anordnung kenntlich zu machen''. Die Kosten dieser Maßnahme, die in der Zwangsasylierung gipfel-
ten, hatte der Betroffene — also der ,,Kranke, Krankheitsverdächtige oder Bazillenausscheider'' — zu tragen, beziehungsweise seine unterhaltsverpflichteten Familienangehörigen.

Diese Formulierungen meinten in erster Linie Tuberkulosekranke. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war Tuberkulose noch immer die größte Volkskrankheit. Zwischen 1,2 und 1,6 Millionen Menschen litten allein in Deutschland an dieser Infektionskrankheit; 400.000 von ihnen waren offentuberkulös und damit ansteckend; in der Zeit des Nationalsozialismus starben pro Jahr etwa 80.000 Menschen an TB, die Zahl der jährlichen Neuinfektionen betrug bis 1941 rund 90.000, wegen des Krieges stieg sie in der Folge steil an. Die Heilungsverfahren waren sehr aufwendig und kostenintensiv. Unter diesen Rahmenbedingungen entstand ein System zur Bekämpfung dieser Krankheit, das die Absonderung sogenannter ,,asozialer Tuberkulöser'' vorsah und mit der Entwicklung dieses Begriffes zugleich damit begann, die Tötung dieser Patienten zu legitimieren.

Der Vernichtungswille

Die praktischen und gesetzgeberischen Vorbilder der eingangs erwähnten Verordnung hatte man 1930 in Thüringen geschaffen. Seither erlaubte die Landesseuchenverordnung die zwangsweise Unterbringung von Infektionskranken, und ,,1934 wurde dann in den Thür. Landesheilanstalten Stadtroda eine geschlossene Abteilung für asozial Offentuberkulöse eingerichtet'' (2). Den Begriff ,,asozial Offentuberkulöser'' erfanden allerdings nicht die Mediziner der Nazi-Zeit, er war bereits 1931 auf einer Tagung von Tuberkuloseärzten auf Norderney geprägt worden (3).

Die Leitung der Anstalt Stadtroda übten nacheinander zwei Ärzte aus, die sich auch in den ,,Euthanasieaktionen'' des Dritten Reiches einen Namen gemacht haben: Von 1933 bis 1935 der spätere Jenaer Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie Berthold Kihn und von 1939 bis 1945 Dr. med. et phil. Gerhard Kloos (4), vielen Medizinern in der Bundesrepublik vertraut durch seinen handlichen, in den fünfziger und sechziger Jahren viel benutzten, neunmal aufgelegten ,,Grundriß der Psychiatrie und Neurologie'' wie auch durch eine Anleitung zum Intelligenztest (5). Hatte er diese seinerzeit im Auftrag des Erbgesundheitsobergerichtes Jena verfaßt, so stammt die erste Auflage des ,,Grundrisses'' aus dem Jahr 1944.

Der Abteilungsarzt für die zwangsweise in Stadtroda internierten Tuberkulosekranken war Dr. A. Aschenbrenner; kein Lungenfacharzt, sondern nach dem Urteil seines Chefs Kloos, eher in der Funktion eines Polizisten beschäftigt, publizierte er knapp aber eindringlich über ,,Die Wirkung der Zwangsasylierung auf asoziale Offentuberkulöse''. Nach der Auffassung des Gesetzgebers sei ein Offentuberkulöser dann asozial, ,,wenn er seine Umgebung durch seine ansteckende Krankheit erheblich gefährdet''. Zunächst habe man sich praktisch gar nicht um eine ärztliche Behandlung gekümmert, da man davon ausgegangen sei, ,,daß es sich bei den Insassen der neu zu gründenden Abteilung wohl im der Hauptsache um solche antisozialen Elemente handeln würde, bei denen jede Erziehungsmaßnahme an ihrer Böswilligkeit oder an ihrer vollkommenen Uneinsichtigkeit und jede Therapie an ihrem unsoliden Lebenswandel scheitern würde''. Im Laufe der Zeit sei man sich jedoch über den verschiedenen sozialen Wert der einzelnen unter
tern' wurde . ''Im Laufe der Zeit sei
man sich jedoch über den verschiedenen sozialen Wert der einzelnen unter
dem Begriff ,,asozialer Tuberkulöser'' subsumierten Kranken klar geworden. Dieser Begriff müsse nämlich ,,ebenso auf einen sonst anständigen Volksgenossen angewendet werden'', dem einfach das Krankheitsbewußtsein fehle, wie auch auf ,,verbrecherische Elemente, die bewußt die Volksgesundheit schädigen, indem sie gegen die seuchenhygienischen Vorschriften fortgesetzt verstoßen''. Da waren die kinderreichen Mütter, ,,die aus falsch verstandenem Pflichtgefühl ihren Wirkungskreis in der Familie nicht verlassen'' wollten, und da waren die an Tuberkulose erkrankten thüringischen Huren; da beobachtete Aschenbrenner auch ,,gewisse einfältige, primitive Menschen'' und stufte sie als ,,an sich durchaus nicht böswillig'' ein. Daher sollte der bis 1939 gültige ,,Grundsatz der Ablehnung jeder aktiven Behandlung eine Änderung erfahren''.

Hatten Ärzte in Stadtroda bis dahin nur ein zum Zweck des schnellen Sterbens eingerichtetes Krankengefängnis verwaltet, so gliederten sie in der Ära Kloos das Haus der Zwangsasylierten in zwei Abteilungen auf. In die eine legten sie jene Kranken, ,,deren Krankheitsbefund Aussicht auf Entseuchung bot und bei denen sich auf Grund ihres sozialen Wertes therapeutische Maßnahmen lohnten''; bei diesen sorgten sie ,,für eine ausreichende ärztliche Behandlung''. Nicht ärztlich versorgt wurden die Kranken der anderen Abteilung, ,,bei denen eine Behandlung infolge der Schwere ihrer Erkrankung oder ihrer völligen sozialen Wertlosigkeit nicht in Frage kam''. Den verantwortlichen Ärzten und Sozialbehörden schien es nach ihrer ,,Weltanschauung nicht tragbar, für diese Personen öffentliche Mittel in größerem Ausmaß aufzuwenden''. Aschenbrenner: ,,Es wurde deshalb nichts getan, um den schicksalsmäßigen Ablauf der Erkrankung zu verzögern (6).''

Auch Direktor Kloos meldete sich zu Wort und veröffentlichte einen als wissenschaftlichen Aufsatz kaum getarnten Vernichtungsaufruf unter der Überschrift: ,,Die Durchführung der Zwangsunterbringung von rücksichtslosen Offentuberkulösen'' (7). Seine Unterscheidung umfaßt vier Gruppen von Offentuberkulösen, deren vierte die ,,Böswilligen'' seien, die Asozialen im eigentlichen Sinn. Kloos hatte bereits 1940 in der Anstalt Zwangsarbeit eingeführt; ohne auch nur einen therapeutigen Anschein zu erwecken, betrieb er sie einzig zu dem Zweck, ,,die restliche Arbeitskraft der zwangsweise hier untergebrachten Lungenkranken auszuwerten''. Zugleich hatte er in der Anstalt Gefängniszellen einbauen lassen und ,,dort unverbesserliche Hetzer und Störenfriede eine Zeitlang untergebracht''. Ausdrücklich hob er hervor, er nehme bei den Böswilligen ,,keinerlei Rücksicht auf deren Gesundheitszustand''.

Eine ,,genaue Kenntnis des Vorlebens'' verschaffte man sich in Stadtroda mit Hilfe eines Fragebogens, den die einweisende Behörde auszufüllen hatte. Die Ergebnisse seien recht gut, schrieb Kloos seinen Kollegen im besetzten Polen, die ihn um seuchenpolitischen Rat gefragt hatten und fuhr fort: ,,Die ausgefüllen Fragebogen vermitteln uns fast immer eine ausreichende Kenntnis des Charakters, des sozialen Wertes und des seuchenhygienischen Verhaltens der eingewiesenen Kranken''. Die ,,ausreichende Kenntnis'' ergab sich aus Fragen wie nach ,,Geisteskrankheiten od. Psychopathien (Epilepsie, Schwachsinn, Trunksucht, unsittlicher Lebenswandel usw.)'', nach Vorstrafen, sittlicher Führung, kommunistischer Betätigung (8).

Über das ,,Stufensystem der Behandlung'' berichtet Kloos öffentlich:
(8).
Über das ,,Stufensystem der Behandlung'' berichtet Kloos öffentlich:
,,Die charakterlich üblen und sozial verkommenen Tuberkulösen werden im Obergeschoß des gesicherten Hauses gehalten. (...) Vor den Fenstern sind starke Eisenstäbe angebracht; die Ausgangstür zum Treppenflur ist nur mit einem besonderen Ausgangsschlüssel zu öffnen. Es wird auf dieser Abteilung ausschließlich männliches Pflegepersonal verwendet. Gewalttätige Angriffe auf Ärzte und Pfleger gaben Veranlassung zur Bewaffnung der letzteren mit Pistolen. (...) Die Insassen dieser Abteilung erhalten dieselbe Kostform wie die geisteskranken Anstaltspatienten. (...) Es wird überhaupt nichts getan, was den schicksalsmäßigen Ablauf ihres Lungenleidens entscheidend beeinflussen und ihr für die Volksgemeinschaft offenbar unnützes Leben verlängern könnte.'' (9)

Diese sich mühsam passiv gebende Sterbeförderung hatte ihre offen aktiven Elemente und in seinen Briefen drückt sich Kloos noch deutlicher aus: Die ,,behandelten Fälle erhalten als Heilfälle bessere Verpflegung, während die aussichtslosen bei magerer Kost gehalten werden, da eine künstliche Verlängerung des Lebens bei unheilbar Asozialen unangebracht wäre.'' Und in Hinblick auf drei im Keller des Stadtrodaer Zwangsasyls eingerichtete Gefängniszellen riet er zur Vorsicht, für den Fall, daß der ,,soziale Wert'' eines Kranken seine ,,Wiederherstellung'' lohnend machte: *,,Bei ausgesprochenen Heilfällen, bei denen auch nach ihrem charakterlichen und sozialen Wert ein Interesse an der Wiederherstellung ihrer Gesundheit bestand, wurden solche Hausstrafen stets auf einige Tage beschränkt, da der Verlauf des Lungenleidens dadurch erfahrungsgemäß nicht günstig beeinflußt wird.''*

Bewußt ungünstig aber beeinflußte Kloos die Lebenserwartung anderer Kranker: *,,Für ganz unerträgliche Fälle und zur Verbüßung von Disziplinarstrafen (Hausstrafen) stehen im Kellergeschoß 3 ausbruchsichere Gefängniszellen zur Verfügung, die ziemlich viel gebraucht werden. Der Herr Generalstaatsanwalt hat uns ermächtigt, Strafen bis zu 1/2 Jahr selbst zu verhängen.''*

Und als Verschärfung empfahl dieser Arzt: *,,Bei ausgesprochenen Verbrechern, die sich im Falle einer Besserung oder gar Heilung ihres Lungenleidens doch bloß wieder zum Schaden der Volksgemeinschaft betätigen würden, wurde die Strafhaft durch Kostverschlechterung (Schleimdiät und dergl.) verschärft.''* (10)

Diese ,,Schleimdiät'' entsprach der Vernichtung durch Hunger, wie sie die Geisteskranken erfuhren, nur, daß der Zusammenhang zwischen ungenügen-
Vernichtung durch Hunger, wie sie die Geisteskranken erfuhren, nur, daß der Zusammenhang zwischen ungenügen-
der Ernährung und tödlichem Verlauf der Lungentuberkulose in einer Weise offenkundig war, die diese Disziplinarmaßnahmen zum geplanten und beabsichtigten Mord an Kranken werden ließ. ,,Es besteht Einigkeit darüber'', schrieb der 2. Generalsekretär des Reichstuberkuloseausschusses 1943, *,,daß zur Behandlung der Tuberkulose neben den übrigen, im Einzelfall verschiedenen Maßnahmen eine in Zusammensetzung und Menge ausreichende Nahrung notwendig ist. Wie bereits im vorigen Weltkrieg die Lungenkranken Lebensmittelzulagen bekamen, so wurden auch in diesem Krieg gleich mit Beginn der ‚Krankenernährung im Krieg' die Tuberkulösen besonders berücksichtigt.''* (11)

Und in Stadtroda ließ Direktor Kloos denjenigen, die er als unheilbar oder sozial minderwertig qualifizierte, nicht nur die Fleisch- und Milchzulagen wegnehmen, sondern jede ausreichende Grundernährung. Auf diese Weise sind dort Hunderte von Patienten gequält und zu Tode gebracht worden. Die nationalsozialistische Ärztezeitschrift ,,Ziel und Weg'' konnte schreiben: ,,Der Begriff ‚Stadtroda' ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt zum Symbol des endlichen Bruches mit einer schwächlich-humanitären Vergangenheit geworden.'' (12) Und 1943 schrieb in der Zeitschrift ,,Der Öffentliche Gesundheitsdienst'' ein Arzt zur ,,Frage der disziplinären Entlassung'': ,,Ich glaube, daß es zweckmäßiger wäre, wenn es noch mehr solcher Anstalten, auf die verschiedenen Gaue Deutschlands verteilt, gäbe, wie es die Anstalt in Stadtroda in Thüringen ist. Sie wirkt meiner Erfahrung nach wie die Rute im Kinderzimmer.'' (13) Auch der Abteilungsarzt von Stadtroda, Aschenbrenner, resümierte, nachdem er kurz zuvor fast Opfer eines ,,während der Visite erfolgten Messerüberfalls'' geworden wäre, daß seine Abteilung als Abschreckungsmittel wirke, genüge doch ,,in manchen Fällen bereits die bloße Androhung einer Verlegung nach Stadtroda, um die Kranken zu einem ordentlichen Verhalten zu veranlassen.'' (14)



„Mich interessiert der medizinisch-wissenschaftliche Teil der Aufgabe, Herr Kollege. Den Komplex des Menschlichen überlasse ich Berufeneren."

Von der Zwangsasylierung zur Vernichtung

Am 16. Oktober 1941 tagte die ,,Arbeitsgruppe Arbeitstherapie und Asylierung'' des Reich-Tuberkulose-Ausschusses in Stadtroda, um, wie Direktor Kloos es nicht ohne Stolz formulierte, ,,am Ort der ältesten Erfahrung auf dem Gebiet der Zwangsasylierung Offentuberkulöser'' allgemeine Richtlinien auszuarbeiten. Den Vorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft führte der Präsident der Landesversicherungsanstalt Lübeck, Dr. Gottlieb Friedrich Storck. Die nur vertraulich in Umlauf gesetzten Richtlinien umfaßten siebzehn Seiten und bezweckten ,,die Eingliederung der Absonderung (Asylierung) der Offentuberkulösen in die Maßnahmen eines verstärkten Tuberkuloseabwehrkampfes''. Als Ziele führten sie ,,Verhütungszweck'', ,,Abschreckungszweck'', ,,Erziehungszweck'' und ,,therapeutischen Zweck'' in dieser Reihenfolge auf. Zwar müsse man versuchen, daß sich der Kranke möglichst freiwillig absondern lasse, denn die Zwangsabsonderung sollte ,,als Waffe im Tuberkuloseabwehrkampf nur als Ausnahme'' angewandt werden, ,,dann aber mit aller Schärfe''. Verantwortlich für ,,die rechtzeitige Erfassung der Abzusondernden'' zeichneten die Tuberkuloseberatungsstellen.

Die Autoren der Richtlinien kannten den Zusammenhang zwischen der Krankheit und einer speziellen Unleidlichkeit des Kranken nur allzu genau.
den Zusammenhang zwischen der Krankheit und einer speziellen Unleidlichkeit des Kranken nur allzu genau.
Für angepaßte und wieder arbeitsfähig zu machende Kranke forderten sie:

,,Neben der ärztlichen Betreuung muß eine einwandfreie pflegerische Betreuung gewährleistet sein. Da der Tuberkulöse infolge seiner durch die Krankheit erlittene Enttäuschung im Leben und infolge der Giftwirkung Tuberkulose auf das Nervensystem äußerst empfindlich und zu Kritik und Unzufriedenheit neigt, erfordert gerade seine pflegerische Betreuung verständnisvolle und aufopfernde Hingabe der Schwestern.''

Die ,,aufopfernde Hingabe'' aber galt nur den Heilbaren und nur denen, die es nach den Normen der Gesundheitsämter wert waren. Die Richtlinien nahmen den aus der ,,Euthanasie'' stammenden Begriff der ,,planwirtschaftlichen Gestaltung'' auf, dessen Bedeutung zu diesem Zeitpunkt überall und erst recht unter Ärzten geläufig war, und lieferten — indem sie die ,,asozialen Tuberkulösen'' als ,,psychisch abnorme Menschen'' definierten — diese Kranken an die staatliche Psychiatrie und damit an die ,,Euthanasie'' durch die Aktion ,,T 4'' aus. Unter Punkt IV der Richtlinien hieß es zur ,,Absonderung asozialer Tuberkulöser'':

,,1.) Wegen der Schwierigkeiten der ärztlichen Versorgung und aus wirtschaftlichen Gründen ist Anlehnung der Absonderungseinrichtungen an eine größere andere Anstalt nötig. Die Angliederung an eine psychiatrische Heil- und Pflegeanstalt nach dem Vorbild von Stadtroda in Thüringen ist erwünscht, da es sich bei den Zwangsabgesonderten vorwiegend um psychisch abnorme Menschen, Psychopathen usw. handelt, deren Behandlung und soziale sowie charakterologische Beurteilung psychiatrische Fachkenntnis und Erfahrung voraussetzt. Die Anlehnung an ein Tuberkulosekrankenhaus oder an eine Lungenheilstätte wird nicht abgelehnt, jedoch ist bei diesen Anstalten räumliche Trennung nötig, damit der Ruf der Lungenheilstätte nicht leidet. Es werden 1 bis 2 Betten für Zwangsabsonderung auf 100.000 Einwohner notwendig sein, also für das ganze Reich (90 Millionen Einwoh-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ner) etwa 1.400 Betten. Die Absonderungseinrichtung muß so groß sein, daß ein Stufensystem durchgeführt werden kann, durch das Zwangsabgesonderten, die sich längere Zeit bewährt haben, gewisse Freiheiten und Vergünstigungen zugestanden werden. Das Stufensystem kann nur durchgeführt werden, wenn die Absonderungseinrichtung eine bestimmte Mindestgröße hat. Bei einem Bedarf von 1.400 Betten werden im Reich 5 Männer- und 2 Frauenanstalten mit je 200 Betten ausreichen.
2.) Einrichtung der Absonderungsanstalt
a) Die Abteilung muß für Männer und Frauen getrennte Unterkünfte haben, die gegen ein Entweichen gesichert sein müssen (ausbruchsichere Türen, starke Eisengitter vor den Fenstern). Ein unmittelbar an die Abteilung angrenzender Garten oder Hof, der ebenfalls gegen ein Entweichen gesichert sein muß, ist für die Bewegung im Freien notwendig. Daneben muß auf der Abteilung auch für bettlägerige und sterbende Tuberkulöse einwandfrei gesorgt werden können. Liegehallen sind zur Unterstützung der Behandlung von noch heilfähigen, sozial gutartigen Kranken sehr erwünscht. Zur Durchführung von Hausstrafen sind ausbruchsichere Einzelräume nach Art von Gefängniszellen unerläßlich (1 auf 30 Zwangsasylierte).''

Hausordnung und Tagesplan regeln das Leben auf der Abteilung: Arbeitspflicht nach ärztlichem Ermessen, Besuchszeitregelung, Rauchverbot, Bezug von Lebens- und Genußmitteln, Postüberwachung („Die Post wird durchgesehen''), unbedingter Gehorsam gegenüber dem Pflegepersonal („bei tätlichem Widerstand (wird) sofort von der Schußwaffe Gebrauch gemacht''), Strafbestimmungen (auch: „Isolierung im Einzelraum bis zu 6 Monaten Dauer ohne besonderes Ge-
„Isolierung im Einzelraum bis zu 6 Monaten Dauer ohne besonderes Ge-
richtsverfahren''). Schließlich:

„Für die ärztliche Behandlung gilt als Leitsatz, daß Heilung bei den sozial gutartigen, heilfähigen Tuberkulösen mit allen Mitteln anzustreben ist. Dagegen soll der Arzt bei den Gemeinschaftsunfähigen alle Maßnahmen unterlassen, die den schicksalsmäßigen Ablauf der Tuberkulose aufhalten könnten.''

Die Richtlinien schließen mit einem Appell, gerichtet an den im Reichsinnenministerium für „Euthanasie'' zuständigen Mann, an den wenige Wochen vor der Sitzung in Stadtroda zum „Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten'' (15) ernannten Herbert Linden. Ihn baten die Tuberkulosefachleute um „Unterbringungsmöglichkeiten'' in seinen Anstalten:

„*Unter Einhaltung der in den vorstehenden Leitsätzen gegebenen Richtung und unter verständnisvoller Berücksichtigung der bestehenden Notlage sind in Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Bewirtschaftung der Heil- und Pflegeanstalten* (gemeint ist zweifelsohne der Reichsbeauftragte, G.A.) *neue, gegebenenfalls vorläufige Unterbringungsmöglichkeiten für die Durchführung zu schaffen.''* (16)

Damit war die Zusammenarbeit zwischen Reichs-Tuberkulose-Ausschuß und den Institutionen der „Euthanasie'' amtlich vollzogen. (In einer insbesondere auch um diesen Schluß gereinigten, aber in der Vernichtungssprache immer noch deutlichen Form publizierte das offizielle Blatt für die Amtsärzte, „Der Öffentliche Gesundheitsdienst'', diese Richtlinien zwei Jahre später im September 1943.) (17)

Gleichsam zur Festigung des neuen Bündnisses richtete die Kanzlei des Führers im Verein mit dem Innenministerium Ende 1941 zusätzlich eine „Fachabteilung'' zur Beobachtung und Tötung behinderter Kinder in Stadtroda ein. Und wenn der neue Meldebogen für die „Euthanasie'' der psychisch Kranke 1943 unter Nr. 24 fragte „Asozial? Gemeinschaftsfeindlich?'', in der folgenden Frage gesetzliche Gründe der Zwangsunterbringung wissen wollte und unter Nr. 26 als letztes Auskunft darüber verlangte, ob ein „körperliches, unheilbares Leiden'' bestehe, so diente diese Fragenkombination dem Heraussuchen von Tuberkulosekranken zum beschleunigten Sterben in „Euthanasie''-Anstalten. (18) Auch in den Planungsunterlagen der „T 4'' schlug sich die Zusammenarbeit zwischen Reichs-Tuberkulose-Ausschuß und der „Euthanasie''-Organisation Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten Anfang 1942 nieder:

„*Die Asylierung asozialer offen Tuberkulöser hat sich im zunehmenden Maße als notwendig herausgestellt. Die hierfür bereitgestellte Bettenzahl deckt jedoch den Bedarf bei weitem nicht.''* (19)

In den folgenden Jahren sind in mindestens vier öffentlichen, durch Aktivitäten im Rahmen der Geisteskrankenmorde einschlägig beleumundeten Anstalten Sonderabteilungen für „asoziale Tbc'' eingerichtet worden. So in der Anstalt Eichberg bei Rüdesheim (20), in der Gauheilanstalt Tiegenhof bei Gnesen, in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg und in der Anstalt Feldhof bei Graz (21). Vom Eichberg wie auch aus Stadtroda sind Tötungen tuberkulosekranker Patienten durch das Injizieren überdosierter Medikamente bezeugt (22).

***

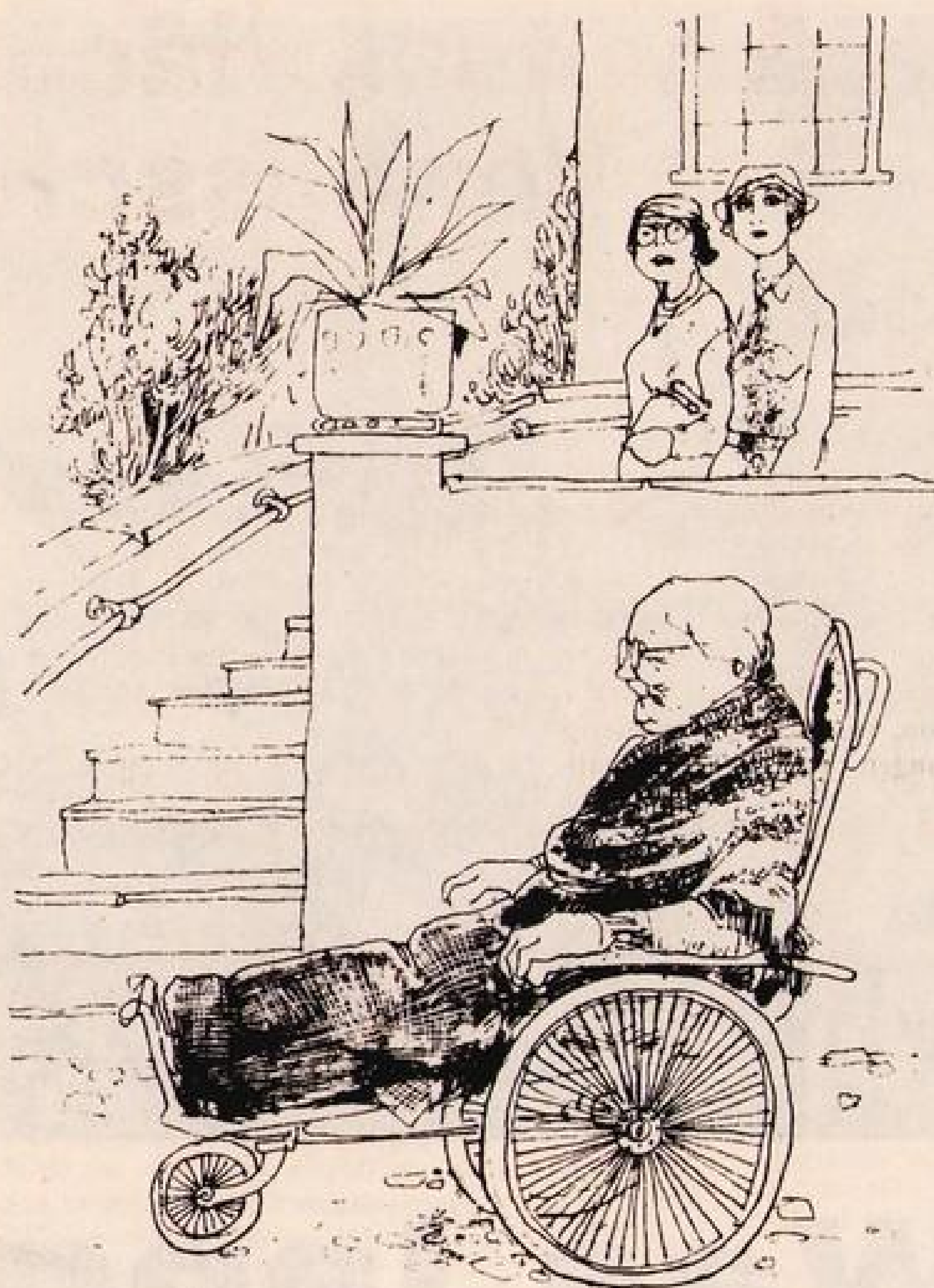
Unter der deutschen Besatzung stieg die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen in Polen sofort und sprunghaft an. Dies wurde verursacht durch die massive Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Nach den noch in der NS-Zeit veröffentlichten Statistiken verdoppelte sich die Sterblichkeit wegen Lungentuberkulose z.B. in Bromberg zwischem 1939 und 1941; in Lodz starben 1941 jährlich 48 Menschen von 10.000 — also ein Halbes Prozent der Bevölkerung — an Tuberkulose; im Deutschen Reich hingegen waren es nur sechs auf 10.000 (23). Da aber die bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Wohnungen in den besetzten Ländern erst recht nicht zur Debatte stand, entschied sich die deutsche Gesundheitsverwaltung in Posen unter Oskar Gundermann (24) schon früh für Zwang.

Bereits im Juni 1940 planten die Beamten der Gesundheitsverwaltung in Posen ein Barackenlager für Polen, die an offener Tuberkulose litten. Sie stimmten die notwendigen Schritte mit dem Reichs-Tuberkulose-Ausschuß ab, mußten diesen Plan aber bald aufgeben, weil er „durch die Materialschwierigkeiten auf unüberwindliche Hindernisse'' stieß. So mußte man widerwillig einer dezentralen Unterbringung ansteckungsfähiger polnischer
derwillig einer dezentralen Unterbringung ansteckungsfähiger polnischer
Tb-Kranker in „kleineren geeigneten Objekten'' den Vorzug geben. Im Laufe des folgenden Jahres entstanden elf solche Asyle, die insgesamt gut eintausend Kranke verwahrten. Eine Zahl, die der schnellen, durch die Deutschen verursachten Ausbreitung der Krankheit selbst als Repressionsmaßnahme Hohn sprach. So ist es typisch, daß sich etwa die Kreisleitung der NSDAP von Gostynin im April 1941 über einen Polen beschwerte, der, obwohl er an offener Tuberkulose litt, noch in einem Haus mit einer frisch eingesiedelten volksdeutschen Familie lebte. Der Kreisamtsleiter forderte, „die Evakuierung des Polen raschestens vorzunehmen und für die Desinfektion des Raumes Sorge zu tragen''. Und weiter: „Ich bin der Ansicht, daß unsere Arbeit, die wir hier bei den volksdeutschen Menschen im Sinne des Tbc-Heilverfahrens zur Anwendung bringen, nutzlos ist, wenn in derart schwierigen Fällen nicht die Möglichkeit besteht, diese Elemente restlos der Umgebung zu entziehen. Ich glaube, daß die Beseitigung der Gefahr der Ansteckung ebenso wichtig ist, wie die Heilung von Tbc-Kranken.'' (25)

Im Mai 1942 waren die deutschen Verwaltungsstellen in Posen bereits über die Massentötung tuberkulosekranker Polen einig. Der Höhere SS- und Polizeiführer kündigte Himmler an: „Der Gauleiter wird in Kürze um die Genehmigung bitten, daß diejenigen Polen, die nachweislich an einer offenen Tbc erkrankt sind, dem Kommando Lange zur Sonderbehandlung zugeführt werden.'' Im Gau würden nämlich 20.000 bis 25.000 Polen leben, „die nach ärztlichen Gutachten als unheilbar lungenkrank anzusprechen sind und nicht wieder arbeitseinsatzfähig werden.'' Um diesen monströsen Vorschlag, der sich mit Hilfe des „eingearbeiteten Personals'' an die Massenmorde von 100.000 Juden anschließen sollte, zur Tat werden zu lassen, war selbstverständlich die genaue ärztliche Selektion erforderlich:

„*Diese Sonderbehandlung der Schwerkranken kann natürlich erst stattfinden, wenn die gesamte Bevölkerung meines Gaugebietes daraufhin untersucht worden ist, wer heilbar und wer nicht heilbar ist. Die Untersuchungen werden nach dem Verfahren des Professors Dr. Hohlfelder, der mit seinem Röntgensturmbann in diesen Wochen hier im Gau eingesetzt wird, demnächst anlaufen. Die erste Auswertung dieses Verfahrens wird schätzungsweise in einem halben Jahr möglich sein.''* (26)

Der 1941 an die Reichsuniversität Posen berufene Frankfurter Röntgenologe Hans Hohlfelder leitete den SS-Röntgensturmbann seit seiner Gründung. Diese Formation bezweckte die Reihenuntersuchung und Durchleuchtung der gesamten Bevölkerung; schon in der Bezeichnung „SS-Röntgensturmbann'' verbanden sich alle Prinzipien einer enthumanisierten und auf



»So arme Menschen sollte man wirklich still von ihren Leiden erlösen.«

Prävention setzenden Gesundheitspolitik: erst diagnostizieren, dann selektieren — zur Heilung oder zur Vernichtung.

Den Vorschlag zur umstandslosen Exekution von 20.000 bis 35.000 tuberkulosekranken Polen genehmigte Himmler zunächst, um dann im September 1942 diese Genehmigung aus rein taktischen Erwägungen zurückzuziehen oder doch nur zu modifizieren. Sein Adjudant Rudolf Brandt bezeugte 1946 jedenfalls:

„*Ende 1942, Anfang 1943 führte Greiser die Vernichtung der Juden im Warthegau durch, und die Aktion gegen die tuberkulösen Polen wurde zur gleichen Zeit mit der Judenaktion zu Ende geführt. Nach meiner Erinnerung wurden als Resultat der von Blome und Greiser unterbreiteten Vorschläge zwischen 8.000 und 10.000 Polen ausgerottet. Viele Tausende von mit Tuberkulose behafteten Polen wurden in Isolationslager gebracht, wo sie sich selbst pflegen mußten.''* (27)

Aus den Akten lassen sich diese Zahlen nicht beweisen, wohl aber ist klar, daß die gesamte Verwaltungsstruktur für die Tuberkulosekranken an den Verwaltungsprinzipien der „Euthanasie'' orientiert wurde. Zunächst trennte man deutsche und polnische Tbc-Erkrankte strikt, dann selektierte man die erkrankten Polen nach dem Gesichtspunkt, ob ihre Arbeitskraft weiter und kriegswichtig verwertbar sein würde:

„*a) Behandlungsfälle: Als solche dürfen nur Polen benannt werden, die in kriegs- oder lebenswichtigen Betrieben tätig sind und zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit einer Heilstättenkur zugeführt werden müssen.*
b) Asylierungsfälle: Reine Siechen- und Sterbefälle.''

Die Transporte in die Tuberkuloseasyle organisierte ab Februar 1942 Dr. Hans Friemert mit Hilfe von Sonderwagen, die er „Vertraulich! Durch Boten!'' bei der Reichsbahn bestellte. Friemert war seit 1939 für die Tötung der Geisteskranken im Warthegau zuständig. Im Juni 1942 ordnete er an: „Entsprechend dem Charakter der Anstalten Gasten und Klosterwiese ist es unerwünscht, daß die Kranken bei der Anstaltsaufnahme Wertsachen mitbringen.'' Ausgenommen davon seien „Trauringe und ggfls. eine Uhr''; am gleichen Tag erging eine Verfügung über die „Behandlung von Nachlaß''. Von der Kostenseite her war die Situation ebenfalls klar. Am 22. April schrieb der „Leiter der Sozialversicherungsanstalt Posen'', daß er bei Tb-kranken Polen nur für „kurzfristige Heilverfahren'' die Kosten trage. Während dieser kurzfristigen Heilverfahren wurde offensichtlich ein Obergutachter — wie im Rahmen der Geisteskranken-„Euthanasie'' — tätig. Die Kenntnis dieser Gutachten, die die Sozialversicherungsanstalt in Abschrift bekommen sollte, erlaubte es ihr, „die Verlängerungsersuchen der Gauarbeitsheilstätte auf ein Minimum zu beschränken''; man verabredete zweimonatige Zwischenberichte. Die „Zu- und Abgänge'' beider Anstalten waren der Zentrale monatlich nachzuweisen. Auch der in der „Euthanasie'' verwirklichte Gleichheitsgrundsatz galt: „Ob die Kranken Selbstzahler, Kassenmitglieder oder hilfsbedürftig sind'', sei völlig gleichgültig.

Am 28. August wies die Gauselbstverwaltung die einweisenden Stellen und Ärzte auf folgende Modalitäten hin: „Daß die Sozialversicherungsanstalten bei Asylierungs(Absonderungs-)Fällen keine Kosten übernehmen, und zwar weder für den Versicherten selbst noch für Familienangehörige''. In diesen Fällen hatten sich also die Oberbürgermeister oder Landräte bei der Einweisung zu verpflichten, die Kosten zu übernehmen. In der „Gauarbeitsheilstätte'' Gasten (Gostynin) unterschied man streng zwischen Asylierungsfällen, für die ein Tagessatz von zwei RM zu entrichten war und Behandlungsfällen, die mit vier RM täglich zu Buche schlugen. Hatten bis zum 31. März 1943 die Kosten für die Asylierten die Volkspflegeämter der einzelnen Gemeinden zu tragen, so war ab dem 1. April nur noch der Gaufürsorgeverband zuständig. (28)

Das Kostenwesen für die Asylierten war fortan offiziell zentralisiert und damit die ebenso zentrale Erfassung dieser Kranken gesichert. Zuvor allerdings hatte eine „Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose'' schon eine „Zentralstelle für Tuberkulosebekämpfung'' gegründet, die genau nach dem Prinzip der „T 4'' und ihrer zentralen Verrechnungsstelle „gegenüber der Anstalt in jedem Fall die Kostengarantie'' übernahm, dann erst den Kostenträger ermittelte und sich mit diesem über die Zahlungen auseinandersetzte. Die personelle und strukturelle Ähnlichkeit von Geisteskrankenvernichtung und Tuberkulose„bekämpfung'' im „Warthegau'' machen die Angaben von Himmlers Adjudanten Rudolf Brandt, daß allein im Warthegau 8.000 bis 10.000 infektionskranke Polen wegen eben dieser Infektion umgebracht worden sind, sehr wahrscheinlich.

***

Ein großer Teil der hier zitierten Dokumente stammt aus einem Briefwechsel, den die Medizinalverwaltung des Warthegaus vom Sommer 1941 an bis in das Jahr 1943 hinein mit dem Direktor von Stadtroda, Gerhard Kloos, führte. Seine Posener Kollegen wollen von ihm zunächst nur erfahren, wie „das Entweichen von Tbc-Isolierungskranken, notwendigenfalls zwangsweise, zu verhindern'' sei. Kloos, der selbst wehrdienstuntauglich war, weil er einige Jahre zuvor an einer offenen Lungentuberkulose, die jederzeit wieder aktiv werden konnte, gelitten hatte, sparte nicht mit Auskünften und Ratschlägen.

Die deutschen Praktiker der Vernichtung im Reich und in Polen inspirierten sich gegenseitig. Der eigenen Angst vor Infektion und Krankheit und der Verschlechterung der Lebensverhältnisse setzten sie eine Seuchenhygiene und eine Form der Prävention entgegen, die sie sehr schnell bis zur physischen Vernichtung der Patienten radikalisierten.

Anmerkungen:

1) Verordnung vom 1. Dezember 1938, Reichsgesetzblatt 1938, Teil I, S. 1721-1724
2) vgl. A. Aschenbrenner: Die Zwangsbehandlung von gemeinschaftsschädlichen Kranken in Anstalten; in: Der Deutsche Krankenpfleger, 9 (1941), Heft 11
3) ders.: Erfüllt die Zwangsabsonderung Offentuberkulöser ihren Zweck?; in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst 6 (1941), S. 668-673; hier zit. nach der immer noch wichtigen Dissertation von Kristin Kelting: Das Tuberkuloseproblem im Nationalsozialismus, Kiel 1974. Zur Situation der Tuberkulosekranken vgl. weiter: Karl Heinz Roth: Das Leben an seinen Rändern — „Asoziale" und nationale Minderheiten; in: Wege zum Menschen, 36 (1984), S. 260-271; Susanne Hahn: Ethische Grundlagen der faschistischen Medizin, dargestellt am Beispiel der Tuberkulosebekämpfung; in: Achim Thom/Horst Spaar (Hg.): Medizin im Faschismus (Bd. 26 der Reihe „Medizin und Gesellschaft"), Berlin (DDR) 1985; Matthias Hamann: Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten; in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (Bd. 1 der Reihe „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik") Berlin 1985; Günter Schwarberg: Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord am Bullenhuser Damm, Hamburg 1979; wichtig auch der Beitrag von Maria Stahl: Krankheit und Politik am Beispiel Tuberkulose; in: Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus, hg. v. Walter Wuttke-Gronenberg u.a., Tübingen 1982, S. 85-100
4) vgl. zu den Biographien von Kihn und Kloos: Karl Friedrich Masuhr/Götz Aly: Der diagnostische Blick des Gerhard Kloos; in: Reform und Gewissen. Euthanasie im Dienst des Fortschritts (Bd. 2 der „Beiträge zu nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik"), Berlin 1985
nalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik"), Berlin 1985
5) Gerhard Kloos: Grundriß der Psychiatrie und Neurologie. Mit besonderer Berücksichtigung der Untersuchungstechnik; München 1944 (9. Aufl. 1972); ders.: Anleitung zur Intelligenzprüfung und ihre Auswertung; Jena 1943. Auch diese erlebte, um einige Fragen gereinigt, in den fünfziger Jahren mehrere Nachauflagen.
6) Alle Zitate aus: A. Aschenbrenner, in: Beiträge zur Klinik der Tuberkulose 94 (1940), S. 635-641
7) Gerhard Kloos, in: Deutsches Tuberkulose-Blatt 16 (1942), S. 222-229, 242-246
8) Das Anschreiben sowie ein Muster des Fragebogens im Staatsarchiv in Poznań im Bestand Gauselbstverwaltung in Posen, Nr. 848. Die Akte besteht ausschließlich aus der Korrespondenz zwischen der Reichsstatthalterei in Posen und Gerhard Kloos in Stadtroda.
9) s. Anm. 7, S. 228
10) s. Anm. 8
11) K. Auersbach: Neuregelung der Krankenernährung bei Tuberkulose; in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst, Teil B, 9 (1943), S. 93
12) G. Krutsch: Erfahrungen aus der Praxis der Seuchenbekämpfung der Tuberkulose; in: Ziel und Weg, 9 (1939), S. 69. Der Autor fordert in diesem Aufsatz auch „Armbinden oder ähnliche Warnungszeichen" für die „ansteckungsgefährlichen Bewohner" einer „Tbc-Wohnung"; zit. nach Kelting, a.a.O.
13) J. Ritter in einer Leserbriefsammlung von J.E. Kayser-Petersen zum Thema „Nochmals die Frage der disziplinären Entlassung"; in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst, Teil B, 9 (1943), S. 254f
14) A. Aschenbrenner, a.a.O., S. 641
15) vgl. zur Funktion des „Reichsbeauftragten": Götz Aly: Der saubere und der schmutzige Fortschritt; in: Reform und Gewissen, a.a.O., S. 15ff
16) Zeitpunkt, Ort und Vorsitzender dieser Konferenz ergeben sich aus der in Anm. 9 zitierten Akte in Poznań; dort findet sich auch der vollständige Entwurf der Richtlinien.
17) Richtlinien des Reichs-Tuberkulose-Ausschusses über die Absonderung ansteckend Tuberkulöser; in Der Öffentliche Gesundheitsdienst, Teil B, 9 (1943), S. 225-228
18) Dieser Fragebogen ist abgedruckt bei: Götz Aly, a.a.O., S. 27
19) National Archives Washington (NAW), T. 1021, Roll 12, Nr. 126511ff
20) vgl. die ausgezeichnete Schülerarbeit von Armin Kreis/Johannes Scholl u.a.: Der Eichberg. Opfer und Täter. „Lebensunwertes" Leben in einer hessischen psychiatrischen Anstalt 1933-1945; Manuskript 1983
21) vgl. Anm. 19 und Staatsarchiv Poznań, Gauselbstverwaltung Posen, Nr. 848
22) Für Eichberg vgl. Anm. 20; Für Stadtroda vgl. das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Göttingen gegen Gerhard Kloos, AZ 3 Js 672/62, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover Nds. 721 Göttingen acc. 99/81 Nr. 32, Bd. I, Bl. 170-203
23) W. Czernay: Über die Verbreitung der Lungentuberkulose bei Polen; in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst, 10 (1944), Teil B, S. 117-120
24) Oskar Gundermann war ab 1940 Leiter der Abteilung Gesundheitswesen und Volkspflege in der Reichsstatthalterei Posen. Er promovierte 1924 bei dem sozialdemokratischen Sozialhygieniker Alfred Grotjahn und beeinflußte als Autor der wichtigsten Lehrbücher nach dem Krieg entscheidend den Wiederaufbau des öffentlichen Gesundheitswesens der Bundesrepublik.
25) Staatsarchiv Posnań, Gauselbstverwaltung in Posen, Nr. 850
26) Nürnberger Dokumente, Nr. 244-252; vgl. auch: Alexander Mitscherlich/Fred Mielke (Hg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses; Ffm 1960, S. 231ff
27) zit. nach Hamann, a.a.O., S. 153f
28) Staatsarchiv Posnań, Gauselbstverwaltung in Posen, Nr. 848; vgl. zur zentralen Verrechnungsstelle der „T 4": Götz Aly, a.a.O., S. 26ff

Fortsetzung von Seite 13

Anatomie eines Urteils

zu intensivieren''. Er gehe davon aus, daß die Gefangenen die Blutentnahme freiwillig dulden werden. ,,*Gegebenenfalls ist ihnen die Einsicht in die Notwendigkeit der Blutentnahme eindringlich zu vermitteln''.* Praktisch bedeutet das Zwangstest und im Fall einen Positiv-Ergebnisses Isolation. Alle wichtigen Papiere — Transportschein, Personalakte und Gesundheitspapiere — bekommen den Stempel ,,Achtung Blutkontakt vermeiden''. Über die Genehmigung zum Umschluß entscheidet der Direktor. Den Wärtern wird empfohlen, Handschuhe zu tragen. (6) Dies ist nur ein Schlaglicht auf die Zustände in westdeutschen Knästen.

Inzwischen wurden diverse Fälle von Nötigungen zum AIDS-Test aus unterschiedlichen Teilen der BRD bekannt. Beispielhaft ist der Fall des Kreises Wesel/Bochum. Hier mußten sich Eltern, die sich um eine Pflegschaft oder Adoption eines Kindes bemühten, testen lassen. Wer nicht wollte, wurde als ,,nicht pflegschaftstauglich'' eingestuft. Vorher war schon bekanntgeworden, daß Kinder aus ,,Problemfamilien'', die eine Ferienfahrt nach Norderney mitmachen wollten, sich testen lassen mußten. Weder die mitreisenden Betreuer, noch die etwa 60 anderen Kinder mußten diesen Test machen. In diversen Kliniken der BRD scheint es trotz inzwischen dagegen erwirkter Gerichtsurteile zum Umgangston zu gehören, ohne Wissen der Patienten bei Blutuntersuchungen gleich den AIDS-Test mitvorzunehmen. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung der ,,Bundesversammlung der niedergelassenen Ärzte'' vom 24.11.87, Aids und die Verpflichtung zum Zwangstest ins Bundesseuchengesetz aufzunehmen.

Auch Kündigungen sind keineswegs

zum Zwangstest ins Bundesseuchengesetz aufzunehmen.

Auch Kündigungen sind keineswegs nur aus Bayern bekannt. In Braunschweig wurde einem Krankenpfleger routinemäßig Blut abgenommen und ohne sein Wissen auf AIDS untersucht. Als das Ergebnis positiv war, wurde ihm gekündigt. In West-Berlin, dessen Gesundheitssenator Ulf Fink sich gern der ,,sanften'' Linie in der AIDS-Politik rühmt und der den bayerischen Maßnahmenkatalog insbesondere wegen der zwangsweisen Blutuntersuchungen an Beamtenanwärtern kritisierte, weil dies von privaten Firmen zum Vorwand genommen werden könne, um von ihren Beschäftigten AIDS-Test zu verlangen, wurde ein Mitarbeiter eines Bezirksamts entlassen, nachdem er seine Infektion bekanntgegeben hatte. Der zuständige Personalrat hatte zugestimmt. Ohne eine einzige Gegenstimme. Dieser und zwei weitere West-Berliner Fälle sind nach Aussage der örtlichen AIDS-Hilfe nur die Spitze des Eisbergs. Genaue Daten liegen weder hier noch für die übrige BRD vor.

Bisher haben Arbeitsgerichte die offensichtlichen Fälle zurückgewiesen, in der Regel jedoch ohne daß die Betroffenen auf ihre Arbeitsstellen zurückkehren konnten. Die Dunkelziffer von Vorwand-Kündigungen ist ohnehin nicht öffentlich bekannt. (7)

Lassen wir es bei den Beispielen: Es wird deutlich genug, daß AIDS nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen BRD zum Vehikel für reaktionäre bis faschistoide Staats- und Gesellschaftsvorstellungen wird. Nürnberg war nur ein Anfang.

Anmerkungen

1 Dieses und die folgenden Zitate zum Prozeß, soweit nicht anders angegeben, aus der Dokumentation „Aids langd's" des „Komites Aids und Menschenrechte", Nürnberg, Nov. 87;
2 Antwort der Stadt Nürnberg auf eine Anfrage der GRÜNEN Stadtratsfraktion vom 16.3.87;
3 Nach „FR" und „taz" vom 4.1. und 5.1.88;
4 Nach „taz" und „FR" vom 24.11.87;
5 FR, 6.1.88
6 Verordnung des Justizministers vom 24.11. nach „Aids und Menschenrechte", Reader des gleichnamigen Kongresses der Grünen vom 5./6.12.87.
7 Diverse Meldungen aus „Aids-Informationsdienst" 22, S. 61 ff.;

Zum Thema: siehe auch:
— AK 280, S. 3 ff.:
,,Gegen die schrittweise Kondomisierung von Staat und Gesellschaft'' und
,,AIDS:Schicksalsschlag der Natur oder Super-Gau der Gentechnologie?''
— AK 281, S. 16 ff.:
,,Stigmatisierung des Unangepaßten'' - Interview mit Frank Rühmann, sowie
,,Paßt auf, laßt euch nichts verbieten'' - Gespräch in einer Hamburger AIDS-Bratungsstelle;
— AK 284, S. 16:
,,Bayern mal wieder vorn: Der Aids-Maßnahmekatalog.''
— AK 289, S. 16 ff.: ,,Fakten,Hochrechnungen, Stammtisch-Apokalypsen'' sowie
,,Der heutige K - aus dem Memorandum der ,,Deutschen Aids-Hilfe'' außerdem
,,Höhenrausch — vom Konkunktiv zum Indikativ''.



Was lange währt ...

Aufstand im Gasa-Streifen

Fortsetzung von Seite 1

Fortsetzung von Seite 1

Die folgende Chronologie des Aufstandes ist bei weitem nicht vollständig, die angegebenen Zahlen und Daten sind nicht in jedem Falle genau.

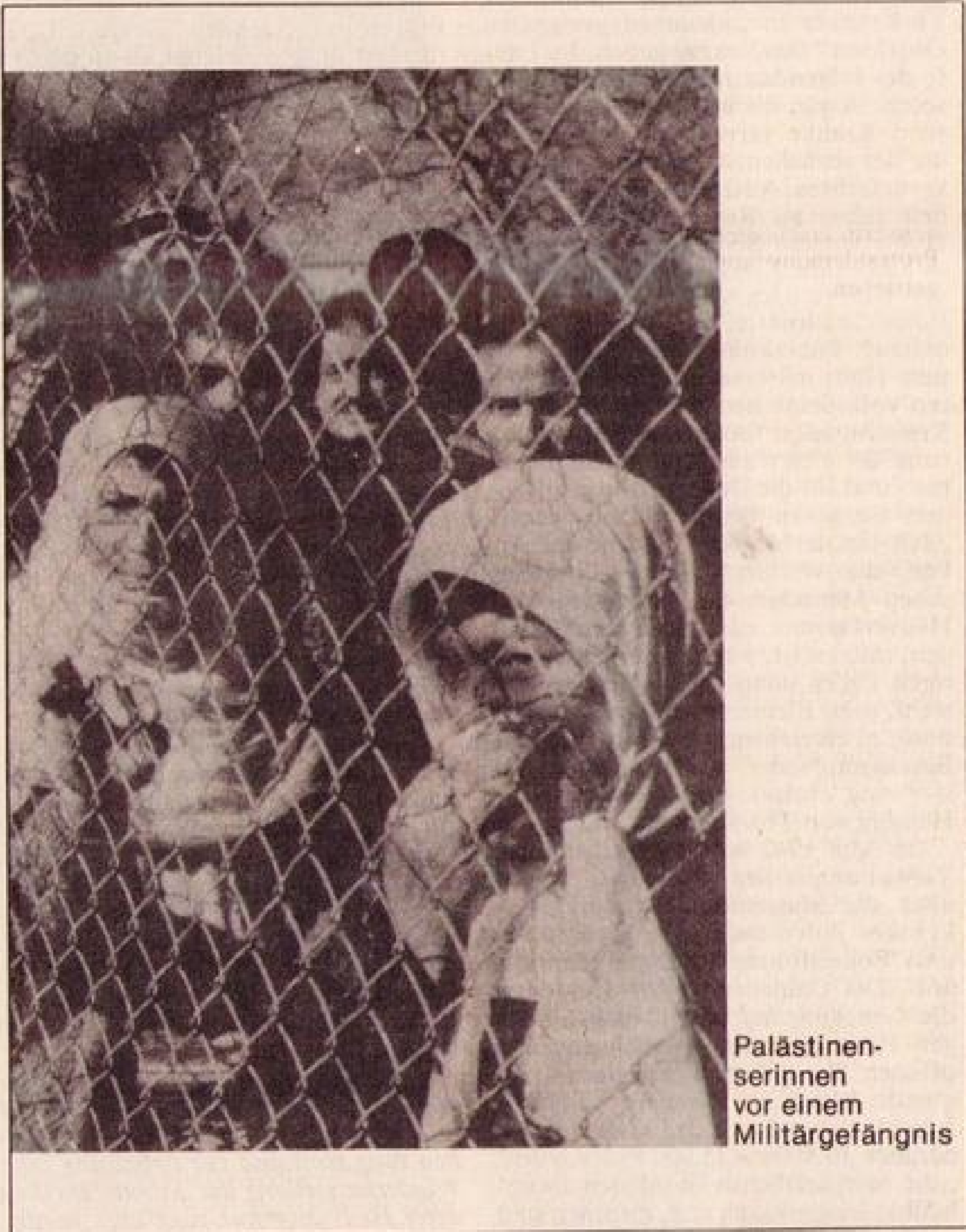
9.12.: Ein israelischer LKW stößt mit zwei PKWs zusammen. Deren Insassen, vier Palästinenser aus dem Flüchtlingslager Jabalia, werden getötet. Im Lager verbreitet sich die Auffassung, daß es sich nicht um einen Unfall, sondern um einen Racheakt für einen einige Tage zuvor erstochenen Juden gehandelt habe.

10.12.: Eine unbewaffnete Menge greift im Lager Jabalia Panzerfahrzeuge des israelischen Militärs an. Die Soldaten eröffnen das Feuer auf die Lagerbewohner, die Unruhen breiten sich auf den gesamten Gasa-Streifen aus. Geschäfte und Schulen bleiben geschlossen. Der größte Teil der ,,Gastarbeiter'' bleibt der Arbeit in Israel fern. Auf der Westbank wird ein 19jähriger Palästinenser bei der Auflösung einer Demonstration von israelischen Soldaten erschossen. In Kalandia, am östlichen Rand Jerusalems, verhaftet die Polizei 23 palästinensische Schüler, die Fahrzeuge mit Steinen beworfen haben sollen.

In den ersten Tagen des Aufstandes fast ausnahmslos und in den folgenden Wochen vorwiegend sind es Jugendliche unter 20 Jahren, zum Teil eher noch Kinder, die den Kampf mit der Besatzermacht führen. 85% der im Gasa-Streifen Verhafteten sind zwischen 14 und 17 Jahren alt. Meron Benvinisti, Leiter eines langfristigen Untersuchungsprojekts über die besetzten Gebiete: ,,Im palästinensischen Widerstand ist eine neue Entwicklung bemerkbar. Palästinensische Gewalttätigkeit geht jetzt am hellichten Tage von Einzelnen und Gruppen aus, die spontan ihre Gefühle zum Ausdruck bringen, ohne sich durch die Folgen ihrer Handlungsweise davon abbringen zu lassen. Die Tatsache, daß es zu mehr Toten kommt, läßt das erhöhte Maß an Frustration der Besatzer wie der Besetzten erkennen. Bisher hatten die Palästinenser vor den israelischen Soldaten Angst, aber dies ist jetzt nicht mehr der Fall.''

11.12.: Drei Palästinenser werden auf der Westbank in der Nähe von Nablus erschossen, ein Elfjähriger stirbt an den Folgen der Schußverletzungen, die er am Vortage erlitten hat.

13.12.: Westbank und Gasa-Streifen stehen nach Darstellungen der israelischen Presse am ,,Rand eines Volksaufstands''. Nach Angaben der israelischen Regierung haben Polizei bzw. Militär bisher fünf Palästinenser erschossen, nach Angaben der PLO 23. Die Mehrheit der in Israel arbeitenden Palästinenser bleibt wiederum ihrem Arbeitsplatz in Israel fern. Die Armee geht mit verstärkter Präsenz unter Einsatz von Gummigeschossen, Tränengas und scharfer Munition gegen Demonstranten vor. In Städten des Gasa-Streifens werden Barrikaden errichtet. Die Armee verhängt eine Ausgangssperre über das Flüchtlingslager Askar bei Nablus auf der Westbank.



Palästinenserinnen vor einem Militärgefängnis

14.12.: Nach Beobachtungen von UN-Vertretern handelt es sich im Gasa-Streifen um die ,,schwersten Unruhen der vergangenen 20 Jahre''. Die Demonstranten gehen mit Stöcken, Steinen und Küchenmessern gegen scharfschießende Soldaten vor. Die bestehende Ausgangssperre über das Lager Balata wird aufgehoben und wieder in Kraft gesetzt. Aus Militärkreisen wird bekannt, daß eine Untersuchung gegen die drusischen Grenzpatrouillen, die mit extremer Brutalität in Balata vorgegangen sein sollen, eingeleitet werden soll. Khan Younis im Gasa-Streifen ist von Militär abgeriegelt, ein Palästinenser wurde erschossen, ein weiterer erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen.

15.12.: Palästinensische Quellen sprechen von 25 Toten und Hunderten von Verletzten in der palästinensischen Bevölkerung. Prof. Jehoschua Porat, Spezialist auf dem Gebiet der Geschichte Palästinas an der Hebräischen Universität Jerusalem, weist die Auffassung der Regierung, es handele sich um ,,von terroristischen Organisationen der PLO organisierte'' Unruhen zurück, es gehe hier vielmehr um die ersten Anzeichen eines Massenaufstandes der palästinensischen Bevölkerung.In Hebron auf der Westbank feuern israelische Soldaten Tränengasgranaten auf das Gelände einer Schule islamischer Theologen, versperren anschließend alle Zugänge und verweigern ihren Opfern medizinische Hilfe. UNO-Mitarbeiter berichten aus dem Lager Khan Younis, Soldaten hätten Jugendliche an ihre Jeeps gebunden und durch das Lager geschleift.

16.12.: Die Armee im Gasa-Streifen wird weiter verstärkt. Eine Armeesprecherin erklärt, man habe die Erfahrung gemacht, daß massive Militärpräsenz in solchen Situationen zur Beruhigung beitrage. Schamir will lt. eigener Darstellung die Orte der Unruhen für Journalisten sperren lassen, damit sie nicht verletzt werden. ,,Laut erstem Bericht hatte Schamir Maßnahmen gegen Reporter vorgeschlagen, damit das Ansehen Israels im Ausland nicht Schaden nehme.'' (FR, 17.12.) Generalstabschef Schomron steuert den Gedanken bei, die besetzten Gebiete zur Sicherheitszone zu erklären, wodurch Journalisten der Zugang verwehrt werde. Die Mehrheit der in Israel arbeitenden Palästinenser bleibt weiter zu Hause. Die Militärbehörden haben die Schulen geschlossen, die Ladenbesitzer aus Protest gegen das Militär ihre Geschäfte. Soldaten brechen Türen und Gitter auf, um die Geschäfte zum Öffnen zu zwingen. Eliteeinheiten patrouillieren in Schützenreihe durch die Hauptstraße Gasas. Militär versucht das Schifa-Krankenhaus in Gasa zu stürmen, um Verletzte zu verhaften und Tote fortzuschaffen, um zu verhindern, daß es bei deren Begräbnis zu weiteren Demonstrationen kommt. Nach fünfstündigem Einsatz von Hubschraubern, Gas- und Schußwaffen haben Soldaten das Krankenhaus besetzt. Massive Proteste auch wiederum in Ost-Jerusalem.

17.12.: Der ehemalige Außenminister Abba Eban, eine sogenannte Taube, konstatiert, es gebe ,,keinen Präzedenzfall, daß Bedingungen wie die, unter denen die Palästinenser leben, sich auf lange Zeit ohne Explosion halten können.'' In Ost-Jerusalem und der Westbank demonstrieren Tausende von Palästinensern. Das israelische Außenministerium will zwecks Imagepflege eine Informationskampagne im Ausland starten. Staatspräsident Herzog qualifziert daher im britischen Fernsehen die Verurteilung Israels durch die UNO schon mal als Ergebnis einer Verschwörung von ,,extremistischen Arabern und Kommunisten''.

18.12.: Auch in Jerusalem wird nun der ,,schwerste Aufstand seit 20 Jahren'' konstatiert. Israelisches Militär stürmt zum zweiten Male das Schifa-Krankenhaus. Bei Kämpfen in Gasa und Umgebung werden drei Palästinenser getötet. Tränengas und Schlagstöcke werden gegen Moslems beim Verlassen der Al Aksa-Moschee in Jerusalem eingesetzt, da sie israelfeindliche Parolen gerufen und eine Polizeistation mit Steinen beworfen hätten. Viele moslemische Gläubige wurden von vornherein gehindert, zum Freitagsgebet nach Jerusalem zu kommen.

19./20.12.: Auf der Westbank und im Gasa-Streifen bleiben fast alle Geschäfte geschlossen. In Jerusalem werden u.a. drei israelische Banken lädiert. Auch in Bethlehem und Nazareth kommt es zu schweren Zusammenstößen. In Tel Aviv demonstrieren 2.500 Anhänger der ,,Frieden Jetzt''-Bewegung gegen das Vorgehen des israelischen Militärs. Die PLO gibt bisher 49 Tote und 472 Verletzte auf palästinensischer Seite an. Der Nationalrat der arabischen Gemeindeverwaltungen (in Israel) hat die 700.000 arabischen Israelis zur eintägigen Arbeitsniederlegung am 21.12. aufgefordert.

21.12.: Der Streikaufruf wird in Israel und den besetzten Gebieten fast vollständig befolgt. ,,Für die jüdischen Israelis stellte es einen besonderen Schock dar, daß sich auch ein Teil der 700.000 arabischen Israelis erstmals mit ihren Landsleuten in den besetzten Gebieten so-

lidarisierte." (Aufbau, 1.1.88) Die Armee schließt 800 Schulen in den besetzten Gebieten, um Protestaktionen der Schüler zu verhindern. Im Lauf des Streiktages werden drei Palästinenser erschossen, zehn weitere verletzt und sechzig Verhaftungen vorgenommen. Die islamische Universität in Hebron wird von den Besatzern für einen Monat geschlossen.

22.12.: Verteidigungsminister Rabin kündigt an, künftig schärfer gegen die Demonstranten vorgehen zu wollen. ,,Die Zurückhaltung der Armee in den vergangenen Tagen haben manche als Schwäche ausgelegt'', wird ein hoher Offizier im israelischen Rundfunk zitiert. Der Streik von Geschäftsinhabern in den Städten der besetzten Gebiete und der Arbeitsboykott der in Israel beschäftigten Palästinenser dauert an. Israelische Soldaten stürmen, wie zuvor in Gasa, in Hebron ein Krankenhaus und verhaften Verletzte.

23.-26.12.: In Jerusalem demonstrieren 1.500 Anhänger der ,,Frieden Jetzt''-Bewegung für die Beendigung der Besetzung von Westbank und Gasa-Streifen. Die Demonstration wird gewaltsam von Polizei aufgelöst. Im Flüchtlingslager Dschabalja im Gasa-Streifen protestieren Hunderte von Frauen mit einer Sitzblockade gegen die seit Tagen bestehende Ausgangssperre, die die Versorgung ihrer Familien gefährdet.

27.12.: Rund 800 Palästinenser sollen vor Militärgerichten angeklagt werden. Nach israelischen Angaben wurden rund 1.000 Palästinenser festgenommen, nach Angaben der Palästinensischen Presseagentur annähernd 2.500. (Rabin sprach später vor der Knesset von 2.000 Festnahmen.) Für die Unterbringung der Verurteilen wird in Hebron ein neues Internierungslager errichtet, im Gasa-Streifen ein bestehendes erweitert. Einige der Verhafteten seien, meldet der israelische Rundfunk, nicht älter als 14 Jahre, die meisten aber zwischen 17 und 30; laut palästinensischen Quellen ist die Mehrheit jedoch zwischen 14 und 17 Jahre alt (wie es auch später von der ,,Jerusalem Post'' bestätigt wurde). Die israelische Regierung gibt die Absicht bekannt, Spezialeinheiten für die Bekämpfung von Unruhen schaffen zu wollen. Verteidigungsminister Rabin läßt wissen, ,,es gebe in bezug auf Fragen der inneren Sicherheit keine Differenzen zwischen den Großparteien des Landes; und die jetzt praktizierte Politik der ‚eisernen Faust' werde von allen Seiten gutgeheißen.'' (NZZ, 28.12.)

28.12.: Die Anwaltsvereinigung des Gasa-Streifens ist in den Streik getreten, da vor den Militärgerichten eine Verteidigung ihrer Mandanten nicht möglich sei. Den Anwälten würde der Zugang zu ihren Mandanten verwehrt, die Angeklagten würden geschlagen, deren Verletzungen würden von den Richtern übersehen. Einige der Angeklagten sollen abgeschoben werden. Rabin: ,,Abschiebung ist eines der Mittel, die wir in der Vergangenheit angewandt haben, und wir werden es nötigenfalls auch in Zukunft anwenden.'' Ägypten und Jordanien werden die Abgeschobenen nicht aufnehmen. In Jabalia gibt es kein Brot mehr und kaum andere Nahrungsmittel. Die 65.000 Bewohner des Lagers unterliegen aber weiterhin der Ausgangssperre. Nach dem befristeten Verbot einiger palästinensischer Zeitungen, die in den besetzten Gebieten erscheinen, haben nun die israelischen Behörden auch die in Ost-Jerusalem erscheinende größte Tageszeitung, Al Quds, verboten, weil Berichte über die Unruhen nicht vor der Veröffentlichung der Zensur vorgelegt worden seien.

29.12.: In Hinblick auf den ,,Fatah-Tag'' am 1.1. (an diesem Tag vor 23 Jahren war die Al Fatah gegründet worden) ist die Truppenpräsenz in der Westbank verdoppelt, im Gasa-Streifen verdreifacht worden. Laut Stabschef Schomron sind nun mehr Truppen im Gasa-Streifen als 1967 bei der Eroberung des Gebietes. Die offizielle israelische Bilanz nennt 21 Tote und 179 Verletzte auf palästinensischer, 41 verletzte Soldaten und 27 verletzte Zivilisten auf israelischer Seite. Knesset-Abgeordneten von der Demokratischen Front (Chadasch) wird der Zugang zu den Internierungslagern verwehrt.

30.12.: Hilfsgüter der UNWRA werden von israelischen Soldaten nicht in die von ihnen blockierten Lager Duheisha bei Bethlehem und Jabalia gelassen. Zum Ausdruck ihres Protestes gegen die Prozeßführung sind jetzt auch die Anwälte auf der Westbank in Streik getreten. Eine siebzehnjährige Palästinenserin ist den Schußverletzungen erlegen, die sie am 21.12. erlitt.

31.12.: In Ramallah und Nablus geht Militär mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Demonstranten vor. 160 israelische Reservesoldaten und Offiziere haben öffentlich erklärt, in den besetzten Gebieten keinen Dienst mehr tun zu wollen.

1.1.88: Die in den USA erscheinende jüdische Zeitschrift ,,Aufbau'' bezeichnet Verteidigungsminister Rabin als ,,eine Art Militärdiktator in den besetzten Gebieten''. Der Aufstand habe jetzt wohl ein Ende gefunden, fraglich aber sei es, ob die Ruhe von Dauer sein werde. ,,Zu klar ist vor allem jungen Menschen geworden, die bereits jetzt die Mehrheit der Bevölkerung bilden, daß ihre Lage aussichtslos ist. Von Ägypten verlassen, von Israel unterdrückt, von ihren Vätern unverstanden, hat sich ihrer eine Kamikaze-Mentalität bemächtigt, die nichts Gutes verheißt. Von ihnen kann man sagen: Was lange gärt, wird endlich Wut.'' (Aufbau, 1.1.)

3.1.: Neun Ausweisungen sind verfügt worden. Über die Lager bei Ramallah und Kalkilia wird erneut eine Ausgangssperre verhängt. In El-Ram nördlich von Jerusalem wird von einem ,,in Panik'' geratenen Soldaten eine Palästinenserin erschossen. Eine anschließende Protestdemonstration wird auseinandergetrieben.

4.1.: Nach Darstellung von Marwan Dudin, dem jordanischen Minister für Angelegenheiten der besetzten Gebiete, din, dem jordanischen Minister für Angelegenheiten der besetzten Gebiete, sind 60 Demonstranten und unbeteiligte Lagerbewohner während des Aufstands vom israelischen Militär getötet worden. Diese Zahl habe sich aus einer Auswertung aller israelischen Publikationen und Rundfunksendungen sowie aus detaillierten Angaben aus den besetzten Gebieten ergeben.

5.1.: Zwei Palästinenser sind bei erneuten Zusammenstößen in Khan Younis erschossen worden. Vier der Palästinenser, die abgeschoben werden sollen, sind in den Hungerstreik getreten. Auf Anregung palästinensischer Intellektueller sollen zum Zeichen des Protests Aktionen zivilen Ungehorsams wie Steuer- und Warenboykott durchgeführt werden.

8.1.: Nach unterschiedlichen Rundfunkmeldungen rückt israelisches Militär mit Panzern in Flüchtlingslager ein bzw. blockiert Lager mit Panzern.

K., Hamburg

Quellen:
Al Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler Zeitung (Schweiz), FAZ, FR, International Jerusalem Post (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Palästina-Bulletin, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Welt, Unsere Zeit — div. Ausg. aus den Monaten Dezember 87 und Januar 88



Gasa-Streifen:

Das größte Flüchtlingslager der Welt



Israelischer Aufmarsch in Gasa am 9.12.86

Das größte Flüchtlingslager der Welt ist der Gasa-Streifen. Von den rund 520.000 PalästinenserInnen, die in dem schmalen Küstenstreifen leben, sind etwa 320.000 Flüchtlinge (1) bzw. dort in Flüchtlingsfamilien geboren.

Im Teilungsplan der Vereinten Nationen vom November 1947 wurde die Gasa-Region, da dort bis zur Mitte der 40er Jahre keine Juden lebten, zu einem der Teile des britischen Mandatsgebietes, die künftig den arabischen Staat bilden sollten. Im arabisch-israelischen Krieg 1947-49 eroberte die israelische Armee zwei Drittel dieses Gebietes. 1949 wurde der Gasa-Streifen unter ägyptische Militärverwaltung gestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren zu den 80.000 Menschen, die vor der Gründung Israels dort lebten, 180.000 palästinensische Flüchtlinge hinzugekommen. Bis zum Sinai-Krieg war die Bevölkerung des Gasa-Streifens, größtenteils aufgrund der Flüchtlingsbewegungen, auf rund Streifens, größtenteils aufgrund der Flüchtlingsbewegungen, auf rund 400.000 Menschen angewachsen. Mit 850 Flüchtlingen pro Quadratkilometer in den Flüchtlingsgebieten bestand dort 1965 die größte Bevölkerungsdichte der Welt. (2)

Mit der Besetzung u.a. des Gasa-Streifens 1967 durch Israel wurden die Bewohner von Ägypten abgetrennt, wo für sie bis dahin noch Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bestanden. Die Besatzungsmacht unterwarf das soziale, politische und ökonomische Leben ihrer Kontrolle. Die Militärregierung wurde die einzige Körperschaft, die die öffentlichen Angelegenheiten der Bewohner regelte. Jede eigenständige Produktion, die eine Konkurrenz für israelische Produkte darstellen könnte, wurde unterdrückt, der Markt im besetzten Gebiet hingegen mit israelischen Produkten überschwemmt.

,,Am Anfang waren unsere Produkte billiger als die israelischen'', berichtete der Besitzer einer Schuhfabrik in Khan Younis, einer der Städte im Gasa-Streifen. ,,Wir konnten der israelischen Konkurrenz standhalten. Wenige Monate nach der Besetzung wurden uns Beschränkungen auferlegt: hohe Steuern, Importbeschränkungen für Rohstoffe, Einfuhrzölle. Diese Faktoren führten zum Niedergang der Geschäfte, denn die Produktionskosten machten unsere Produkte teurer als die israelischen. Jetzt haben wir große Verluste. Viele haben ihre Werkstätten und Fabriken geschlossen. Was auf diesem Sektor geschehen ist, hat auch in anderen industriellen Bereichen stattgefunden. Die Bekleidungsindustrie ist zu einem Handelsbereich geworden. Die Araber stellen nur noch den Stoff her und verkaufen ihn an die israelischen Firmen.''

Unmittelbare Folge dieser Besatzungspolitik ist eine hohe Arbeitslosigkeit im Gasa-Streifen. Rund 50.000 legale (d.h. mit einer Arbeitserlaubnis versehene) und weitere 30.000 ,,illegale'' Arbeiter pendeln täglich in meist mehrstündiger Fahrt vom Gasa-Streifen zur Arbeit in israelische Städte — ein Verbleib über Nacht in Israel erfordert eine Sondergenehmigung. Die palästinensischen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten bilden — wie auch die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft — die untersten Schichten der Arbeiterklasse. Sie sind fast ausnahmslos in arbeitsintensiven, schlecht bezahlten und wenig angesehenen Bereichen tätig. Nach einer Untersuchung der Histradut beträgt der Stundenlohn von Arbeitern aus den besetzten Gebieten in der Bauindustrie (die zu 50% diese Arbeitskräfte einsetzt) nur 50 bis 60% des durchschnittlichen Stundenlohns, den ein jüdisch-israelischer Arbeiter bei gleicher Qualifikation erhält. Für die israelische Wirtschaft erbringt das Arbeitskräftereservoir in den besetzten Gebieten wichtige Vorteile: durch den Einsatz billiger Arbeitskräfte wird das Ansteigen der Löhne gedämpft und trägt zu schnellerem wirtschaftlichem Wachstum wie zu einer geringeren Inflationsrate bei. Die Versorgung mit billigen Hilfsarbeitern ermöglichte arbeitsintensiven Branchen größeres Wachstum.

Die israelische Wirtschaft ist jedoch allein für Handarbeiter aus den besetzten Gebieten offen. Nur 20% der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen finden eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit, die verbleibenden 80% müssen eine Handarbeit annehmen oder ins Ausland gehen. Nach Angaben der Generalsekretärin der Israelischen Textilarbeitergewerkschaft liegt das Ausbildungsniveau des arabischen über dem des jüdischen Arbeiters. ,,Die meisten arabischen Arbeiter haben eine Oberstufenausbildung oder eine akademische Qualifikation. Sie haben keine andere Wahl, als mit monotoner Arbeit in der Produktion zufrieden zu sein. Oftmals haben sie eine höhere Ausbildung als der Leiter ihrer Abteilung, aber ihre Aufstiegsmöglichkeiten sind blockiert.''

Arbeitslosigkeit, räumliche Enge und Verelendung haben in den letzten Jahren im Gasa-Streifen noch zugenommen, da aufgrund der Wirtschaftskrise in den Golfstaaten die Emigration dorthin sehr stark abgenommen und vielmehr eine Rückwanderung eingesetzt hat.

Die räumliche Enge ist nicht allein von den Flüchtlingsmassen verursacht. Von den 360 Quadratkilometern des Gasa-Streifens hat sich die Besatzungsmacht gut 110 angeeignet, so daß sich die 500.000 PalästinenserInnen auf zwei Drittel des Landes drängen, während 3.000 jüdische Siedler (deren 18 Siedlungen unter der Verantwortung der Jewish Agency und des Kibbuz-Verbandes der Arbeitspartei errichtet wurden) und das Militär über das restliche Drittel verfügen. Von den Siedlungen aus werden die Straßen kontrolliert, die die Städte, Dörfer und Lager verbinden, sowie der nördliche und der südliche Küstenabschnitt, in dem es seit dem Rückzug der Israelis aus dem Sinai den Fischern verboten ist zu fischen. Der Vorsitzende der Fischerei-Gesellschaft im Gasa-Streifen: ,,Das, worunter wir am meisten leiden, ist das kleine Gebiet, auf das man uns zurückgedrängt hat, außerdem die hohen Steuern und Geldstrafen, die über Fischer verhängt werden, die das Gesetz verletzen. Hinzu kommt, daß Boote beschlagnahmt werden. Hunderte, deren Familien von der Fischerei abhängen, sind von diesen Maßnahmen betroffen.''

In den über zwanzig Jahren der Besetzung hat die israelische Besatzungsmacht die Bevölkerung des Gasa-Streifens fast vollständig den israelischen Interessen unterworfen. Der Gasa-Streifen, nicht nur das größte Flüchtlingslager, sondern auch eines der größten Elendsquartiere der Welt ist für Israel allein ein Reservoir für billige Arbeitskräfte und ein Markt zum Absatz seiner Produkte. Aufrechterhalten wurde dieser Zustand bisher mit der Politik der ,,Eisernen Faust'', die jedoch, wie der jetzige Aufstand gezeigt hat, zumindest für die Kinder der Flüchtlinge keine unüberwindliche Grenze für die Entwicklung des Widerstandes gegen die Besatzermacht mehr darstellt.



Israelische Militärpatrouille im Flüchtlingslager Balata

K., Hamburg

Anmerkungen:
(1) Diese und die folgende Zahlenangaben sind eher als Richtwerte anzusehen, da die unterschiedlichen Quellen z.T. sehr verschiedene Daten enthalten.
(2) S. ausführlich zur Entwicklung der besetzten Gebiete: „Westbanks und Gazastreifen immer noch unter israelischer Besetzung'' in AK 283 u. AK 285

Quellen:
Israel und die besetzten Gebiete. Berlin 1983 (Bd. 7 der Schriften des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten); Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung. Berlin 1986 (Bd. 13 der Schriften des DIAK); Das palästinensische Volk in Zahlen. Palästina-Dokumentation Nr. 11. Bonn 1986; Martin Gilbert: The Arab-Israeli Conflict. Its History in Maps. Jerusalem 1985 (4. Aufl.); Ende des Ölbooms, in: israel & palästina, H. 3/86; Der Gaza-Streifen — eine Innenansicht. In: Al Awdah, 27.7.86, Übers. nach Palästina Bulletin, Nr. 35/86; Viktoria Waltz, Joachim Zschiesche: Die Erde habt ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina. Berlin 1986

Was will Israel mit den besetzten Gebieten?

Seit dem Juni-Krieg von 1967 hält Israel den Gaza-Streifen und die Westbank besetzt. Das zwanzigste Jahr der Militärverwaltung ist abgelaufen, ohne daß eine der großen Parteien sich definitiv geäußert hätte, wie sie sich das weitere Schicksal der besetzten Gebiete, und das heißt in erster Linie der dort lebenden arabischen Menschen, vorstellt. Das ,,Palästinenserproblem'' wird vom gesamten politischen Spektrum Israels, mit Ausnahme der kleinen Randparteien rechts und links, bewußt offengehalten.

Eine Lage perspektivlos in der Schwebe zu lassen, die von *allen* politischen Kräften als unhaltbar begriffen wird, begünstigt naturgemäß abenteuerliche Lösungsmodelle. Man warnt in Israel quer durch die Parteien vor der ,,*demographischen Zeitbombe*''. Gemeint ist damit: Schon heute ist die Bevölkerung von ,,Großisrael'' (Staat Israel plus besetzte Gebiete) zu 38 Prozent arabisch. Im Jahr 2000 würde nach eher vorsichtigen Schätzungen die jüdische Mehrheit in ,,Großisrael'' auf 55-57 Prozent geschrumpft sein, und etwa vom Jahr 2020 an würde es eine arabische Mehrheit geben. Ein solcher Staat würde, was von nahezu allen politischen Kräften als großes Unglück gesehen wird, seinen ,,jüdischen Charakter'' verlieren. Er würde entweder ein bi-nationaler Staat sein, oder er müßte mit diktatorischen Mitteln die Bevölkerung der besetzten Gebiete als Menschen geringeren Rechts behandeln, wie es in der Praxis bis heute ja geschieht. Also muß man entweder die besetzten Gebiete oder deren Bewohner loswerden.

1987 haben die Stimmen zugenommen, die einen ,,Transfer'' der arabischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten oder sogar aus Israel befürworten. Mit anderen Worten: die Vertreibung. So hat der ehemalige Kommandant der israelischen Streitkräfte auf der Westbank, Reservegeneral Rehavam Ze'evi, 1987 bei mehreren Gelegenheiten seine Philosophie vorgestellt, die einzige Möglichkeit zum Frieden mit den Arabern sei die Umsiedlung der Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens. Er verwies dabei auf entsprechende Pläne aus dem Jahr 1955 (!), als die Arbeiterpartei an der Regierung war — zwölf Jahre vor dem Krieg von 1967, der ,,Judäa und Samaria'' überhaupt erst in israelische Hand brachte.

Ebenfalls bei mehreren Gelegenheiten trug 1987 der stellvertretende Verteidigungsminister Dekel (Likud) seinen Plan vor, die Palästinenser der besetzten Gebiete mit amerikanischer Hilfe zur Auswanderung zu veranlassen. Nicht mit Gewalt, sondern durch freiwillige Übereinkunft, wie er dann präzisierte. Den Palästinensern von ,,Judäa und Samaria'' soll klargemacht werden, daß sie in ihrer Heimat sowieso keine Zukunft mehr erwartet. Die westlichen Nationen seien, so Dekel, moralisch und politisch verpflichtet, Israel bei dieser Überzeugungsarbeit wie auch bei den finanziellen Belastungen eines ,,Transfer''-Projekts beizustehen. Die Alternative sei eine Destabilisierung der gesamten Region.

Der Minister ohne Geschäftsbereich, Josef Schapira (Nationalreligiöse Partei) machte im November 1987 den Vorschlag, jedem Palästinenser, der Israel verläßt und sich verpflichtet, nicht zurückzukehren, 20.000 Dollar zu zahlen. Er begründete diese Idee mit der Tatsache, daß eine wachsende Zahl von palästinensischen Intellektuellen in Israel keine angemessene Beschäftigung findet und so zu einem hochgradigen potentiellen Unruhefaktor werde. 20.000 Dollar ist die Summe, die Israel für einen jüdischen Neueinwanderer ausgibt.

Die großen Parteien, auch auf der Rechten, haben sich von solchen Vorschlägen sofort distanziert. Aber erstens kommen diese Stimmen jetzt nicht mehr allein von den Rechtsextremisten der Kach-Partei, die als nicht repräsentative Randfiguren abgetan werden können. Sondern sie kommen von namhaften Politikern des Likud und der Nationalreligiösen, und außer etwas Schelte hat es für keinen der ,,Transfer''-Propagandisten Konsequenzen gegeben. Und zweitens sind an der Situation auch die Sozialdemokraten der Arbeiterpartei durchaus nicht schuldlos, die in zehn Jahren Regierungszeit (1967-77) nichts getan haben, um einer Lösung näherzukommen, und die bis heute keine definitive Alternative zum ,,Transfer'' vorgeschlagen haben.

Staat ohne Grenzen

Nach zionistischem Konsens — und *alle* Parteien Israels mit Ausnahme der radikalen Linken und einiger Ultra-Orthodoxer sind zionistisch — ist der Staat Israel 1948 nur auf einem *Teilgebiet* des ,,historischen Eretz (= Land) Israel'' gegründet worden. Das impliziert das Interesse an Revision der Grenzen zum passenden Zeitpunkt. Insofern sind der Gaza-Streifen und die Westbank keine mehr oder weniger bequeme Kriegsbeute, die dem Staat Israel zufällig in die Hände gefallen ist, sondern sie sind Teil des größeren Gebiets, dessen Erwerb vom Zionismus programmatisch angestrebt wird. Um die Dimension zu verdeutlichen: Nach zionistischer Darstellung machen der heutige Staat Israel *plus* die besetzten Gebiete nicht viel mehr als ein Drittel der ,,historischen Eretz Israel'' aus.

Die Zionisten hatten 1917, während des Ersten Weltkriegs, von der britischen Regierung die Zusage erhalten, daß in Palästina — damals noch Teil des türkischen Großreichs — eine ,,nationale Heimstätte'' der Juden geschaffen werden könnte. Weder der künftige Status dieses Gebildes noch die Grenzen Palästinas wurden in der Zusage definiert. Nach zionistischer Interpretation konnte es sich nur um einen eigenen *Staat*, möglichst im vollen Umfang der historischen ,,Ansprüche, handeln.

Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 legten die Zionisten eine Landkarte vor, die der Betrachtung wert ist, zumal es sich um die bisher einzige offizielle und definitive Darstellung der vom Zionismus geforderten Grenzen handelt. Das 1919 skizzierte Territorium ist mehr als doppelt so groß wie der heutige Staat Israel plus Westbank und Gaza. Es sollte im Süden ein kräftiges Segment aus der Sinai-Halbinsel herausschneiden und reichte im Osten bis an die strategisch wichtige Hedschas-Bahn heran, die von Damaskus nach Saudi-Arabien hineinführte. Im Norden sollten das südwestliche Syrien und der Südlibanon bis Sidon Teil des zionistischen Staates werden. Zugrundegelegt hatten die Zionisten diesen Forderungen im wesentlichen das jüdische Staatsgebiet zur Zeit des König Salomo (um 1000 v.u.Z.). Der hatte allerdings weder die Ebene von Gaza (Philister) noch den Südlibanon (Phönizier) beherrscht. Außerdem existierte das historische Reich in dieser Ausdehnung nur wenige Jahrzehnte.

Die Grenzziehung des 1920 gebildeten britischen Völkerbundmandats Palästina entsprach den hochgesteckten zionistischen Forderungen nicht, zumal nachdem 1922 der Ostteil als Mandatsgebiet Transjordanien vom eigentlichen Palästina abgetrennt und für die jüdische Einwanderung gesperrt worden war. In offiziellen zionistischen Darstellungen wird dies als ,,erste Teilung Palästinas'' bezeichnet. Gemeint ist damit: Die Araber haben 1922 Jordanien und damit bei weitem den größeren Teil des ,,historischen Palästina'' bekommen. Auf den Rest haben sie von Rechts wegen keine Ansprüche mehr. Daher haben die herrschenden Strömungen des Zionismus große Schwierigkeiten, sich als Eindringlinge in die Heimat der Palästinenser zu begreifen. Aus ihrer Sicht sind sie im Gegenteil human und großzügig, wenn sie Araber auf dem Boden des ,,Eretz Israel'' als Gäste ertragen. Das ist keineswegs nur der Standpunkt der Extremisten. Der Begründer des Rechtszionismus, Jabotinsky, hatte die klassische Formulierung übernommen, daß im jüdischen Staat die Araber alle Rechte als Individuen, aber keine Rechte als Gemeinschaft haben sollten. Das entspricht bis heute der Praxis in Israel. Die Araber Israels sind zwar Staatsbürger, aber ihr Anteil am politischen Leben des Landes ist auch 40 Jahre nach der Staatsgründung kaum größer als Null.

Im November 1947 schlug die UNO die Teilung Palästinas in eine jüdische und eine arabische Hälfte vor. Genauer gesagt bestand jede Hälfte aus drei Gebieten, deren Verbindung untereinander vom guten Willen der Gegenseite abhing. Daß der UNO-Teilungsplan von arabischer Seite abgelehnt wurde, gilt den Zionisten als zweites wesentliches Argument für ihre These, daß die Araber im engeren Gebiet Palästinas eigentlich alle Rechte verwirkt haben und sich die heutige Situation selbst zuzuschreiben haben. Ignoriert wird dabei: 1. Aus arabischer Perspektive waren die Juden als Eroberer ins Land gekommen, und der UN-Teilungsplan sollte nur entstandenes Unrecht institutionalisieren. 2. Der UN-Plan war zusätzlich unfair, indem er den Juden, die zu dieser Zeit etwa ein Drittel der Bewohner Palästinas zählten, 55 Prozent des Landes zuteilte. Die Bevölkerung dieses jüdischen Staates hätte fast zur Hälfte aus Arabern bestanden. Diesem Staat sollten auch bis dahin rein arabische Gebiete zugeteilt werden. 3. Nicht nur die Araber, sondern auch Israels rechte Parteien — die seit 1977 Israel regieren bzw. mitregieren — lehnten den UN-Vorschlag schärfstens ab. Die von Begin geführte IZL, die wichtigste bewaffnete Organisation der sogenannten Revisionisten (die Vorläufer des heutigen Likud), erklärte damals, der Teilungsvorschlag sei *illegal und für das jüdische Volk nicht bindend*.

Auf die Teilungsresolution der UNO folgten bewaffnete Kämpfe zwischen Juden und Palästinensern um das Land, in die im Mai 1948 auch Truppen einiger arabischer Nachbarstaaten eingriffen. Daran knüpft sich die berühmte Legende, ein paar Hunderttausend Juden hätten sich der Aggression eines Dutzends arabischer Staaten mit 40 oder 50 Millionen Menschen gegenübergesehen. Tatsache ist, daß die arabischen Staaten zusammen ungefähr 50.000 Mann in den Krieg schickten, was ziemlich genau der Stärke der jüdischen Streitkräfte entsprach, die schließlich sogar 90.000 Mann unter Waffen hatten. Verschwiegen wird bei der Legendenbildung zumeist auch, daß noch vor dem Angriff der arabischen Staaten die jüdischen Streitkräfte im April 1948 zur Offensive übergegangen waren und große arabische Gebiete erobert hatten, darunter auch solche, die nicht einmal im UN-Teilungsplan als Teil Israels vorgesehen waren, wie die Stadt Jaffa südlich von Tel Aviv.

Am Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges hatte Israel sein Territorium gegenüber dem UN-Teilungsplan um rund 50 Prozent vergrößert. Und das auch noch mit dem besten Gewissen von der Welt: man war angegriffen worden und hatte sich verteidigt. Erfreuliches Nebenprodukt: Mehr als eine halbe Million Palästinenser hatten fluchtartig ihr Land verlassen. Selbstverständlich völlig freiwillig, wie heute noch jedes israelische Schulbuch verkündet.

Dieser erste Krieg kann als ein Modellfall gelten: Die Umstände des zionistischen Eindringens nach Palästina riefen Abwehrreaktionen der Bevölkerung geradezu zwangsläufig hervor und produzierten eine feindselige Umwelt. Ein Staat, der in eine solche Umwelt eingepflanzt wird, bekommt Anlässe und Vorwände zur kriegerischen Expansion mit fast 100%iger Sicherheit immer wieder ins Haus geliefert. Das kann *den* Sektoren des Zionismus, die die Teilung Palästinas von Anfang an nur als Zwischenlösung begriffen und sie im Grunde niemals anerkannt haben, kaum unwillkommen sein. Solange sich Israel der Milliarden-Subventionen aus den USA sicher sein kann, ist die Aufrechterhaltung des Status quo, ,,Weder Krieg noch Frieden'', aus der Sicht der expansionistischen Sektoren des Zionismus ein Idealzustand.

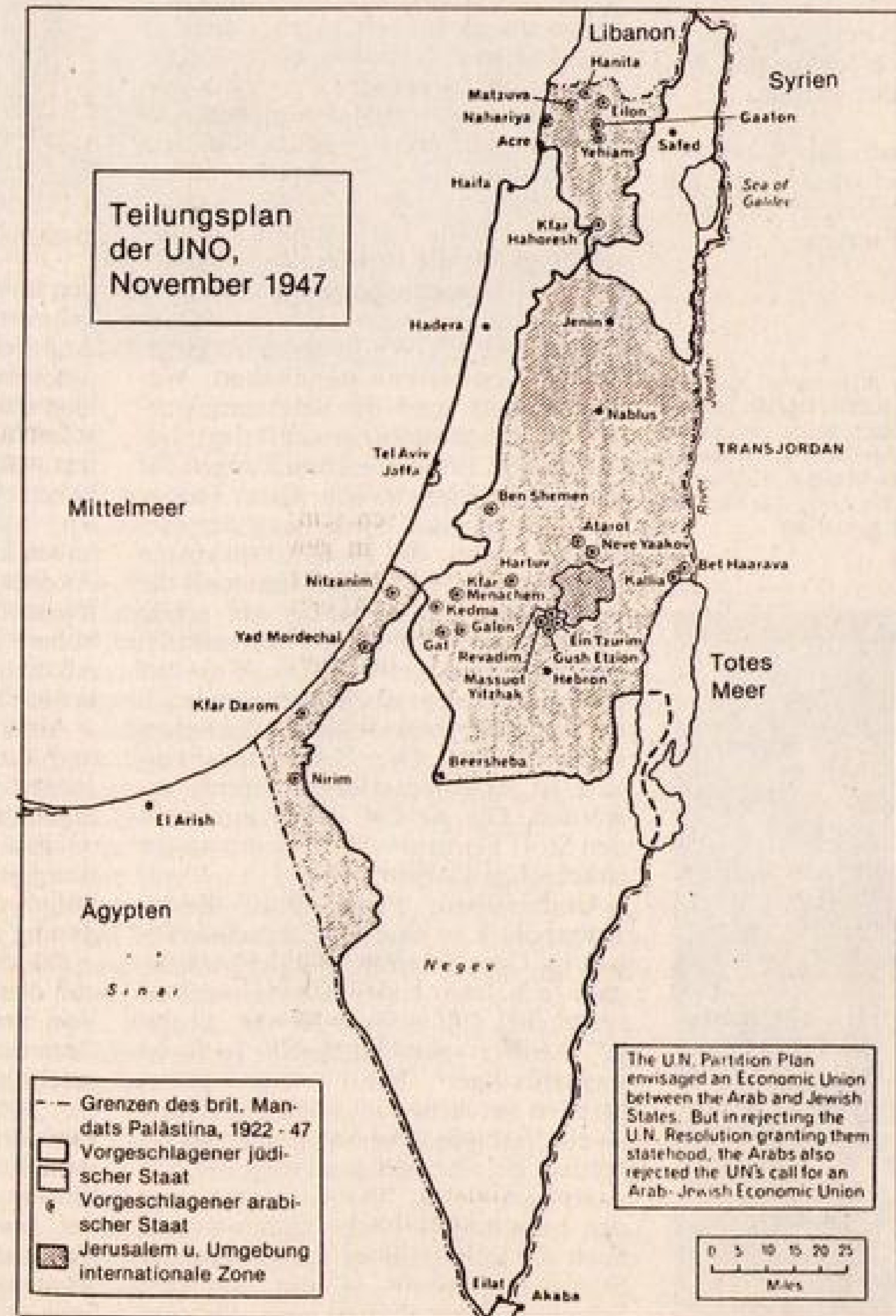
Arbeiterpartei: ,,Land gegen Frieden''

Über zwei Punkte besteht bei allen Parteien des zionistischen Spektrums Konsens: 1. Eine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Juni-Krieg 1967 ist *absolut ausgeschlossen*. 2. Eine Integration der arabischen Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens in die israelische Gesellschaft — als gleichberechtigte Staatsbürger mit allen politischen Rechten, einschließlich des Wahlrechts — wird kaum weniger absolut ausgeschlossen.

Während die Rechten ,,keinen Quadratmeter'' der besetzten Gebiete wieder freigeben wollen und sich dabei primär auf Israels historische und religiöse ,,heilige Rechte'' auf *ganz* Palästina berufen, betrachtet die Arbeiterpartei *im Prinzip* einen Teil dieser Gebiete als verhandelbar. Sie stellt dabei sicherheitspolitische Erwägungen in den Vordergrund: Israel brauche in er-

Fortsetzung nächste Seite





Israels neue Grenzen nach den Vorstellungen der Arbeiterpartei. (Aus: Saul Cohen: The Geopolitics of Israel's Border Question.)



Fortsetzung von vorheriger Seite

ster Linie einen stabilen Frieden in gesicherten Grenzen; das wäre wertvoller als die Herrschaft über ein ungeteiltes Palästina inmitten einer feindseligen Umwelt, zumal man die jetzt schon fast 1,5 Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten weder integrieren noch vertreiben wolle.

Das hört sich besser an, als es in der realpolitischen Substanz ist. Erstens will die Arbeiterpartei nicht *alle* besetzten Gebiete freigeben, sondern außer der schon 1967 proklamierten Annektion Ostjerusalems eine große Zahl weiterer ,,Grenzkorrekturen'' vornehmen, die angeblich für die Sicherheit Israels unverzichtbar sind. Dabei sollen in erster Linie Gebiete mit relativ wenig arabischer Bevölkerung annektiert werden. Zweitens macht die Arbeiterpartei die Voraussetzung, daß in den von Israel geräumten Gebieten auf gar keinen Fall ein Staat oder staatsähnliche Strukturen unter Führung der PLO entstehen dürfen. Und drittens ist der Preis, den die Arbeiterpartei von arabischer Seite verlangt, die endgültige Akzeptanz des Staates Israel sowie der definitiven Annektion Ostjerusalems und anderer Gebiete. Wenn man dann noch bedenkt, daß die Arbeiterpartei die vorweggenommene verbale Annektion der besetzten Gebiete durch die (historisch betrachtet falsche) Namensgebung ,,Judäa und Samaria'' mitbetreibt und daß sie in zwanzig Jahren kein konkretes Verhandlungsangebot gemacht hat, läßt sich sogar an der grundsätzlichen Ernsthaftigkeit der Position ,,Land gegen Frieden'' zweifeln.

Zum ersten Punkt: Es gibt bis heute keine offizielle und verbindliche Darstellung der Arbeiterpartei über die angestrebten ,,Grenzkorrekturen'' im Bereich der Westbank und des Gaza-Streifens. Die grundsätzliche inoffizielle Position wurde schon Anfang der 70er Jahre mit dem *Allon-Plan* formuliert. Sie läuft auf die Annektion von etwa einem Drittel der besetzten Gebiete hinaus. Außer Grenzverschiebungen im Westen und Süden der Westbank soll ,,aus Sicherheitsgründen'' auch das Jordan-Tal von Israel annektiert werden, das dann wie ein Riegel zwischen der stark verkleinerten Westbank und Jordanien liegen würde. Diesem Projekt hat die Arbeiterpartei seit 1967 mit der von ihr eingeleiteten Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten vorgearbeitet. Der Allon-Plan sah ferner die Annektion des Gaza-Streifens in Verbindung mit einem ,,Transfer'' seiner palästinensischen Bevölkerung in die Westbank vor. Wohlgemerkt, ein Plan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Davon ist wegen erwiesener Absurdität natürlich schon längst nicht mehr die Rede.

Zum zweiten Punkt: Die Arbeiterpartei will über eine Teilräumung der besetzten Gebiete erst verhandeln, wenn *sichergestellt* ist, daß kein Vakuum entsteht, in dem sich autonome staatliche Strukturen der Palästinenser entwickeln könnten. Deshalb wäre für die Arbeiterpartei *Voraussetzung* jeder Verhandlungslösung, daß das diktatorische jordanische Regime die Hege-

besetzten Gebiete erst verhandeln, wenn *sichergestellt* ist, daß kein Vakuum entsteht, in dem sich autonome staatliche Strukturen der Palästinenser entwickeln könnten. Deshalb wäre für die Arbeiterpartei *Voraussetzung* jeder Verhandlungslösung, daß das diktatorische jordanische Regime die Hege-

monie auf der Westbank gewonnen hat, vor allem auf der Ebene des Masseneinflusses. Die PLO müßte isoliert werden, und stattdessen müßte die Bevölkerung, insbesondere auch die palästinensische Intelligenz, dazu gebracht werden, sich auf Jordanien zu orientieren. Von diesem Ziel, das die Arbeiterpartei mit den Rechten gemeinsam hat, sind die Zionisten heute aber weiter entfernt als zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1967. Insofern stellt das Projekt der Arbeiterpartei überhaupt keine realpolitische Alternative zu den Konzepten des Likud und der Rechtsextremen dar.

„Kommt Zeit, kommt Rat"

Für den Likud steht absolut fest, daß Westbank und Gaza ,,für ewige Zeiten'' israelisch bleiben müssen und daß kein Stück davon Verhandlungsgegenstand sein darf. Ebenso fest steht aber auch, daß die Rechten die palästinensische Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens außerhalb der israelischen Gesellschaft halten wollen. Israel soll die besetzten Gebiete annektieren, aber die Gefahr einer arabischen Majorität vermeiden. Dieser Widerspruch ist ohne Krieg und Vertreibung schwer aufzulösen. Deshalb hat der Likud es überhaupt nicht eilig, auf eine formale Annektion der Westbank und des Gaza-Streifens zu drängen.

Die offizielle Option des Likud sieht heute etwa so aus: Westbank und Gaza werden durch jüdische Einwanderung und strukturelle Maßnahmen mehr und mehr ,,israelisiert''. Dazu gehört die allerdings längst illusorische Zahl von einer Million jüdischen Neueinwanderern und Israelis, die bis zum Jahr 2000 in ,,Judäa und Samaria'' angesiedelt worden sein sollten. Irgendwann, wenn die Voraussetzungen gegeben und die Umstände günstig sind, würden die besetzten Gebiete formal annektiert. Der palästinensischen Bevölkerung könnte kommunale Hegemonie gewährt werden, aber sie soll die jordanische Staatsbürgerschaft behalten, soll also von jedem Einfluß auf die israelische Politik ausgeschlossen bleiben. Die Palästinenser der Westbank und Gazas würden in dem Staat, der sie politisch und militärisch beherrscht, kein Wahlrecht haben und überhaupt Menschen zweiter oder dritter Klasse bleiben.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung des Likud-Modells ist selbstverständlich wieder, wie auch bei der Arbeiterpartei, daß *zuvor* die Isolierung der PLO und die Domestizierung der palästinensischen Bevölkerung mit Hilfe des jordanischen Regimes und der alten Oberschicht gelungen sein muß. Für Menschen, die ihre Rechte vielleicht dazu mißbrauchen würden, PLO-Vertreter zu wählen, kann es niemals auch nur kommunale Autonomie geben. Sie sind zur Demokratie einfach noch nicht reif.

Das offizielle Likud-Modell, falls es irgendwann realisierbar wäre, würde dazu führen, daß es in einem künftigen ,,großisraelischen'' Staat zwei Sorten, zwei Klassen von Arabern geben würden: Einerseits die Araber innerhalb der alten Grenzen des Landes, die israelische Staatsbürger sind und zumindest auf dem Papier relativ weitgehend politisch gleichberechtigt sind. Andererseits die Araber der Westbank und des Gaza-Streifens, die Bürger Jordaniens unter israelischer Souveränität bleiben sollen und die in dem Land, in dem sie real leben und arbeiten, kaum Rechte haben. Das ist von vornherein eine wirklichkeitsfremde, absurde Konstruktion. Nach den Dezember-Unruhen, die das Bewußtsein gestärkt haben, daß diesseits wie jenseits der ,,grünen Linie'' (die israelische Grenze von 1967) *ein* Volk lebt, ist diese Konstruktion noch unhaltbarer. Es wird auch kein Palästinenser glauben, in einem israelischen Staat gleichberechtigter Bürger werden zu können, solange unter der Herrschaft des gleichen Staates Hunderttausende Palästinenser Menschen zweiter oder dritter Klasse bleiben sollen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Rechten selbst an dieses Projekt glauben. Eher scheinen sie sich darauf zu verlassen, daß die Geschichte noch einmal für Israel arbeiten wird und daß sich durch den Lauf der Dinge schon eine Gelegenheit ergeben wird, den Widerspruch zu lösen, daß man ein Territorium, aber nicht dessen Menschen, gewinnen will. Aufrechterhaltung des status quo, lautet die strategische Devise des Likud, und irgendwann werde sich dann sicher eine Lösung finden lassen. Es scheint nicht opportun, über die künftige Lösung heute schon allzu deutliche und konkrete Gedanken zu äußern. Das bleibt den ,,Transfer''-Propagandisten überlassen, die nach Umfragen immerhin ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Israels hinter sich haben. ,,Von sowas

lassen. Es scheint nicht opportun, über die künftige Lösung heute schon allzu deutliche und konkrete Gedanken zu äußern. Das bleibt den ,,Transfer''-Propagandisten überlassen, die nach Umfragen immerhin ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Israels hinter sich haben. ,,Von sowas

spricht man nicht, sondern sowas *macht* man'', belehrte um die Jahrhundertwende ein rechter deutscher Sozialdemokrat einen anderen. Die Methode ist nicht nur auf die Revision des Marxismus anwendbar.

Kt., Hamburg

★

Schily und Schoppe an Herzog: Israel ist für Unruhen mitverantwortlich

Mit äußerster Sorge verfolgen wir die aktuellen Ereignisse in den israelisch besetzten arabischen Gebieten. Täglich erreichen uns erschreckende Nachrichten über weitere Tote und Verletzte. Das drakonische Vorgehen der israelischen Besatzungstruppen wird Israel mit Sicherheit keinen Millimeter dem Frieden näher bringen, im Gegenteil Wut und Verzweiflung in der palästinensischen Bevölkerung werden sich erheblich steigern.

Gespräche, nicht Gewehre und Panzer bereiten den Weg zum Frieden.

Bei unserem Besuch in Ihrem Land vor zwei Monaten haben wir den Eindruck gewonnen, daß unsere Gesprächspartner sowohl bei Ihren Landsleuten als auch bei den Palästinensern große Hoffnungen und Erwartungen auf eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts haben.

20 Jahre Besetzung dieser Gebiete aber zeigen im Gegensatz dazu, daß Ihre Regierung den Anspruch des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat nicht ernst genommen hat. Gerade deswegen ist Ihre Regierung für die Unruhen in den besetzten Gebieten jetzt mitverantwortlich.

Die Verletzung der Menschenrechte durch die Besetzung und jetzt auch noch durch die Todesschüsse behindern die weltweit mit großen Hoffnungen begleiteten Bemühungen für eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts.

Als Freunde Israels und als Freunde der Palästinenser bitten wir Sie, Ihre Regierung zu veranlassen, daß die Todesschüsse sofort aufhören und ernsthafte Schritte zu einer Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO unternommen werden.

Nach unserer festen Überzeugung wird Frieden im Nahen Osten nur erreichbar sein, wenn das Existenzrecht Israels, aber zugleich auch das Existenzrecht eines palästinensischen Staates anerkannt werden. Die Waffen müssen endlich zum Schweigen und die Menschen zum Reden gebracht werden.

(nach: Palästina Bulletin, 18.12.87)

★

,,Wir haben den Arabern niemals Unrecht zugefügt''

,,Das Land ohne Volk für das Volk ohne Land'', verlangte Theodor Herzl. Beinhaltete diese Forderung aus den Anfangstagen des politischen Zionismus nicht eine tragische Fehleinschätzung der gegebenen Situation in Palästina, die sich bis heute auf Israels Politik auswirkt?

Sicherlich nicht. In dieser Beziehung muß einiges klargestellt werden. Ich glaube, daß die Geschichte Palästinas und der Palästinenser eine der größten Geschichtsfälschungen überhaupt ist. Palästina war eine der ärmsten und am wenigsten beachteten Gegenden des Ottomanischen Reiches. Dies war das Land der Steine, des Sandes und der Malaria. Es gab keine Menschen. Vor hundert Jahren lebten in Palästina, heute Israel und Jordanien, 250.000 Menschen, davon 200.000 Araber. (...)

Der Zionist Max Nordau war anderer Ansicht und teilte Herzl mit: ,,In Palästina gibt es ja Araber. Das wußte ich nicht, wir begehen Unrecht.''

Nein. Wir haben den Arabern niemals Unrecht zugefügt. Die Zionisten brachten nicht nur Juden nach Palästina, sondern auch die Araber. Es klingt paradox, aber es ist wahr. Die meisten Araber, die heute in Palästina leben, sind in der ersten, der zweiten oder in der dritten Generation hier. Die ersten jüdischen Siedler haben Inseln der Entwicklung und des Wohlstandes geschaffen. Das hatte die Araber aus den Nachbarländern dazu bewegt, hierher zu kommen. (...) Es ist richtig, daß 1948, als Israel gegründet wurde, 650.000 Araber Israel verlassen haben, aber sie gingen, weil sie gehen wollten, ermutigt durch die arabischen Führer. Die jüdische Bevölkerung und die jüdische Führung forderten sie auf, nicht wegzulaufen, aber sie taten es. Und so schufen sie selber die sogenannten palästinensischen Flüchtlinge. Und so ist die Geschichte. Niemand zwang sie, niemand vertrieb sie, sie liefen freiwillig weg. (...)

sche Führung forderten sie auf, nicht wegzulaufen, aber sie taten es. Und so schufen sie selber die sogenannten palästinensischen Flüchtlinge. Und so ist die Geschichte. Niemand zwang sie, niemand vertrieb sie, sie liefen freiwillig weg. (...)

(Gespräch mit Arye Leon Dulzin, damals Vorsitzender der Jewish Agency und der World Zionist Organization; aus: Palästina-Protokolle, Hannover 1981)

★

,,Da hat niemand jemanden ausgesiedelt''

Hat es während der zionistischen Entwicklung Palästinas jemals die Tendenz gegeben, die arabische Bevölkerung nicht integrieren, sondern sie ins Ausland abschieben zu wollen?

Also erstmal der Reihe nach. Es kann sicher gewesen sein, daß bei gewissen Leute und in gewissen Zeiten solche Vorstellungen irgendwie mal mitgespukt haben. Aber wenn sie eine Bewegung beurteilen wollen, können sie natürlich nicht über ,,Outsider'' sprechen, sondern müssen über den Mittelstrom und die offiziellen Beschlüsse sprechen.

Jetzt wollen wir uns einmal überlegen, wo sind wir? In diesem Land gab es vor 100 Jahren, vor 90 und 80 Jahren Malariagegenden, die von niemandem besiedelt wurden. Da kamen Juden, nicht viele, und kauften das Land, und sie besiedelten es, ohne Konflikt mit den Arabern. (...) Da hat niemand jemanden ausgesiedelt, und das Wort Aussiedlung sollte für Sie nicht minder wie für mich einen gewissen unsympathischen Klang haben. Die Juden kamen als Chaluzim, als Pioniere, in unbewohnte, unbewohnbare, durch Malaria infizierte Gegenden. (...) Dann kam der Krieg von 1948, in dem alle arabischen Nachbarn auf uns loszogen, und sie waren so siegesbewußt, daß sie den Arabern in Haifa und Jaffa gesagt haben, lauft schnell weg, wir werden noch schneller zurückkommen können. Das war nicht unser Fehler. Wir hätten mit Freude den Teilungsplan angenommen. Aber die Weltgeschichte läßt sich nicht immer zurückdrehen.

(Gespräch mit Josef Burg, Nationalreligiöse Partei, damals Innenminister; aus: Palästina-Protokolle, Hannover 1981)

★

Vorposten gegen die asiatische Barbarei

Palästina ist unsere unvergeßliche historische Heimat. Dieser Name allein wäre ein gewaltig ergreifender Sammelruf für unser Volk. Wenn Seine Majestät der Sultan uns Palästina gebe, könnten wir uns dafür anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln. Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhange bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte.

(Theodor Herzl; in: Der Judenstaat, 1895/96)

★

,,Der toleranteste und moderateste Standpunkt der Arbeiterbewegung in Israel''

Wie soll die Zukunft der besetzten Gebiete aussehen?

Im Gegensatz zur Likud, für die alles Autonomiegerede nur taktisches Gezeter ist, sind wir für einen territorialen Kompromiß. Wir haben Sicherheitsbedürfnisse auf den Golanhöhen und entlang des Jordan. Wie das im einzelnen aussehen wird, werden Friedensverhandlungen zwischen uns und den Arabern festlegen. Aus Eigeninteresse wollen wir keine Annektion der besetzten Gebiete, denn dann haben wir einen bi-nationalen Staat, dem wir nicht zustimmen werden, selbst wenn das Arafat tut, denn in 50, 80 Jahren würde es eine arabische Mehrheit in einem solchen Staat geben, aber wir sind hierher gekommen, um einen jüdischen Staat für Juden zu errichten, und das soll auch so bleiben. (...)

Wie stellen Sie sich ein jüdisch-arabisches Zusammenleben vor, wenn Sie einen jüdisch-zionistischen Staat wollen?

Dies ist ein jüdischer Staat mit einer jüdischen Mehrheit. Wer in einem jüdischen Staat leben will, muß sich der Priorität anpassen, daß hier ein jüdischer Staat ist. Wir sind ein freies Land, und wer hier nicht leben möchte, kann sich woanders niederlassen, wie z.B. Italiener, Iren, Deutsche, die in die USA auswanderten. Wir werden nicht von der Notwendigkeit getrieben, mit irgendjemandem Kompromisse zu schließen. Es gibt keine Veranlassung, die Araber in Israel zu unterdrücken, wir können es den Arabern ermöglichen, ihr kulturelles und sonstiges Leben zu gestalten, aber wir brauchen uns nicht der Tatsache zu unterwerfen, daß es eine arabische Minorität in Israel gibt.

schließen. Es gibt keine Veranlassung, die Araber in Israel zu unterdrücken, wir können es den Arabern ermöglichen, ihr kulturelles und sonstiges Leben zu gestalten, aber wir brauchen uns nicht der Tatsache zu unterwerfen, daß es eine arabische Minorität in Israel gibt.

(Gespräch mit Dov Ben Meir, damals Vorsitzender des Tel Aviver Arbeiterrats der Gewerkschaft Histadrut; in: Palästina-Protokolle, Hannover 1981)

★

,,Wir haben sie nicht vertrieben''

(...) Aber die Araber des damaligen Palästina lehnten ebenso wie die arabischen Länder den Teilungsplan ab. Sie lehnten ihn nicht nur ab, sondern begannen einen Krieg mit dem Ziel, den gerade entstandenen jüdischen Staat zu vernichten und uns ins Meer zu drängen, wie ihre Führer erklärten. Wir waren 600.000, 700.000, die mit einer arabischen Welt von 40, 50 Millionen konfrontiert wurden. Niemand glaubte an unseren Sieg, doch wir kämpften und siegten.

Aber war es eine historische Notwendigkeit, die Palästinenser...

Keine Frage. Angesichts der jüdischen Tragödie vor und insbesondere während des Zweiten Weltkrieges und in Anbetracht des beginnenden Verfalls europäischer Kolonialregime mußte eine Lösung in diesem Raum gefunden werden. Wir waren bereit, eine Lösung politischer Natur zu akzeptieren. Hätten die Araber den Teilungsplan akzeptiert, wer weiß, vielleicht hätte es dann keine Kriege gegeben.

Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, daß es keinen palästinensischen Flüchtling vor diesem Krieg gab, den die Araber begannen, weil sie die bloße Vorstellung eines jüdischen Staates selbst in einem kleinen Teil Palästinas ablehnten.

Also ohne Vertreibung der Palästinenser hätte Israel damals nicht...

Wir haben sie nicht vertrieben. Sie wollten uns vernichten, und daher tragen sie die Verantwortung für den Krieg. Sie haben den Teilungsplan zurückgewiesen, wir waren zur Teilung bereit. (...)

Hatten Sie keine moralischen Skrupel, an der Entwurzelung des palästinensischen Volkes beteiligt zu sein?

Im Gegenteil. Ich bin sehr stolz darauf, einer von denen zu sein, die erfolgreich gegen die grausame Aggression der arabischen Länder kämpften, die uns vernichten und ins Meer treiben wollten. Das jüdische Volk gewann den Krieg und erhielt nach fast 2000 Jahren erneut seine Unabhängigkeit in dem einzigen Land, in welchem die Juden als freie und unabhängige Menschen leben können.

(Gespräch mit Jitzchak Rabin, Arbeiterpartei, ehem. Ministerpräsident, heute Verteidigungsminister; in: Palästina-Protokolle, Hannover 1981)

★

,,Die Leute kennen einfach die Fakten nicht''

Da wir in den von uns verwalteten Gebieten mit eineinviertel Millionen Arabern zusammenleben, nicht eingerechnet die ungefähr 700.000 israelischen Araber, pflegen wir schon lange einen ständigen, wenngleich informellen Dialog mit der arabischen Welt. So kommen zum Beispiel täglich etwa 100.000 Araber aus Judäa und Samaria, dem Westufer und dem Gaza-Streifen, um in Israel zu arbeiten. (...)

Ich bin Oberhaupt eines Staates, von dessen Bürgern 17 Prozent Araber und Drusen sind. In Anbetracht der Probleme, mit denen wir uns in den letzten 39 Jahren auseinanderzusetzen hatten, ist die Lage der vollständig in die israelische Gesellschaft integrierten arabischen Bevölkerung vielleicht einer der größten Tribute unserer freien und demokratischen Gesellschaft.(...)

Die Leute kennen einfach die Fakten nicht. Wenn ich zum Beispiel anfange, die Koexistenz zwischen uns und den Arabern in den von uns verwalteten Gebieten zu beschreiben, oder die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel, die arabische Bürger in Israel sind, glauben uns die Menschen im Ausland einfach nicht.

Ich glaube, Europa könnte eine sehr wichtige Rolle in der Region spielen, aber es muß sich ihr auf der Grundlage von Kenntnissen der Situation nähern, auf der Grundlage des Wissens um die Tatsache, daß Israel auf die Araber wartet, vor allem auf Jordanien und die Vertreter der Palästinenser, um mit den Verhandlungen zu beginnen.

(Chajm Herzog, Staatspräsident Israels; aus: Frankf. Rundschau vom 16.4.87 und Jüdische Allgemeine vom 3.4.87)

★

Zur Hölle mit Gaza!

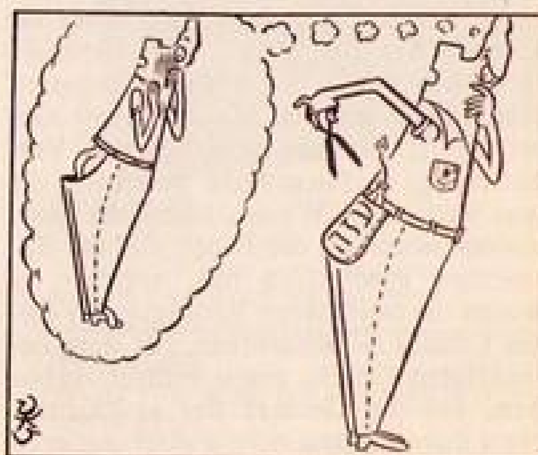
Laßt Gaza zur Hölle fahren. Es gibt keine Rechtfertigung für die Energie, die wir in die Verwaltung dieses Gebiets stecken, selbst nach dem Abbau unseres Eingreifens in den letzten paar

Zur Hölle mit Gaza!

Laßt Gaza zur Hölle fahren. Es gibt keine Rechtfertigung für die Energie, die wir in die Verwaltung dieses Gebiets stecken, selbst nach dem Abbau unseres Eingreifens in den letzten paar

Jahren. Laßt die Gaza-Leute in ihrem eigenen Saft schmoren. (Gideon Summit in ,,Ha'Aretz'', 9.12.87)

Israel kann Gaza nicht einfach verlassen, ganz gleich, was für ein Höllenloch es für die Gaza-Leute wird. Es könnte durchaus zu einem Nervenkampf zwischen uns und ihnen werden, wer mehr dabei leidet. Schließlich sind Gazas Probleme in erster Linie die der Gaza-Leute. Wenn sie sich nicht genug um ihre sich verschlechternde Situation kümmern und wenn sie nicht die Initiative ergreifen, eine Lösung auszuarbeiten, auf die Israel seine eigene Sicherheit aufbauen könnte, und wenn sie lieber weiterleiden wollen, dann soll es so sein. Aber wenn das ihre Entscheidung ist, dann kommt es darauf an, daß wir sicherstellen, daß die meisten von ihnen daran zerbrechen, bevor die meisten von uns es tun. (Josef Goell in der ,,International Jerusalem Post'' vom 26.12.87)



Aus der israelischen Tageszeitung „Haaretz" vom 9.12.87 — auf der Gesäßtasche steht „Gala".

Die Wege der Revolution in Mittelamerika

Interview mit Thomas Borge

Thomas Borge ist seit dem Sieg der sandinistischen Revolution Innenminister in Nicaragua. Nach außen hin gilt er als Sprecher der linken Fraktion innerhalb der Frente Sandinista und genießt wegen seiner Person und seiner langjährigen revolutionären Erfahrung großes Ansehen im nicaraguanischen Volk. Borge erzählt über die Gründe des Sieges der nicaraguanischen Revolution und die Niederwerfung der Somozadiktatur, die Fehler und die Lehren der Revolution aus seiner heutigen Sicht. Wird es eine weitere Revolution in Mittelamerika in El Salvador geben, und unter welchen Bedingungen findet diese statt? Wie sieht er das Leben unter der ständigen Drohung des US-Imperialismus? Diese und andere Fragen beantwortete er in einem Interview von Frederic Jameson, das wir aus der linken US-amerikanischen Zeitschrift ,,new left review'' (Nr. 164) leicht gekürzt übernahmen.

wo./Hamburg

Die Revolution in Nicaragua ist gänzlich anders als die auf Cuba. Wir wissen, daß ihr den Begriff Sandinismus anstelle von Sozialismus benutzt. Ist die Einzigartigkeit des Sandinismus nur eine Frage der eigenen Geschichte, die jede Nation besitzt?

Unsere Revolution ist auf den Ideen, eines Arbeiters gegründet, der sowohl Handwerker als auch zum gutteil Bauer ist. Ideen die über die Grundlagen ihrer Zeit hinausgehen und in die Zukunft hinüberreichen. Sandino sagte zum Beispiel, daß nur die Arbeiter und Bauern den ganzen Weg der sozialen und gesellschaftlichen Veränderung gehen werden; er sagte dies, ohne jemals Marx gelesen zu haben, zu einer Zeit, als das marxistische Gedankengut Nicaragua noch nicht erreicht hatte. Marxismus ist eine bestimmte Sicht der Welt und der Wirklichkeit, er errichtet bestimmte Gesetze der geschichtlichen Entwicklung, die auch erkannt oder interpretiert werden können ohne eigentliche Kenntnis des Marxismus; etwa ähnlich einer Person, die nichts über die Gesetze der Gravitation weiß und nie etwas von Newton gehört hat, erfahren hat, daß ein Stein immer zu Boden fällt. Die Gesetze der Physik gelten unabhängig von einem theoretischen Wissen, das wir darüber haben, und das gleiche gilt für Voraussagen großer Denker über die geschichtliche Entwicklung — zumindest für solche Voraussagen, die begründet waren und aus einem gewissen Verhältnis zwischen Theorie und Praxis erwachsen sind. Wir erhielten keine umfassende marxistische Erziehung — eher sollte man

Wir erhielten keine umfassende marxistische Erziehung — eher sollte man
von einer umfassenden christlichen Erziehung sprechen. Wir waren weder isoliert von der marxistischen Theorie, noch waren wir darin bewandert.

Gerade gestern sprach ich mit Genossen der Pablo Ubeda Streitkräfte, die früher ihren kämpfenden Truppen lediglich ein sehr niedriges politisch-ideologisches Niveau bescheinigten, eben weil sie wenig Wissen über revolutionäre Theorie hatten. Ich sagte zu den Genossen: ,,Vielleicht haben sie nur ein sehr niedriges theoretisches Niveau, oder gar ein niedriges ideologisches Niveau. Aber sie bewegen sich auf einem hohen politischen Niveau''. Ich kenne Menschen, die können ganze Kapitel aus dem ,,Kapital'' zitieren, oder die Engels oder Hegel auswendig können oder Montesquieu gelesen haben, die aber nicht in der Lage sind, eine Locke ihres Haares zur Verteidigung ihrer Ideen einzusetzen. Ich spreche gar nicht vom Einsatz ihres Lebens. Aber diese Kameraden haben bewiesen, daß sie jeden Tag ihr Leben aufs Spiel setzen. Sie haben niemals Marx gelesen und haben nur eine ganz vage Vorstellung über den Marxismus; sie kennen die Bibel nicht und haben weder hegelsche Philosophie gelesen noch werden es jemals tun. Aber sie können wie die Löwen sein, wenn sie ihre Interessen verteidigen müssen. Verteidigen müssen als Teil einer Gesellschaft, die eine grundlegende Veränderung in Nicaragua bedeutet. Es war weder das Wissen über den Marxismus noch um die Bibel, das die Revolution geschaffen hat, sondern es waren die objektiven Bedingungen dieses Landes — zusammen mit dem berechtigten Glück, einen Führer zu haben, der die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung richtig interpretieren konnte, und die richtigen Formen der Organisierung, Methoden und Strategien zum Sturz der Somoza-Diktatur fand.

Natürlich hätte ein Visionär wie Carlos Fonseca nichts ausgerichtet, wenn es eine Reihe von objektiven Bedingungen zugunsten einer revolutionären Veränderung nicht gegeben hätte. Wir lebten in einem armen Land, besser gesagt in einem Land, das arm gemacht worden war, mit einer verschwindenden Industrie, und der Kapitalismus konnte sich nicht entwickeln eben aus der speziellen Bindung an die Somoza-Diktatur. Eine wilde, grausame und räuberische Familie grenzte die Zahl der Ausbeuter im Land auf die eigene Familie und ihre Freunde ein, und hielten so jeden anderen Teil der Gesellschaft davon ab, sich zum modernen Bourgeois zu entwickeln. Deshalb konnte die Bourgeoisie nicht die Entwicklung einleiten, die zu einer Veränderung wie in anderen lateinamerikanischen Ländern geführt hätte — wie beispielsweise in Mexico oder im Süden des Kontinents, wo demokratische Veränderungen von der Bourgeoisie eingeleitet wurden. Soweit sie überhaupt unabhängig von der Somoza-Clique existierte, war die Bourgeoisie abhängig von den USA, unfähig, sich selbst zu organisieren oder eine Alternative im Land zu bilden. Lediglich in letzter Minute trat eine solche Partei auf, die diesen Sektor des Bürgertums repräsentierte — aber da war es schon zu spät. Aus dieser Situation erwuchs eine breite Bewegung unter der Leitung von Carlos Fonseca — keine Bewegung, die auf einen schmalen gesellschaftlichen Teil beschränkt war, sondern die auch die Interessen der Mittelschichten und sogar der nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck brachte und sich so an die Spitze des revolutionären Wandels stellte.

Dies gibt unserer Entwicklung eine gewisse Eigenständigkeit. Da es nicht einfach war, die Anzeichen eines solchen Wandels zu sehen, haben wir von keinem sozialistischen Land außer Cuba irgendeine Unterstützung erhalten. Die Sowjetunion und andere Länder unterstützten uns nicht, weil sie dachten, daß allein die kommunistischen Parteien des lateinamerikanischen Kontinents die Repräsentanten revolutionärer Veränderung sein könnten, und es war für sie nicht möglich, anders als so zu denken. Sie hatten schon einige Erfahrungen gemacht und Ideen, die sich in von ihnen fernen Ländern entwickelten, haben sie von bestimmten Realitäten abgeschnitten. Ich möchte diese Länder nicht beschuldigen, ich beschreibe nur eine Tatsache. Hier in Nicaragua haben nicht wir, sondern die Sozialistische Partei und die nicaraguanische Kommunistische Partei die Verbindung zu den sozialistischen Ländern gehalten. Man kann einfach nicht sagen — idiotisch, diese Sprache, die dafür benutzt wird — daß die Nicaraguanische Revolution das Ergebnis des Geldes aus Moskau war. Nicht einmal die Revolutionäre in der Sowjetunion glaubten an eine revolutionäre Veränderung in Nicaragua. Warum sollten sie uns dann helfen...?

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Diktatur waren in Nicaragua anders als die Bedingungen in Guatemala oder einem anderen Land. Dann gibt es den eigenen Weg der Revolution. Offensichtlich ist die Situation in Kuba und anderen Ländern anders, und so wird es bleiben. Aber im Vergleich zu Mittelamerika, was unterscheidet Nicaragua von Honduras oder Guatemala, wo liegt die Einzigartigkeit der nicaraguanischen Revolution?

In Cuba wurde die Entwicklung durch einen Mann bestimmt, der zum entscheidenden Faktor für den revolutionären Weg seines Landes wurde; wegen seiner außerordentlichen Fähigkeiten, seiner Ausdrucksfähigkeit, seiner Ausstrahlung und seiner Vertrauenswürdigkeit. Diese verbindende Kraft war Fidel Castro. In Nicaragua geschah dies nicht — vielleicht kam Carlos Fonseca Fidel Castro noch am nächsten. Aber er starb während des Kampfes und wir mußten eine andere Art der Führung, eine kollektive Führung aufbauen. Dies ist meiner Meinung nach unser Beitrag zu den Versuchen der Volkskämpfe in Lateinamerika. Ich glaube, daß hin und wieder jeder von uns ein Fidel Castro sein wollte — aber das war offensichtlich unmöglich. So oft brachen in Lateinamerika linke Gruppen in Fraktionen auseinander, ohne eine gesellschaftliche Unterstützung, und die inneren Diskussionen, der innerorganisatorische Clinch um Positionen innerhalb der Führung wurde ein sehr schmerzhaftes und verwobenes Phänomen in der revolutionären Bewegung. Vielfach wurde diesen Auseinandersetzungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Das muß ein Teil unseres spanischen Erbes sein, denn gerade wir Lateinamerikaner streiten immerfort um Kleinigkeiten und Über- und Unterordnung. Ich erzählte den venezolanischen Revolutionären so viel darüber, und sie wurden zornig auf mich. Tatsächlich tragen sie ein Vorurteil gegen mich mit sich herum, denn ich traf mich mit der Demokratischen Allianz und den Christdemokraten — die beiden Parteien führen die Rechte an — bevor ich mich mit den Linken traf. Nicht weniger als 35 linke Parteien kamen da zusammen, und ich fragte mich: ,,Was soll ich diesen Leuten erzählen?'' Schlußendlich sagte ich: ,,Es gibt keinen Sieg ohne Einheit — Auf Wiedersehen.'' Unsere Lösung einer kollektiven Führung entstand nicht, um die Widersprüche untereinander auszuschließen — denn Widersprüche sind vorhanden —, aber um diese Widersprüche soweit einander anzunähern, auf daß sie die Revolution nicht gefährden.

Wie erklärst du eure Fähigkeit, diese Brüche untereinander zu überwinden und die kollektive Führung aufrechtzuerhalten?

Zeitweilig war die revolutionäre Bewegung in Nicaragua ebenfalls gespalten, aber dann wurde sie wieder durch die pure Notwendigkeit zusammengebracht. Wenn wir uns nicht zusammengefunden hätten, hätte die Revolution nicht siegreich sein können, und wenn wir uns heute spalten würden, fiele der Imperialismus mit der gleichen Leichtigkeit und Grausamkeit über uns her wie in Grenada. Deshalb: abgesehen von der politischen Reife, abgesehen von bestimmten Fähigkeiten, die wir von Carlos Fonseca geerbt haben, abgesehen davon, daß der gesunde Menschenverstand manchmal der beste Lehrer ist und daß das Volk Nicaraguas keine innere Reibereien dulden würde, abgesehen davon, daß wir uns all dieser Tatsachen bewußt sind — wenn wir uns spalten, fielen die Nordamerikaner sofort über uns her und würden uns in Stücke reißen. Falls es heute irgendjemanden geben sollte, der diese Einheit lieber nicht wollte, die Wirklichkeit würde ihn sofort lehren, daß eine solche Einstellung und solche Ansicht der Vernichtung der Revolution gleichkäme.

Wenn wir die kollektive Führung befürworten und die Aufhebung des Caudillismus, heißt dies in keiner Weise, daß wir die Organisationsformen und die entschiedene Führung Fidel Castros kritisieren. Denn für diese besonderen Umstände ist diese Führung das naheliegendste und meiner Meinung nach notwendig.

Ein weiterer grundlegender Unterschied zwischen Cuba und Nicaragua ist, daß in Nicaragua die Führer der Revolution und die Christdemokraten sehr frühzeitig Kontakt zueinander hatten. Schon lange vor der Revolution, ungefähr 1968, hatten wir einen ersten Kontakt mit kirchlichen Führern in Nicaragua. Von da an entwickelte sich ein Verständnis oder sogar ein 'Bund' mit dem christlichen Sektor — in Fragen der Moral und sogar der politischen Werte — dies war ein sehr großer Unterschied zu den revolutionären Prozessen in Mexico, und ganz zu schweigen von Rußland und Cuba. In Cuba waren beispielsweise die meisten Priester Spanier und reaktionär; der eine oder andere zeigte sich fortschrittlich, aber im großen und ganzen war der ganze Klerus reaktionär. So kam der Moment, an dem sie mit der Revolution aneinander gerieten und sich selbst dem CIA andienten. Die Cubaner sammelten sie alle ein, setzten sie in ein Boot und schickten sie in ihre Heimat zurück.

Im Gegensatz dazu sind in Nicaragua die Hälfte aller Priester hier geboren, und einige ausländische Priester unterstützten die Revolution, beeinflußt von der Theologie der Befreiung. Es ist kein Zufall, daß eine ganze Reihe von Priestern führende Positionen in der Regierung und im politischen Leben einnehmen, wie es auch kein Zufall ist, daß bei uns die Todesstrafe vergessen ist. Es ist die erste Revolution in der Welt, in der die Todesstrafe nicht gegen solche verhängt wurde, die für die Ausbeutung und die Grausamkeiten gegen das Volk verantwortlich waren. Das ist kein Ergebnis des Marxismus, oder entspringt auch nicht der Lektüre des Anti-Dühring, sondern ist durch den Einfluß des Christentums begründet.

Ein anderer Unterschied ist, daß der Sozialismus in Cuba sehr bald nach dem Sieg errichtet wurde — daß bedeutet, daß die grundlegenden Sektoren der Produktion in der Hand des Staates liegen. In Nicaragua haben wir, vor allem unter dem Diktat der Wirklichkeit, keinen Sozialismus errichtet, sondern haben eine sogenannte gemischte Wirtschaft; die Mittel der Produktion befinden sich teilweise in den Händen des Staates, und teilweise in privaten Händen. Weiterhin gibt es eine ganze Reihe von politischen Parteien, während es in anderen Ländern nur eine gibt. Natürlich ist unsere gemischte Wirtschaft nicht von derselben Art wie die gemischte Wirtchaft in Costa Rica, denn dort hält die Bourgeoisie die entscheidenden Hebel der Ökonomie in den Händen. Im Gegensatz dazu ist die Bourgeoisie in Nicaragua heutzutage von zweiter Bedeutung. Aber sie ist nicht aus dem Weg geräumt, und das planen wir auch nicht. Wir haben sogar dafür gesorgt, daß die Bourgeoisie als ökonomische Kraft weiterhin besteht. Gleichzeitig übt das politische Element einen Einfluß derart aus, daß die Bourgeoisie sich nicht damit abfindet, die Macht verloren zu haben, und kämpft daher mit all ihren Mitteln — einschließlich der ökonomischen Mittel, die sogar die ganze Ökonomie als ganze bedrohen. Natürlich ist der Bourgeoisie dies nicht zufällig ermöglicht worden, die ökonomischen Anreize für sie sind vielleicht sogar größer als für die Arbeiter. Wir waren

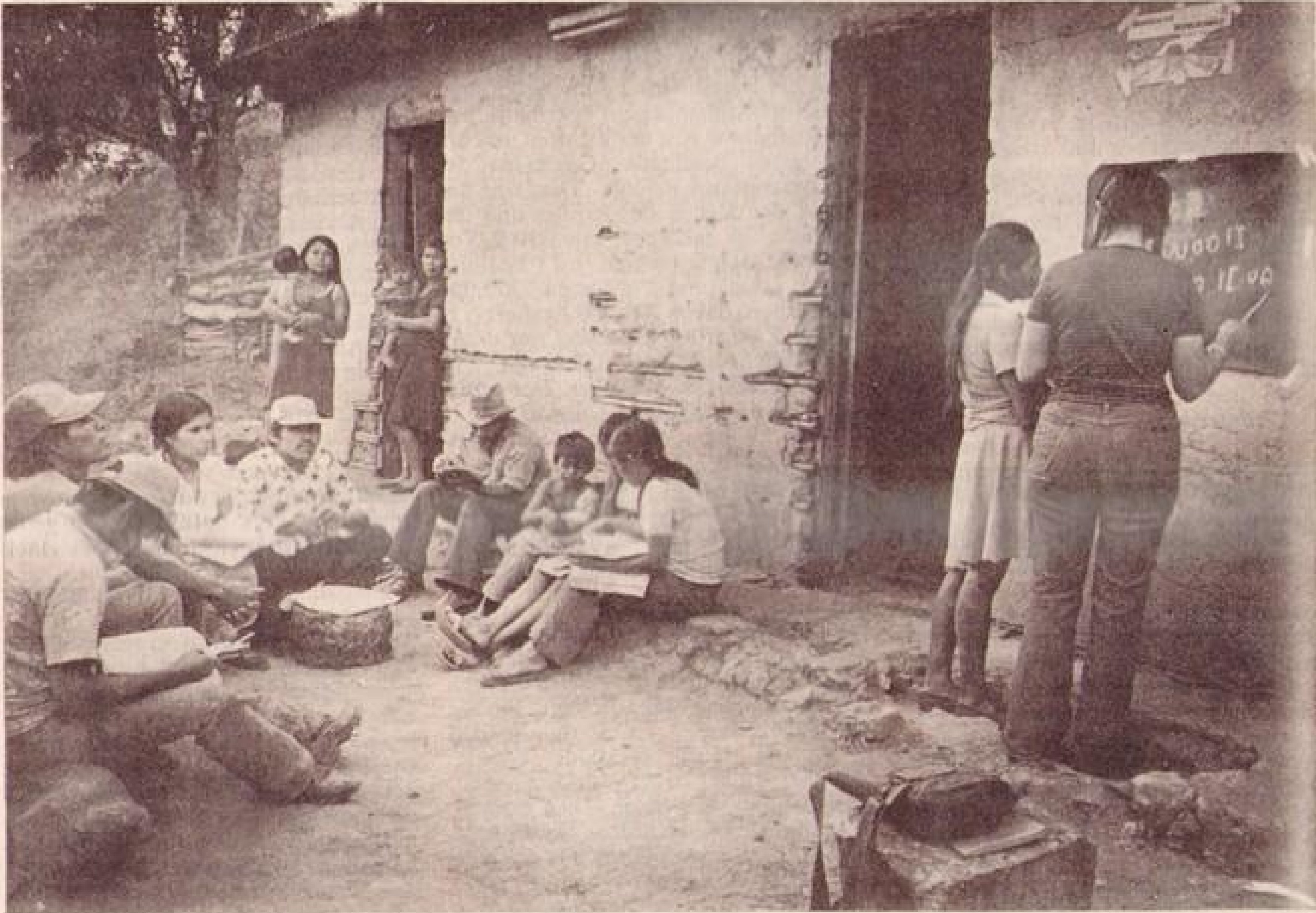
Anreize für sie sind vielleicht sogar größer als für die Arbeiter. Wir waren
sogar aufmerksamer gegenüber der Bourgeoisie als gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft, als wir auf die ökonomischen Möglichkeiten zurückgriffen.

Wir haben die Arbeiterschaft geopfert gegenüber der Ökonomie als Teil eines strategischen Planes; aber die Bourgeoisie widersetzt sich weiterhin, boykottiert teilweise die Ökonomie wegen ihrer politischen Interessen. Nichtsdestoweniger gibt es starke private Sektoren, die ohne große Probleme überleben; ich möchte nicht sagen, daß sie gar keine Probleme hätten, aber sie haben keine größeren mit der Revolution.

Was wird geschehen, wenn es eine revolutionäre Veränderung in El Salvador oder in Guatemala gibt? Das wissen wir zur Zeit nicht. Aber ich denke, daß die große indianische Bevölkerung in Guatemala von hoher Bedeutung sein wird, genauso wie die lange Geschichte der Gewalt in diesem Lande. Vielleicht haben sie dort weniger Probleme wegen ihrer Grenze zu Mexiko. Vielleicht auch nicht: wir wissen ja nicht, wie weit die Bourgeoisie gehen wird, wenn sie unter dem Druck des Imperialismus steht.

In El Salvador, einem kleinen Land mit einer sehr erfahrenen revolutionären Bewegung und einem Volk mit einer außergewöhnlichen Geschichte, wird die Revolution — das ist eine Vermutung von mir — wesentlich radikaler sein als in Nicaragua, und es werden einige wenige Köpfe rollen. Vielleicht wird dies auch nicht der Fall sein, beeinflußt von unserem Beispiel. Wir wissen, daß die Revolutionäre in El Salvador mit ihren gefangenen Soldaten sehr großmütig gewesen sind: sie sorgen für sie, sie mißhandeln sie nicht; das ist eine sehr wichtige Sache in einem revolu-

Fortsetzung nächste Seite



Alphabetisierungskampagne 1980

Alphabetisierungskampagne 1980

Fortsetzung von vorheriger Seite

tionären Prozeß. Sie haben auch ein sehr gutes Verhältnis zur Bevölkerung. Meiner Ansicht nach ist es die Schwierigkeit, eine Einheit in der revolutionären Bewegung herzustellen, die den Prozeß der Veränderung in diesem Land aufgehalten hat.

Der Feind ist sehr eindeutig und sehr gewalttätig in El Salvador. Zeitweise bestand die imperialistische Strategie darin, die bewaffnete Bewegung und die sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen auszuradieren. Obwohl sie mit der Zerstörung der bewaffneten Bewegung nicht erfolgreich waren — tatsächlich erlitt die Armee El Salvadors einige ernsthafte Schläge — trafen sie die Massenbewegungen sehr stark, und trafen so das ergänzende strategische Element, um eine Veränderung in diesem Land zu erreichen. Erst in den letzten paar Monaten gab es für die Massenbewegungen eine gewisse Erholung; das ist sehr wichtig und gegenwärtig nicht mehr aufzuheben, denn dies ist ein Teil der US-Strategie in El Salvador. Ihre Vorstellung von einer Allianz zwischen Duarte und den militärischen Teilen beinhaltet eine notwendige Öffnung: d.h. es müssen Zugeständnisse gemacht werden, und diese wiederum machten die Entwicklungen für die Massenbewegungen möglich. So schmieden sie als Teil ihrer eigenen Strategie das Messer, das sie ins Herz treffen wird. Sie können dies nicht vermeiden, denn so sind die Gesetze der Geschichte. Der gegenwärtige Kurs der Veränderug in El Salvador wird vom Charakter der Allianz abhängen: die Sozialdemokratie hat z.B. einen sehr starken Einfluß. Aber die revolutionäre Bewegung kennt unsere Erfahrungen sehr gut und wird aus den eigenen Erfahrungen heraus weniger Fehler als wir machen. Sie stehen einer sehr vielschichtigen Situation gegenüber: einer Bourgeoisie, die entwickelter ist, besser ausgebildet, schlauer und grausamer als in Nicaragua. Aristokratischer, könnte man sagen. Unsere Bourgeoisie war mittelmäßiger, schwachsinnig, ohne Gespür, während sie in El Salvador nicht unreif geboren ist als ein geistig zurückgebliebener Zwerg; sie hat sich normal entwickelt. Das macht alles noch viel gefährlicher.

Du hast über die Bourgeoisie gesprochen, und normalerweise setzt eine entwickelte Bourgeoisie ein entwickeltes Proletariat voraus. Du sagst weiterhin, daß Sandino Ähnlichkeiten mit den Bauern, den Handwerkern und den Arbeitern hatte. Meine Frage richtet sich auf Grundsätze über die Klasse und die Kultur. Ich kann in der nicaraguanischen Revolution keine populäre Sprache der Bauern sehen, die in irgendeiner Weise die Gestalten des Bauern erhöht ...

deiner Weise die Gestalten des Bauern erhöht ...

Was geschah, nachdem Sandino 1934 erschossen wurde? Es gab eine Welle der Gewalt, die sich hauptsächlich gegen die Bauernschaft richtete, die ihrerseits Sandino den größten Rückhalt gegeben hatte. Das war der Anfang einer Zeit der Barbarei und der Passivität im Volkskrieg überhaupt. Die Bauern wurden umgebracht, entmachtet. Sie waren vorher schon ein politisch und kulturell rückständiger Sektor, der auf ein höheres politisches Niveau des Kampfes durch die Umstände der Zeit und Sandinos vereinigende Macht und Ausstrahlung gebracht wurde. Die Bauern wehrten sich nicht, als ihnen das Land fortgenommen wurde, denn die einzige Organisation war von Sandino aufgebaut worden. Er baute Kooperativen mit ehemaligen Kämpfern auf, er plante, diese Kooperativen im Norden Nicaraguas weiter auszubauen. Aber sie wurden mit Feuer und Schwert ausgerottet, als die Nationalgarde nicht nur die Armee des Landes wurde, sondern auch Polizei, Gefängnis und Partei. Erinnere dich, daß die Bauern im großen und ganzen konservativ waren, so daß sogar das politische Instrument, obwohl es ihre Interessen nicht ausdrückte, aber unter seinem Banner gruppierte, doch zweitrangig war. Die Konservative Partei wurde die Partei, die gegen die regierende liberale Oligarchie stritt, die tatsächlich durch den politischen und militärischen Apparat der Nationalgarde agierte. Die liberale Partei war nicht mehr als eine Maske, die die Macht der Somozadiktatur verbarg.

Als die Guerillagruppen die Saninistische Front auf dem Land errichteten, zogen sie nur wenige Teile der Bauernschaft in den Kampf. In einem langandauerndn Krieg, wie er sich in China entwickelte, hätten sie viellleicht die große Masse als grundsätzlichen Träger der revolutionären Veränderung hineingezogen. Aber in Nicaragua waren die Widersprüche folgendermaßen: Der gordische Knoten der Widersprüche wurde durchschlagen, als die Somozadiktatur hauptsächlich den städtischen Aufständen gegenüber stand. Die Aufstände auf dem Land waren nur ein ergänzendes Element, sie bezogen bei weitem nicht die ganze Bauernschaft mit ein. Erst nach dem revolutionären Sieg wurden die Bauern kämpferischer aufgrund der institutionellen und politischen Maßnahmen der Revolution, die Agrarreform und der anderen Veränderungen auf dem Land.

In der ersten Etappe wurden die Ländereien Somozas und die seiner Kumpane als Teil eines falschen Planes vom Staat übernommen — dieser Plan sah damals revolutionär aus. Aber der Staat hatte weder die verwaltungsmäßigen Fähigkeiten noch die nötige Maschinerie, um diese Ländereien zu be-



wirtschaften, tatsächlich begannen sie zu verfallen. Erst später haben wir diesen Fehler bemerkt und begannen, das Land an die Bauern zu verteilen. Heute gibt es ganze Regionen im Land — Rio San Juan z.B. als jünstes verwirklichtes Beispiel — in denen das ganze Land an einzelne oder Kollektive der Bauern

tes Beispiel — in denen das ganze Land an einzelne oder Kollektive der Bauern

verteilt ist. Das gibt ihnen eine wichtigere Rolle, aber sie sind nicht — und werden es auch niemals meiner Meinung nach sein — die hauptsächlich treibende Kraft für Nicaraguas revolutionäre Veränderungen.

Um auf die Arbeiterklasse zurückzukommen: Ich denke, daß eine unterentwickelte Arbeiterklasse Hand in Hand geht mit einer unterentwickelten Bourgeoisie. Hier gab es keine Industrialisierung, die es möglich gemacht hätte, daß sich eine Arbeiterklasse oder eine wichtige Arbeiterpartei entwickelte. Die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei, obgleich vermutlich aus der Arbeiterklasse entstanden, vertrat tatsächlich die Interessen und Forderungen eines Sektors, der erst kurz in die Industriearbeit eingetreten war, bäuerlicher Abstammung und ohne proletarische Traditionen. Weder wußten sie wie noch konnten sie sich als Vorhut des Kampfes ihrer eigenen Klasse sehen. Die Sandinistische Front entwickelte sich als eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte. Aber sie bringt auch die Interessen anderer Sektoren zum Ausdruck, die der Mittelschichten, der Handwerker und auch der Bauern, und ist so eine Vorhutorganisation der historisch und traditionell ausgebeuteten Teile der Gesellschaft in unserem Lande. Nehmen wir an, wir hätten ein mechanistisches Konzept der Sandinistischen Front als „Vorhut" der Arbeiterklasse, so könnte man sagen, daß wir die „Vorhut" der politischen; ideologischen und materiellen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen und nicht die der Arbeiterklasse als in sich organisierter Teil der Gesellschaft. Genauso bringt die Front die Interessen weiterer Klassen, wie die der Bauern und der Handwerker, wie auch der breiten Mittelklasse und von Teilen der nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck.

Könntest du bitte etwas sagen über die verschiedenen Stadien der Revolution nach dem Fall der Diktatur? ...

Erst gab es das Stadium der „Flitterwochen", als viele meinten, dies sei keine Revolution und einige Elemente der Bourgeoisie, wie z.B. Alfonso Robela, Mitglieder des Regierungsrates waren. Dies erklärt auch, warum La Prensa anfangs sandinistisch war; warum die Bourgeoisie uns hochleben ließ und uns Einladungen zu allen Parties schickte; warum die Mädchen der Bourgeoisie uns so herrlich anstrahlten, sogar leidenschaftlich. Sie dachten, wir wollten lediglich die Demokratie einführen, eine nette kleine Armee und Polizei aufbauen ... wer weiß, was sie dachten?

Wir erwarteten einen Angriff des Imperialismus und wußten, daß wir deshalb eine Armee aufbauen mußten, Verteidigungskräfte, starke Sicherheitsorgane. Wir wußten, daß sie uns angreifen würden, von Beginn an. Wir wußten, daß es einen Klassenkampf in unserem Lande geben würde. Wir wußten, daß diese lächelnde Bourgeoisie erst ein wenig ernst, dann sehr ernst, schließlich finster dreinblickend

sie erst ein wenig ernst, dann sehr ernst, schließlich finster dreinblickend

werden würde. So mußten wir einen Apparat errichten, falls die Widersprüche zunehmen, aufdaß wir mit ihnen fertig würden. Wir wußten, daß wir die Massen würden organisieren müssen und daß die Massen in unserem Land zwar etwas zurückgeblieben, aber mit einem revolutionären Instinkt ausgestattet sind und daher sehr aggressiv gegenüber den Teilen sein würden, die gegen den revolutionären Wanel sind. Wir wußten auch, daß jede Handlung in dieser Situation unweigerlich ihre politischen Kosten haben würde.

Meiner Ansicht nach ergab sich eine neue Etappe nach dem Tode des Jorge Salazar. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Spielregeln festgelegt, und es erwies sich, daß es ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der Bourgeoisie und der Revolution wird. Es gab schon einige Warnsignale. Ganz sachte widersetzten sie sich der Alphabetisierungskampagne und sagten, daß diejenigen, die weder lesen noch schreiben konnten, das Recht haben, so zu bleiben, und daß sie niemand zu etwas anderem zwingen könne. Als kulturelle und ideologische Konflikte ausbrachen, haben sie sich politisch organisiert und öffentliche Zusammenstöße mit den Massen inszeniert, und alles den Regierungsstellen angelastet. Diese Widersprüche wurden laufend schwerwiegender, aber ohne jede soziale Basis, und wir machten eine Reihe von Fehlern in der Vorwahlzeit.

Arturo Cruz leitete eine Gruppe namens Coordinadora Democrática, die in die Öffentlichkeit ging, aber niemanden interessierte. Dann begannen einige Menschen mit einer Dummheit, die der Sache nicht wert war, auf diese Gruppe Steine zu werfen. Vier Niemande in einem Kiosk oder einem viertklassigen Kino in Chinadega oder Matagalpa, und sie begannen sie zu steinigen. Natürlich landete jeder Stein, der auf Arturo Cruz geworfen wurde, nicht auf seinem Kopf, sondern in den Schlagzeilen der großen US-amerikanischen Tageszeitungen, mitten hinein in die Pressekampagne gegen die Revolution. Und diese Steine landeten auch in Europa. Ich sagte ihnen: „Hört damit auf!" und schickte Polizei, um sie zurückzuhalten. Aber was sollte die Polizei tun, besonders da sie, wie ich wußte, selbst einen ziemlichen Drang hatte, Arturo Cruz mit Steinen zu bewerfen? Es war eine sehr schwierige Situation, als diese zweite Etappe mit den Wahlen endete. Dies war ein politischer Kampf, während dem wir viele Fehler machten, besonders weil tatsächlich eine übergroße Mehrheit der Nicaraguaner für die Sandinistische Front stimmten, fast 70 %. Ein Teil der Gesellschaft enthielt sich und ein anderer unterstützte die traditionellen Parteien, aber das war die absolute Minorität. Ich denke, daß dies der Zeitpunkt war, zu dem sich das Land institutionalisierte, ein Prozeß, der seinen Höhepunkt in der Verabschiedung der Verfassung fand.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit moderner Revolutionen betrifft das Konzept der Entwicklung, die sowjetische Vorstellung von der Entwicklung einer Schwerindustrie. Wie siehst du das Problem in Nicaragua? Welche Opfer erfordert es, eine Schwerindustrie zu entwickeln anstelle anderer Bereiche?

Wir machten den anfänglichen Fehler, die Normalität in Nicaragua zu finanzieren, stattdessen hätten wir alle Quellen für die Entwicklun nach dem Sieg der Revolution nutzen sollen. Die psychologische Situation war für ein Gürtel-enger-schnallen gegeben, so daß jeder und jede für die Nahrung hätte arbeiten müssen, aber stattdessen wollten wir, daß alles normal sei.

Ich denke, das war eine kleinbürgerliche Vorstellung. Um die Normalität aufrechtzuerhalten, subventionierten wir den Transport, die Lebensmittel, die Erzeuger, jederman, und alles Geld, das wir erhielten, wanderte in die Zuschüsse statt in Investitionen. Nun zahlen wir den Preis für diesen Fehler. Wenn wir alle Ressourcen für kurzfristige Entwicklungsprojekte genutzt hätten, die gleichzeitig eine Grundlage für längerfristige Projekte gelegt hätten, bis hin zur Entwicklung einer Schwerindustrie, ständen wir heute anders da. Ich meine, es war so, als wenn jemand eine Schenkung von einer Million Pesos erhält, und anstatt ein Geschäft aufzubauen oder es irgendwo zu investieren alles aufißt. Das ist genau das, was wir taten. Man teilt es glücklich aus, und das taten wir auch.

Der Augenblick kam, als die US-Aggression ein solches Ausmaß erreichte, daß wir gezwungen waren, unsere Ressourcen zur Verteidigung des Landes aufzuwenden. Dies fiel mit der weltweiten Krise der Ökonomie zusammen und mit einer Zunahme unserer Außenschuld (5 Mrd. US-Dollar), denn ein großer Teil unserer Rücklagen wurde uns nicht gegeben, sondern ge-

denn ein großer Teil unserer Rücklagen wurde uns nicht gegeben, sondern ge-

liehen. Das sadistische System des ungleichen Tausches wurde immer bedrängender, und wie jederman weiß, unsere Probleme wurden ernster als zuvor. Darüber hinaus hat eine offene, freie Ökonomie ohne durchgreifende Kontrollmechanismen zur Spekulation, zum Hamstern, zum Schwarzmarkt und zu größeren Umverteilungen geführt, die die ärmsten Teile der Gesellschaft trafen. Die Produktion hat nicht zu-, sondern abgenommen. Wir haben heute weniger als früher, und eine größere Bevölkerung zu ernähren, zu erziehen, unterzubringen, zu kleiden usw.

Der Krieg hat auch einen immer größeren Teil unserer Gedanken beansprucht. Wenn jemand einen Tisch fabriziert und ein anderer schlägt ihm auf den Kopf, ist derjenige natürlich mehr mit den Schlägen beschäftigt als mit dem Tisch. Andererseits lernen wir in Praxis, daß es möglich ist, sich auch mit der Produktion zu befassen. In der letzten Zeit traf sich die Führung des Landes des öfteren, um die wirtschaftlichen Probleme zu besprechen, und die erste Aufgabe ist, die Ordnung herzustellen, Zusammenhänge und eine wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen. Wir müssen mit der wenigen ausländischen Währung sorgsam umgehen; unsere begrenzten Möglichkeiten müssen gemäß den richtigen Prioritäten verteilt werden, damit nicht weiter gesagt werden kann, daß wir keine Strategie für die Entwicklung hätten. Unser Ziel muß eine Strategie des Überlebens sein, bei der die Idee der Entwicklung nicht fremd ist.

Ist die Landwirtschaft in Nicaragua nicht reich, und kann sie nicht entgegen den Tagen der Diktatur die Menschen versorgen, ohne zu importieren? Habt ihr Monokulturprobleme wie in Cuba?

Momentan können wir die Bevölkerung nicht allein mit unseren Ressourcen ernähren. Ein großer Teil unserer Produkte wandert in den landwirtschaftlichen Export, aber einige davon sind unwirtschaftlich. Die letzte Baumwollernte brachte uns zum Beispiel weniger, als wir investierten.

Kaffee ist profitabler aufgrund besserer Konditionen. Wir haben keine Monokultur, da wir eine ganze Reihe von Produkten herstellen, aber wir haben auch keine große Vielfältigkeit.

Seid ihr beim Verkauf eurer landwirtschaftlichen Produkte mit dem externen Markt fertig geworden?

Normalerweise müssen wir für den Export arbeiten, denn das bringt ausländische Währung. Wir müssen unsere Märkte diversifizieren, und die wirtschaftliche Aggression der USA zwang uns, neue Absatzmärkte zu suchen, einschließlich der sozialistischen Länder, über unseren besten natürlichen Markt in Nordamerika hinaus. Die Produktion an Saatgut ist noch nicht ausreichend, um Engpässe zu überwinden, die teilweise durch ausländische Hilfe wettgemacht werden. Wir erhalten Weizen, manchmal Reis, manchmal Mais, aber nie genug, um unsere Lebensmittelprobleme zu lösen. Man muß auch bedenken, daß es einen großen Teil unregistrierter Produktion gibt, so daß die statistischen Angaben für Mais oder Bohnen ein Gutteil unter dem gegenwärtigen Output liegen. Wir registrieren lediglich private oder staatliche Farmen ab einer bestimmten Grenze, nicht die Kleinproduktion von Tomaten, Mais oder Gemüse. Solche Produkte sind sehr teuer, aber es gibt sie.

Die Knappheit ist nicht so groß, daß man sagen kann, das Volk von Nicaragua hungert. Es gibt jedoch ein unglaubliches Ungleichgewicht zwischen den Preisen und den Einkommen: Die Menschen verdienen sehr wenig, aber die Güter im Verkauf sind sehr teuer. Ich weiß nicht, wie — vielleicht über einen gut entwickelten informellen Sektor und ein großes Maß an familiärer Solidarität — die Menschen genug Geld haben können, um die Dinge zu kaufen, die sie brauchen. Ein Soldat im Innenministerium verdient gerade 35.000 Cordobas und seine Familie stirbt nicht Hungers. Ich weiß nicht, wie sie das machen. So fragte ich z. B. Captain Maria de Lourdes Castro: „Was machst du, um zu überleben?" Und sie antwortete: „Mein Vater hilft uns." So begann ich herauszufinden: Die Menschen überleben, indem sie stehlen — das Klopapier aus den Büros oder das Papier, um Übungshefte zu machen oder Bleistifte und andere Dinge, die sie verkaufen. Manchmal können sie da ein ansehnliches Einkommen haben. Aber die Wahrheit ist, daß es eine gewisse Verteilung des Reichtums gibt, mitten zwischen den Schwierigkeiten und den Protesten.

Pax Americana — Koreas blockierte Unabhängigkeit, Teil III

Vom „Ausnahmezustand" zur „Konfrontation mit Dialog"

von Rainer Werning

Vom „Ausnahmezustand" zur „Konfrontation mit Dialog" (1971-1979)

„Soziale Unruhe aller Art, welche die nationale Sicherheit gefährdet, wird nicht geduldet und alle Unruheelemente werden beseitigt. Verantwortungslose Diskussionen über Fragen der nationalen Sicherheit müssen unterbleiben. Zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit muß jeder Bürger willig seinen Anteil beisteuern und getreulich seine Pflicht erfüllen. Jeder Bürger muß bereit und entschlossen sein, schlimmstenfalls im Interesse der nationalen Sicherheit einen Teil seiner Freiheit zu opfern."

Dies waren die Kernsätze einer Erklärung, mit der der südkoreanische Präsident Park Chung Hee im Dezember 1971 den „nationalen Notstand" ausrief. Im Oktober 1972 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt und das Kriegsrecht verhängt. Mit dieser „Roßkur" wurden Proteste gegen das Wirtschaftsmodell mit seinen extrem hohen Kosten für die Masse der Bevölkerung und politische Demonstrationen der parlamentarischen Opposition für ein gelockertes Verhältnis zu Pjöngjang ausgeschaltet.

Wenngleich die Neue Demokratische Parte (NDP) unter Kim Dae Jung außer der Aufnahme von Wiedervereinigungsverhandlungen mit dem Norden — ein für damalige südkoreanische Verhältnisse außergewöhnlicher Fortschritt — keinen grundlegenden Kurswechsel steuerte, hatte sie doch mit der Unterstützung eines Teils der Presse bei den Präsidentschaftswahlen (April 1971) einen beachtlichen Erfolg errungen. Ihr gelang es, die bisherige Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei DRP (Demokratisch-Republikanische Partei) zu brechen und damit künftige Verfassungsänderungen zu beeinflussen. Für Park war das trotz massiver Wahlfälschungen ein Affront gegen die „nationale Sicherheit", wie die Regierung sie verstand. Kim Chul, Vorsitzender der Sozialistischen Partei (USP), wurde im August 1971 wegen Verstoßes gegen das „Antikommunismusgesetz" verhaftet. Sein Vergehen

Vorsitzender der Sozialistischen Partei (USP), wurde im August 1971 wegen Verstoßes gegen das „Antikommunismusgesetz" verhaftet. Sein Vergehen

bestand darin, die Anerkennung Nordkoreas als ersten Schritt gemeinsamer politischer Verhandlungen gefordert zu haben. Ebenfalls ermittelte der Geheimdienst KCIA gegen die Herausgeber und Journalisten angesehener Seouler Tageszeitungen.

Anläßlich der Präsidentschaftswahlen hatte die KVDR (Koreanische Volksdemokratische Republik) einen neuerlichen Versuch unternommen, in gemeinsamen Gesprächen Fragen und Probleme der Wiedervereinigung zu diskutieren. Der von ihrem Volkskongreß einstimmig beschlossene 8-Punktevorschlag beinhaltete als zentrale Forderung die Regelung der koreanischen Frage durch das Volk selbst, ohne ausländische Eimischung. Da die parlamentarische Oppositioan in Südkorea die Regierung mit ähnlichen Forderungen bedrängte, sah Park sich zum Handeln gedrängt. An die Adresse des Nordens richtete er als Antwort eine Gegenforderung — Seoul würde einer Beteiligung der KVDR an der alljährlichen UN-Debatte über Korea nur zustimmen, wenn Pjöngjang die das ganze Land betreffende Kompetenz und Autorität der UN anerkenne. Die KVDR fuhr eine Retourkutsche und nannte Parks Vorschlag einen „Schwindel". Am 6. August 1971 unterbreitete Präsident Kim Il Sung nochmalig ein Angebot, das ein Treffen mit



Diktator Park

sämtlichen Parteien Südkoreas vorsah, auf dem Fragen der nationalen Wiedervereinigung besprochen werden sollten. Knapp eine Woche später schlug Doo Sun Choi, Präsident des südkoreanischen Roten Kreuzes, dem Roten Kreuz Nordkoreas die Aufnahme direkter Verhandlungen vor, was Pjöngjang innerhalb von zwei Tagen akzeptierte.

Während beide Rot-Kreuz-Delegationen vorbereitende Gespräche führten, ließ Seoul im November 1971 durch seine Delegation den Wunsch nach einem Treffen in Panmunjom durchblicken, das Politiker unabhängig von den Rot-Kreuz-Verhandlungen durchführen sollten.

Am 4. Juli 1972 schlug die in beiden Hauptstädten gleichzeitig bekanntgegebene „Gemeinsame Süd-Nord-Erklärung über die friedliche nationale Wiedervereinigung" wie eine Bombe ein. Auf der koreanischen Halbinsel schien nach Jahren bitterster Feindschaft ein Prozeß der Enteisung einzusetzen. In der Erklärung hieß es: *„Beide Seiten einigten sich über folgende*



Bürgerliche Oppositionelle und Rivalen Kim Young Sam (links) und Kim Dae Jung (rechts)

Bürgerliche Oppositionelle und Rivalen Kim Young Sam (links) und Kim Dae Jung (rechts)

Prinzipien der Wiedervereinigung des Vaterlandes: Erstens: Die Wiedervereinigung soll unabhängig, d.h. ohne sich auf eine fremde Macht zu stützen, noch mit deren Einmischung erreicht werden. Zweitens: Die Wiedervereinigung soll mit friedlichen Mitteln, d.h. ohne Waffeneinsatz der einen Seite gegen die andere verwirklicht werden. Drittens: Die große nationale Einheit soll vor allem durch ein gemeinsames Nationalgefühl gefördert werden, ungeachtet der Unterschiede der Ideologien, Ideale und Systeme. Beide Seiten kommen überein, sich von der Verleumdung der anderen Seite und von bewaffneten Provokationen, kleinen oder großen, zurückzuhalten und darauf hinzuwirken, Zwischenfälle durch unerwartete militärische Konflikte zu vermeiden, damit die Spannung zwischen dem Norden und dem Süden überwunden und eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden kann."

Die Erklärung war von Kim Yong Ju, Direktor des Ministeriums für Organisatorische Führung in Pjöngjang, und auf südkoreanischer Seite von Lee Ju Rak, dem Chef des Zentralen Nachrichtendienstes (KCIA), unterschrieben worden. Gleichzeitig wurde vereinbart, die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen zu fördern, einen Erfolg der Rot-Kreuz-Gespräche herbeizuführen, zwischen beiden Hauptstädten einen „heißen Draht" zu schaffen und die drei gemeinsamen Prinzipien durch ein noch aufzubauendes Nord-Süd-Koordinationskomitee zu verwirklichen.

Gleichsam am 4. Juli 1972 gaben Lee Hu Rak und Präsident Park Chung Hee eine Pressekonferenz, auf der Lee Seouls Haltung folgendermaßen charakterisierte: *„Wir eröffnen nunmehr eine Phase der Konfrontation mit Dialog und trennen uns von einer Phase, in der die Konfrontation einen Dialog ausschloß. Doch dieser Dialog zwischen zwei gänzlich verschiedenen Systemen mit völlig unterschiedlichen Ideolgien ist äußerst schwierig. Diese Phase der Konfrontation mit Dialog ist vielleicht schwieriger als jene der Konfrontation ohne Dialog." „Die totale Sicherheit"* (Südkoreas; R.W.), so Lee weiter, *„ist notwendiger als jemals zuvor, um diesen Dialog zu stützen".*

Park seinerseits würdigte die „Gemeinsame Erklärung" als *„ein Ereignis von großem historischen Rang, mit dessen Hilfe die 24jährige Teilung überbrückt (...) werden kann."* Bereits eine Woche später, nachdem sein Verteidigungsminister kategorisch eine gemeinsame Truppenreduzierung in Nord und Süd ablehnte, rief der Präsident in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die Kommandeure aller Waffengattungen zu „äußerster Wachsamkeit" auf, was sich wieder einmal als Vorgriff auf die Verschärfung der innenpolitischen Repression herausstellen sollte.

Zwar liefen die Nord-Süd-Kontakte nach Verhängung des Kriegsrechts in Südkorea weiter. Eine Aussicht auf einen Durchbruch im Sinne der „Gemeinsamen Erklärung" bestand aber nicht. Am 23. Juni 1973 veröffentlichte Park die „7-Punkte-Deklaration für friedliche Wiedervereinigung". Darin machte er noch einmal die Grundhaltung seiner Regierung zur Koreafrage deutlich: die Koexistenz zweier selbständiger Staaten einer Nation. Noch am Abend desselben Tages antwortete Kim Il Sung mit einem „5-Punkte-Vorschlag zur Wiedervereinigung", in dem er sich gegen die verewigte Teilung des Landes aussprach. Statt dessen schlug er einen gemeinsamen Beitritt beider Teilstaaten (vorbehaltlich der vollständigen Wiedervereinigung) zu internationalen Organisationen unter der Bezeichnung „Föderative Republik Koryo" vor.

Die „Alles-oder-Nichts"-Verhandlungsstrategie des Nordens ließ ein Abrücken von seinen Maximalforderungen nicht zu. Auf Regierungsebene war demnach die Chance, zu politischen Ergebnissen zu kommen, so gut wie aussichtslos. Nordkoreas spätere Forderung, eine Nationalversammlung mit Vertretern beider Seiten einzuberufen sowie das Nord-Süd-Koordinationskomitee mit Repräsentanten sämtlicher gesellschaftlich relevanter Gruppen zu reorganisieren, stieß in Seoul auf Ablehnung, da es seine „lebensnotwendige Sicherheit" mit der Bindung an und Unterstützung durch die USA identifizierte. Seit August 1973 warf Park dem Norden wiederholt vor, unaufrichtig zu sein, die Revolution und Machtübernahme im Süden anzustreben, wobei er sich lediglich des Dialogs als Aushängeschild bediene. Um weitere Unruhe im Süden zu vermeiden, so das „staatstragende" Argument Parks, sei es notwendig, den Dialog zu beenden. Der unerwartete Nixonbesuch in der Volksrepublik China dürfte ihn auch bewegt haben, sich der neuen Lage in Ostasien durch eine — wenngleich nur kurze — Geste der Entkrampfung anzupassen.

Kwangju — Das Ende eines Mythos (1980-)

Die Kriegsrechtsjahre dienten als eisernes Korsett der generalstabsmäßigen Industrialisierung, die ein immer weiteres Auseinanderklaffen von Wachstum und Verteilung in Kauf nahm. Da Park ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis zur Maxime seines Regimes erhoben und darin den Schlüssel für die „Erneuerung" / „Wiederbelebung" (Yushin) erblickt hatte, mußten steigende Einkommensungleichheiten, Inflationsraten und Arbeitslosigkeit sowie die Ernüchterung über ausbleibende soziale Segnungen auf Dauer politisch kontraproduktiv wirken. So kam es nach Jahren verordneter Ruhe trotz und gerade wegen des Kriegsrechts in mehreren Landesteilen zu Protestmärschen und Streiks. Dem Ruf nach Demokratisierung, verbesserten Lebensbedingungen und Wiedervereinigung folgten jetzt auch bürgerlich-gemäßigte — doch politisch ausgegrenzte — Kräfte und Teile der wirtschaftlich deklassierten Mittelschichten um die langjährig inhaftierten Oppositionellen Kim Dae Jung und Kim Young Sam.

Seouls starker Mann war zu einer Hypothek geworden. Innerhalb des staatlichen Herrschaftsapparates hatte er die Fähigkeit einer integrativen Leitfigur eingebüßt. Ende Oktober 1979 wurde der Präsident von seinem eigenen Geheimdienstchef erschossen. In den Nachfolgewirren, die landesweit von Massendemonstrationen begleitet waren, gelang es dem Fallschirmjägergeneral Chun Doo Hwan bis Dezember, die vereinte Kontrolle über den militärischen Sicherheitsdienst und den KCIA zu erlangen und sich damit in eine entscheidende Machtposition zu bringen. Eine solche Machtfülle war selbst für südkoreanische Verhältnisse ungewöhnlich.

In Cholla Namdo, der traditionell unruhigen Südwestprovinz und Heimat Kim Dae Jungs, „provozierte" ein Volksaufstand in der Hauptstadt Kwangju (April/Mai 1980) das Eingreifen von Eliteeinheiten. Über 2.000 Tote, mehrere tausend Verletzte und ein landesweites Kesseltreiben gegen inner- wie außerparlamentarische „subversive Elemente" markierten den Machtantritt eines „Park-Regimes ohne Park".

Kwangju war in mehrfacher Hinsicht zum Fanal geworden: Die ökonomische, vor allem politische Krise des Regimes ließ gleichzeitig einen tiefen Bruch in der ideologischen Herrschaftsstabilisierung erkennen. Routinemäßig war die „Aggressivität des Nordens" und die „Überlegenheit des freien Südens" beschworen worden. Als weiteres Versatzstück der antikommunistischen Staatsdoktrin diente der notorische Hinweis auf die notwendige

freien Südens" beschworen worden. Als weiteres Versatzstück der antikommunistischen Staatsdoktrin diente der notorische Hinweis auf die notwendige

Präsenz der US-Truppen im Lande. Sie, so hatte man der Bevölkerung eingetrichtert, nahmen selbstlos die Bürde auf sich, unter harschen Bedingungen, weit ab der Heimat, die „nationale Sicherheit" zu verteidigen. In Kwangju aber waren es südkoreanische Soldaten, die auf Anordnung des US-ROK-Oberkommandos unter General John Wickham ihre Bajonette gegen das Volk richteten. Der sich um die US-Truppenpräsenz gerankte Schutzmachtmythos war zerstört. General Chuns gnadenloses, „effektives" Eingreifen in Kwangju überzeugte die Amerikaner, fortan ihr Gewicht für diesen Mann in die Waagschale zu werfen. Wochen vor Chuns endgültiger Machtkonsolidierung im Mai 1980 hatten die USA die Zahl ihrer in Korea stationierten Soldaten von 39.306 auf 42.822 Mann aufgestockt!

Im Februar genoß Chun das Privileg, als erster ausländischer Staatschef mit dem neugewählten US-Präsidenten Ronald Reagan im Weißen Haus zusammenzutreffen. Diese Begegnung demonstrierte weit mehr als eine dreieinhalb Jahrzehnte währende Kampfbrüderschaft. Reagans auf „Vorwärtsverteidigung" angelegte, die „Vietnamscharte" wettmachende Globalstrategie beinhaltete nicht zuletzt die Aufwertung Südkoreas und seines neuen Präsidenten. Washington sprach von einer „neuen Ära" im beiderseitigen Verhältnis, was Reagan anläßlich seines Gegenbesuchts in Seoul und bei seiner Stippvisite bei den US-Truppen am 38. Breitengrad (November 1983) bekräftigte. Das qualitativ Neue zeigte sich in dreierlei Hinsicht:

(1) Nach seinem Zusammentreffen mit dem amerikanischen Präsidenten erklärte Chun als erster koreanischer Präsident öffentlich seine Bereitschaft, den USA bei ihrem Versuch, die Sowjetunion „unten zu halten" („to help pin down the Sovjiet Union"), zur Seite zu stehen!

(2) Die Reaganadministration begann damit, ihre Streitkräfte auf der koranischen Halbinsel mit modernsten Kriegsgeräten auszustatten — darunter Artilleriegeschosse, Panzerabwehrraketen, F-16-Kampfbomber und A-10-„Aufstandsbekämpfungs"flugzeuge. Als Vorwand diente die „Entdeckung" des CFC-Kommandeurs, General John Wickhams, daß Nordkoreas Truppen etwa um 200.000 Mann über seiner bis dahin angenommenen Militärstärke liege. Pjöngjang hatte seit Jahren behauptet, seine 550.000 Soldaten zählenden Streitkräfte nicht erhöht zu haben. Südkoreanische und amerikanische Schätzungen veranschlagten deren Stärke bis 1980 indes auf 650.000 Mann. 1981 setzte das Pentagon Nordkoreas (aktive) Truppenstärke ohne nähere Erläuterungen, warum und wie dieses massive Aufstocken innerhalb nur eines Jahres möglich war, auf 784.000 Soldaten fest.

(3) Dieses freundschaftliche „Hochschaukeln" zweier Verbündeter nutzte der Dritte im Bunde, Japans Ministerpräsident Nakasone, um die Debatte von Tokios Bündnistreue zu Washington zu beleben. Trotz Japans Politik der „Drei antinuklearen Prinzipien", die die Herstellung, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen untersagt, sowie seines vor zehn Jahren gefällten Parlamentsbeschlusses, nicht mehr als

wendung von Atomwaffen untersagt, sowie seines vor zehn Jahren gefällten Parlamentsbeschlusses, nicht mehr als

ein Prozent des Bruttosozialproduktes für die „Selbstverteidigungskräfte" aufzuwenden, ist heute bereits faktisch unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum gerade nach dem Kwangju-Massaker der Slogan „Yankee, go home!" selbst in den Straßen der Metropole Seoul mittlerweile unüberhörbar ist. Antiamerikanismus äußerte sich seitdem nicht nur in spontanen (Brand)Anschlägen auf Amerikahäuser oder US-Kulturzentren in mehreren Städten des Landes. Er trug maßgeblich zur Ausdifferenzierung der Opposition bei und findet gerade im Spektrum des außerparlamentarischen Widerstandes zunehmend Resonanz.

Bleibt das Sternenbanner gehißt?

Zwischen 1950 und 1984 betrug allein die direkte amerikanische Militärhilfe an Südkorea über 11 Mrd. US-Dollar, wobei Seoul stets in den Genuß des modernsten Waffenarsenals kam.

Fortsetzung nächste Seite



Studentendemonstration in Seoul



Buddhistischer Mönch wird bei einer Demonstration festgenommen

Fortsetzung von vorheriger Seite

40.000 US-Soldaten bleiben dort nach wie vor stationiert. Von den 40 amerikanischen Militäranlagen sind 36 für die Armee und vier für die Luftwaffe bestimmt, in denen sämtliche für eine Erstschlagskapazität benötigten C3I-Installationen (Kommando-Kontroll-Kommunikations- und nachrichtendienstliche Vorrichtungen) lokalisiert sind. Ca. 700 Atomwaffen dürften sich nach bislang nicht dementierten Meldungen des Pentagon im Lande befinden. Damit unterhielte der von kritischen Militärspezialisten sogenannte „Baracken"-Staat Südkorea nebst den auf den philippinischen Basen Clark Air Field und Subic Naval Base gelagerten Atomsprengköpfen das in der Region größte Krenwaffendepot.

Warum zeigen die USA gerade auf der koreanischen Halbinsel noch immer so demonstrativ Flagge? Um Nordkorea von möglichen „militärischen Abenteuern abzuschrecken" und Seoul im Falle eines Fehlschlags dieser Politik mit US-Truppen direkt beizustehen — lautete und lautet das Standardargument. Dagegen ist selbst in amerikanischen Regierungsbehöhrden der Einwand formuliert worden, dies ließe sich ohne weiteres auch durch die Präsenz der im Westpazifik kreuzenden 7. US-Flotte und/oder durch die 5. Luftwaffen und 4. Marinedivision in Japan bewerkstelligen. Für eine „Stolperdraht"-Funktion genügten weit weniger als 40.000 US-Soldaten, und es sei überhaupt fraglich, ob angesichts des normalisierten Verhältnisses zur VR China und einer zaghaften Annäherung Seouls an Moskau die Notwendigkeit dazu fortbestehe. Zwischen den Streitkräften Nord- und Südkoreas herrsche zumindest ein militärisches Patt, wobei der Norden nicht einmal über Atomwaffen verfüge und auf sich allein gestellt keinen Angriff gegen den Süden wage. Schließlich, so das von den „Tauben" in Washington resümierende Gegenargument, begünstige die Politik Gorbatschows ein Tauwetter, das auch die Gefahr einer militärischen Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel banne.

Für die Reaganadministration schlägt das Pendel offensichtlich weiterhin zugunsten einer starken US-

Für die Reaganadministration schlägt das Pendel offensichtlich weiterhin zugunsten einer starken US-
Präsenz in Südkorea aus, um
1. die dort stationierten amerikanischen Truppen unter den Bedingungen eines latenten Konflikts in ständiger Kampfbereitschaft zu lassen;
2. die dort befindlichen Militäranlagen als Argusauge zur Überwachung sowjetischer Truppenbewegungen zu nutzen;
3. nicht nur als pazifische, sondern auch als asiatische Macht zu bestehen;
4. Seoul seinerseits von einem „Abenteurertum" gegen den Norden (mit unkalkulierbaren Folgen) abzuhalten und
5. prinzipiell die Verwertungsbedingungen für amerikanisches Kapital in dieser „dynamischen Wachstumsregion" zu sichern.

„People Power" in Seoul?

Ein Abrücken von oder gar die Revision dieser militärstrategischen Konzeption — so der Konsens in Washington und Seoul — ist mittelfristig kaum denkbar. Kim Dae Jung und Kim Young Sam haben mehrfach einen „philippinischen Februar" in Seoul beschworen. Eine durchaus zulässige Parallele, sofern es die politische Mobilisierung des städtischen Bürgertums, die vom Primas der katholischen Kirches Südkoreas, Stephen Kardinal Kim Sou Hwan, vom Nationalen Kirchenrat (dem Zusammenschluß sechs protestantischer Kirchen) und von buddhistischen Mönchen erhobene Forderung nach „dringender Demokratisierung der Gesellschaft" betrifft.

In einigen zentralen Punkten unterscheidet sich dennoch ein möglicher südkoreanischer vom „philippinischen Frühling":

1. Stärker als in den Philippinen wird in Südkorea die amerikanische Präsenz als unverzichtbar für das Überleben des eigenen (Teil)Staates gewertet. Die bürgerlich-gemäßigte parlamentarische Opposition hat dies selbst nie in Frage gestellt.

2. Die außerparlamentarische, sich als antiamerikanisch begreifende Opposition verfügt weder über eine Guerilla (mitsamt Rückzugsgebieten), noch zeichnet sie sich durch Einigkeit aus. Bislang ist es ihr nicht gelungen, sich in Bündnissen zusammenzuschließen und ein einheitliches Programm zur demokratischen Erneuerung und nationalen Wiedervereinigung zu entwerfen.

3. Tatsächlich ist die US-Politik gegenüber Seoul seit dem „philippinischen Februar" flexibler geworden. Doch starrer als in den Philippinen bleibt Washingtons Interesse darauf fixiert, in Südkorea sein militärstrategisches „forward based system" zu wahren. Überdies gestattet die faktische US-Befehlshoheit über die südkoreanischen Truppen eine weitreichende Beeinflussung/Lenkung eines entscheidenden Instruments des Seouler Staatsapparates.

4. Mehr noch als das philippinische Militär sind Seouls Truppen eine seit dem Koreakrieg (1950-53) sowie in Vietnam kampferprobte Armee, deren Ausrüstung und Zentralisierungsgrad zunehmend besser bzw. höher ist. Ihr Feindbild — „der kommunistische Norden Kim Il Sungs" — wird als überaus real empfunden und läßt sich für die staatlich gelenkte Ideologie des Antikommunismus (noch) vorzüglich instrumentalisieren. In diesem Sinne findet das Regime im Militär und dieses in ihm eine kongeniale Entsprechung.

5. Die nationale und kulturelle Identität ist in Südkorea historisch ausgeprägter als in den Philippinen, wo Regionalismen und das durch halbfeudale Produktionsweisen geprägte Klientelsystem immer wieder die Diffusion zentralstaatlicher Macht begünstigen. Weitaus stärker als der von der spanischen Kolonialmacht den traditionalen Wertvorstellungen der Filipinos relativ leicht aufgepropfte Katholizismus eignet sich das (neo)konfuzianische Erbe mit seiner rigiden, hierarchischen Struktur zur Einbindung des Individuums in ein „höheres Gemeinwesen", was die Kontrollmöglichkeiten über den Einzelnen erhöht. Das Ausmaß und die Intensität staatlicher Unterdrückung waren denn auch sehr wahr-
was die Kontrollmöglichkeiten über den Einzelnen erhöht. Das Ausmaß und die Intensität staatlicher Unterdrückung waren denn auch sehr wahr-
scheinlich im Südkorea Chun Doo Hwans größer als während der Kriegsrechtsperiode unter Marcos.

6. Ist die philippinische „People Power-Revolution" längst in eine „Chun Doo Hwan-isierung" umgeschlagen, so ist aufgrund der zerrissenen bürgerlich-parlamentarischen Opposition aktuell nicht einmal ein „Aquino-Faktor" als Silberstreif am Horizont auszumachen.

Red. Anmerkung:
Teil I und II dieses Artikels sind erschienen in AK 286, 21.9.87, S. 18f. und AK 287, 19.10.87, S. 28f.)

Literaturverzeichnis:

Mark Gayn, **Japan Diary.** New York 1948
John Gunther, **The Riddle of MacArhur.** London 1951
E. Grant Meade, **American Military Government in Korea.** London 1951
I.F. Stone, **The Hidden History of the Korean War.** New York 1952
William F. Dean, **General Dean's Story.** London 1954
Carl Berger, **The Korean Knot.** Philadelphia 1957
W. Douglas Reeve, **The Republic of Korea.** 1963
Dae-Sook Suh, **The Korean Communist Movement, 1918-1948.** Princeton 1967
David Horowitz, **Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam.** (2 Bde.) Berlin (West) 1969, hier Bd. I
Robert Scalapino/Chong-Sik Lee, **Communism in Korea.** Berkeley 1972. (2 Bde.)
Frank Baldwin (ed.), **Without Parallel: The American-Korean Relationship Since 1945.** New York 1974
Gavan McCormack/John Gittings (eds.), **Crisis in Korea.** Nottingham 1977
Rainer Werning, **Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien.** Bonn 1977
Du-Yul Song (Hrsg.), **Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea.** Bochum 1980
Rainer Werning, **Südkorea: Kontinuität einer Diktatur.** Köln 1987

Originalton Gorbatschow

Gorbatschow legt innen- und außenpolitisches Konzept vor

„Hat er das selber geschrieben?" fragte mich ein etwas skeptisch blickender Zwanzigjähriger, als ich in der S-Bahn Gorbatschows Buch „Perestroika" las. Guten Gewissens konnte ich dem jungen Mann versichern: Wo Gorbatschow draufsteht, ist auch Gorbatschow drin. Leichter als die Frage nach der Zukunft der Perestroika ist die zu beantworten, ob Gorbatschow in der Lage ist, in sinnvoller Weise zusammenhängende Texte zu formulieren. Das ist in der heutigen Weltpolitik keineswegs selbstverständlich, und war es auch in der Sowjetunion nicht immer, wenn man an die zahlreichen langweiligen, unter dem Pseudonym Leonid Breschnew veröffentlichten Büchlein denkt.

Die Sowjetunion durchlebe eine „*dramatische Periode*", schreibt Gorbatschow. Ähnlich, zum Teil noch schärfer als in seinen Reden, kritisiert Gorbatschow in „Perestroika" die von bürokratischen Strukturen geprägten Verhältnisse in der UdSSR am Beginn der achtziger Jahre. In einer überzentralisierten, nur auf Bruttowachstum ausgerichteten Ökonomie seien die Konsumenten der „*Gnade der Produzenten*" ausgeliefert gewesen. „*Das Volkseigentum wurde schrittweise von seinen wahren Eigentümern, den Werktätigen, abgetrennt. Diesem Eigentum wurde nicht selten durch Ressortdenken und Lokalpatriotismus Schaden zugefügt, es wurde herrenlos und kostenlos und hatte keinen realen Besitzer mehr.*" Erfolgsmeldungen, reale und eingebildete, hätten die Oberhand gewonnen, Lobhudelei und Kriecherei sei Vorschub geleistet worden: „*die Bedürfnisse und Meinungen der einfachen Werktätigen, überhaupt der Öffentlichkeit, wurden ignoriert. In den Gesellschaftswissenschaften wurde schablonenhaftes Theoretisieren angeregt und gefördert, kreatives Denken wurde daraus verbannt, und überflüssige und willkürliche Bewertungen und Urteile wurden zu unbestreitbaren Wahrheiten erklärt.*" So seien in der Öffentlichkeit „*Passivität und Skepsis gegenüber verkündeten Parolen*" entstanden. Die Passivform dieser treffenden Beschreibungen ist ihre Schwäche. Da wurde manches getan, ohne daß ein handelndes Subjekt auftritt. „*Der springende Punkt ist*", so Gorbatschow, „*daß es den Leuten abgewöhnt wurde, veranwortungsbewußt und selbständig zu denken und zu handeln ... Die größte Schwierigkeit bei unseren Umgestaltungsbemühungen liegt darin, daß unser Denken durch die vergangenen Jahre geprägt wurde.*" Prägten „die Jahre" oder die, die in dieser Zeit Macht hatten? Das ist keine stilistische Spitzfindigkeit. Gorbatschow vermeidet die Benennung und Charakterisierung jener „*parteiadministrativen Schicht*", von der am 13. Februar 1986 in der „Prawda" die Rede war, bevor das Politbü-
nennung und Charakterisierung jener „*parteiadministrativen Schicht*", von der am 13. Februar 1986 in der „Prawda" die Rede war, bevor das Politbü-
romitglied Jegor Ligatschow diesem Diskussionsansatz in seiner Rede auf dem 27. Parteitag 1986 die rote Karte zeigte. So zeichnet Gorbatschow das Bild einer „Revolution", der Perestroika, die zwar auf „*heftigsten Widerstand*" stößt, sich aber im Grunde nicht gegen eine klar umrissene Gruppe richtet. „*Es gibt in unserer Gesellschaft keine bedeutende Bevölkerungsgruppe, deren langfristige Interessen mit der Perestroika nicht vereinbar wären*".

Wie er selbst feststellt, ist auch Gorbatschows Denken durch die vergangenen Jahre geprägt. So setzt er sich mit westlichen „Kremlastrologen" auseinander, die über Zerstrittenheit in der sowjetischen Führung spekulieren: „*Leider muß ich unseren Gegnern einige entmutigende Dinge mitteilen: Die Mitglieder des Politbüros und des ZK sind gegenwärtig so einig wie nie zuvor, und es gibt nichts, was diese Einheit ins Wanken bringen könnte.*" Das Manuskript ging vor der Absetzung Jelzins in Druck ... Doch auch ohne die „Affäre Jelzin" ist für aufmerksame Beobachter erkennbar, daß z.B. Gromyko oder Ligatschow in ihren Reden durchaus andere Akzente setzen als Gorbatschow.

Die Vorgeschichte der Umgestaltung ist noch zu schreiben und dürfte zu den interessantesten Kapiteln der sowjetischen Geschichte gehören. Das ist heute, zumal von jemandem in Gorbatschows Position, noch nicht zu erwarten. So müssen sich die Leser/innen seines Buches mit dem Hinweis begnügen, daß „*eine Gruppe von führenden Leuten in Partei und Staat*" bereits vor der Tagung des ZK der KPdSU im April 1985, die die Perestroika einleitete, in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Experten „*mit einer umfassenden Analyse der Wirtschaftslage begonnen*" habe.

Daß der von der neuen sowjetischen Führung nach diesen Analysen vorgeschlagene Weg für die Werktätigen nicht bequem wird, macht Gorbatschow ohne Umschweife deutlich: „*Um etwas besser zu machen, muß man immer eine Spur härter arbeiten. Mir gefällt dieser Ausdruck: eine Spur härter arbeiten. Für micht ist er nicht ein Schlagwort, sondern eine Grundeinstellung, eine Disposition.*"

Lenin und die Perestroika

„*Das Wesen der Perestroika liegt in der Tatsache, daß sie Sozialismus und Demokratie miteinander verbindet und das Leninsche Konzept des sozialistischen Aufbaus sowohl in der Theorie als auch in der Praxis wieder einführt*", schreibt Gorbatschow. Dabei verweist er auf Lenins Werke, vor allem seine Spätschriften. Diese Texte sind hierzulande kaum bekannt. Sie sollen in einer der nächsten Ausgaben des AK näher dargestellt und analysiert werden. Mehr Demokratie bedeute mehr Sozialismus — das ist eine zentrale These Gorbatschows, die sich wie ein roter Faden durch sein Buch zieht. Mehrfach betont Gorbatschow, daß Marx, Engels und Lenin kein Schema zum Aufbau des Sozialismus festgelegt haben.

Daß Gorbatschow keineswegs bürgerlich-parlamentarische Verhältnisse einführen will, macht er unmißverständlich klar. Er grenzt die sozialistische Demokratisierung gegenüber dem bürgerlichen Begriff „Liberalisierung" ab und sagt über die Propagandathese, Demokratie gebe es nur im Kapitalismus: „*Wir werden erst dann an den demokratischen Charakter der westlichen Gesellschaftsformen glauben, wenn Arbeiter und Angestellte im Westen die Besitzer von Fabriken und Betrieben und die Präsidenten der Banken selber wählen und wenn die westlichen Medien Aktiengesellschaften, Banken und deren Direktoren mit dem Sperrfeuer einer Kritik eindecken und anfangen, über die in den westlichen Ländern wirklich ablaufenden Prozesse zu diskutieren, statt endlose und unnütze Streitgespräche mit Politikern zu führen.*"

Nur mit wenigen Bemerkung geht Gorbatschow auf die Zeit des Stalinismus ein, die er als „Phase des Personenkults" bezeichnet, in der „Willkürherrschaft und allgemeine Rechtlosigkeit" geherrscht hätten. In der Stalinzeit habe die sowjetische Intelligenz bei den „*Repressionen Ende der dreißiger Jahre*" Verluste erlitten, „*die nie wieder gut zu machen sind*". Als Schutz gegen die „*Vergewaltigung des Rechts*", die sich zu Zeiten Stalins und in der Breschnew-Ära gezeigt habe, plädiert der studierte Jurist Gorbatschow für ein gesetzlich garantiertes
Rechts", die sich zu Zeiten Stalins und in der Breschnew-Ära gezeigt habe, plädiert der studierte Jurist Gorbatschow für ein gesetzlich garantiertes
Rechtsschutzsystem. Bei Initiativen von Bürgern außerhalb der offiziellen Organisation spricht sich Gorbatschow für eine Politik kluger Toleranz aus: „*Alles ist erlaubt, was das Gesetz nicht verbietet.*" Das gelte auch für „bissige Reden", Kundgebungen und Demonstrationen. Daß dies keine Standpunktlosigkeit gegenüber den Aktivitäten von Nationalisten und Antisemiten bedeutet, macht Gorbatschow in seinem Buch deutlich. Er bevorzugt auch solchen Kräften gegenüber offenkundig die öffentliche politische Auseinandersetzung statt der traditionellen administrativen Methoden.

Internationale Fragen

Breiten Raum nimmt in Gorbatschows Buch die Außenpolitik ein. In sehr allgemeiner Form schreibt er über die Probleme der mit der Sowjetunion verbundenen osteuropäischen Länder. In Anspielung auf die letzte Phase der Stalinzeit Ende der vierziger / Anfang der fünfziger Jahre kritisiert Gorbatschow, daß „*einige unserer Theoretiker und insbesondere politischen Führer*" damals „*geradezu als alleinige Hüter der Wahrheit*" aufgetreten seien. Dadurch hätte es einige Länder Osteuropas „*versäumt, die eigenen Besonderheiten genügend zu berücksichtigen*". Ohne auf die „*Neuartigkeit von Problemen und die spezifischen Eigentümlichkeiten der verschiedenen sozialistischen Länder einzugehen*", hätten einige sowjetische Führer „*eigenständigen Methoden dieser Länder manchmal mit Mißtrauen gegenüber*" gestanden. In diesen mit der Gorbatschow eigenen Eleganz formulierten, harmlos klingenden Bemerkungen umschreibt er so schwerwiegende Dinge wie den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien 1948, die Beschimpfung Titos als „*amerikanischer Agent, Mörder und Spion*" durch die KPdSU und die mörderischen Schauprozesse gegen leitende Kommunisten in Ungarn (Laszlo Rajk) der Tschechoslowakei (Slansky) und Bulgarien (Kostoff).

Behutsam angedeutet sind damit auch die Umstände des Bruchs mit Albanien und China Anfang der sechziger Jahre. Hier bietet Gorbatschow seinen Lesern mit den Worten, daß es „*genug bittere Lektionen zu lernen*" gab, mehr Fragen als Antworten. Da jedoch die „*Frage nach der Benutzung der Archive*" in der Sowjetunion noch nicht „*praktisch gelöst*" ist, wie der Direktor des Instituts für Marxismus-Lenismus beim ZK der KPdSU, Georgi Smirnow, kürzlich in der „UZ" einräumte (4.12.87), wird man sich für Tiefschürfenderes zu diesen Themen noch eine Weile gedulden müssen. In Leninscher Tradition bekennt sich Gorbatschow zum Selbstbestimmungsrecht der Völker („*Jede Nation hat einen Anspruch darauf, den Weg ihrer Entwicklung selbst zu bestimmen*"). In diesem Sinn plädiert er für eine vertragliche Regelung des Afghanistan-Konflikts, die sowohl einen Abzug sowjetischer Truppen als auch eine Beendigung der amerikanischen Waffenlieferungen an die konterrevolutionären Banditen einschließen müßte.

Zum Nahost-Konflikt schreibt Gorbatschow, die UdSSR verteidige die „*souveränen Rechte der arabischen Völker und des arabischen Volkes von Palästina*", erkenne aber auch das „*legitime Recht*" Israels auf Existenz an. Er betont, daß die Sowjetunion „*keinerlei prinzielle Feindschaft gegenüber Israel*" hege. In der „*gegenwärtigen Situation*" und „*in Anbetracht der von Israel durchgeführten Aktionen*" käme die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht in Frage. Die „*bestehenden Kontakte*" werde die Sowjetunion „*nicht aufgeben*". Gorbatschow scheint dabei auf die Entwicklung eines nichtaggressiven Zionismus in Israel zu hoffen.

Gegenüber den Völkern der „Dritten Welt" bestätigt Gorbatschow die sowjetische Haltung der Solidarität gegenüber Imperialismus und Neokolonialismus. Bei all seinen diplomatischen Bemühungen, bürgerliche Politiker vom Sinn einer atomwaffenfreien Welt zu überzeugen, verzichtet er nicht auf erfrischende Polemik. So sagte er zu Reagan: „*Seit Jahrzehnten betrachten Sie Lateinamerika als ihre Fußmatte und benehmen sich entsprechend*". Und Maggie Thatcher entgegnet er: *Sie werfen uns die Solidarität mit Nicaragua vor; finden Sie es angemessen, Apartheit und Rassismus zu unterstützen?*" Das sitzt. Und wirkt mehr als die seinerzeitigen Poltereien des Cholerikers Chruschtschow, über den Gorbatschow in seinem Buch die Nase rümpft. Chruschtschows verärgerter
die seinerzeitigen Poltereien des Cholerikers Chruschtschow, über den Gorbatschow in seinem Buch die Nase rümpft. Chruschtschows verärgerter
Ausruf „*Wir werden Euch begraben!*", der von westlichen Demagogen dankbar verwurstet wurde, sei „*in jeder Beziehung unglücklich gewählt*" gewesen. Gorbatschow hat Stil und rutscht nicht aus. Daß er sich wie einst Nikita Chruschtschow bei seiner Konferenz einen Schuh auszieht und damit auf den Tisch haut, ist nicht zu befüchten.

Ist Gorbi ein Chauvi?

Peinlich fallen jedoch Gorbatschows Äußerungen zu einem Thema aus, das immerhin die Hälfte der Sowjetbürger betrifft: Die Lage der Frauen. Gorbatschow bedauert, daß die Sowjetunion „*in den Jahren unserer schwierigen und heroischen Geschichte*" versäumt habe, „*den besonderen Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau und ihrer unerläßlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken*". Das solle im Zuge der Perestroika anders werden. Es gehe darum, „*den Frauen zu ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren*". Auch kluge Leute erzählen machmal dummes Zeug. Darüber, ob auch Männer Baby windeln und Hausarbeit machen können, scheint Michail Sergejewitsch noch nicht öffentlich nachgedacht zu haben. Es hat mal jemand im Sowjetland die Befreiung der Frau von der „Haussklaverei" gefordert. Der Mann hieß Uljanow.

Gerd Eggeling

Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, Droemer Knaur, 344 Seiten, 36 Mark

Das Reich der Mitte

Was denken sich eigentlich Leute, die innerhalb von nur zwei Wochen drei verschiedene Papiere ins Land schicken, in denen im wesentlichen jedesmal das Gleiche ausgesagt wird? Verfolgen sie damit irgendeinen undurchschaubaren Zweck? Wollen sie mehr Breite und Agilität vortäuschen, als real vorhanden ist? Wollen sie ihr Publikum mit der Holzhammer-Methode weichklopfen? Oder werden sie von einer Art geistigem Durchfall geschüttelt?

Die Fakten: Am 26. November melden sich 23 Bundestagsabgeordnete der Grünen zu Wort, um sich als Alternative zum herrschenden Zustand von „*Streitsucht und Zerrissenheit*", für den selbstverständlich nur die bösen „Flügel-Exponenten" verantwortlich sind, zu empfehlen. Mit Datum 10. Dezember erscheint das nächste Papier, betitelt „*Blockfreie Einmischung in den politischen Streit bei den Grünen*". Initiiert von führenden Bremer Grünen weist es auch die Unterschriften von neun Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis der 23 auf. Am 12. Dezember kommt das dritte Papier auf den Markt. Jetzt heißt es „*Grüner Aufbruch '88*". Der Unterzeichner-Kreis ist weitgehend identisch mit dem der „Blockfreien Einmischung", allerdings kleiner.

Ein Punkt fällt beim Vergleich der Namenslisten sofort ins Auge: 23 amtierende grüne Bundestagsabgeordnete haben das erste Papier unterschrieben, nur noch neun das zweite und schließlich drei das dritte. Leidet die „neue Mitte" schon so schnell an Auszehrung? Merken wir uns die Namen der Abgeordneten, die alle drei Texte unterschrieben haben: Antje Vollmer, Christa Nickels und Marieluise Beck-Oberdorf. Wahrscheinlich werden wir das Trio demnächst wiedertreffen, wenn es an die Neubesetzung von Bundesvorstand und Fraktionsvorstand durch unbescholtene Vertreterinnen und Vertreter der „neuen Mitte" geht, die sich aus den schmutzigen Niederungen der destruktiven Flügelkämpfe stets herausgehalten haben.

Diese tadellosen Sauberfrauen und Saubermänner haben im Brief der 23 Bundestagsabgeordneten ein amüsantes Selbstportrait geliefert: „*Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir zu lange geschwiegen haben, und daß wir — von der Absicht geleitet, die Fraktion zu integrieren, uns den Sachthemen zu widmen oder unsere Energien wieder nach außen gegen den politischen Gegner zu kehren — nicht immer entschieden genug auf Klärung inhaltlicher Fragen und auf ein Zurückdrängen des Flügelstreits gedrängt haben.*"

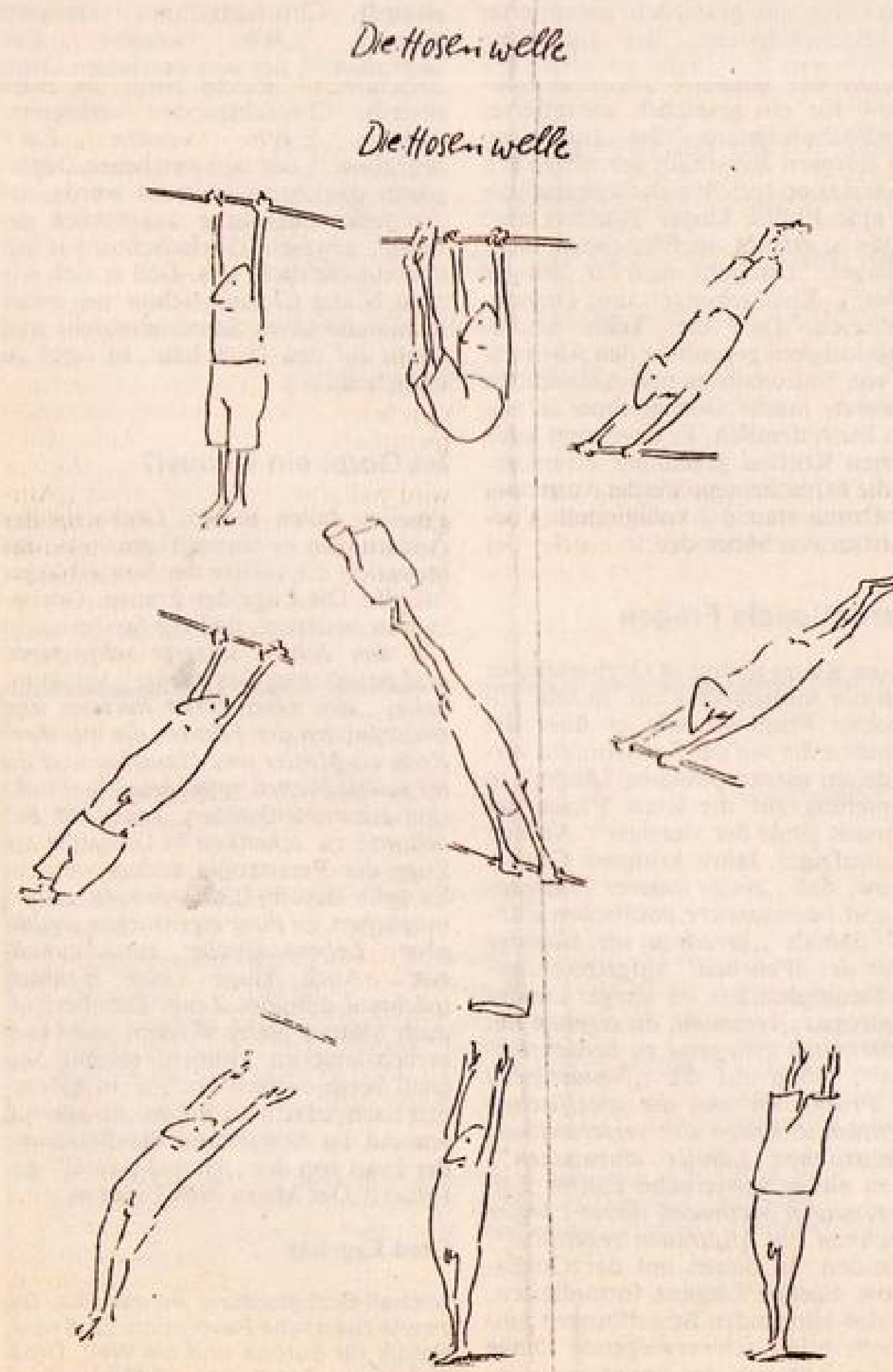
So also möchten sie vom Publikum gesehen werden, die lieben Konstruktivchen, deren einzige Sünde vielleicht darin bestehen könnte, daß sie *allzu* selbstlos auf Integration bedacht waren, daß sie *allzu* fleißig und bescheiden in der praktischen Arbeit gesteckt haben. Daß sie also im Übermaß jene Eigenschaften aufweisen, die man an der Basis zu schätzen weiß. So wird sogar eine vorgebliche Selbstkritik noch zur Selbstanpreisung.

Antje Vollmer, die Theologin und Freizeit-Pastorin, kennt ja die Geschichte vom Pharisäer, der in den Tempel trat, um folgendermaßen zu beten: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie die anderen Leute: Räuber, Ungerechte, Ehebrecher und Zöllner". Da haben wir schon in wenigen Worten das ganze Programm der „neuen Mitte".

Das Leitmotiv ist nicht gerade neu: man erinnert sich noch an Antje Vollmers demagogische Formel von den „Flügelhengsten". Die Flügelkämpfe machen selbstverständlich *immer nur die anderen*. Das Klima vergiften selbstverständlich *immer nur die anderen*. Das sagen Leute, die bekanntermaßen selbst gern kräftig austeilen und die auf das Ansehen ihrer Partei oder auf solidarische Umgangsformen verdammt wenig Rücksicht nehmen, wenn sie der Hafer sticht.

Zwei Beispiele zur Demonstration. Zu den 23 Unterzeichnenden gehört Petra Kelly, die vor ein paar Monaten die grüne Partei in Finanzfragen als „*unheimlich korrupt*" beschimpfte, selbstverständlich ohne Fakten und Namen zu nennen, und die wetterte, die Partei werde „*immer mehr eine Linkspartei aus den siebziger Jahren, wo das Modell ja immer war: Töte jeden, der etwas zu sagen hat.*" — Daß Petra Kelly trotzdem noch lebt, muß wohl daran liegen, daß sie nichts zu sagen hat.

Oder die stets turmhoch über allem kleinlichen Flügelgezänk schwebende Antje Vollmer. In einer Presseerklärung verbreitete sie kürzlich, sie ertrage „die Tonart" ihrer Parteikolleginnen Schulz und Michalik „einfach nicht mehr". „*Wenn das Macht bekäme in Deutschland, ich schwör's, ich ginge freiwillig in jedes Exil.*" — Falls Antje Vollmer das *ernst* gemeint hat, muß sie einen heftigen Blackout gehabt haben. Und falls sie es *nicht* ernst gemeint hat, wäre die Frage zu beantworten, was sie mit solchen Scherzen bezweckt, und ob sie sicher ist, daß der Witz auch überall richtig verstanden wurde. Schließlich hat sie das nicht in einer fidelen Kneipenrunde zum Besten gegeben, sondern als *Presse*erklärung an *die* Adressen geschickt, die auf solches Futter scharf sind.



Immerhin besteht die Hauptattraktion der „neuen Mitte" ja in der Behauptung, für eine alternative politische Kultur in der Grünen Partei einzutreten. Tatsächlich sind die neuen Sauberfrauen und Saubermänner aber einfach nur *selbstgerecht* mit einer Plumpheit, die sich die geschmähten Exponenten der beiden Flügel so einfach wohl nicht erlauben würden. Außer der Behauptung, *über* den Flügeln zu stehen und *ganz anders* zu sein als die, die die Partei zugrunderichten, hat die „neue Mitte" eben wenig anzubieten. Programmatisch beschränkt sie sich vorerst auf die vage Aussage, *weder Fundi noch Realo* sein zu wollen. Sie kann vermutlich auch gar nicht anders, denn diese „blockfreien Einmischer" sind selbst viel zu heterogen, als daß sie sich um eine *inhaltliche* Alternative sammeln könnten.

In praktischer Hinsicht lassen sich die Vorschläge der „neuen Mitte" in zwei Punkten zusammenfassen. Der erste lautet: „*Die Auflösung der sterilen Blocklogik innerhalb der Partei muß sich auch in der personellen Erneuerung von Bundesvorstand und Vorstand der Bundestagsfraktion zeigen.*" Die „Exponenten der beiden Flügel" sollen raus aus den Führungsgremien. Rein sollen dafür „*Menschen, die ihre Aufgabe nicht primär in der Vertretung von Einzelgruppen-Interessen sehen*". (Papier vom 12.12.87) — Mensch geht ganz bestimmt nicht fehl in der Annahme, daß die Sauberfrauen und Saubermänner damit in erster Linie sich selbst meinen, denn wer sonst stellt so selbstlos alle persönlichen und politischen Partikularinteressen zurück hinter das gemeinsame Wohl und die höheren Ziele der Gesamtpartei? Aber das lernt mensch doch schon in der ersten Schulklasse der Politik: Niemand verdient soviel Mißtrauen wie der, der von sich behauptet, ihm gehe es *nur um die Sache*. Die bisherige relativ pluralistische Ordnung der grünen Führungsgremien ist pure Glasnost gegen den Aufstand der Scheinheiligkeit und des Pharisäertums, der hier die weiße Weste als Sturmbanner erhebt.

Im übrigen drängt sich der Verdacht auf, daß es bei dieser „personellen Erneuerung" der grünen Führungsgremien in erster Linie darum geht, die letzten Fluchtpunkte der Parteilinken zu liquidieren und sie damit weitestgehend vom Zugang zur Öffentlichkeit abzuschneiden. Insofern konvergiert das „blockfreie" Projekt mit der Kampagne der harten Realos, die schon vorher die Entfernung der Linken aus den Gremien gefordert hatten. Die lin-

das „blockfreie" Projekt mit der Kampagne der harten Realos, die schon vorher die Entfernung der Linken aus den Gremien gefordert hatten. Die lin-ke Dominanz im Bundesvorstand sowie die Sprecherrolle von Thomas Ebermann wirkten bisher als Ausgleich zur rechten Dominanz in der Bundestagsfraktion, hielten also einen Pluralismus in der Partei aufrecht. Es scheint, daß diese Dualität von den bisherigen Parteitagen der Grünen bewußt so gewollt wurde. Das Ansinnen der „neuen Mitte", den pluralistischen Charakter der Führungsgremien aufzuheben und sie stattdessen überwiegend mit Leuten zu besetzen, deren wesentliches Kennzeichen die Behauptung ist, sie stünden außerhalb der bestehenden Flügel, hat einen interessanten stalinistischen Zug. Wer die Medien-Mechanismen kennt, weiß, daß die Vertreibung der linken Exponenten aus den Führungsgremien die Parteilinken mundtot machen würde, da sie im Gegensatz zu den Realos nicht darauf rechnen können, von den Medien aus politischer Sympathie hofiert zu werden. Gegenüber der Forderung von Schily und Fischer, die Linken aus der Partei zu jagen, stellt das Modell der „neuen Mitte" die geschicktere Variante dar.

Der zweite praktische Vorschlag der „neuen Mitte" ist in engem Zusammenhang mit der Neubesetzung der Führungsgremien und der Neuverteilung der politischen Macht in der grünen Partei zu sehen: die verschiedenen Gruppen und Strömungen der Partei sollen ihre programmatischen Positionen als konkurrierende *Manifeste* formulieren, die der Partei zur Diskussion und Urabstimmung vorgelegt werden sollen. Otto Schily hat sofort erklärt, daß er das für eine gute Idee hält.

Fortsetzung nächste Seite

Grüner Aufbruch '88

Durch DEMOkratisierung zur MOBILisierung

Ein methodischer Vorschlag zur Überwindung der grünen Krise
Dokumentation des Mittepapiers von Vollmer u.a.

Eine schwache Erinnerung
Bei unseren Debatten, Genossen,
Kommt es mir manchmal so vor
als hätten wir etwas vergessen.
Es ist nicht der Feind.
Es ist nicht die Linie.
Es ist nicht das Ziel.
Es steht nicht im Kurzen Lehrgang.

Wenn wir es nie gewußt hätten
gäbe es keinen Kampf.
Fragt mich nicht, was es ist.
Ich weiß nicht wie es heißt.
Ich weiß nur noch
daß es das Wichtigste ist
was wir vergessen haben.
Hans Magnus Enzensberger

Die Lage der GRÜNEN ist ernst, ihre Rolle als gesellschaftsverändernde Kraft in Frage gestellt. Es mag den Gremien der GRÜNEN gelingen, die aktuelle Form der Krise einzudämmen und angesichts von wichtigen bevorstehenden Wahlen beschwichtigend auf die konkurrierenden Parteiflügel einzuwirken: Die Ursachen werden dadurch nicht behoben.

Die Zeit für Appelle ist vorbei, wir erwarten keine Lösung von oben. DIE GRÜNEN brauchen eine Mobilisierung ihrer Mitglieder und des politischen Umfeldes.

Wir stellen die politische Dominanz der beiden Parteiflügel und ihren hegemonialen Anspruch in Frage. Die innerparteiliche Denk- und Handlungsblockade muß überwunden werden. Es wird für die grüne Zukunft entscheidend sein, ob sich gegenüber den beiden Polen unabhängige und eigenständige politische Kräfte zusammenfinden werden, die nicht bereit sind, sich der Alternative entweder Fundi oder Realo zu unterwerfen. Wir wollen eine grüne Partei der Vielfalt ohne ein harmonisierendes Sowohl als Auch.

Ein Vorschlag zur Überwindung der grünen Krise, der längerfristig tragen soll, muß die Übertragung von Verantwortung auf alle Mitglieder beinhalten und darf nicht die Intention haben, gerade jetzt noch möglichst viele auf die eigene Linie einschwören zu wollen. Ein solcher Aufruf hat nur dann eine Chance, wenn den grünen Mitgliedern auch die konkrete Möglichkeit von gleichberechtigter Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung gegeben ist.

Die Arbeitsgruppe „GRÜNER AUFBRUCH '88" will in einem Manifest aus ihrer Sicht die Ziele, Inhalte, Schwerpunkte und Methoden grüner Politik zukunftsorientiert formulieren und hierbei möglichst viele Menschen ein-

punkte und Methoden grüner Politik zukunftsorientiert formulieren und hierbei möglichst viele Menschen einbeziehen.

Wir wollen, daß auch andere Gruppen und Strömungen der GRÜNEN ihre grünen Positionen in einem Manifest formulieren und daß alle Mitglieder der Partei die Gelegenheit haben darüber zu diskutieren und zu entscheiden.

Wir wollen die breitest mögliche Basis für eine Entscheidung über die gemeinsame Handlungsgrundlage der GRÜNEN und über die ergänzenden Positionen. Hierbei kann es nicht um „den Kurs" (W. Hoss) der Partei gehen, der im Sinne vorherrschender Blocklogik erst einmal von allen Mitgliedern eine Zuordnung zu dieser oder jenen Kaste erwartet. Die Zukunft der GRÜNEN liegt gerade nicht in diesen Lagern.

Wir müssen zurückfinden zum Gründungskonsens der GRÜNEN. Durch eine Urabstimmung sollen alle Mitglieder darüber entscheiden, welche Positionen für die Gemeinsamkeit (Einheit) und welche für die Freiheit (Vielfalt) stehen. Durch einen Aufbruch aus der Sackgasse grüner Blocklogik wollen wir die breite und offene Diskussion fordern und fördern und dabei entdecken, was unsere gemeinsame Grundlage ist und durch welche Positionen die Vielfalt der GRÜNEN bereichert wird.

Gemeinsam handeln und verändern können wir mit der notwendigen Durchsetzungskraft nur dort, wo gemeinsame Ziele und Wege uns verbinden. Es ist von grundlegender Bedeutung, daß wir die beiden Bereiche der Gemeinsamkeit und der Freiheit nicht jeweils so funktionalisieren, daß sie gegenseitig ihre Entfaltung behindern.

Das mit den meisten der abgegebenen Stimmen verabschiedete Manifest ist Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens der GRÜNEN und somit Handlungs- und Orientierungsgrundlage. Diejenigen Manifeste, die mindestens 10% (ein Vorschlag) der Stimmen erhalten, stehen für zusätzliche und weiterführende Auffassungen der Mitglieder. Auch sie werden in der Öffentlichkeitsarbeit der GRÜNEN berücksichtigt. (vgl. Bundessatzung § 5 (3) 3.)

Wir schlagen vor, daß jedes Manifest bis zu 25 Seiten DIN A 4 umfassen kann. Es soll insbesondere zu folgenden Fragen die öffentlichen Diskussionen zusammen mit grünen Nichtmitgliedern eröffnen:

— Wohin zielen die GRÜNEN, wenn sie den Ausstieg aus, den Umbau oder die Modernisierung der Industriegesellschaft fordern.
— Wie stellen wir uns einen Prozeß der Entbürokratisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung der Gesellschaft vor.
— Wie schaffen wir den Ausstieg aus der Atomenergie — jetzt oder ... (nie)
— Gewaltfreiheit und staatliches Gewaltmonopol
— Individuum und Gesellschaft
— Auflösung der Militärblöcke, einseitige politische und militärische Vorleistungen, Raus aus der NATO, Deutsche Zweistaatlichkeit und Nachbarschaft in Europa
— Lebensmodelle von Frauen, § 218
— Soziale Sicherung und Zukunft der Arbeit zwischen Deregulierung und Verteidigung des Sozialstaats
— Methoden zur Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderung und gewaltfreie Strategien

Die Auflösung der sterilen Blocklogik innerhalb der Partei muß sich auch in der personellen Erneuerung von Bundesvorstand und Vorstand der Bundestagsfraktion zeigen.

Es wird immer wichtiger, solche Menschen in verantwortungsvolle Funktionen zu wählen, die ihre Aufgabe nicht primär in der Vertretung von Einzelgruppen-Interessen sehen.

Soziales Handeln richtet sich auf andere, nicht auf sich selbst.

Die Gremien der GRÜNEN dürfen nicht länger als Foren für den Kampf zwischen Fundis und Realos zur Verfügung gestellt werden und sie müssen sich ihrer jeweils eigenständigen Aufgabe bewußt sein, die nicht im Korrektiv zum jeweils anderen Gremium liegt.

Wir rufen die Mitglieder der GRÜNEN dazu auf, über unseren Vorschlag nachzudenken.

Wir rufen die Mitglieder der GRÜNEN dazu auf, über unseren Vorschlag nachzudenken.

Für Sonnabend, den 9. Januar 1988 laden wir alle Interessierten zu einem Beratungstreffen nach Mainz ein, auf dem u.a. über folgende Fragen gesprochen werden soll:

— Wie können wir eine Mobilisierung der Mitglieder optimal fördern, damit sich nicht noch mehr entmutigt und resigniert zurückziehen?
— Welches Verfahren und welchen Zeitplan schlagen wir den Kreisverbänden für die Urabstimmung vor?
— Wie kann gewährleistet werden, daß viele an der Entstehung der Manifeste teilhaben können?
— Wie können die Perspektiv- und Strategiekongresse für die breite Manifest-Diskussion auch über die Kreis- und Ortsebene hinaus genutzt werden?

UnterzeichnerInnen:
Hartmut Bäumer, München
Lukas Beckmann, Bonn
Marieluise Beck-Oberdorf, Bremen
Thea Bock, Hamburg
Ralf Fücks, Bremen
Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Spenge
Hannegret Hönes, Rheingau-Taunus
Erwin Jurtschisch, Hamburg
Christa Nickels, Geilenkirchen
Paul Rieckmann, Hamburg
Peter Sellin, Berlin
Zoltan Szankey, Bremen
Antje Vollmer, Bielefeld

Bonn, den 12. Dezember 1987 anläßlich des grünen Treffens der Bundes- und Landesgremien

Fortsetzung von vorheriger Seite



Mein Herrchen ist Züchter.
Er meint zu wissen,
was Hunde wollen.

Wo ist die Mitte? Wo geht's denn hier zur Mitte?

Wo liegen Sinn und Vorteil dieser Idee? Am Ende einer solchen Urabstimmung würde es eine beschlossene Mehrheitsposition und mehrere Minderheitspositionen geben. Das gibt es aber bisher auch schon. Und wenn jemand die Beschlußlage nicht für ausreichend oder insgesamt für nicht mehr zeitgemäß hält, könnte er auf jedem Parteitag neue Vorstellungen zur Abstimmung bringen. Das *wirkliche* Problem ist, daß gerade unter denjenigen, die als Bundestagsabgeordnete das Bild der grünen Partei in der Öffentlichkeit entscheidend bestimmen, viele für sich persönlich Narrenfreiheit im Umgang mit den Beschlüssen in Anspruch nehmen. Insofern würde die Beschlußfassung über irgendein neues *Manifest* wohl nur bedeuten, daß die Menge unverbindlicher, also praktisch wertloser Papiere weiter anwächst. Eine Idee, die den Köpfen ehemaliger KBW-Kader entsprungen sein könnte und vielleicht auch ist.

Falls der Vorschlag der ,,neuen Mitte'' angenommen und verwirklicht wird, würde die Urabstimmung über die konkurrierenden *Manifeste* zwangsläufig den Charakter einer Entscheidungsschlacht zwischen den streitenden Strömungen annehmen. Zusammen mit den unterschiedlichen Positionen stünden die Machtverhältnisse in der Partei zur Abstimmung, und das wäre bestimmt kein Klima für eine sachliche Debatte um Inhalte. Selbst Meinungsverschiedenheiten, die unter anderen Bedingungen als geringfügig gelten könnten, würden dann zu Trennlinien zwischen den Strömungen hochstilisiert. Leuten, die seit Jahren Politik machen, ist zuzutrauen, daß sie diese Dynamik ihres Vorschlags richtig voraussehen, mit anderen Worten also: daß sie genau dies *wollen*. Da man das wohl schlecht offen zugeben kann, schreibt man lieber: ,,*Hierbei kann es nicht um ,den Kurs' der Partei gehen, der im Sinne vorherrschender Blocklogik erst einmal von allen Mitgliedern eine Zuordnung zu dieser oder jener Kaste erwartet.*'' — Wenn die Leute das ehrlich meinen würden, hätten sie nicht die Programmdiskussion mit der ,,personellen Erneuerung'' der Führungsgremien und überhaupt mit dem Aufwerfen der Machtfrage in der Partei verknüpfen sollen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich in der grünen Partei eine Mehrheit für die ,,neue Mitte'' bilden wird. Zu befürchten ist das schon, angesichts der Mengen dumpfer, spießiger Statements, die zur Zeit ,,von der Basis'' kommen. Statements nämlich, die kaum inhaltliche Standpunkte formulieren, sondern in erster Linie das Bedürfnis ausdrücken, von ,,denen da oben'' endlich in Ruhe gelassen zu werden und nicht soviel häßliche Dinge über die eigene Partei in den Zeitungen lesen zu müssen. Populistische Töne sind da zu vernehmen, die sich in der Grauzone zwischen gesundem Volksempfinden und der guten alten schwieligen Arbeiterfaust bewegen. Wer die Emanzi- [illegible] fordert und möglichst ausgewogen auf die ,,Exponenten beider Flügel'' schimpft, scheint Sympathie mobilisieren zu können, auch wenn er selbst mit sehr kleinem theoretischen Gepäck reist. Daß ein Linker wie Jürgen Maier (Bundesvorstand) es für klug hält, seine scharfe und großenteils treffende Polemik gegen die Realos als Abrechnung mit den ,,Strömungsfürsten'' *beider* Lager zu stilisieren, deutet die Kraft des Sogs an. (siehe ,,Blätter für deutsche und internationale Politik'', 1/88). Ganz wie im Leben der etablierten Parteien scheint nun auch bei den Grünen ein großes Gedrängel um die Plätze in der Mitte einzusetzen.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Papier ,,*Es gibt nichts Wahres im Falschen*'' von vier Mitgliedern der AL Westberlin, das dem Vernehmen nach gute Chancen hat, zum Anziehungspunkt auch für andere Parteilinke zu werden, die sich von den bösen Flügel-Linken absetzen möchten. Da ist Ausgewogenheit Trumpf. Einerseits: Fischer wird kritisiert, weil er den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft für unmöglich hält. Andererseits: Die bösen Flügel-Linken werden gescholten, weil sie den sofortigen Ausstieg fordern. Die Wahrheit muß ja schließlich irgendwo in der Mitte liegen, auch wenn bisher keiner anzugeben weiß, wo denn nun genau. Ebenso verhält es sich mit der NATO: Wenn Joschka vorschlägt, sich mit der NATO zu arrangieren, ist das schlecht. Wenn die bösen Flügel-Linken sagen ,,Raus aus der NATO!'' ist das aber auch schlecht, da bloße Rhetorik und Beschwörung. Und immer so weiter: Schlecht ist, wenn Schily das Gewaltmonopol des Staates anerkennt. Ebenso schlecht ist andererseits aber auch, wenn Jutta Dithfurth von Staatsterrorismus spricht.

Mit anderen Worten: Es ist leicht zu verstehen, *wogegen* die linken Vertreter der ,,neuen Mitte'' sind, nämlich sowohl als auch. Es ist weitaus schwerer herauszufinden, *wofür* sie sind, wie konkret der ,,Dritte Weg'' aussehen soll, den sie ins Spiel bringen möchten.

Es geht um ,,*die parlamentarische und reformpolitische Umsetzung grüner Programmatik*'', schreibt Jürgen Maier. Die Betonung liegt auf *Umsetzung*, womit zugleich auch Durchsetzung gemeint ist. Im Handumdrehen hat der Autor nachgewiesen, daß bisher von grüner Programmatik nirgendwo etwas durchgesetzt worden ist. Schlußfolgerung: Beide Flügel sind gescheitert, beide Flügel sind ,,*politisch in die Sackgasse geraten*''. Neue Männer und neue Ideen braucht das Land. Aber welche? Die phantasievolle Wiederholung aller grammatischer Formen der Worte ,,Umsetzungsstrategien'' und ,,Flexibilität'', die Jürgen Maier gut beherrscht, führt in der Praxis nicht weiter. Man muß, sagt der Autor, der SPD ein klares Angebot machen, daß man mit ihr auch auf Regierungsebene kooperieren würde, ,,*sofern damit grüne Inhalte in ausreichendem Maß politisch durchgesetzt werden können.*'' — Nun, genau das war die Intention der Hamburger Tolerierungspolitik, von der Jürgen Maier nur verächtlich schreibt, sie sei ,,*abgehalftert und diskreditiert*''. Hier versucht doch jemand, mit vielen Worten darüber hinwegzutäuschen, daß er auch nicht weiter weiß. Vielleicht sollte sich die Linke stattdessen erst einmal darüber einig werden, daß es bei den gegebenen parlamentarischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nicht von der strategischen Klugheit der [illegible] durchzusetzen, sodaß das Scheitern an *dieser* Aufgabe weder gegen die Fundis noch gegen die Realos als Argument etwas hergibt.

Jürgen Maier schreibt in diesem Zusammenhang einen richtigen Satz, dessen Logik er sich aber anscheinend nicht klargemacht hat: *Voraussetzung für das Gelingen einer solchen* (Umsetzungs-) *Strategie ist außerdem das Vorhandensein eines stärkeren außerparlamentarischen Drucks.*'' — Mit anderen Worten: Es fehlt für die Durchsetzung grüner Inhalte in praktische Politik eine wesentliche Voraussetzung, und die Frage wäre folglich, was von grüner Seite zur Förderung eines solchen Drucks getan werden könnte.

Am Rande des ,,Aufstands der Mitte'' ist die Isolierung der radikalen Linken in der Grünen Partei deutlich geworden. Nur drei von 44 Abgeordneten (Bott, Ebermann, Olms) haben ein Papier unterschrieben, das sich kritisch mit den demagogischen Auslassungen und Implikationen im Brief der 23 Abgeordneten auseinandersetzt. Mehrere Abgeordnete, die bisher der Linken zuzurechnen waren und vermutlich immer noch sind, haben sich für das 23er Statement einfangen lassen. Es wächst die Zahl linker Grüne, siehe oben, die auf die Position des ,,Weder Fundi, noch Realo'' einschwenken. Für die Politik bedeutet dieser Trend, daß sich der Schwerpunkt der Grünen Partei nach Rechts verschiebt. Das werden dann auch jene Linken zu spüren bekommen, die jetzt in Scharen Richtung ,,neue Mitte'' abwandern.

Kt., Hamburg

Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit — oder: Welche Gewalt ist erlaubt?

Michael Stamm/Jürgen Reents

,,Mal ehrlich, gäb's die Grünen ohne Bauplatzbesetzungen und Scharmützel mit der Polizei? ... Den belebenden Effekt einstecken und draufspucken — ist das unser Verhältnis zur Gewalt in den Metropolen, ist das die Logik des ,friedlichen Weges'?''

(Wieland Elfferding, Kommune 12/87, S. 65)

,,Gewaltfreiheit gilt *uneingeschränkt* und *ohne Ausnahme* zwischen allen Menschen'', heißt es im Bundesprogramm der Grünen. Und weiter: ,,Unser oberster Grundsatz lautet: Humane Ziele können nicht mit inhumanen Mitteln erreicht werden.''

U.a. auf diesen Beschluß beziehen sich verschiedene Texte und Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion. So schreiben die 23 Abgeordneten in ihrem Brief an die ,,grüne Basis'', mit dem Ja zur Gewaltfreiheit ,,haben wir uns ein für alle Mal festgelegt auf eine Politikform, die wir für unaufgebbar ansehen. Die Gewaltfrage ist für die Grüne Partei entschieden.''

Ähnlich argumentieren Hubert Kleinert u.a. in ihren Überlegungen über die ,,Mühsal Grüner Reformpolitik'', wenn sie ,,die Gewaltfreiheit'' als ,,konstitutives Element'' grüner Politik bezeichnen, die ,,nicht zur Disposition'' gestellt werden dürfe. ,,In dieser Frage'' dürfe es ,,keinerlei Zweideutigkeiten geben''.

In dem Westberliner Vorschlag ,,Es gibt nichts Wahres im Falschen (Adorno)'', den wir wegen seiner grundsätzlichen Überlegungen unterzeichnet haben und mittragen, wird zur Frage der ,,Gewaltfreiheit'' lediglich gesagt, die vermeintliche inhaltliche Klärung im Papier der 23 Abgeordneten biete in Wirklichkeit nur ,,Formelkompromisse''. Das ist ungenau und eher bagatellisierend. Denn nur wenn wir uns den vom ,,Großen Bruder'' in Orwells ,,1984'' *erzwungenen* Effekt *freiwillig* antun, können wir der Aussage, ,,Krieg bedeutet Frieden'' zustimmen. Was meint das? Daß grüne Politik *nicht* ,,gewaltfrei'' *ist*, auch wenn ,,die Grünen ... ihr *Bekenntnis* zur Gewaltfreiheit (immer wieder) erneuert (haben).'' (Kleinert, taz v. 10.12.87).

Positiv ausgedrückt heißt das, daß die grüne Partei strömungsübergreifend *Zwangsmittel* — also *Gewalt gegen Menschen* — für die Durchsetzung ihrer Anliegen durchaus einkalkuliert. [illegible] belegen.

Als die grüne Bundestagsfraktion anläßlich der Debatte über den ,,Deutschen Herbst'' das Ziel einer Amnestie der politischen Gefangenen kontrovers diskutierte, äußerte sich Otto Schily so:

,,*Wir müssen uns vor Augen führen, wie schwierig die Entscheidung in einem Krisenstab ist. Dazu gehört auch die Frage, ob die milde Lösung immer die beste ist. ... Wer den bewaffneten Kampf auf seine Fahnen schreibt, den kann der Staat nicht einfach laufen lassen. Sonst werden doch die Truppen aufgefüllt.*'' (taz, 15.10.87)

Die ökosozialistischen und fundamentalistischen Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion und des BHA stimmten ihrerseits gegen eine Herabsetzung der Mindeststrafe für Vergewaltiger von zwei Jahren auf ein Jahr (ggf. auf Bewährung), weil ,,*bei allem Verständnis für grüne Kritik am herrschenden Straf- und Knastsystem*'', es ,,*Frauen als Schlag ins Gesicht (empfinden), daß der Anfang der Entkriminalisierung ausgerechnet bei Vergewaltigern ansetzen soll*''. (taz, 17.11.87)

Nach den Todesschüssen gegen zwei Polizisten an der Startbahn West beschloß der grüne Fraktionsvorstand (ohne Thomas Ebermann) u.a.:

,,*Es muß nach den Tätern gefahndet werden. Sie müssen vor Gericht gestellt werden.*''

Und Otto Schily ergänzte, der Staat müsse nun ,,mit Festigkeit reagieren''. Es sei ihm ,,unbegreiflich, wenn Grüne die Fahndungsforderung nicht unterstützen würden''. (taz, 4.11.87)

Diese Stellungnahmen sind nur die Spitze des gewaltschwangeren Eisbergs. Gemessen am grünen Bekenntnis zur ,,Gewaltfreiheit'', die ,,*uneingeschränkt* und *ohne Ausnahme* zwischen allen Menschen'' gelten soll, liegt die Unvereinbarkeit wohl auf der Hand. Denn zweifellos handelt es sich bei den genannten Forderungen nach Fahndung und Strafe um ,,inhumane Mittel'', mit denen laut grünem Programm ,,humane Ziele'' nicht erreicht werden können.

Es gibt nun mal, trotz allen Humanisierungsgeredes, keine humanen Gefängnisse, und eine ,,Straftheorie, welche zugleich im Verbrecher den Menschen anerkennt, kann dies nur in der Abstraktion, in der Einbildung tun, eben weil die *Strafe*, der *Zwang*, dem menschlichen Verhalten widersprechen.'' (Marx, MEW 2, S. 190)

Wenn also ,,Strafe (zu) erteilen bedeutet, Gewalt an(zu)wenden'', (T. Hobbes, Leviathan, S. 111), dann läßt sich die Übereinstimmung von grünem Bekenntnis und grünen Forderungen nur durch eine Ver*gewaltigung* der Realität bewerkstelligen, indem nämlich ,,das Vorhandensein einer gegebenen Wirklichkeit ... stillschweigend geleugnet'' wird (Orwell, ,,1984''). Und da es den Grünen nicht möglich ist, zu leugnen, daß RAF-Mitglieder, der Todesschütze von Frankfurt oder Vergewaltiger zugleich *Menschen* sind, also auch ihnen gegenüber ,,Gewaltfreiheit uneingeschränkt und ohne Ausnahme'' zu gelten hätte, bleibt als rettender Ausweg nur die gedankliche Barbarei: Rechtsstaatliche Gewalt ist keine Gewalt, ist gewaltfrei. Oder, um noch mal den ,,Großen Bruder'' zu zitieren: ,,Krieg bedeutet Frieden.''

Da läuft es uns kalt den Rücken runter.

Obwohl wir in den genannten Fällen den angeblichen Nutzen staatlicher Gewalt überwiegend in Frage stellen, ist uns doch klar, daß bei der Umsetzung grüner Anliegen staatliche Zwangsmittel mit im Spiel sein werden, z.B. bei der Durchsetzung ökologischer Vorschriften gegenüber der Industrie, bei der Durchsetzung eines Exportverbots von Rüstungsgütern usw.

Auch in diesen Fällen läge *keine* Gewaltfreiheit, sondern ,,Arbeitsteilung'' vor, ,,d.h., man ist selbst nicht physisch gewalttätig, läßt vielmehr von Staatsorganen Gewalt ausüben oder zumindest damit drohen.'' (Bernd Ulrich, Kommune 9/87, S. 6)

Da also die gesamte Partei, strömungsübergreifend, offensichtlich eine Inanspruchnahme staatlicher Gewalt für grüne Zwecke anstrebt (und wohl eher die Meinung unterschiedlich ist, zu *welchen jeweiligen Zwecken welche Form und welches Ausmaß staatlicher Gewalt akzeptiert wird),* schlagen wir vor, die ,,Säule'' der ,,Gewaltfreiheit'' im grünen Programm *wahrheitsgemäß* neu zu bestimmen.

Die bisherige Fassung ist antiaufklärerisch — sie fällt insbesondere angesichts der Tatsache, daß ,,auch die Grünen, keine Illusionen!, ... Teil der Reproduktion und Verschiebung der Gewaltverhältnisse (sind)'' (W. Elfferding, Kommune 12/87, S. 64) hinter die bürgerliche Politik- und Staatstheorie zurück, die wenigstens z.T. den repressiven und Gewalt beinhaltenden Charakter jeder (Staats-)Politik bloßgelegt hat. Und sie erreicht in ihrer Interpretation durch Otto Schily, Waltraud Schoppe, Joschka Fischer und Hubert Kleinert nicht einmal das von ihnen proklamierte Anliegen, zur ,,Zivilisierung'' des gesellschaftlichen Protestpotentials beizutragen. Denn es ist voraussehbar, daß das ,,gewaltfreie Betroffenheitsgetue knallharter, abgebrühter Profis, die selbst am Drücker sitzen und diesen Platz mit allen Mitteln verteidigen, jenen moralischen Ekel hervor(ruft), der stets vorhanden sein muß, wenn sich Menschen zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen.'' (W. Pohrt)

Die innergrüne Debatte geht also gar nicht um die Frage Gewalt oder Gewaltfreiheit. Wenn Otto Schil die Fraktion über ,,den Grundsatz der Gewaltfreiheit'' abstimmen läßt, dann wird in Wirklichkeit über die Frage abgestimmt, die er 1985 in einem Streitgespräch mit Antje Vollmer so formuliert hat:

,,*Wenn ich demnächst eine Parteitagsresolution einbringe: Die Grünen bekennen (!) sich zum Gewaltmonopol des Staates, wirst du sie unterstützen? Wobei das Gewaltmonopol natürlich nur in rechtsstaatlichen Grenzen ausgeübt werden darf.*'' (Spiegel 13/85)

Und da Ottos Bekenntnis-Freunde Demokratie unter Verwendung eines Buchtitels von Luhmann ,,zuallererst'' als ,,Legitimation durch Verfahren'' definieren, ist klar, daß verfahrensmäßig korrekt entstandene rechtsstaatliche Entscheidungen — gleich welchen Inhalts — von den ,,Verlierern angenommen werden können''.

Diese *Ver(rechts)staatlichung der Grünen* freilich reicht Otto inzwischen schon nicht mehr aus. Es wird jetzt erklärt, daß die grüne Bundestagsfraktion jede ,,Zusammenarbeit mit Gruppierungen, die militante Aktionsformen praktizieren'', ablehnt. Und es wird weiterhin festgelegt, es sei ,,Aufgabe der Grünen ..., das *Prinzip* der Gewaltlosigkeit'' — also das Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates — ,,in den Aktionen von Bürgerprotest und Widerstand auch dort durchzusetzen, wo Menschen anderer Überzeugung sind.'' Dieses ,,gewaltfreie'' Programm zur Verstaatlichung nicht nur der Grünen, sondern aller gesellschaftlicher Oppositionsbewegungen, ist ohne Gewalt nicht zu haben. Oder wie soll ein ,,Prinzip'' gegenüber Menschen ,,durchgesetzt'' werden, die ,,anderer Überzeugung'' sind?

Wir wollen Otto Schily und seinen Freunden nicht vorwerfen, daß sie keinen wirklichen Begriff davon haben, was ein bürgerlicher Staat ist. Joschka Fischer mag auch weiterhin erzählen, daß ,,der Staat nur eine abgeleitete Funktion der politischen und gesellschaftlichen Kräfte ist'' (taz v. 26.11.87). Wenn aber unsere gewaltfrei gewaltbejahenden Freunde mit solchen verharmlosenden Leerformeln versuchen, die Wahrnehmung der Realität auch aus den Köpfen anderer zu vertreiben, dann wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Realität zurücklenken.



„Gewaltfrei in die Zukunft ...?" Foto: pan-Foto

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein typisches Realo-Wunschbild finden wir beispielsweise in dem Papier von Kleinert u.a., das nach einem dicken Lob für Hamburgs Bürgermeister in Sachen Hafenstraße behauptet, in der Bundesrepublik gebe es neben vielem Unerfreulichem auch eine ,,einmalige Öffnung gesellschaftlicher Institutionen für zivile und gewaltfreie Lösungsstrategien — jüngstes Beispiel ist die Hafenstraße''. Dem ist leider nicht so. Das Verhalten des Hamburger Bürgermeisters, der kein Noske sein wollte — welch ein Verdienst! — entstand keineswegs aus einer Anwendung des ,,Prinzips der Gewaltfreiheit'', was schon durch die Anwesenheit der 6.000 einsatzbereiten Polizisten dokumentiert wurde.

Eine GAL, die dem Vorschlag der Realos gefolgt wäre, die also die ,,Zusammenarbeit mit Gruppen, die militante Aktionsformen praktizieren'', abgelehnt hätte, wäre zu einem Instrument einer direkt *gewaltsamen ,,Räumungslösung''* geworden. Sie hätte nämlich erheblich das Umfeld geschwächt, dessen Stärke mit dazu beigetragen hat, daß schließlich auf eine gewaltsame Räumung verzichtet wurde.

Bei einem Versuch, die Realo-Vorstellung ,,auch durchzusetzen, wo Menschen anderer Überzeugung sind'', wären die Betreffenden nicht nur rechts liegen gelassen worden, sondern sie hätten *eine* Voraussetzung für den jetzigen *relativen* Erfolg zerstören können. Nicht nur die durchaus widersprüchliche Unterstützerbewegung, nicht nur die offiziellen und inoffiziellen Gespräche mit Hamburgs führenden Politikern und nicht nur die Kal-

nicht nur die offiziellen und inoffiziellen Gespräche mit Hamburgs führenden Politikern und nicht nur die Kal-

kulationen der Bundes-SPD usw. haben zu dem jetzigen Ergebnis beigetragen, sondern auch die von den Realos so verurteilte Gewalt und Gewaltbereitschaft (nicht nur) der Bewohner der besetzten Häuser. Das mag mißfallen — und es gibt keinen Grund, diesen Sachverhalt umgekehrt als Beweis zu feiern, daß *immer nur so* ,,Erfolge'' erzielt werden können — aber es ist in diesem Fall schlicht wahr.

Daß es denjenigen, die sich im Senat durchgesetzt haben, nicht um eine ,,einmalige Öffnung gesellschaftlicher Institutionen für zivile und gewaltfreie Lösungsstrategien'' ging, verheimlichen sie selbst übrigens überhaupt nicht: Klaus v. Dohnanyi glaubte einfach zu recht, ,,daß das Nachgeben des Staates in einer Frage wie dieser wesentlich weniger gefährlich ist für die zukünftige Sicherheit als die gewaltsame Auseinandersetzung'' (Stern 49/87). Es ist ,,in einer Frage wie dieser'' völlig klar, daß bei einer völligen Gewaltfreiheit auf Seiten der Bewohner und ihrer Unterstützer solche Sorgen nicht bestanden hätten.

Und der ,,pragmatische'' Hamburger Landesvorsitzende der FDP begründete seinen Kompromißvorschlag zur Vermeidung einer gewaltsamen Räumung so:

,,Ich glaube, daß wir unsere Stadt möglicherweise gar nicht wiedererkennen werden. Vielleicht wird die Stadt Unruhen erleben, von denen wir uns heute noch keine Vorstellungen machen können. Wir müssen als Bürger dieser Stadt immer darauf achten, den Frieden zu bewahren oder ihn mit allen Mitteln wiederherzustellen. Und alle Mittel heißt: Bevor es hart auf hart geht, muß jede Verhandlungschance genutzt werden.'' (Spiegel 47/87)

Sowohl auf Seiten der Hausbesetzer der Hafenstraße als auch auf Seiten des Senats wurden die Mittel von Gewalt(androhung) und Verhandlung (und ihr Zusammenspiel) *politisch kalkuliert*, und in diesem Fall mit einem Vertrag *vorläufig* abgeschlossen. Dies ist *kein generelles Modell* für gesellschaftliche Konflikte, aber die Wahrheit über *diesen* Konflikt. Der Schmus in dem zitierten Papier von Kleinert u.a. ist keine Hilfe für ein besseres Verständnis der Realität, und deswegen auch keine Hilfe zur Bestimmung grüner Politik. Es ist nur eine Selbstgefälligkeit, die die Autoren ihrer eigenen Einbildung erweisen.

Natürlich juckt es uns, auch den Abwehrkampf der Stahlarbeiter im Ruhrgebiet kurz anzusprechen: Folgt die ganztägige Lahmlegung des Verkehrs in Duisburg, die Blockierung aller drei Rheinbrücken und von 20 Verkehrsknotenpunkten, der Bau von Barrikaden, die Drohung mit weiterer Verschärfung des Kampfes gegen Massenentlassungen dem ,,Prinzip der Gewaltfreiheit''? Wenn nicht: Soll Eckehardt Stratmann jetzt im Auftrag der Fraktion in Duisburg bei den Stahlarbeitern für das ,,Prinzip der Gewaltlosigkeit'' und strikte ,,Rechtsstaatlichkeit'' werben? — Oder ist nicht die Sorge der Unternehmer und der verantwortlichen Politiker, daß die Stahl- und Bergwerksarbeiter ein Klitzekleinesbißchen ein Pulverfaß darstellen, daß sie aus dem Ruder laufen und ihre Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit diskutieren und nicht unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung von Prinzipien, die ihnen gegenüber ja auch nicht eingehalten werden, daß sie ihre Drohung wahrmachen könnten, die Hütte zu zerstören, ,,mit einem solchen Knall, daß dagegen die Chaoten in Hamburg wie kleine Lichter erscheinen'' (taz, 3.12.87) — ist nicht die Sorge der Unternehmer und verantwortlichen Politiker über all dies und seine möglichen Folgen bei aller Hoffnungslosigkeit die einzige Chance, wenn überhaupt, Zugeständnisse an die Arbeiter und ihre Familien zu erhalten? Oder liegen wir total falsch, wenn wir annehmen, daß selbst die ,,rechtsstaatlich'' in Ottos Sinne von ,,gewaltfrei'' orientierten Gewerkschaftsführer und Betriebsräte ein Interesse an der Drohung mit einer ,,Gewaltexplosion'' haben müssen, weil das ihre Verhandlungsposition für bessere Sozialpläne usw. stärkt? ,,Gewalt'' oder ,,Vertrag'' — diese Alternativen mag in der staatsidealistischen Einbildung von Otto, Joschka, Waltraud, Hubert usw. existieren, sie existiert so aber nicht in dieser Gesellschaft.

Wir schlagen vor:

1. Eine Politik, die nicht gewaltfrei *ist*, sollte auch nicht so genannt werden.
2. Wir werden als grüne Partei, wie bisher, in unserem Widerstand keine menschenverletzende Gewalt gegen die von uns kritisierten staatlichen Entscheidungen anwenden.
3. Das von Otto Schily u.a. propagierte Verstaatlichungsprogramm der gesellschaftlichen Opposition wird nicht akzeptiert.
4. Wie werden uns mit den Teilen der gesellschaftlichen Opposition, deren Mittel und Ziele wir z.T. falsch finden, streiten, statt uns zu distanzieren.

Abschließend: Es ist notwendig, immer wieder für die Einsicht zu kämpfen, daß wir angesichts der Realitäten in diesem Staat und in dieser Gesellschaft

,,nur die Alternative (haben), ob die Kämpfe als Zusammenhang organisiert werden, in denen sich Gewaltverhältnisse ändern können, oder als Spaltung, in denen sich die Gewalt ebenso reproduziert, wie die Generationen der RAF und der Polizeiprogramme sich reproduziert haben.'' (W. Elfferding, Kommune 12/87, S. 66)



Foto: pan-Foto

Kelly/Bastian erhalten Antwort vom Polizeipräsidenten

Ein gewaltfreier Dialog

Pressemitteilung von Kelly/Bastian

Die heimtückische Ermordung von zwei Polizeibeamten während einer Demonstration an der Startbahn West bestätigt in schauerlicher Weise die Richtigkeit unseres Aufrufs zur Gewaltfreiheit bei Demonstrationen vom Sommer 1986.

Die jetzt eingetretene Gewalteskalation hätte vielleicht vermieden werden können, wenn jene, die uns damals Duckmäusertum und eine Schwächung der Anti-Atom-Bewegung vorgeworfen haben, begriffen hätten, daß falsche Solidarität mit potentiellen Gewalttätern das Gewaltrisiko nur erhöht und deshalb abzulehnen ist. Stattdessen habe sie mit ihrer unberechtigten Kritik leider den Eindruck erweckt, auch Gewalttäter in den eigenen Reihen zu akzeptieren und zur Tolerierung ihrer Gewalt bereit zu sein.

Die Morde an der Startbahn West zeigen, wohin diese verschwommene Haltung führen kann. Umsomehr kommt es heute darauf an, anstelle lediglich verbaler Distanzierungen durch eine überzeugende Praxis gewaltfreier Strategien endlich klare Verhältnisse zu schaffen und den ,,schwarzen Block'' der Vermummten jede Deckung und jeden Rückhalt zu entziehen; allerdings auch jederzeit zur Überzeugungsarbeit an Umkehrwilligen bereit zu sein!

Von der Bundesregierung und den Länderregierungen ist zu fordern, daß sie das Verbrechen Einzelner nicht zum Anlaß nehmen, die zahlreichen gewaltfreien sozialen und politischen Bewegungen zu kriminalisieren, die Polizeikräfte weiter provozierend aufzurüsten und das Demonstrationsrecht vollends auszuhöhlen. Einer jetzt drohenden Gewalteskalation darf von niemandem mit Verhärtung, sondern muß mit einer allseitigen Bereitschaft zum breitangelegten, gesellschaftlichen Dialog zur gewaltfreien Konfliktlösung begegnet werden. Und nur wenn auch der Staat endlich bereit ist, jene Übel an der Wurzel zu packen, die im Bereich von Rüstung und Militarisierung, in der Umweltzerstörung, bei der Massenarbeitslosigkeit und vielen anderen sozialen Ungerechtigkeiten von Millionen als existenzgefährdende Gewalt erlebt werden, wird er seiner Verpflichtung gerecht werden können, selbst den wirkungsvollsten Beitrag zum Aufbau einer gewaltfreien, menschenwürdigen Gesellschaft zu leisten.

3.11.87

Brief von Frankfurts Polizeipräsident Gemmer

Sehr verehrte Frau Kelly,
sehr geehrter Herr Bastian,

Ihre Zuschrift hat mich tief beeindruckt. Nicht daß es für mich eine neue Erfahrung wäre von Vertretern der GRÜNEN sachliche und konstruktive Argumente zu hören, dazu hatte ich bei Gesprächen wiederholt Gelegenheit. Es verdient aber Respekt, mit welcher Deutlichkeit Sie die Schüsse an der Starbahn 18-West als das bezeichnet haben, was sie sind: Als Mord an zwei Polizeibeamten.

Mit Ihrer Presseerklärung haben Sie möglicherweise für weitere parteiinterne Diskussionen gesorgt. Auch wenn es mir fern liegt, mich einmischen zu wollen, habe ich doch die Hoffnung, daß sich schließlich die Vernunft durchsetzt und die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung von allen Mitgliedern abgelehnt wird.

Wir, die Polizeibeamten, wissen, daß die, die Gewalt anwenden oder sie billigen, in der Bevölkerung allgemein und wohl auch in Ihrer Partei eine Minderheit sind. Die Reaktion auf das Geschehen am 2. November 1987 macht dies deutlich. Anrufe und Briefe zeigen, daß die Polizeibeamten ihrern gesetzlichen Auftrag, den demokratischen Rechtsstaat zu schützen und zu verteidigen, erfüllen können in dem Bewußtsein, von nahezu allen Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Rolle akzeptiert und als Mensch respektiert zu sein.

Die Polizei wird daher nicht der Versuchung erliegen, ihr Handeln durch Emotionen bestimmen zu lassen. Unsere Absicht, bei Demonstrationen die Gewalttäter zu isolieren, denn nur um die geht es, ist zwar nicht neu, findet jetzt aber vielleicht mehr Resonanz. Seitens des Veranstalters und der Versammlungsteilnehmer ist dazu die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Polizei erforderlich. Es gibt Ansätze, die hoffen lassen. Das gilt auch und gerade für Vertreter Ihrer Partei.

Sehr verehrte Frau Kelly, sehr geehrter Herr Bastian, ich bedanke mich für Ihre Anteilnahme am Schicksal der Hinterbliebenen und der verletzten Beamten. Ich habe veranlaßt, daß Ihre Beileidsbekundung und die Genesungswünsche den Familien, bzw. den Verletzten übermittelt werden.

Im Namen der Familien Eichhöfer und Schwalm danke ich Ihnen für die großzügige Spende. Der Scheck über 1.000,- DM fließt dem beim Sozialring e.V. eingerichtetem Sonderkonto zu, der Betrag wird ausschließlich in Ihrem Sinne verwandt.

Hochachtungsvoll

Dr. Gemmer

Rassismus? Ausländerfeindlichkeit?

Aber doch nicht bei den Grünen!

,,Nie ohne Personalausweis zur Demonstration!'' Dieser Merksatz aus der Demo-Fibel gilt, das weiß jede/r Angelinkste, auch für alle anderen Gelegenheiten, wo mensch mit der Staatsgewalt in Berührung kommen kann. Daß der Perso für Behördengänge absolut unerläßlich ist, lernt der deutsche Staatsbürger schon im Grundschulalter.

Die Einführung der Ausweispflicht auch auf Parteiversammlungen der Grünen ist bislang eine Tübinger Spezialität. Per Rundbrief wurde jüngst die Mitgliedschaft daran erinnert, anläßlich der Nominierung der örtlichen Landtagskandidatin den Ausweis nicht zu vergessen. Nur Mitglieder mit deutscher Staatsbürgerschaft und erstem Wohnsitz in Baden-Württemberg durften an der Kandidatenkür teilnehmen. Die im Kreisverband organisierten

ten an der Kandidatenkür teilnehmen.

Die im Kreisverband organisierten Ausländer, bedauerlicherweise nicht im Besitz des nützlichen Dokuments, verloren trotz allem den Humor nicht. Einer von ihnen, *,,dessen Volk nach 1933 ausgedeutscht wurde und der sich weigert, sich in Deutschland freiwillig ,Deutschtum'-Kontrollen zu unterwerfen''*, richtete an die grünen Kontrolleure die Anfrage: *,,Reicht der alte, manuelle und nicht ganz perfekte Personalausweis aus, oder müssen die Grünen Mitglieder bereits bei dieser Wahl mit dem von Zimmermann herausgegebenen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Ausweis erscheinen?''*

Solch derbe Polemik verbitterte den grünen Kreisvorstand, hatte er doch eindeutig das Recht auf seiner Seite. Ein ,,Recht'' allerdings mit unverkennbar ,,völkischer Tradition'', wie das ,,Schwäbische Tagblatt'' (25.11.87) ganz richtig schreibt. Die Definition des ,,Deutschen im Sinne des Grundgesetzes'' ist nämlich fast wortwörtlich von einem Erlaß des Reichsministeriums des Inneren aus dem Jahre 1939 abgeschrieben. Deutscher ist, so das Bundesvertriebenengesetz von 1953 in Übernahme des Textes von 1939, *,,wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird''*. Nur deutsche Staatsbürger besitzen das aktive und passive Wahlrecht; nur Wahlberechtigte dürfen über die Aufstellung von Parteienbewerbern mitentscheiden (Bundeswahlgesetz).

Wie gestaltet nun eine Partei, die das Ausländerwahlrecht als Forderung in ihr Programm aufgenommen hat, ihre ,,innere Demokratie''? Zumindest ihr Tübinger Kreisverband hält sich streng an Recht und Gesetz. Es könnte ja jemand die Kandidatenwahl anfechten und für nichtig erklären lassen.

Gewählt wurde Christine Muscheler-Frohne, *,,eine fortschrittliche Kandidatin in dem ansonsten realodominierten Landesverband''* (AK Ökosozialismus Tübingen). Der Anfechtungsantrag des von der Wahl ausgeschlossenen israelischen Staatsbürgers Yossi Ben-Akiva richtete sich gegen das Verfahren. Daß er bei der Begründung seines Antrages heftig austeilte, ist nur allzu verständlich: ,,jede Menge Rassismus'' sieht er bei den Grünen, ,,Untertänigkeit'' und ,,Obrigkeitsdenken'' hätten sie ein ,,Apartheid-Statut'' in der Partei einführen lassen. Unerträglich ist ihm die ,,schlimmste, weil opportunistischste von allen'' Begründungen für die praktizierte Diskriminierung: *,,daß wir nämlich sonst ,keine Abgeordneten ins Parlament schicken können' ''*. Damit ist eine Besonderheit des baden-württembergischen Wahlgesetzes angesprochen: Parteien können nur über den jeweiligen Wahlkreiskandidaten gewählt werden. Gibt es keinen Kandidaten, weil der Landeswahlleiter ihn wegen formaler Fehler nicht zur Wahl zugelassen hat, könnten die in dem betreffenden Wahlkreis fehlenden Stimmen — zumindest theoretisch — die Grünen landesweit unter 5% drücken. Eine ziemlich unwahrscheinliche Aussicht, die allerdings Ben-Akiva gar nicht schreckt: *,,Ein bis zwei Legislaturperioden fernab von den staatlichen Fleischtöpfen sind nicht nur keine Katastrophe, sondern im heutigen Zustand der Grünen eine geradezu empfehlenswerte Kur, um den opportunistischen Speck etwas abzubauen und einen Regenerierungsprozeß einzuleiten''*. Ausgerechnet das unantastbarste aller grünen Tabus in Frage zu stellen — den Wahlerfolg als höchstes Ziel aller Politik — war nun sicher keine sehr kluge Taktik. Damit läßt sich auch im Fundi-Lager kein Bündnispartner finden.

Nach dem Wirbel um die Nominierung der Landtagskandidatin — auch das ,,Schwäbische Tagblatt'' kommentierte liberal und grünen-kritisch — hatte sich der Kreisvorstand für die Wahl der Ersatzkandidatin ein neues Verfahren einfallen lassen. In einem ersten Wahlgang sollten alle Mitglieder des Kreisverbandes abstimmen; im zweiten Wahlgang sollten dann die wahlberechtigten Mitglieder dieses Er-

zweiten Wahlgang sollten dann die

wahlberechtigten Mitglieder dieses Ergebnis formal bestätigen. Die Sache hatte allerdings einen entscheidenden Schönheitsfehler: die Bewerberin Blanca Aurora Rodriguez de Schwarz, peruanische Staatsbürgerin, wurde vor Beginn der Prozedur per Mehrheitsbeschluß von der Kandidatur ausgeschlossen. Wie es scheint, geschah das ohne juristische Grundlage. So wird in der Tübinger ,,Fundi-Hochburg'' (Ben-Akiva) schon mal das Soll an Gesetzestreue übererfüllt — ein Fall für Landesschiedskommission und die Kabarettisten.

Irgendwelche selbstkritischen Anwandlungen bei den grünen Deutschtümlern sind uns bisher nicht bekannt geworden. Im Gegenteil, sie sind empört:

— Landtagsabgeordneter Fritz Kuhn, als einer der Propagandisten schwarzgrüner Regierungsbündnisse bundesweit bekannter ,,Tabu-Brecher'', über den israelischen ,,Geheimdienstagenten'' Yossi Ben-Akiva;

— Der AK Ökosozialismus, der sich gegen das ,,Fehlurteil'' wehrt, die Ausweiskontrolle sei eine Diskriminierung nicht-deutscher Mitglieder gewesen: *,,Es war eine ,Diskriminierungsmaßnahme', um zweifelsfrei die Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft einzelner Personen bei den Grünen feststellen zu können''*. Kontrolliert man zu diesem Zweck nicht besser die Mitgliedsausweise?

— Zwei Vorstandsmitglieder pöbeln gegen die ungebetene Einmischung der Hamburger GAL mittels einer ,,dummdreisten Protestnote'' bzw. ,,Kommando-Erklärung'', die ,,arrogant, selbstherrlich und besserwisserisch'' sei. Außedem würden drei von sieben Kreisvorstandsmitgliedern im Komitee gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit mitarbeiten; was sie ja wohl über jede Kritik erhaben macht — oder etwa nicht?

— Auch für Bernd-Ulrich Jung, *,,der bisher dem fundamentalistischen Flügel zugerechnet wurde und als strenger Kritiker einer Parlamentsfixierung der Grünen galt''* (,,Schwäbisches Tagblatt'', 25.11.87), geht es bei dem Streit überhaupt nicht um Ausländerdiskriminierung, sondern um die Frage: ,,Sollen die Grünen ins Parlament oder nicht?''

Daß Yossi Ben-Akiva von seiner ursprünglichen Linie, den Grünen eine mehrjährige Parlamentspause nahezulegen, inzwischen abgerückt ist, wird nicht zur Kenntnis genommen. In einem Schreiben an die Landesschiedskommission verweist Ben-Akiva auf die Praxis der Grünen in anderen Bundesländern, *,,wo nicht-deutsche KandidatInnen bei Wahlen bereits aufgestellt worden sind, die allerdings durch deutsche ,NachrückerInnen' abgesichert wurden, da sie nach den Gesetzen von der Landeswahlleitung zur Wahl nicht zugelassen wurden. Doch durch die Kandidatur der Nicht-Deutschen war es möglich, die Entrechtung der Minderheiten in der BRD zu thematisieren.''*

Ein einfaches und praktikables Verfahren ohne jedes Risiko, die heiß ersehnten Landtagssitze zu verpassen.

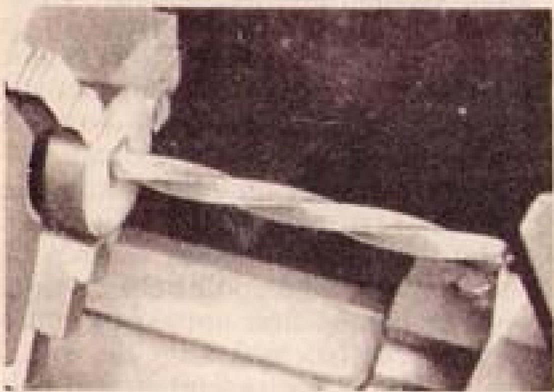
Js.

Nachhilfe in Sachen Demokratie

Gerichte beanstanden Gewerkschaftsausschlüsse

In den letzten Wochen sind mehrere Gerichtsurteile gefällt worden, die dem DGB und seinen Gewerkschaften einige Kopfschmerzen bereiten dürften, da durch sie die gängige Praxis der Gewerkschaftsausschlüsse in einer Reihe von Fällen in Frage gestellt wird. Aus gegebenem Anlaß erfolgt ein aktueller Überblick zu den Gerichtsurteilen sowie zum Stand verschiedener Ausschlußverfahren (siehe hierzu auch AK 284).

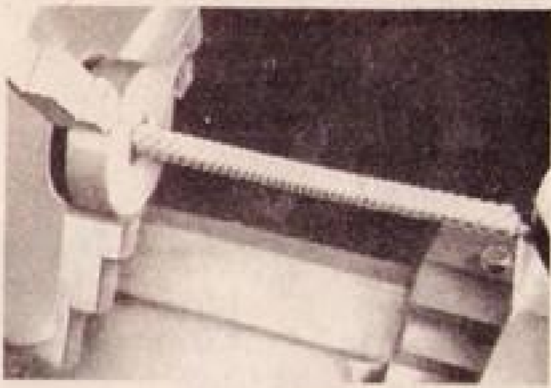
Ende August 87 erklärte das zuständige Oberlandesgericht Frankfurt die Ausschlüsse von 9 Kollegen von Mannesmann/Duisburg-Huckingen aus dem Jahr 1984 für rechtsunwirksam. Für die IG Metall besonders bitter, da eine Revision nicht zugelassen



ist. 1984 war bei Mannesmann erstmals eine Gruppe von GewerkschafterInnen unter dem Namen ,,Konsequente Gewerkschafter'' zu den Betriebsratswahlen angetreten. 9 KollegInnen wurden daraufhin ausgeschlossen. Nachdem als letzte Instanz der Beirat der IGM die Ausschlüsse bestätigt hatte, klagten sie vor dem Landgericht in Frankfurt. Schon in erster Instanz Anfang 87 wurden die Ausschlüsse für ungültig erklärt. Die IG Metall legte Berufung ein, immerhin standen erneut Betriebsratswahlen ins Haus. Im August erfolgte dann die zweite und in diesem Fall letzte Schlappe. In der ausführlichen Urteilsbegründung werden vor allem zwei Gründe angeführt. Zum einen werden die Ausschlüsse schon aus formalen Gründen zurückgewiesen, da sie nicht korrekt nach dem dafür in der Satzung festgelegten Verfahren durchgeführt worden sind. Inhaltlich ist ein anderer Begründungszusammenhang von größerer Bedeutung. Das Gericht weist den Vorwurf des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens zurück. Die Kandidatur auf einer eigenen Liste sei nicht per se gewerkschaftsfeindlich. Angriffe gegen die Gewerkschaft als solche konnte das Gericht den vorgelegten Flugblättern der ,,Konsequenten'' nicht entnehmen: *,,Nicht ihre Prinzipien und ihre Organisation werden in Frage gestellt, sondern das konkrete Verhalten von Herrn Stommel* (Betriebsratsvorsitzender, Anm. d.Verf.) *bei der Betriebsratswahl 1984''*, heißt es in der Begründung. Das Urteil des Gerichtes stützt sich dabei auf Urteile des Bundesgerichtshofes in anderen Fällen: *,,Der Bundesgerichtshof vertritt in ständiger Rechtsprechung (...) die Auffassung, aus einer Gewerkschaft könne nicht ausgeschlossen werden, wer auf einer eigenen Liste kandidiere, die zwar mit einer gewerkschaftlichen Liste konkurriere, aber über den Wettbewerb um Stimmen hinaus nicht gewerkschaftsfeindlich sei.''*

Einen gänzlich anders gelagerten Fall betrifft ein Urteil des Frankfurter Landgerichts vom Dezember 1987, das den Gewerkschaftsausschluß des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bleffert von Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln zurückwies. Er hatte als Aufsichtsratsmitglied Bezüge in Höhe von 350.000 Mark nicht, wie dies ein Gewerkschaftsbeschluß der IGM vorsieht, an eine gemeinnützige Organisation der Gewerkschaft überwiesen, sondern zum Zwecke der Aufbesserung der eigenen Haushaltskasse einbehalten. Das Gericht war der Meinung, daß der Verstoß gegen den Beschluß keinen Ausschluß wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens rechtfertige. Dazu bedürfe es einer satzungsmäßigen Regelung dieses Punktes. Die IGM geht in die Berufung. Von 1982 bis 1987 zogen sich die Querelen zwischen der IGM und ihrem ehemaligen ehrenamtlichen Vorstandsmitglied hin. Die Hoffnung auf eine gütliche Einigung erfüllte sich nicht. Erst im Frühjahr 1987 konnte sich die IGM zu einem Ausschluß durchringen. Bleffert hatte sich bis zuletzt die Zustimmung zu seinem Verhalten in den betrieblichen Gremien geholt. Zu einem völligen Desaster für die Gewerkschaft gerieten die Betriebsratswahlen in diesem Jahr. Die IGM stellte über die Kölner Ortsverwaltung eine eigene Liste auf, über die Köpfe des KHD-Vertrauenskörpers hinweg. Dieser hatte Bleffert wieder auf Platz 1 seiner Kandidatenliste gesetzt, obwohl gegen ihn ein Ausschlußverfahren eingeleitet war und entgegen der Anweisung der Ortsverwaltung. Für eine gemischte Liste bekam die IGM nicht genügend betriebliche Kandidaten zusammen, am Schluß kandidierte eine Ausländerliste als IGM. Bei einer erfreulich niedrigen Wahlbeteiligung erhielt die Bleffert-Riege immerhin noch 74% der abgegebenen Stimmen. Bleffert wurde erneut zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gewählt. Mittlerweile aus der IGM ausgeschlossen, hatte Bleffert sein Ausscheiden aus dem KHD-Betriebsrat für Ende des Jahres angekündigt. Das destruktive Verhalten der IGM mache es ihm unmöglich, sein Amt wie in den letzten 20 Jahren auszuüben, erklärte er. Gewerkschaftsmitglieder dürften nicht zu Befehlsempfängern der hauptamtlichen Funktionäre werden, beschwor er demagogisch auf einer Betriebsversammlung. Ob er nach dem für ihn positiven Urteil bei seiner Ankündigung bleibt, darf bezweifelt werden. Der IG Metall dürfte es mit dem Urteil kaum leichter fallen, ihre Angelegenheiten bei KHD neu zu ordnen.

Lange Gesichter muß es auch bei der IG Chemie gegeben haben. Ende November befaßte sich der Bundesgerichtshof mit der Klage von 4 ausgeschlossenen Gewerkschaftern bei Hoechst in Frankfurt aus dem Jahr 1984. Sie hatten auf der Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' kandidiert. Der Gerichtshof entschied zugunsten der 4 Gewerkschafter. Die IG Chemie muß die Kritiker wieder aufnehmen. Nach Auffassung des Gerichts ist die Kandidatur



auf einer weiteren Liste nicht automatisch gewerkschaftsschädigend. Auch dann nicht, wenn die eigene Gewerkschaft kritisiert wird. Erst wenn die Gewerkschaft allgemein in Frage gestellt wird, sei ein Ausschluß gerechtfertigt. Die IG Chemie überlegt noch, ob sie das Bundesverfassungsgericht anruft. Für die ,,Durchschaubaren'' war 1987 ein erfreuliches Jahr. Bei den Betriebsratswahlen erhielten sie 20% der Stimmen, ihrer Wahlanfechtungsklage wurde stattgegeben und damit die Wiederholung der Betriebsratswahl durchgesetzt und zuletzt das Urteil des Bundesgerichtshofes.

Übersicht über Gewerkschaftsausschlüsse und -verfahren

Bei *MBB in Bremen* hatte 1987 ein rechter Sozialdemokrat aus Kritik an der zu linken Liste der IG Metall eine eigene Liste eingereicht und ein Mandat gewonnen. Auf Antrag des Vertrauenskörpers wurde er aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, allerdings fehlt für den Ausschuß noch die Bestätigung des IGM-Vorstandes.

Dies gilt ebenso für die Ausschlußverfahren bei *Daimler-Benz in Hamburg*. Der Untersuchungsausschuß fordert für 4 der 16 KollegInnen der Liste ,,Deutsch-Ausländische MetallerInnen'' (6 Sitze, 34,5% der Stimmen) den Ausschluß, 5 sollen ein Funktionsverbot von 2 Jahren, die anderen 7 eine schriftliche Rüge erhalten.

Noch nicht zu Ende ist das Untersuchungsverfahren bei *Bosch in Reutlingen*. Auch dort hatte eine zweite Liste erfolgreich als ,,Aktive Metaller'' kandidiert. Das gleiche gilt für die Verfahren gegen 7 MetallerInnen von *Daimler Stuttgart*, die auf der Liste ,,plakat'' kandidiert hatten.

Wiederaufnahmeanträge: Daimler Bremen

Im Bremer Daimler-Werk hatten die beiden Betriebsräte Wessels und Drieling von der Gruppe ,,Kollegen von Daimler informieren'' einen Wiederaufnahmeantrag gestellt. Die Gruppe hatte mit 7 Mandaten bei den letzten Betriebsratswahlen erfolgreicher als bei den vorherigen Wahlen abgeschnitten. Wessels und Drieling waren 1981 aus der IGM ausgeschlossen worden. Ihre Vergehen: Teilnahme an Treffen, zu denen die Ortsverwaltung kein grünes Licht gegeben hatte, wozu sie aber laut Satzung verpflichtet sind! Ebenso verwerflich war die Herausgabe eigener Flugblätter. Hier sieht die Satzung sogar die vorherige Vorlage und Genehmigung durch den Vorstand der IGM vor.

Letzteres soll nun zum Knackpunkt des Wiederaufnahmeverfahrens gemacht werden. In einem Gespräch mit der Ortsverwaltung war den Betriebsräten nahegelegt worden, die Zeitung ,,Kollegen von Daimler informieren'' einzustellen, anderenfalls sei eine Wiederaufnahme fraglich. Die Gruppe hat nun über ihre Zeitung eine öffentliche Diskussion darüber im Betrieb initiiert. Sie selber scheinen derzeit eher nicht bereit, sich dem Diktat zu beugen. Daß die Diskussion über die Einstellung des Infos offen geführt wird, ist ausge-
die Diskussion über die Einstellung des Infos offen geführt wird, ist ausge-
sprochen positiv, weil nicht selbstverständlich. Aus den Leserreaktionen im Kollegen-Info ergab sich eine deutliche Tendenz, sich nicht auf den Handel einzulassen und die Zeitung fortzuführen (Kollegen von Daimler informieren, Nr. 144-148). Mittlerweile hat die IGM reagiert und die Wiederaufnahme abgelehnt. *,,Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, daß Ihr auch in Zukunft Euer Informationsblatt weiter herausgeben wollt''*, ließ sie Drieling und Wessels am 16.12.87 mitteilen.

Schon mehrfach hat die IGM im Daimler-Konzern Druck auf die oppositionellen Listen ausgeübt (so in Harburg und Untertürkheim), mit dem Ziel der Einstellung der jeweiligen Zeitungen. In Hamburg hatten die Kollegen der ,,Alternative'' ihre Zeitung nach den Wahlen 1984 nur deswegen eingestellt — und wurden wieder in die Gewerkschaft aufgenommen —, weil sie (bis zum neuerlichen Ausschlußverfahren) ihre Informationsarbeit über die neugegründete VK-Zeitung fortsetzen konnten. Die Kollegen von ,,plakat'' in Stuttgart lehnten schon vor Jahren ab ihre Zeitung einzustellen, und wurden nicht wieder aufgenommen. Die ,,Aktiven Metaller'' von MBB in Bremen waren 1984 nach den Betriebsratswahlen nur deshalb nicht ausgeschlossen worden, weil sie bereit waren, ihre Betriebszeitung einzustellen.

Gewerkschaftsausschlüsse gegen die MLPD

In den 70er Jahren entstanden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB. Mit ihnen wurde gezielt Hatz auf die ,,Neue Linke'' in den Gewerkschaften gemacht. Der Verkauf einer Zeitung, die Teilnahme an einer Podiumsveranstaltung, die Kandidatur zu irgendwelchen Parlamenten ebenso wie die alleinige Denunziation der Zugehörigkeit zu einer ML-Organisation genügte für Reverse- und Ausschlußpolitik. Als disziplinarische Keule gegen mögliche Gewerkschaftsopposition haben sie sich bis heute gehalten. Die gesunkene Zahl von Ausschlüssen, aber auch die gesunkene Bedeutung der betroffenen ML-Gruppen für die demokratische Bewegung heute, haben den Widerstand gegen die UVB's fast auf den Kreis der unmittelbar Betroffenen eingeschränkt.

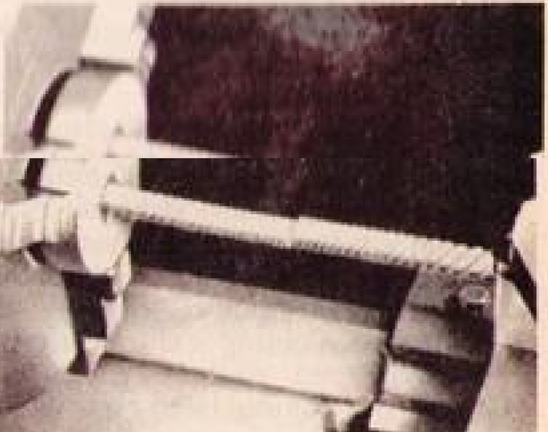
In den Gewerkschaften ist der UVB mehrfach aktualisiert worden: Volksfront, BWK, MLPD und Marxistische Gruppe sind hinzugekommen.

Häufigster Anlaß für einen Ausschluß nach UVB ist heute die Kandidatur zu den verschiedenen Parlamenten. Am stärksten betroffen ist die MLPD. Seit 1984, als die MLPD erstmals kandidierte, wurden 22 MLPD-Mitglieder ausgeschlossen bzw. Ausschlußverfahren gegen sie eingeleitet. Außer Mitgliedschaft und Kandidatur für die MLPD werden weitere Begründungen für den Ausschluß nicht gegeben. Es genügt der Verweis auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (Rote Fahne, 22.8.1987).

Die Bremer IGM-Ortsverwaltung versuchte es mit Erpressung. Sie stellte gegen den MLPD-Bezirksvorsitzenden von Bremen, Thomas Barth, einen Ausschlußantrag wegen Kandidatur zu den Bundestagswahlen, nachdem er nicht bereit war, ihrem Ultimatum, ,,freiwillig'' von der IGM-Kandidatenliste für die Betriebsratswahl zurückzutreten, zu folgen. (Rote Fahne, 11.4.87)

Ein besonderes Kabinettsstück leistete sich die IGM Hannover. Die Geschäftsleitung des hannoverschen VAW-Zweigwerkes kündigte dem IGM-Betriebsrat Stratmann fristlos, weil er 26 Kollegen zum Streik veranlaßt haben soll. Das Betriebsratsgremium, in dem nur IGMler sitzen, stimmte der Kündigung zu. Zusätzlich wurde ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Stratmann eingeleitet. ,,Natürlich stehen wir auf der Matte, wenn ein Betriebsrat gekündigt werden soll'', rechtfertigte sich der IGM-Bevollmächtigte Wagner, ,,aber der Kollege Stratmann soll erstmal sein Verhältnis zur MLPD klarstellen''.

Daß sie mit der Zustimmung zur Kündigung den gesetzlichen Kündi-



gungsschutz des Kollegen außer Kraft setzten, störte sie nicht weiter, eine ,,gedeihliche Zusammenarbeit'' sei mit ihm sowieso nicht mehr möglich. Der Grund für die Zustimmung zur Kündigung lag vor allem in der unterstellten MLPD-Mitgliedschaft. Daß dies in Ordnung sei, bestätigte der IGM-Bevollmächtigte: ,,Natürlich hätten wir die Entlassung verhindern können, doch gegen selbsternannte Führer haben wir etwas. Wer uns unterstellt, daß wir mit dem Klassengegner zusammenarbeiten, der kann bei uns nichts erben.'' Mit dem Ausschluß von Stratmann ersparte sich die IG Metall die Peinlichkeit, Rechtsschutz im angestrengten Kündigungsschutzverfahren zu gewähren.

Weitere Verfahren nach UVB in der IGM:

— Im Dezember 86 wurde der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel, aus der IGM ausgeschlossen. Auch er klagt mittlerweile vor der Zivilkammer in Frankfurt.

— Ausgeschlossen wurden Gudrun H. aus Nürnberg ebenso wie Thomas H. aus Stuttgart wegen Mitgliedschaft bzw. Kandidatur für die MLPD.

— Ein Ausschlußverfahren läuft gegen Christoph S. aus Bielefeld. Er soll aus der IGM ausgeschlossen werden, weil er im Namen der MLPD einen Aufruf zu einer Demonstration gegen das Bielefelder Neo-Nazi-Zentrum unterzeichnete (Rote Fahne, 7.11.87).

— Ausgeschlossen wurde auch Gernot W. Er hatte 9 Jahre bei Bosch gearbeitet und war zuletzt freigestellter Funktionär der MLPD in Stuttgart.

Ausschlüsse dieser Art erfolgten noch bei der HBV, ÖTV und IG Chemie.

No., Hamburg.

BMW:

Fortsetzung einer unendlichen Geschichte

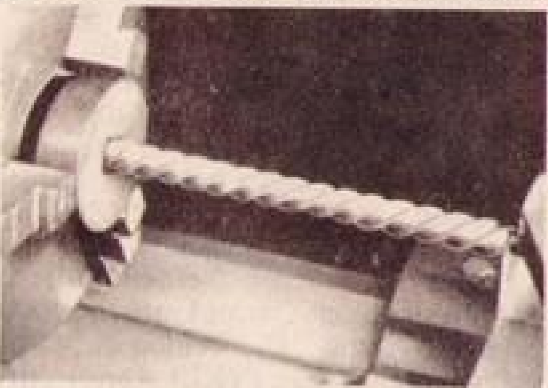
Nach der 22. Kündigung gegen einen der drei BMW-Kollegen aus der Liste ,,Fairness und Demokratie'' (21mal konnten die Kündigungen vor Gericht zurückgewiesen werden) ist die ins vierte Jahr gehende Auseinandersetzung bei BMW in Westberlin jetzt auch auf die Ebene der Gewerkschaftsausschlüsse ausgedehnt worden.

Dem ,,Fairness''-Betriebsrat Peter Vollmer war vorgeworfen worden, während der laufenden Kündigungsauseinandersetzungen gegen seine und zwei weitere Personen seine wahren Vermögensverhältnisse verschwiegen zu haben. Gleichzeitig seien Solidaritätsspenden zur Absicherung der eigenen Existenz gesamelt werden, obwohl Vollmer über ein ererbtes (vermutlich Millionen-) Vermögen verfügt. Das sei ,,Spendenbetrug''. Für den IG Metall-Vertrauenskörper bei BMW ein Grund, gegen Vollmer einen Ausschlußantrag aus der IGM zu stellen. Zuvor schon hatte die Betriebsratsmehrheit der ,,Mannschaft der Vernunft'' der fristlosen Kündigung Vollmers zugestimmt, die BMW wegen ,,Spendenbetrugs'' und wegen ,,arglistiger'' Täuschung bei der Einstellung vor acht Jahren (Verschweigen des Abiturs und eines Architekturstudiums) ausgesprochen hat.

Vollmer hat inzwischen erklärt, schon seit 15 Jahren seinen Unterhalt ausschließlich aus seinem Einkommen als Arbeiter zu bestreiten. Er habe seit 1972 nach seinem Studium, als er sich entschlossen habe, ,,in den Betrieb'' zu gehen, das Erbe nicht mehr für seinen persönlichen Unterhalt in Anspruch genommen. Auch von den Spendengeldern sei nichts für den persönlichen Unterhalt verwendet worden. Die in Anspruch genommene Gemaßregeltenunterstützung der IG-Metall ist schon längst von dem von BMW nachgezahlten Lohn zurückgezahlt worden.

Das Gewerkschaftsausschlußverfahren ist mittlerweile aus formalen Gründen eingestellt worden, da laut Satzung der IG Metall keine Gremien, wie in diesem Fall der VK, sondern nur Personen berechtigt sind, solche Anträge zu stellen.

Inzwischen hat das Arbeitsgericht auch die fristlose Kündigung gegen Peter Vollmer zurückgewiesen. Trotz seiner unvollständigen Angaben bei der Einstellung mußte BMW Vollmer wieder an seinem alten Arbeitsplatz weiterbeschäftigen. Das Gericht erkannte zwar das Interesse des Arbeitgebers an, die berufliche Qualifikation eines ungelernten Arbeiters zu erfahren, wertete aber das Recht seine Arbeitskraft aus anderen Gründen zu verkaufen, als



der für den Unternehmer günstigsten, höher. Ob dieses Urteil in den höheren Instanzen bestätigt wird, bleibt abzuwarten.

Ein anderes Gewerkschaftsausschlußverfahren ist noch nicht entschieden. 35 Westberliner IG Metall-Mitglieder haben es gegen die Betriebsratsmehrheit der ,,Mannschaft der Vernunft'' beantragt, u.a. da diese mehrfach den immer wieder gerichtlich abgewiesenen Entlassungen der ,,Fairness''-Kollegen zugestimmt haben.

Daß die Verleumdungen von Geschäftsleitung und der ,,Mannschaft der Vernunft'', so der Name der BMW-hörigen IGM-Betriebsräte, in einem Teil der Belegschaft zustimmend aufgenommen werden, zeigt die unter dem Namen ,,Arbeitnehmer für BMW'' angestrengte Amtsenthebungsklage gegen drei Betriebsräte (unter ihnen Vollmer) von ,,Fairness und Demokratie''. 753 Unterschriften von 1.750 Werksangehörigen, also weit mehr als die notwendigen 25%, konnten die Initiatoren sammeln. Anlaß für die angestrebte Amtsenthebung war die Behauptung, die drei Betriebsräte seien für einen Teil einer Ausstellung des DGB verantwortlich, in dem ein Werkstor von BMW mit einem Schild ,,hier endet der demokratische Sektor'' dargestellt ist. Hinter einer Schranke ist ein Foto vom Besuch Hitlers bei BMW, vor der Schranke ein Foto von Kohl beim Besteigen eines BMW und den drei 1984 entlassenen Betriebsräten im Kreise von Kollegen zu sehen. Auf Stelltafeln wurde erklärt, wie die BMW-Geschäftsleitung durch Manipulation der Betriebsratswahl 1984 und anschließenden Kettenkündigungen vergeblich versuchte, die Gewerkschafter auszuschalten. Durch die Darstellung fühlten sich die Antragsteller diffamiert.

Der Amtsenthebungsantrag wurde im September vom Gericht zurückgewiesen. Weder läge eine Amtspflichtverletzung noch eine Störung des Betriebsfriedens vor. Zumal für die Ausstellung der DGB und nicht die beschuldigten Betriebsräte verantwortlich seien. Auch die in einem Flugblatt vorgenommene Interpretation der Ausstellung durch die Betriebsräte sah das Gericht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.

Machtgelüste einer Mehrheit?

Linke Gewerkschaftsausschlüsse gegen Rechte

Die folgenden Zitate aus einer Auseinandersetzung um ,,gewerkschaftsschädigendes Verhalten'' stammen von der Bremer Klöckner-Hütte:

,,Wir werden allen den Vorschlag machen, eine Persönlichkeitswahl durchzuführen. (...) Für den Fall der Listenwahl wird in diesem Vertrauenskörper in demokratischer Abstimmung eine ,Liste der IG Metall' erstellt. Jedes Mitglied der IG Metall hat die Möglichkeit, sich der Abstimmung in dieser Versammlung zu stellen. Wer das nicht will, stellt sich außerhalb des Vertrauenskörpers und damit außerhalb der IG Metall.'' Diese Argumentation bei der Aufstellung gewerkschaftlicher Listen zu den Betriebsratswahlen ist bekannt. Bei Daimler-Benz in Harburg hat die Mehrheit des Vertrauenskörpers mit 50 gegen 38 Stimmen durchgestimmt und eine Kandidatenliste aufgestellt, die die Rechte und die Aktivitäten einer Minderheit in diesem Gremium grob mißachtete. Gegenüber solcher in den Gewerkschaften geübten ,,Demokratie'' gilt es mißtrauisch zu sein. Wenn dann noch vom *,,Mißbrauch des Namens der IG Metall''* die Rede ist, weil Minderheits-Gewerkschafter als solche auftreten; wenn ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste mit *,,Schädigung des Ansehens der IG Metall und der Arbeit des IGM-Vertrauenskörpers''* kritisiert wird und ein Verfahren nach §11 der Satzung beantragt wird (,,§11. Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten'') — dann fühlt sich der Linke in seiner Gewerkschaft fast wie zu Hause. (1)

,,Der Betriebsrat wird immer mehr zu einem Teil des Verwaltungsapparats des Unternehmers. (...) Bei aller Anerkennung des gewerkschaftlichen Prinzips der Einheit des Betriebsrates können also Minderheitenvertreter ein Stachel im Fleisch eines eingefahrenen Betriebsrats sein. Minderheitenvertreter können auch zur Information der Belegschaften in Betriebsversammlungen oder durch Flugblätter von Bedeutung sein.'' (2) Auch diese Rechtfertigung einer Eigenkandidatur klingt bekannt. Oft haben Linke in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung so oder ähnlich für eigene Listen oder eigene Publikationen im Betrieb geworben.

Verkehrte Welt allerdings, daß die erste Äußerung von der linken Vertrauenskörperleitung der Bremer Klöckner-Hütte stammt, während die dagegen in Opposition stehende Position von just jener rechten Gisela Freudenthal aus dem Bremer Landesvorstand der SPD stammt, gegen die die Klöckner-VK-Leitung ein Untersuchungsverfahren nach §11 bei der IGM-Ortsverwaltung beantragt hat.

Die Vorgeschichte

Die betrieblich-gewerkschaftliche Interessenvertretung bei den Bremer Klöckner-Werken bildet in der Betriebslandschaft eine fast vorbildliche Besonderheit. Hier hat sich seit den Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahlen 1968/69 und den Septemberstreiks 1969 nach und nach ein ,,linker Block'' aus Mitgliedern der DKP, der Gruppe Arbeiterpolitik (Arpo), linken Sozialdemokraten sowie ehemaligen RGO-Mitgliedern im Betriebsrat und im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der IGM durchsetzen können. Seither stellten die Linken mit Bonno Schütter (Arpo), Max Müller (DKP), Heinz Röpke (DKP-Bundesvorstand) und heute Peter Sörgel (DKP) immer den Betriebsratsvorsitzenden. Alle Versuche des Teils der SPD, der sich der Politik der regierenden Landespartei verpflichtet sah (organisiert in der SPD-Betriebsgruppe und in der AfA), das linke Übergewicht zu knacken, waren immer wieder gescheitert. Die Versuche, immer wieder den wütenden Antikommunismus zu mobilisieren, konnten das Kräfteverhältnis auch nicht verändern: 1969 hetzte die IGM-Ortsverwaltung gegen Schütter als jemanden, der *,,die Diktatur über das Proletariat will''*, die Arbeiter *,,mit seiner ,Roten Garde' kommandieren''* will. *,,Nicht umsonst ist der Chinesen-Häuptling Mao Tse Tung sein und seiner Jünger Leitbild''*, hieß es in einem IGM-Flugblatt. (3) 1987 klingt das alles nicht mehr so arg verhetzt und wesentlich kleinlauter, wenn SPD-Vorstandsfrau Freudenthal an die Bremer IGM schreibt, daß wegen der ,,roten Vormacht'' bei Klöckner eine eigene Listenkandidatur gerechtfertigt sei: *,,Angesichts des Umstandes, daß weit überwiegend die Mehrheit des Betriebsrates der DKP angehört oder mit dieser Partei sympathisiert, muß es zulässig sein, andere parteipolitische Aspekte zumindest zu Gehör zu bringen. (...) Als Mitglied des Landesvorstandes der SPD nehme ich für mich ausdrücklich das Recht in Anspruch, meinen politischen Standpunkt im Betriebsrat zur Geltung zu bringen.''* (4)

Solche Aussagen werden heute aus einer Schwächeposition gemacht, die SPD-Betriebsgruppe ist in sich zerstritten. 1984 kandidierten bei der Betriebsratswahl für die SPD-Betriebsgruppe Gisela Freudenthal und Herbert Florian (bis 1978 noch VK-Vorsitzender) auf einer gemeinsamen Liste, die drei Sitze gegen 19 der linken IGM-Liste und ein einer weiteren Liste erhielt. 1987 gab es wieder Listenwahl, da der Christliche Metallarbeiterverband eine Liste eingereicht hatte. Dies war der Vorwand für Freudenthal und Florian, erneut mit eigenen Listen anzutreten. Diesmal allerdings getrennt, die beiden waren nämlich mittlerweile nicht nur von der SPD-Betriebsgruppe abgewählt worden, sondern hatten sich auch untereinander zerstritten. Die Listenwahl war für sie die einzige Chance, einen Betriebsratssitz zu erhalten, denn für ein Mandat bei Persönlichkeitswahl wurden in der Vergangenheit etwa 600 Stimmen benötigt, bei der Listenwahl reichen gut 150 Stimmen. Das 1987er Ergebnis brachte aber der linken IGM-Liste einen großen Triumpf: sie erhielt 22 der 23 Arbeitersitze. Allein die Liste ,,Hüttenfuchs'' von Florian schaffte mit 265 Stimmen einen Sitz, die Liste ,,Standpunkt'' von Freudenthal scheiterte mit 144, der CMV mit 79 Stimmen.

Einheit als formale Disziplin

Soll man sich um Freudenthal/Florian groß den Kopf zerbrechen? Sie scheinen politisch und gewerkschaftlich restlos isoliert. Bei der Kandidatenaufstellung im VK hätten sie keine Chance gehabt, sie sind — in Abwesenheit — vom VK mit der Begründung nicht einmal für die Kandidatenliste benannt worden, daß sie sich seit Jahren nicht an der aktiven Gewerkschaftsarbeit im Betrieb beteiligt hätten. Die beiden hätten sich *,,zu zänkischen Außenseitern entwickelt, die (...) nur noch ein Ziel kennen: Als Person wieder in den Betrieb zu kommen''*, urteilte die VK-Leitung in ihrem Ausschlußantrag. Nicht diese Personen sind dabei interessant, im Gegenteil: Die Betriebsrats-
Nicht diese Personen sind dabei interessant, im Gegenteil: Die Betriebsrats-
wahl 1987 hat gezeigt, daß sie mit ziemlicher Sicherheit bereits aus dem Spiel sind und diejenigen, die eine andere Gewerkschaftspolitik auf der Hütte wollen, sich nach anderen Personen umschauen müssen. Interessant ist, wie die linke Mehrheit, die in vielem eine vorbildliche Politik für die Betriebslinke gemacht hat, mit ihrer ,,Macht'' umgeht. Dabei sind sowohl die Zuhilfenahme des §11 der IGM-Satzung problematisch, als auch die inhaltlichen Begründungen bzw. Diskussionen, die darum geführt werden.

,,Loyalität gegenüber Mehrheitsbeschlüssen''; heißt es auf einmal in ihrem Vokabular, die Treue zur Organisation IGM wird beschworen, obwohl sich die heutige IGM von der von 1968/69 und den nachfolgenden Jahren, als die Klöckner-Linke selbst im Streit mit dem Apparat stand, nicht in ihren politischen Grundsätzen — und schon gar nicht in ihrer Satzung — unterscheidet. Noch krasser argumentieren Verteidiger des Vorgehens der Klöckner-VKL. Zum plumpesten Disziplinierungsargument, das aus dem Abwürgen der innergewerkschaftlichen Debatte bekannt ist, greift Hein aus Hamburg in der Zeitschrift ,,Arbeiterpolitik'': *,,Der VK wollte nach langen Jahren der Spaltungen und Uneinigkeit in der Belegschaft auch bei der Betriebsratswahl zu einem einheitlichen Auftreten kommen. Dies wurde notwendig angesichts der Stahlkrise, die sich zuspitzte, und der Angriffe der Unternehmer, die rücksichtsloser wurden.''* Die Gruppe Arbeiterpolitik, die auf der Hütte all die Jahre eine bedeutsame politische Rolle gespielt hatte, hat nämlich in ihrer Zeitung im August 1987 das Vorgehen der Klöckner-VKL kritisiert. *,,Der §11 ist de facto ein Instrument des IGM-Vorstands''*, zumeist als ,,Knebelungsinstrument'' gegen die Linken in Betrieb und Gewerkschaft angewandt, verurteilte die Arpo: *,,Die Versuche, gewerkschaftspolitische Debatten mit dem §11 zu beenden, waren und bleiben schädlich, wer auch immer ihn anwendet.''* (5) Was Hein dagegensetzt, ist die bis zum Überdruß in der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung beschworene *formale Einheit*. In keiner (ernstzunehmenden) Gewerkschaftsbewegung der Welt ist diese formale Einheit so weit entwickelt, wie in der BRD, am stärksten in der IG Bergbau und Energie. Daß sie aber eine Disziplinierungs-Einheit ist, und keine wirkliche *inhaltliche Einheit*, zeigt sich in aller Regel in Krisensituationen — so aktuell wieder im Bergbau zu sehen. (Andererseits bieten gerade Krisen wie die bei Rheinhausen auch die Chance, daß sich eine wirkliche inhaltliche Einheit bildet). Wer auf eine größere inhaltliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung hinauswill, der muß vor allem dafür kämpfen, daß die disziplinierenden Vorstands-Instrumentarien wie der §11 der IGM-Satzung verschwinden,



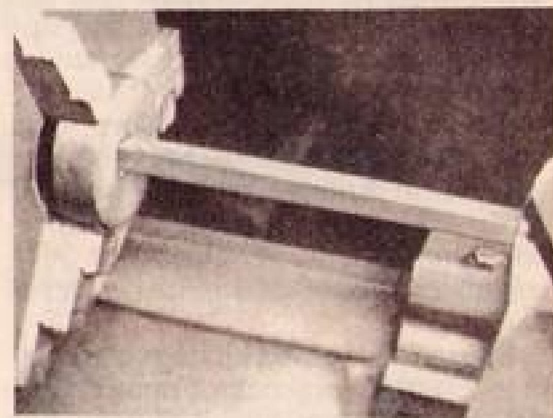
Foto: M. Stroux

daß Streit und Widerspruch sich entwickeln können, daß Minderheitenpositionen geschützt werden und die Einheit sich nach Diskussion in der Aktion bewähren muß. Davon sind die Gewerkschaften in aller Regel himmelweit entfernt. Der Kampf gegen den §11 der Gewerkschaftssatzung und gegen die ,,Unvereinbarkeitsbeschlüsse'' des DGB gehört nach wie vor zum wichtigsten Bestandteil der Auseinandersetzung um demokratische Gewerkschaften. Früher wußten das die linken Kollegen bei Klöckner und es gehört zu den positiven Seiten ihrer Entwicklung, daß sie sich über solce Unvereinbarkeiten hinweggesetzt haben, bis dahin, daß Heinz Röpke 1969 gegen heftige Widerstände und Kritik in der DKP auf der oppositionellen Liste von Bonno Schütter kandidiert hat und dadurch mit dazu beigetragen hat, daß die Linken heute bei Klöckner eine so starke gewerkschaftliche Position haben.

Zwei Gewerkschaftsausschlüsse

Gegen die Spalter Freudenthal und Florian, so argumentiert Hein, mußten Konsequenzen gezogen werden. *,,Das aber heißt nichts anderes, als ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten einzuleiten.''* Dabei hatte die Belegschaft diese Konsequenzen schon gezogen, wie Hein selber schreibt: mit dem Wahlergebnis hatte sie ,,eindeutig Stellung bezogen.'' Und an anderer Stelle: *,,Die wirkliche Grundsatzfrage lautet meiner Ansicht nach: sollen Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten und sich damit zwangsläufig auch im satzungsrahmen bewegen, um Positionen zu erobern? Oder müssen sie sich von den Satzungsregelungen freimacbhen und vom Gewerkschaftsapparat unabhängige Organisationen aufbauen?''* Solche Argumentation ist allerdings die typische Demagogie des sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionärs gegen kritische linke Gewerkschafter. Erstens gibt es diesen Zwang zur Anwendung der Satzung nicht, nicht einmal die loyalsten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer tun sich diesen Zwang an, wenn sie es für opportun halten (man denke, daß sie fünf Jahre brauchten, um gegen den Aufsichtsratsgelder unterschlagenden Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bleffert von KHD ein Verfahren einzuleiten). Zum zweiten: Wie will man im Falle Klöckner mit den ausgeschlossenen Bremer Daimler Kollegen oder denen in Hamburg solidarisch sein, wenn man — zwar gegen rechte Sozialdemokraten — mit den gleichen formalen Argumenten und Instrumentarien arbeitet? Man kann nicht, und Hein erst recht nicht.

Wenn die Darstellung in der ,,Arbeiterpolitik'' stimmt, dann lief das Ausschlußverfahren gegen Freudenthal/Florian (beide wurden ausgeschlossen, es fehlt noch die Zustimmung des IGM-Vorstands) ab, wie meistens bei solchen Verhandlungen: Als Hohn auf eine demokratische Auseinandersetzung. Die beiden Beisitzer der Ausschlußseite (VKL) waren parteiliche Betriebsräte. Befangenheit, das wissen linke Ausgeschlossene, gibt es in der Gewerkschaft nicht. Da die Angeklagte Freudenthal natürlich unterstützende Beisitzer gefunden hatte, mußte der Vorsitzende IGM-Funktionär entscheiden. Und der entschied satzungsgemäß: Ausschluß. Möglicherweise geht Freudenthal vor das Gericht, dann wird sie beschuldigt, mit bürgerlichen Gerichten interne Auseinandersetzungen einer Arbeiteorganisation geführt zu haben (so ge-



hen auch viele linke Gewerkschafter an die sozialdemokratisch beherrschten DGB-Gewerkschaften ran). Dabei ist der Gang zu den Gerichten zur Einklagung eigener Rechte so lange unvermeidlich, wie die Gewerkschaften demokratische Rechte und den Schutz politischer Minderheitenpositionen verweigern. Das muß auch dann gelten, wenn — ausnahmsweise einmal — derselbe Vorgang an einer rechten Sozialdemokratin exerziert wird.

Bei Klöckner hätte die Chance bestanden, aus einer politischen Stärkeposition heraus diese notwendig andere Gewerkschaftsdemokratie zu praktizieren. Man kann vermuten, daß linke IGM-Funktionäre die Gelegenheit genutzt haben, mit einer sozialdemokratischen Richtung ein Hühnchen zu rupfen (und das auch noch bei einer SPD-Vorstandsfrau), die ihnen seit 1968 Pest und Cholera an den Hals gewünscht hat. Verständlich ist das schon. Für die Auseinandersetzung um eine andere Gewerkschaftsdemokratie und die Unterstützung derjenigen, die immer noch viel zu zahlreich per formalem Verfahren und Satzung an konsequenter Gewerkschaftspolitik gehindert werden, wurde eine Chance verpaßt.

Abschließend sei noch eine historische Lanze für die Ablehnung der formalen Gewerkschaftsdemokratie gebrochen:

Klöckner-Hütte Bremen, 1969: *,,Zur Wahlvorbereitung hatten sich die IGM-Führer ausgedacht: Kandidatenaufstellung durch den VK, nur Vertrauensleute sollten kandidieren. Beschluß der Ortsverwaltung, daß, wer auf einer anderen Liste kandidiert, ausgeschlossen wird.*

Demgegenüber forderten die Linken: Kandidatenaufstellung durch Vorwahl in den Betriebsabteilungen. Garantie, daß das Stimmergebnis der Persönlichkeitswahl auch bei der Konstituierung des Betriebsrates beachtet werde (bei den letzten Wahlen hatten Linke die meisten Stimmen erhalten, wurden aber durch die rechte BR-Mehrheit ausgeschaltet).

Insbesondere die Ablehnung durch den VK basierte darauf, daß seit zehn Jahren nicht mehr gewählt wurde, daß nur noch Vertrauensleute nachgewählt oder ernannt wurden und der VK ein im Sinne der Führung manipuliertes
nur noch Vertrauensleute nachgewählt oder ernannt wurden und der VK ein im Sinne der Führung manipuliertes
Gremium war. Im Verlauf der Sitzung dieses VK am 3.4.69 griff Bonno Schütter diese Manipulationen scharf an. IGM-Weinkauf dazu: ,Wer sich den Mehrheitsbeschlüssen nicht fügt, raus hier. Kommunisten haben hier nichts zu suchen!' Schütter, Müller, Röpke (...) und 30 weitere Vertrauensleute gingen. Sie stellten eine eigene Liste zu den Wahlen auf.'' (6) Das war eindeutig gegen die Satzung der IGM, die 42 Untersuchungsverfahren wegen ,,gewerkschaftsschädigenden Verhaltens'' einleitete. Bonno Schütter wurde ausgeschlossen, 6 Kollegen erhielten Funktionsverbot. Das war der Wieder-Beginn der Gewerkschaftsausschluß-praxis gegen die Linke nach den Raussäuberungen von KPD-Gewerkschaftern in den fünfziger Jahren. Die Liste der Abtrünnigen erhielt 50,9% der Stimmen gegenüber 36% für die IGM. Das war der Beginn der linken Mehrheit bei Klöckner.

hr.

Anmerkungen:

(1) Zitiert nach Schreiben der Klöckner-VK-Leitung an die IGM-Ortsverwaltung Bremen, vom 6.3.87
(2) ,,Standpunkt''-Extrablatt zur Betriebbsratswahl 1987, ,,Warum wir kandidieren''
(3) Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, S. 53 u.f., Hamburg 1978
(4) Brief von Gisela Freudenthal an die IGM-Ortsverwaltung Bremen, vom 8.4.87
(5) Die Haltung zu Gewerkschaftsausschlüssen und der Konflikt bei Klöckner sowie die Arpo-Diskussion darum sind ausführlich dokumentiert in ,,Arbeiterpolitik — Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik'' Nr. 5/6, 1987
(6) Wie unter 3, S. 54.

Nationalrevolutionäre Strategie — gescheitert?

Es ist gar nicht mal so lange her, da wogte in Bonn der Streit um die von Rolf Stolz initiierte „Linke Deutschland Diskussion" (LDD) in Form von Artikeln und Leserbriefen in der Bonner Stadtzeitung „De Schnüss" (1). Der Riss ging quer durch die Redaktion. Der guten Recherche und den berechtigten Warnungen von Peter Kratz (2) hielt z.B. B. Meier entgegen: *„Die brauen Gespenster, die Peter Kratz bei den Grünen umgehen sieht und die ‚auf leisen Sohlen in grüne Schlüsselpositionen drängen', bleiben im wesentlichen eine Fiktion" (3).*

Aus diesem verbalen Streit entwickelte sich dann ein gerichtliches Scharmützel, das Stolz und die LDD gegen Mitglieder unserer „Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus Bonn", namentlich Hartmut Meyer und Peter Kratz, führte und 1987 verlor (4). Unserer Initiative liegen nun neue interne Strategie- und Diskussionspapiere aus dem Nationalrevolutionären (NR-)Lager vor, die unsere bisherige Recherchearbeit bestätigen und nachträglich weitere Beweise dafür liefern, daß die Machenschaften der NR durchaus keine Fiktion waren oder sind. Da dies kein Artikel über die LDD werden soll, sei nochmal auf zwei Artikel zu diesem Thema verwiesen (4)(5).

(5).



Festnahme Elbig am 19.5.84

Grün oder links?

Bei den Papieren handelt es sich größtenteils um Interna aus dem „Nationalrevolutionären-Koordinationsausschuß" (NRKA), der sich 1987 in „Politische Offensive" (PO) umbenannte. Ein sechsseitiges Strategiepapier, Titel: „Zur Geschichte von NRKA/PO und den Konsequenzen", stammt aus der Feder eines Klaus Berger, der vermutlich im Düsseldorfer Raum agiert. Laut Bergers Papier beginnt die Geschichte der PO 1978 in Düsseldorf mit der Gründung der Zeitschrift „laser — Nationalrevolutionäre Perspektiven für eine sozialistische Demokratie".

Die sich betont „links" gebende Zeitung, die man Ende 1981 in „Aufbruch" umbenannte, wurde zum Kristallisationspunkt für Nationalrevolutionäre innerhalb und außerhalb der Gruppe „Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (SdV/NRAO). Die SdV/NRAO entstand 1974 als Spaltprodukt aus der „Aktion Neue Rechte" (ANR)(6) — die ANR war wiederum 1972 als Spaltprodukt aus der NPD hervorgegangen.

Wie Klaus Berger berichtet, befand sich die SdV/NRAO 1978 in einer Krise. Maßgebliche Kreise aus Berlin und München „erstrebten eine primär antisowjetische und im Grund prowestliche Ausrichtung, die den realen weltpolitischen Gegebenheiten bereits seinerzeit nicht entsprach".

Im November 1979 erfolgte dann in Kirchheim/Hessen die Spaltung der SdV/MRAO. Im gleichen Monat erschien in Koblenz die Zeitung „Wir selbst — Zeitschrift für Nationale Identität", die, so Berger „eine neue Komponente in der NR-Szene darstellte". Die Beschaffenheit dieser „neuen Komponente" wurde z.B. von Jan Peters frühzeitig in mehreren Artikeln aufgezeigt (7)(8). Ein gut recherchierter Artikel „Rechtsradikale im grünen Gewande — Fakten und Trends" ebenfalls von Jan Peters und Mathias Thesen (9) war für lange Zeit die beste Zusammenfassung und Darstellung der NR-Szene. In „Wir selbst" Nr. 2 verkündete damals ein Horst J. Ackermann aus Koblenz: *„Also laßt uns in den Grünen gemeinsam und ohne Scheu zusammenarbeiten".* Die späteren Mitinitiatoren der LDD, Axel Emmrich und Jürgen Kraus (Koblenz) waren langjährige Mitabeiter dieses ganz auf „grün" gemachten Tarnblattes. Der NRKA/PO entstand, so Klaus Berger, am 26.4.1980 in Düsseldorf, nachdem erste Bemühungen um Annäherung zwischen „Wir selbst"-Gruppe und „laser"-Kreis im Jan/Feb. 1980 scheiterten, und *„um die Zusammenfassung der nach der SdV/NRAO-Spaltung ‚heimatlos' gewordenen Nationalrevolutionäre in einer neuen, von vornherein als Aufbauorganisation konzipierten Gruppe"* zu bewerkstelligen. Koordinator des NRKA/PO ist zunächst Horst J. Ackermann. Später übernimmt Armin Krebs aus Menden/Sauerland, der auch für die Zeitung „Aufbruch" verantwortlich zeichnet, diese Aufgabe. Alle genannten findet man übrigens wieder als Unterzeichner des „Anstoß für eine Deutsch-Deutsche Alternative", dem Gründungspapier der LDD.

Braune Linke?

Der Journalist Siegfried Kurtschinski arbeitete damals unter falschem Namen bei der SdV/NRAO mit. Er schätzte die NR-Szene auf „ca 1.000 Militante (mit) mehr als einhundert bundesrepublikanischen Stützpunkten". *„Die NR-Basisgruppen sind wahrscheinlich die gefährlichsten Rechtsradikalen. Es handelt sich nicht nur um tölpelhafte Waffenfetischisten, sondern ihr Konzept basiert auf Verschwörung, ihre Sprache klingt nach linkem Theorieslang, und vor allem: Öffentlichkeit und Verfassungsschutz wissen nicht, wie sie vorgehen"* (10). Kurtschinskis Einschätzung von 1979 klingt heute, 8 Jahre später, etwas übertrieben — die Versuche die Öko-Szene zu infiltrieren waren und sind jedoch Tatsache.

Klaus Berger in seinem Strategiepapier: *„Vor die Frage gestellt, welche Ansprechpartner es für die (wie in der Weimarer Zeit) letztlich jenseits von ‚rechts' und ‚links' angesiedelten NR gebe, legte sich der NRKA/PO angesichts der konkreten Bedingungen jener Jahre auf das linke Spektrum einschließlich der Grün-Alternativen und der Friedensbewegung fest."*

Die „konkreten Bedingungen" im einzelnen sind, so Berger:

„— Seit 1977/78 bildeten sich, zunächst auf regionaler Ebene, erste ‚Grüne' Gruppierungen heraus, im Januar 1980 erfolgte die Gründung der grünen Partei. In dieser sammelten sich anfangs durchaus auch Kräfte, die von Positionen eines gesamtdeutschen Neutralismus ausgingen (ehemalige Partei AUD), nonkonforme Wertkonservative und weitere Personen, mit denen ein Gespräch lohnend schien.

— Im März 1980 löste sich die ‚maoistische' und betont gesamtdeutschnationale KPD/Rote Fahne auf, was zahlreiche potentielle Ansprechpartner für die NR ‚freizusetzen' schien.

— Seit 1980 entwickelte sich die Friedensbewegung, die naturgemäß nicht umhinkam, auch Fragen der Blockbindung, der Souveränität und der deutschen Teilung zu diskutieren.

— Im Januar 1981 erschien das Buch von Peter Brandt und Herbert Ammon ‚Die Linke und die nationale Frage', das einen länger anhaltenden und damals relativ breiten Diskussionsprozeß in unserem Sinne auslöste".

Linke Braune!

In einer kürzlich in Oldenburg erschienenen Broschüre mit dem Titel „Die ‚nationale Frage' als revolutionärer Störfaktor?" wird über die Rolle der Nationalrevolutionäre gesagt: „Immer wieder im Sog von revolutionären Situationen spielen sie den Part der verdeckten Konterrevolution: in dem sie an berechtigte Forderungen anknüpfen und sich als ihre wahren Verfechter darstellen. Das bevorzugte rhetorische Mittel, das schon der Römer Quintilian kannte, ist die ‚Diversio': Zersetzung der gegnerischen Argumentation". (11)

Diese Aussage paßt gut zu dem, was Marcus Bauer aus Bochum in einem 27seitigen Strategiepapier der PO mit dem Titel „Für eine Kurskorrektur der NR" von sich gibt: *„Hinsichtlich der ‚Zielgruppen' wurde in den letzten Jahren hauptsächlich versucht, vor allem in sogenannten ‚Linkskreisen' für nationalrevolutionäre Positionen zu werben. Ideologisch fand dieses Bestreben seinen Niederschlag in dem Bemühen, unsere Programmatik in ein marxistisches Denkschema zu pressen und sie in eine ‚linke' Tradition zu stellen".*

Dieses „Untertauchen" in der Linken wurde auch vom äußeren Erscheinungsbild unterstützt. In einem Bericht der TAZ über das Deutschlandtreffen der NPD am 17. Juni 1980 in Philipstal wundert sich Autor o.k. über Neonazis mit langen Haaren, PLO-Tuch, IRA-T-Shirts, Anti-AKW-Plakate und schwarzem Stern an der Lederjacke (12).

Torpedierte Anbiederung

Ausführlich berichtet Klaus Berger in seinem Papier über die Schwierigkeiten der NR-Unterwanderungsstrategie: „Die Folge (der Festlegung auf Links, Anm.) war eine konzentrierte Aktion zahlreicher Presseorgane (u.a. DVZ, PDI, Stern, Arbeiterkampf und Alternativblätter, z.T. auch TAZ!) gegen jede Annäherung zwischen NR auf der einen, linken und grünen Kräften auf der anderen Seite. Namen von Journalisten wie Jan Peters, Peter Kratz, Hartmut Meyer und Ulrich Völklein stehen dabei für die ‚harte' journalistische Art der Torpedierung, Namen von Sozialwissenschaftlern wie Arno Klönne, Peter Dudek und Eike Henning für die ‚weiche' und wissenschaftliche Variante".

„Ergebnis: aus den Grünen wurden wir (z.T. mit förmlichen Ausschlußverfahren, z.T. durch persönliche und politische Isolierung herausgedrängt. Linke, die mit uns Kontakt hielten (etwa LDD oder Tübinger Club Voltaire) wurden zur Distanzierung genötigt". „1980 bis ca. 1984 wurde der NRKA von einem publizistisch weit überlegenen Gegner ständig nach dem Motto ‚search and destroy' bekämpft und dadurch permanent in die Defensive gedrängt".

Zu diesen Schwierigkeiten gesellten sich andere Probleme zumeist ideologischer und psychologischer Art: „.... *denn das uns nach wie vor prinzipiell wohlgesonnene und leicht zugängliche Potential, das nun einmal, ob es uns paßt oder nicht, wie die meisten NR früher auch, in nationalen, konservativen, also ‚rechten' Kreisen zu finden ist, wurde aufgrund dieser Entwicklung enttäuscht und abgestoßen, wohingegen jene Zielgruppen, auf die hin dieser Kurs ausgerichtet war, ihn offensichtlich als das empfanden, was er in nicht unerheblichem Maße doch auch war, nämlich als ein Anbiederungsversuch"*, so Marcus Bauer in seinem Papier.

Krasser formuliert es Klaus Berger: *„Die derzeitige Überanpassung an den Gegner trägt bereits eindeutig masochistische Züge. Ich sehe es jedenfalls nicht mehr ein, einem NPD-Mann, der mir freundlich die Hand reicht, in den Hintern zu treten und einem DKPler oder ‚Grünen', der pausenlos auf mich eindrischt, in selbigen hineinzukriechen!"* Sein Fazit: *„Spätestens ab 1985 war die bisherige Strategie und Zielgruppenorientierung nicht mehr aufrechtzuerhalten ... vor allem darum, weil sich zwischenzeitlich herausgestellt hatte, daß die positiv an uns Interessierten in der Regel unzufriedene und meist junge Leute aus dem ‚rechten' Dunstkreis waren, die wir hätten integrieren können — wenn wir uns ein wenig mehr auf sie eingestellt und sie nicht durch das stupide Nachplappern antifaschistischer Phrasen unserer eigenen Gegner vor den Kopf gestoßen hätten".*

Marcus Bauer stellt resigniert fest: *„So bleibt anschließend festzuhalten, daß gerade unter dem Gesichtspunkt ‚linke' Gruppierungen und Personen anzusprechen, das in den letzten Jahren deutlich gewordene Bestreben sich um jeden Preis ein linkes Image zu verschaffen nicht nur erfolgslos, sondern sogar schädlich war".*

schaffen nicht nur erfolgslos, sondern sogar schädlich war".

Linksabweichler

Die Schuld an der siebenjährigen erfolglosen Arbeit des NRKA/PO wird nicht nur mit der massiven Torpedierung durch linke Kreise begründet, sondern auch in den eigenen Reihen gefunden. Produkt der seit 1980 betriebenen Unterwanderungsstrategie, bei der den eigenen Mitgliedern wohl etwas zu viel zugemutet worden ist, sind die als „Bolschewiki" bezeichneten Linksabweichler im NRKA/PO. Klaus Berger fordert in seiner Schrift: „.... *zunächst die linke Abweichung entschieden zu bekämpfen, die z.Zt. die Hauptgefahr in der Organisation und das Haupthemmnis für die Gewinnung neuer Kräfte darstellt".*

Hart zu Gericht geht Berger mit der von „Linksabweichlern" dominierten Zeitung „Aufbruch": *„‚Rechte' Leser sind mit diesem ‚Aufbruch' überhaupt nicht mehr zu erreichen, ‚linke' Leser werden entweder plumpe Anbiederung oder das Werk zurückgebliebener Stalinisten vermuten".*

Macus Bauer mahnt in einem Begleitbrief zu seinem 27seitigen Strategiepapier: *„Dementsprechend darf die Beschäftigung mit, und die Berufung auf Marx & Co nicht zum Selbstzweck werden. So wie es schädlich ist, einen Gedanken oder einen Begriff nur deswegen abzulehnen, weil er von Marx & Co stammt (Antikommunismus), ist es eine nicht weniger fragwürdige Verfahrensweise, sich in selbige nur deswegen zu verrennen, eben weil sie von den genannten Autoren formuliert wurden".*

Doch trotz der harten Kritik in den eigenen Reihen steht für den NRKA/PO nach wie vor eins nicht zur Disposition: *„Es muß nach wie vor unser Ziel sein, Einzelpersonen sowohl von ‚links' als auch ‚rechts' für uns zu gewinnen. Die Absage an ein ‚linkes' Selbstverständnis schließt natürlich keineswegs aus, daß auch weiterhin ‚linke' Themenbereiche von uns besetzt werden. Dies muß aber von einem spezifischen NR-Standpunkt aus erfolgen und darf nicht das Untertauchen in der ‚Linken' zum Zweck haben"*, so Marcus Bauer.

Kurskorrektur und Abspaltung

Die oben zitierten Papiere von Bauer und Berger sowie ein drittes vom Mainzer Peter Bahn, Titel „Zur Entwicklung der PO sowie eine mögliche Standortbestimmung", wurden in einem Seminar der PO in Würzburg vom 30.10. - 1.11.87 vorgelegt und diskutiert. Alle drei fordern aufgrund der bisherigen verfehlten Politik der NRKA/PO vehement eine Kurskorrektur in Form einer Öffnung nach Rechts.

Marcus Bauer ganz konkret:

„ — *Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie müssen wir für eine künftige Regelung plädieren, welche die Zugehörigkeit des deutschen Ostens zum geschichtlich gewachsenen, deutschen Lebens- und Kulturraum in zufriedenstellender Weise berücksichtigt.*

— Die Überfremdungsproblematik muß in ihrer Bedeutung erkannt und unsererseits aufgegriffen werden.

— Unsere geschichtlichen Traditionen dürfen nicht aus Angst vor den ‚Linken' voreilig kriminalisiert und ignoriert werden (z.B. Wehrmacht)".

Im Würzburger Seminar wurde die Kurskorrektur offensichtlich vollzogen. Diejenigen jedenfalls, die den alten Kurs beibehalten wollten, sammeln sich seitdem in einer Abspaltung der PO mit dem Namen „Neue Perspektiven". Die Kontaktadresse für diese neue NR-Blüte ist das Postfach 1195, 5420 Lahnstein 1 von Axel Emmrich. Diese Adresse war bisfang die Geschäftsadresse der LDD und Kontakt für den „Arbeitskreis Befreiung" der PO.

In einer kürzlich erschienen „Öffentlichen Erklärung" der Gruppe „Neue Perspektiven" werden Masseneintritte der „Nationalistischen Front" (NF) und anderen Neonazis beklagt (13). Mit Krokodilstränen in den Augen wird dort lamentiert: *„Die PO, ursprünglich als basisdemokratisch, pluralistische und linkspatriotische Bewegung konzipiert, ist durch die Tätigkeit von Spaltern und Saboteuren in den letzten Monaten zur rechtsextremen bis neurechten rückwärtsgewandten und reaktionären Organisation verkommen".* Und weiter: *„Das neue*

und reaktionären Organisation verkommen". Und weiter: *„Das neue*

Sprachrohr der PO, der Mainzer Rechtsradikale Peter Bahn, der nach einer 360-Grad-Drehung (NPD-KPD-Grüne-PO-Rechte) wieder an seinen ursprünglichen Ausgangspunkt zurückgekehrt ist, ruft offen zu Frauenfeindlichkeit und zur Diskriminierung von sexuellen Minderheiten auf".

Die offen neonazistischen Töne Bahns, der von 1979-1985 Mitglied der Grünen und ab 1984 bei der LDD arbeitete (14), hatten besonders die Koblenzer PO-Gruppe verschreckt. Axel Emmrich und Jürgen Kraus sind auch Mitglieder der „Alternativen Schwulengruppe Koblenz".

Schon vor der Spaltung in Würzburg beklagten sich die Koblenzer in einem Offenen Brief an PO-Vorstandsmitglied Dr. Holger Wille (Bochum), datiert vom 21.10.87: *„Anstatt die Klagen vieler Mitglieder ernst zu nehmen ... und dafür zu sorgen, daß keine Poster der Zeitschrift „Sieg" in der Geschäftsstelle hängen, läßt Du zu, daß aktive Mitglieder der PO von Peter Bahn mit der Nazi-Parole ‚Bolschewiki' diffamiert werden dürfen".* Auf die weitere Entwicklung von „Neue Perspektiven" darf man jedenfalls gespannt sein.

Links und rechts gemeinsam?

Eins kann man der NR-Szene in der Bundesrepublik nicht abstreiten: sie waren und sind immer noch Impulsgeber für die gesamte neofaschistische Rechte. In einem Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" (Feb. 1982) durfte der ehemalige ANR-Aktivist Michael Kühnen die neue Linie seiner später verbotenen ANS/NA propagieren: „Nationalrevolutionär!" Ganz dem linken Sprachgebrauch angeglichen sagte er: *„Es müssen alle Gefühle, die gegen dieses System bestehen und die heute ein diffuses Mißbehagen darstellen, gebündelt und organisatorisch gegen das System gerichtet werden ..."*

„Es geht zunächst mal darum, das gegenwärtige System zu schwächen", meinte Kühnen und deshalb könne er sich sogar *„eine Art Stillhalteabkommen ... mit einigen linken Gruppen vorstellen ..."* (15).

1985 ergab sich in Bonn eine kuriose Situation: während in linken Kreisen mit der LDD über rechte Themen diskutiert wurde, gingen Jungfaschisten der ANS-Nachfolgeorganisation FAP mit linken Sprüchen auf Stimmenfang. Ganz wie Kühnen es propagierte, versuchten sie sogar eine Art „Stillhalteabkommen" mit den Bonner Autonomen auszuhandeln. In der FAP-Szene erfreute sich die Zeitschrift „Sieg" wachsender Beliebtheit. Seit Anfang der 80er Jahre ist „Sieg" Nationalrevolutionär ausgerichtet:

„Ich wünsche sehnsüchtig, daß alle ‚Linken' und ‚Rechten' sich die Hände reichen und gemeinsam für die Befreiung unseres unterdrückten Volkes kämpfen", schrieb z.B. Rolf Plewka aus Recklinghausen, Mitglied der BRD-Lokalredaktion (16).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die rassistische Monatszeitschrift des österreichischen Rechtsextremisten Walter Ochsenberger ,,Sieg — Aktuell-Jugend-Pressedienst'' fand seit 1983 regelmäßige Verbreitung in der Bundesrepublik. Im Impressum der BRD-Lokalredaktion fanden sich, bald nach ihrem Verbot, Mitglieder der ANS/NA, wie z.B. Thomas Brehl (Fulda), wieder (17). Ab Ende 1984 tummeln sich verstärkt FAP-Leute im Impressum: Jürgen Mosler (Duisburg), Frank Adloff (Detmold), Berthold Dinter (Rheda-Weidenbrück) oder Michael Krämer (Dillenburg), der sogar zum Stellvertretenden Schriftleiter avancierte (18). Anschluß an ,,Sieg'' gab es auch aus dem NRKA/PO-Umfeld. Im Strategiepapier von Klaus Berger (s.o.) steht an einer Stelle, als es darum geht, daß viele junge Leute aus dem ,,rechten'' Dunstkreis aufgrund der falschen Strategie des NRKA/PO nicht integriert werden konnten: ,,*So aber verloren auch viele von ihnen wieder das Interesse an uns, sie schreiben heute in der ‚Neuen Zeit', wursteln in der ‚NF-Bielefeld' vor sich hin oder landeten bei ‚Sieg', den ‚Republikanern' oder wieder bei der NPD*''.



Rolf Plewka



Rolf Plewka

Sieg?

In der Tat findet man viel von der NRKA/PO-Ideologie in ,,Sieg'' wieder. So z.B. verbindet sie mit den Linken: ,,Gesunde Lebensweise, Umweltschutz, gesamtdeutsche Neutralität und Friedenspolitik'' (19). Neben den üblichen neofaschistischen Phrasen findet man Forderungen wie: ,,Deutsche raus aus der NATO (mit Spontifaust!)'' — ,,Schluß mit dem Waldsterben'' — ,,Gegen AKWs'' — ,,Widerstand gegen Nachrüstung'' — ,,Amis raus aus Deutschland und Nikaragua''.

Bis 1985 zumindest die augenfällige Sympathie für die Grün-Alternativen: ,,*... daß die Menschen darüberhinaus eine Sehnsucht nach einer neuen Bewegung empfinden, zeigen die Protestwählermassen für Grün-Alternativ-Bewegungen in den deutschen Teilstaaten. Ich bin überzeugt, daß dabei der Großteil dieser Protestwähler nicht für die GRÜN-Alternativen votieren, sondern gegen die Systemparteien ihren Protest zum Ausdruck bringen wollen*'' (20). Daher werden alle Mitglieder und Sympathisanten immer wieder aufgefordert: ,,*Geht in die Basis! Arbeitet bei Grünen, Alternativen, Nationalrevolutionären usw. mit. Bringt dort euer Wissen ein. Das wäre ein echter Fortschritt! Das würde den Gegner verwirren! Dann wüßte er nicht mehr, wo er uns suchen soll und wie überwachen!*'' (21).

Und in Annäherung an die militante Linke: ,,*Doch solange sich ‚Linke' und ‚Rechte' gegenseitig bekämpfen, haben die Besatzer Grund zur Freude. Für die Forderung ‚Deutschland den Deutschen' sowie für die Beendigung der widerlichen Nestbeschmutzung setzten sich nur die ‚Rechten' ein, während die ‚Linken' aus ideologischer Verblendung nicht mitspielen. Dagegen kämpfen die ‚Linken' allein aktiv gegen Umweltzerstörung und Raketenstationierung, während die ‚Rechten' sich zu fein sind, gemeinsam mit ‚Chaoten' auf die Straße zu gehen und wirksamen Widerstand zu leisten*'' (22).

Mitte 1985 zogen sich die FAPler aus ,,Sieg'' zurück. Auch die praktische Annäherung an militante Linke klappte nicht. Seitdem geht die FAP verstärkt gegen Autonome und Grüne vor.

,,... Wursteln in der NF-Bielefeld

vor sich hin oder landeten bei ‚Sieg' ...'', so Klaus Berger (s.o.). Vermutlich meinte er hiermit die beiden Nationalrevolutionäre Meinhard Otto Elbing und Norbert Schnelle. Elbing, bis 1986 Mitglied der Grünen, ist heute einer der führenden Schläger der Bielefelder NF-Bande (23)(24).

In Bonn fiel Elbing auf, als er mit drei anderen Neonazis, nämlich Schnelle, Frank Buchold (Krefeld) und Hartmut Heger (Wilhelmshaven), aus einem Seminar des ,,Gesamtdeutschen Studentenverbandes'' (GDS, früher ODS) kommend, sich an einer Prügelaktion der FAP/WJ/Borussenfront gegen Bonner Punker beteiligte (25)(26).

Mitglied des ODS bzw. GDS war zumindest bis 1984 Norbert Schnelle (27). Seine Rolle als Ex-V-Mann wurde in anderen Artikeln bereits erwähnt (28).

Der GDS hat sich in den letzten Jahren zur wichtigsten Studentenorganisation der Nationalrevolutionäre gemausert. Eine ausgezeichnete Beschreibung des GDS liefert Gabi Dröffler in einem Artikel in der Oldenburger Dokumentation (29): ,,*Der GDS — bis 1984 unter dem Namen ‚Ostpolitischer Deutscher Studentenverband' (ODS) — ist als offizielle Studentenvertretung der rechts organisierten Vertriebenen Mitglied im ‚Bund der Vertriebenen' (Vorsitz: CDU-MdB Czaja). Er ist als Gruppenverband organisiert, in dem keine Personen, sondern GDS-Hochschulgruppen und landsmannschaftliche Studentenverbände Mitglied sind.*

Bereits 1982 beschloß der Verband ein ‚Manifest Neues Deutschland' (Vorwort: Peter Boßdorf), das alle wesentliche Punkte enthält, mit denen Nationalrevolutionäre versuchen, auf die Friedensbewegung Einfluß zu nehmen:

— Anknüpfen an der atomaren Hochrüstung, die angeblich besonders das ‚deutsche Volk' bedrohe;

— nationalistische Lokalisierung der Gründe für die Hochrüstung in der deutschen Spaltung statt in ökonomischen Interessengegensätzen zwischen den Blöcken;

— Kritik der Militärblöcke als ‚koloniale' Unterdrückung der europäischen ‚Völker';

— Kritik des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und Favorisierung eines ökonomischen ‚deutschen Son-

die Friedensbewegung Einfluß zu nehmen:

— Anknüpfen an der atomaren Hochrüstung, die angeblich besonders das ‚deutsche Volk' bedrohe;

— nationalistische Lokalisierung der Gründe für die Hochrüstung in der deutschen Spaltung statt in ökonomischen Interessengegensätzen zwischen den Blöcken;

— Kritik der Militärblöcke als ‚koloniale' Unterdrückung der europäischen ‚Völker';

— Kritik des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und Favorisierung eines ökonomischen ‚deutschen Son-

derweges' (die antikapitalistischen Faschismusvarianten von Strasser und Niekisch);

— Anknüpfen an die Angebote der UdSSR aus den 50er Jahren für ein wiedervereinigtes Deutschland (Stalin-Note);

— Propagierung eines blockfreien wiedervereinigten Deutschland in einem Sicherheitssystem ‚entkolonialisierter' Staaten Mitteleuropas. Diese Punkte finden sich mehr oder weniger deutlich in zahlreichen nationalrevolutionären Äußerungen zur Friedensfrage, von den ‚Jungen Nationaldemokraten' (JN) über Eichberg-, Bahn-Texte bis zu selbsternannten ‚Linken' in nationalrevolutionär bestimmten Gruppen wie der LDD oder der ‚Denkschrift Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem' des Berliner Eichberg-Freundes Herbert Ammon und des Völkerrechtlers Theodor Schweisfurth''.

Gesamtdeutscher Studentenverband

Vorsitzende des GDS/ODS sind Harald Weisig und Peter Boßdorf (früher Meerbusch jetzt Bonn). Mit Volker Beecken und Christan Heck (beide Göttingen) betrieb Boßdorf lange Zeit die nationalrevolutionär ausgerichtete, neofaschistische Jugendzeitschrift ,,Aktion''. Weitverzweigte Verbindungen des GDS zu Neonazis, insbesondere zu den militanten Kreisen in Göttingen, Bielefeld und im Ostfriesischen, belegen die jahrelang ordnungsgemäß eingereichten Protokolle der ODS/GDS-Hauptversammlungen im Vereinsregister des Bonner Amtsgerichts (27)(30).

Mitglieder sind oder waren z.B.: Hartmut Heger, Hermann Mietz und Joachim Apel. Mietz und Apel waren laut einer Antifa-Broschüre der Emdener Grünen im Ostfriesischen als Grüner von Wehrsportgruppen aktiv (31). Über die Rolle Joachim Apels als V-Mann siehe (32). Heger war Mitbegründer der ,,Wilhelmshavener Liste für Ausländerbegrenzung'' (33).

Weitere Mitglieder des GDS sind oder waren Christian Heck, Volker Beecken und Hans-Michael Fiedler. Deren Umtriebe in und um Göttingen sind schon zahlreich dokumentiert worden (34)(35)(36). Weiteres prominentes Mitglied des ODS/GDS war der Freund Karl-Heinz Hoffmanns, nämlich Axel Heinzmann (Tübingen) (37).

Im August 1985 hat Innenminister Zimmermann den GDS als ,,rechtsextremistische Organisation'' bezeichnen lassen (38). Häufiger Gast bei GDS-Seminaren ist Peter Bahn. Am 14./15. Dez. 1984 referierte er in Köln über ,,den Stand der deutschlandpolitischen

für Ausländerbegrenzung'' (33).

Weitere Mitglieder des GDS sind oder waren Christian Heck, Volker Beecken und Hans-Michael Fiedler. Deren Umtriebe in und um Göttingen sind schon zahlreich dokumentiert worden (34)(35)(36). Weiteres prominentes Mitglied des ODS/GDS war der Freund Karl-Heinz Hoffmanns, nämlich Axel Heinzmann (Tübingen) (37).

Im August 1985 hat Innenminister Zimmermann den GDS als ,,rechtsextremistische Organisation'' bezeichnen lassen (38). Häufiger Gast bei GDS-Seminaren ist Peter Bahn. Am 14./15. Dez. 1984 referierte er in Köln über ,,den Stand der deutschlandpolitischen

Diskussion in der Grün-Alternativen Bewegung'' (14). Die von Boßdorf herausgegebene GDS-Information bringt altbekannte NR-Themen: ,,Die nationale Frage aus marxistischer Sicht'' von einem Dr. Reinhold Oberlercher (früher SDS-Hamburg) oder ein Gespräch Boßdorfs mit MdB Dr. Bernhard Friedmann über die ,,Wiedervereinigung'', der in Gerd Vonderachs Zeitschrift ,,Gezeiten'' (Oldenburg) nachgedruckt worden ist (39).

Beobachtung tut weiter Not.

Andres Garcia, Antifa-AK Bonn



Norbert Schnelle mit langen Haaren bei einer Neonaziaktion (19.5.84) in Bonn. Der Mensch links ist ein völlig unbeteiligter Passant!

Quellen:

1) De Schnüss, Ausgaben Nr. 5,6,7,8 von 1985
2) De Schnüss, Nr. 5/1985/S.33ff „Wir scherzen ja nicht Herr Biedermann. Wir sind Brandstifter"
3) De Schnüss, Nr. 6/1985/S. 6
4) Arbeiterkampf Nr. 284/1987/S. 22 „Rechte Provokationen in linkem Gewand"
5) Arbeiterkampf Nr. 254/1985/S. 10ff „Es deutscht so link, wenn deutsche Linke deutschen"
6) Verfassungsschutz 1974/ Juli 1975/S. 34
7) Arbeiterkampf Nr. 166/1979/S. 10ff. „Tendenzwende: Wird aus grün braun?"
8) Arbeiterkampf Nr. 186/1980/S. 16f. „Grün oder Links?"
9) Antifaschistische Informationen Nr. 2 Sept/Okt. 1980/S. 13-19
10) siehe „Revolten von Rechts" in „Neofaschismus — die Rechten im Aufwind", SPV Berlin 1979
11) „Die ‚nationale Frage' als revolutionärer Störfaktor?" Dokumentation und Diskussion über den GeZeitenwechsel an der Uni-Oldenburg /Ende 1987 / S. 5
12) TAZ vom 20.6.1980 / S. 8
13) Studien von Zeitfragen, Heft 3/1987/S. 31
14) Oldenburger Dokumentation wie (11) S. 22, Glossar: „Bahn, Peter"
15) Arbeiterkampf Nr. 221/1982/S. 15ff „Was macht die Neonazis attraktiv?" und „Wer ist Michael Kühnen?"
16) Sieg Nr. 12/1984/S. 2
17) Verfassungsschutz 1983/Juni 1984/S. 148
18) Sieg Nr. 1/1985, S. 2 und 19
19) Beiblatt zu Sieg Nr. 4/1985 „Deutsches Jugend-Bildungswerk gegründet ..."
20) Sieg-Flugblatt „Widerstand", Beilage zu Sieg Nr. 1/85
21) Sieg Nr. 4/1985/S. 17 „Die Neue Rechte — eine Analyse"
22) Sieg Nr. 7/8/1985/S. 8, Rolf Plewka: „Gemeinsamer Widerstand!"
23) Stadtblatt Bielfeld Nr. 4/1986
24) „Nationalistische Front in Bielefeld", Dokumentation der VVN/BdA/1987
25) Arbeiterkampf Nr. 273/1986/S. 21 Andres Garcia: „Wie ein Tornado fegten deutsche Recken ..."
26) TAZ vom 20.8.86/S. 8, Kratz/Meyer: „Deutsche Recken fegen durch's Punker-Gesindel"
27) Vereinsregister/Amtsgericht Bonn/Registriernummer 2918
28) Arbeiterkampf Nr. 283/1987/S. 29 „Neonazis in Bielefeld"
29) Oldenburger Dokumentation wie (11) S. 16-18 „GDS"
30) TAZ vom 10.6.87 Peter Kratz: „Bundesmittel für rechten Studentenverband"
31) Arbeiterkampf Nr. 239/1983/S. 28 „ANS/NA-Aktivitäten in Emden"
32) Arbeiterkampf Nr. 253/1984/S. 24 „Eine bedeutungslose Randfigur"
33) Arbeiterkampf Nr. 221/1982/S. 14 „Kurzmeldung: Wilhelmshaven"
34) Arbeiterkampf Nr. 164/1979/S. 26 „Neue Beweise gegen Göttinger Nazi-Zentrum"
35) Antifaschistische Informationen Nr. 1 Juni/Juli 1980 S. 36 „Hans-Michael Fiedler: Drahtzieher der Neonazis"
36) Antifaschistische Informationen Nr. 2 Sept/Okt. 1980 S. 8ff. „Beispiel Hannoversch-Münden"
37) Arbeiterkampf Nr. 186/1980/S. 3f. „Einzeltäter oder Strategie der Spannung?"
38) „Innere Sicherheit" — Informationen des Bundesministers des Innern/August 1985
39) GDS-Information Nr. 2/1986

,,Das Celler Loch"

,,Es ist der 25. Juli 1978 — zwei Uhr morgens. Wie gewohnt brechen Beamte der Justizvollzugsanstalt Celle 1 zu ihrem Routinekontrollgang an der Außenmauer auf. Es regnet in Strömen. Schon nach kurzer Zeit kehren sie zurück. Irgendetwas Verdächtiges ist den Beamten nicht aufgefallen. Kaum sind sie verschwunden, entwickelt sich draußen eine fast lautlose

fenlieferanten aufzutreten und deren Aufgabe vor allem darin bestand, Straftaten anzuschieben. V-Männer aber auch, die ihre Freiheiten und ihren Schutz durch den VS dazu nutzten, ihre eigenen kriminellen Geschäfte weiter zu erledigen.

Neun Jahre lang konnte die ,,Aktion Feuerzauber'' vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Durch eine

,,Das Celler Loch"

,,Es ist der 25. Juli 1978 — zwei Uhr morgens. Wie gewohnt brechen Beamte der Justizvollzugsanstalt Celle 1 zu ihrem Routinekontrollgang an der Außenmauer auf. Es regnet in Strömen. Schon nach kurzer Zeit kehren sie zurück. Irgendetwas Verdächtiges ist den Beamten nicht aufgefallen. Kaum sind sie verschwunden, entwickelt sich draußen eine fast lautlose

Aktivität.

An der Allerseite, dort, wo dichtes Buschwerk, hohes Gras und Bäume den Blick auf die Anstaltsmauer versperren, tauchen plötzlich vermummte Gestalten auf ...''

Besagte Gestalten sind nichts geringeres als niedersächsische Ministerialdirigenten — sie geben gerade über Funksprechgerät den Befehl zur Durchführung der ,,Aktion Feuerzauber'' an GSG 9-Beamte weiter. Nach wenigen Minuten detoniert die Bombe der Staatsschützer und reißt ein Loch in die Außenmauer der JVA Celle 1.

Die Bombe sollte V-Männern des niedersächsischen Verfassungschutzes als Eintrittkarte in das ,,terroristische Umfeld'' dienen.

Christa Ellersiek und Wolfgang Becker zeichnen in ihrem kürzlich erschienenen Buch ,,Das Celler Loch'' detailliert die Geschichte dieser Geheimdienstaffäre nach. Anhand von Originaldokumenten, Protokollen, Gerichtsurteilen, öffentlichen Zeugenvernehmungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Hannover, der die Hintergründe der Celler Aktion aufklären soll, sowie anhand eigener Recherchen versuchen der Autor und die Autorin Licht ins Dunkel zu bringen.

Aufgespürt und dem Leser und der Leserin vorgestellt werden die Hintermänner, die Drahtzieher, die Schreibtischtäter dieser Affäre. Und das waren und sind ausnahmslos hohe Beamte des BKA, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, vom niedersächsischen Verfassungsschutz und ansonsten der Bundesinnenminister, der Ministerpräsident Albrecht aus Niedersachsen und dessen Innenminister. Hinzugezogen worden waren noch Praktiker, wie der all-round-Agent Werner Mauss.

Die Planung und Absprache dieser Aktion lief ausschließlich auf dieser Ebene; es war klar, daß der Kreis der Mitwisser und Mittäter klein gehalten werden mußte. Die Abschottung zu den unteren Dienststellen war eine Selbstverständlichkeit. So erfuhr die Parlamentarische Kontrollkommission des niedersächsichen VS erst vier Jahre später von der ,,Aktion Feuerzauber''.

Dem Leser und der Leserin werden aber auch die ausführenden Werkzeuge vorgestellt. V-Männer, allesamt aus dem kriminellen Milieu (einer saß z.B. wegen Mordversuch an einem Polizisten ein), deren Auftrag war, als Waffenlieferanten aufzutreten und deren Aufgabe vor allem darin bestand, Straftaten anzuschieben. V-Männer aber auch, die ihre Freiheiten und ihren Schutz durch den VS dazu nutzten, ihre eigenen kriminellen Geschäfte weiter zu erledigen.

Neun Jahre lang konnte die ,,Aktion Feuerzauber'' vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Durch eine Zeitungsmeldung wurde die Staatsbombe Wahlkampfthema. Offensiv versuchte Ministerpräsident Albrecht die Aktion zu verteidigen. Doch die angebliche Erfolgsliste, eilends vom niedersächsischen VS zusammengestellt, brach mehr und mehr in sich zusammen, sie erwies sich als Phantasieprodukt.

Ellersiek und Becker beschreiben auch diesen Prozeß und die Arbeit des 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des niedersächsischen Landtags, der seit Anfang 1987 versucht, die Geheimdienstaffäre aufzuhellen. Sie stellen die Fesseln dar, die diesem Untersuchungsausschuß angelegt werden. Geheimhaltungsklauseln, Weigerungen der Aktenherausgabe und Weigerungen von Zeugen, wie etwa von Werner Mauss, vor dem Ausschuß auszusagen, zeigen die wachende und kontrollierende Hand der Geheimdienste, die über der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses liegt und ihn mehr zu einem Vertuschungsausschuß verkommen läßt.

,,Das Celler Loch'' ist ein informatives und gleichzeitig spannend geschriebenes Buch. Es gibt einen vortrefflichen Einblick in das Milieu des bundesdeutschen Sicherheitsapparates, wo die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten in der Praxis schon lange aufgehoben ist, wo mit Selbstverständlichkeit staatliche Bombenanschläge als bloße nachrichtendienstliche Mittel angesehen werden, und wo die Geheimdienste sich zum Staat im Staate entwickeln können. Ellersiek und Becker fragen am Schluß ihres Buches: ,,Wenn aber Verfassungsschutz und Polizei, wie an diesem Beispiel aufgezeigt, so ungehindert agieren können, wenn die Sicherheitsbeamten von damals heute noch Karriere machen können, wenn Politiker sich — aus Desinteresse oder Machtgelüsten — sogar im Nachhinein zu ihren Komplizen machen, was eigentlich trennt dann noch, bei dieser Konstellation, den Geheimdienst in einem demokratischen Land von einem Geheimdienst eines totalitären Staates?''

He., KB Göttingen

Christa Ellersiek/Wolfgang Becker, Das Celler Loch — Geschichte einer Geheimdienstaffäre, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1987, 140 Seiten, Preis 19,80 DM

Von der DKP entdeckt:

„Die Autonomen“

Bemerkenswertes geschieht: Die DKP entdeckt die Autonomen. Im neuesten Heft der ,,Marxistischen Blätter'' werden ,,die Marxisten'' aufgefordert, das Gespräch mit den Autonomen zu suchen. Trotz deren ,,diffusen Anarchismus'', ihrem ,,Mangel an Strategie'' und ,,Hang zu lockeren Strukturen'', die manche Gruppen zu einem ,,Feld für bezahlte Provokateure'' mache, gebe es doch ,,wichtige Punkte der Übereinstimmung''. Positiv, lesen wir, ,,unterscheiden sich die heutigen Autonomen von den Maoisten der siebziger Jahre durch einen weitgehenden Verzicht auf Antikommunismus und Antisowjetismus''. Das Bedürfnis der jugendlichen Anhänger der Autonomen nach Beschäftigung mit Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus sei groß. So spreche ,,nichts dagegen, solche antikapitalistisch eingestellten Jugendlichen in marxistische Bildungsangebote einzubeziehen''.

Na, bitte! Es ist so, wie es immer war: Wo es kriselt, da legt die DKP die Netze aus. Das war so am Ausklang der APO 1970. Das war so beim Zerfall der ML-Gruppen Mitte/Ende der Siebziger. Selbstkritik hat man dabei so wenig vernommen wie bei diesem neuesten Anlauf. Durchsichtiger Opportunismus ersetzt ernsthafte Diskussion gemachter Fehler. Neu ist die Glasnost-Fahne, mit der jetzt in der offensichtlichen Hoffnung gewedelt wird, damit die anti-etatistischen Vorbehalte der Szene zu unterlaufen. Angesichts der Verwirrung in den eigenen Reihen ein gewagtes Unternehmen.

Im folgenden ein Nachdruck des Dokuments aus ,,Marxistische Blätter'' 1/88.



Tauwetter in der DKP?!

Foto: M. Stroux

Tauwetter in der DKP?!

Foto: M. Stroux

Sie nennen sich ,,Autonome'' und werden in weiten Teilen der Linken als ,,Chaoten'' und ,,Stahlkugelfraktion'' wahrgenommen. Sie haben weder eine einheitliche Organisation noch ein gemeinsames Programm. Das erschwert die politische Auseinandersetzung mit ihren Positionen.

In der BRD und Westberlin haben die Autonomen gegenwärtig mehrere tausend Anhänger. Die ersten ,,autonomen'' Gruppen entstanden Ende der siebziger Jahre in der Anti-AKW-Bewegung. Die Autonomen erlebten ihren ersten Aufschwung 1980/81 im Zuge der Instandbesetzerbewegung, im Kampf gegen die kapitalistische Wohnraumzerstörung. Dabei haben Autonome nicht nur ,,Möglichkeiten alternativen Lebens und Wohnens'' gesucht, sondern auch eine ,,politische Basis'' im Kampf gegen den kapitalistischen

Staat, wie es die Besetzer des Schwarz-
im Kampf gegen den kapitalistischen

Staat, wie es die Besetzer des Schwarzwaldhofes bei Freiburg im November 1980 in einer Erklärung formulierten.

Gemeinsam ist den meisten autonomen Gruppen ein revolutionärer Anspruch, der einen grobschlächtigen Antiparlamentarismus einschließt. Der beinhaltet die Forderung nach einem sektiererischen ,,Wahlboykott'' und den generellen Verzicht auf die Nutzung parlamentarischer Kampfformen. Ähnlich ist den verschiedenen Gruppen das Grundverständnis, ,,für eine herrschaftsfreie, selbstbestimmte, basisorientierte Gesellschaft zu kämpfen'', wie es in einem Positionspapier Autonomer aus der Rhein/Main-Gegend vom Frühjahr 1987 heißt. Autonome suchen, wie in demselben Text zu lesen ist, Möglichkeiten, den ,,Kampf gegen dieses System mit den Kämpfen um radikale Lebensvorstellungen zu verknüpfen''. Ihre politischen Arbeitszusammenhänge sind meist lokal bzw. regional begrenzt, es bestehen nur lose Kontakte zwischen Gruppen einzelner Städte.

Politische und soziale Basis

Die Mehrheit der Autonomen hat ein diffus anarchistisches Politikverständnis, das nur selten durch den Bezug auf bestimmte Theoretiker des Anarchismus fundiert ist. Manche Autonome verstehen sich nicht als Anarchisten, sondern als ,,Rätekommunisten'' anarchosyndikalistischer Richtung. Einige sehen sich als Kommunisten und begreifen die Leninschen Bolschewiki als ein historisches Vorbild. Bei einigen dieser Genossen steht neben allerlei anarchistischen Groschenheftchen auch Lenins Schrift ,,Der Imperialismus — das höchste Stadium des Kapitalismus'' durchgearbeitet im Ikea-Regal. Eine Sonderrolle spielen die ,,Autonomen Antiimperialisten'', die sich selbst als Sympathisanten des Marxismus-Leninismus verstehen, teilweise auch Texte marxistischer Klassiker schulen, aber eine ausgesprochene Neigung haben, sich an den abenteuerlichen Aktionen der ,,RAF'' und ähnlicher terroristischer Gruppen zu berauschen.

Diese Haltung geht einher mit ausgeprägt überheblichem Sektierertum und Bündnisunfähigkeit. Die ,,Autonomen Antiimperialisten'' pflegen ein Weltbild, in dem nahezu alle linken und sozialistischen Strömungen lediglich als Handlanger oder bestenfalls als Hofnarren des ,,Schweinesystems'' dargestellt werden. Die ,,Autonomen Antiimperialisten'' übersehen bei Lenin sowohl seine Aussagen zum Terrorismus in ,,Was tun'' (1902) wie auch zum Linkssektierertum (,,Der linke Radikalismus'' — 1920), die an Aktualität nichts eingebüßt haben.

Die Autonomen haben seit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre vom Zerfall maoistischer Gruppierungen wie KBW, KPD/ML und KB profitieren können. Zum einen füllen sie ein entstandenes Vakuum im linksradikalen Spektrum, zum anderen landeten auch eine Reihe von ehemaligen Maoisten bei den Autonomen.

Positiv unterscheiden sich die heutigen Autonomen von den Maoisten der siebziger Jahre durch einen weitgehenden Verzicht auf Antikommunismus und Antisowjetismus. Nicht Sprüche gegen ,,beide Supermächte'', sondern antiimperialistische Losungen wie ,,NATO zerschlagen'' dominieren bei den Autonomen, wenn auch oft unvermittelt und in linkssektiererischer Form.

Ihre soziale Basis besteht in deklassierten Teilen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Arbeiterklasse. Die meisten Anhänger dieser Gruppen sind zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt, viele von ihnen sind Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter (Jobber). Autonome Gruppen mit betrieblicher Basis gibt es kaum. In der Strömung der Autonomen findet sich vor allem ein Teil der vom kapitalistischen Krisenprozeß an den Rand der Gesellschaft Gedrängten. Nicht zufällig sind die ,,Autonomen'' in bestimmten Stadtvierteln von Großstädten wie Hamburg, Frankfurt und Westberlin am stärksten vertreten. Dies erklärt auch die relative Stabilität der Strömung, unabhängig von der Konjunktur der spontanen Bewegungen.

Das ,,Bundesamt für Verfassungsschutz'' frohlockte in seinem veröffentlichten Bericht über das Jahr 1984, die ,,autonome Protestbewegung'' sei ,,weitgehend zerfallen''. Die Herren des Morgengrauens hatten sich verschätzt. Ein Jahr darauf stellten sie fest, die Autonomen seien ,,nach wie vor das größte Potential im Bereich der undogmatischen ‚Neuen Linken' ''.

In der Friedensbewegung, der Bewegung gegen die Volkszählung und Überwachungsstaat und im Kampf gegen den Neofaschismus sind Autonome heute in erheblichem Umfang engagiert. Dabei gibt es wichtige Punkte der Übereinstimmung mit Demokraten und Kommunisten. So heißt es z.B. in einem Flugblatt des ,,Arbeitskreises Antiimperialistischer Widerstand Lübeck'' und der ,,Autonomen Gruppe Kiel'' über eine Provokation der neonazistischen ,,FAP'' in Kellinghusen (Schleswig-Holstein): ,,Die herrschende Ideologie selbst besteht in gewissem Maße aus Ausländerfeindlichkeit, Militarismus, Nationalismus und dem Ruf nach dem starken Staat. Den Faschisten fällt es daher leicht, Anknüpfungspunkte für ihre menschenverachtende und arbeiterfeindliche Politik zu finden.''

Bei Demonstrationen, z.B. gegen Neonazis oder gegen das Bonner Atomprogramm gibt es jedoch nicht selten Differenzen zwischen Autonomen und anderen Kräften der Protestbewegung über Aktionsformen. Manche (nicht alle!) Autonome neigen dazu, ,,jede Möglichkeit zum praktischen Widerstand zu nutzen'', wie es in einer autonomen Broschüre (,,Krefeld 25.6.1983'') heißt. (An diesem Tag fand in Krefeld anläßlich des Besuchs von USA-Vizepräsident Bush eine Friedensdemonstration statt.)

Konkret läuft die aktionistische Suche nach ,,jeder Möglichkeit zum praktischen Widerstand'' oft darauf hinaus, sich auf sinnlose und schädliche Auseinandersetzungen mit der Polizei einzulassen. Daß Autonome andererseits bei Militanz politischen Verstand beweisen können, zeigte sich am 1./2. Mai 1987 in Westberlin (Kreuzberg). Als die spontane Rebellion von ins Elend gedrängten Menschen dort in sinnlose Zerstörungen überging, schützten Autonome kleine Läden vor Plünderungen. Klügere Autonome kritisieren seit längerem das Draufgängertum von ,,Hau drauf und Schluß-Leuten'' als ,,politisch-militärische Selbstüberschätzung'' und ,,Phantasielosigkeit'' (Flugblatt Hamburger Autonomer zur Demo in Krefeld, Juli 1983).

Der Hang von Teilen des autonomen Spektrums zu unbedachtem Vorgehen und die lockeren Strukturen der ,,Autonomenplena'' macht manche dieser Gruppen zum Feld für bezahlte Provokateure und verbeamtete Chaoten aus den einschlägigen Bundes- und Landesämtern. Das Erkennen dieser Gefahren darf jedoch nicht dazu verleiten, die objektiv vorhandene Basis der Autonomen und das subjektive Wollen ihrer Anhänger zu übersehen und alle Angehörigen dieser Strömung als ,,Provokateure'' zu diffamieren. Nicht jeder arbeitslose Jugendliche, der seinen Haß auf das kapitalistische System im Werfen von Steinen Luft macht, ist ein Agent des ,,Verfassungsschutzes''.

Selbstkritik und ideologische Krise

Auf einem Frankfurter Treffen (,,Libertäre Tage'', Ostern 1987), an dem rund 1.500 Autonome und Anarchisten teilnahmen, wurde ein zwanzigseitiges Diskussionspapier mit bemerkenswerter politischer Selbstkritik in Umlauf gebracht, das bis heute in der ,,autonomen Szene'' kursiert. Unter der Überschrift ,,Stand autonomer Bewegungen — Langlauf oder Absturz'' machen sich mehrere Verfasser aus ,,Rhein-Main-Zusammenhängen'' Gedanken über Bilanz und Perspektive der Autonomen. Das Papier konstatiert eine ideologische Krise: ,,Viele scheinbare, unumstößliche Klarheiten, Front- und Kampflinien sind zerbrochen, beginnen sich aufzulösen und zu zersetzen.'' Die Autonomen hätten weder die Möglichkeit, noch seien die gesellschaftlichen Bedingungen dergestalt, um ,,mit militärischer Stärke'' politische Ziele durchsetzen zu können. Es habe sich unter den Autonomen ,,ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer Gegenmacht''. Viele Autonome hätten ,,Putz und Bullenpogo'' mit Militanz gleichgesetzt und damit ,,mehr die bürgerlichen Vorstellungen von Radikalität'' mit Leben gefüllt, statt sich ihnen zu widersetzen. Die ,,Sabotagewelle'' mit 150 gefällten bundesdeutschen Strommasten sei Ersatz für den versäumten Versuch, ,,innerhalb sozialer Bewegungen militante Perspektiven zu entwickeln und zu verbreitern''.

Die Autonomen hätten sich bislang nicht mit Details politischer Durchsetzbarkeit und Umsetzbarkeit von Forderungen befaßt. Die Verfasser des Thesenpapiers plädieren dafür, erkämpfte Reformen zu nutzen, um ,,den Geschmack auf den ganzen Kuchen zu schärfen''. Man müsse Ziele formulieren, ,,die das System (gerade) noch zulassen kann'' und für weitergehende Ziele Bedingungen schaffen. Es ginge darum, Forderungen nach Volksbegehren und Planungsmitbestimmung mit Formen von ,,Selbstorganisation'' zu verbinden.

Die autonomen Autoren erkennen aus der Geschichte der Protestbewegungen in der BRD: ,,Die Waffen staatlicher Gewalt blieben solange stumpf, wie es den verschiedenen Kämpfen gelang, auf das gewaltsame Vorgehen des Staates mit einer sozialen Ausdehnung des Konflikts zu antworten.'' Die Thesenverfasser konstatieren darüber hinaus eine ,,Unfähigkeit, uns mit grüner Politik genau und differenziert auseinanderzusetzen''. Politische Unklarheiten und das Fehlen von Sachkenntnis werden als zentrale Probleme der Autonomen benannt: ,,Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts.''

Was die Autonomen konkret fordern, ist in vielem unklar: ,,Wären uns die Ziele klarer, d.h. eben auch der Weg dorthin, dann könnten wir auch unsere Mittel aus diesen Zielsetzungen heraus bestimmen. Doch da es nichts Vageres gibt als unsere konkreten Ziele, bleiben unsere Mittel oft wahllos, zufällig und austauschbar.'' Autono-

zufällig und austauschbar.'' Autono-

me Politik werde ,,letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht''. Als Alternative angesichts der fehlenden Strategie und Taktik der Autonomen empfehlen die Autoren des Papiers, aus dem Alltag heraus ,,soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu entwickeln''.

In diesem Sinne sprechen die Verfasser auch die Situation von Frauen in autonomen Gruppen an: ,,Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind.''

Der organisatorische Aufbau der Autonomen entspräche dem ,,eines Hobbyklubs, anstatt einer revolutionären Perspektive''. Von innerorganisatorischer Demokratie, Kontrolle von unten und Rechenschaftslegung sind die Autonomen weit entfernt: ,,Je undurchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto ungreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nicht behaupten können.'' ,,Allzuoft'' würden ,,Entscheidungen von wenigen getroffen''. Dies stellen Anhänger einer Strömung fest, die den Anspruch erhebt, in ihrer Praxis ,,hierarchische und autoritäre Strukturen'' zu vermeiden.

So realistisch und selbstkritisch das Frankfurter Papier sich mit dem Zustand der Autonomen befaßt, so wenig enthält es Elemente einer Strategiebildung. Sollte sich in diesem Papier nicht der klassische Pendelschlag von linksradikalem Aktionismus zum ,,pragmatischen'' Einrichten in den herrschenden Verhältnissen andeuten, könnte es ein Einstieg für interessante Diskussionen sein. Hinderlich wirkt sich dabei für die Autonomen das Fehlen eines ,,Zentralorgans'', einer eigenen Zeitschrift aus, was viele Autonome selbst bedauernd feststellen. Für solch ein Projekt scheinen ihnen derzeit die personellen wie auch die finanziellen Kräfte zu fehlen. So bleibt es bei der sporadischen Produktion von Flugblättern und Diskussionspapieren.

Das Gespräch suchen

Marxisten sollten das Gespräch mit Autonomen suchen. Das Bedürfnis nach ernsthafter Beschäftigung mit der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus ist vor allem bei vielen jugendlichen Anhängern der Autonomen groß. Es spricht nichts dagegen, solche antikapitalistisch eingestellten Jugendlichen in marxistische Bildungsangebote einzubeziehen. Die Vermittlung von politischer Klarheit und Analysefähigkeit ist letztlich auch das beste Mittel gegen die Neigung zu abenteuerlichen, isolierten Aktionen.

Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur Geschichte der Arbeiterbewegung über die Pariser Commune, die Oktoberrevolution bis zur Rolle der Sowjetunion im Kampf um Frieden haben Marxisten Positionen für alle, die nach einer revolutionären Alternative zum Imperialismus suchen. Auch die Beschäftigung mit den Standpunkten der Befreiungsbewegungen, mit denen die Autonomen sympathisieren, in bezug auf die Sowjetunion und die internationale Solidarität der sozialistischen Länder ist lohnend. Dabei ist zu be-

Länder ist lohnend. Dabei ist zu be-

rücksichtigen, daß Vorbehalte spontaneistisch bzw. anarchistisch beeinflußter Jugendlicher gegenüber den Kommunisten und dem realen Sozialismus häufig Nahrung erhalten haben durch jene etatistischen und bürokratischen Auswüchse im Sozialismus, für deren Überwindung unter Leitung der KPdSU heute in der Sowjetunion gekämpft wird. Die neue Ausstrahlungskraft der UdSSR läßt daran denken, daß Anarchisten und Kommunisten 1917 und danach gemeinsam die Oktoberrevolution in Rußland unterstützten. Erinnert sei auch an anarchistische Genossen wie Max Hoelz und Erich Mühsam, die trotz Meinungsverschiedenheiten Seite an Seite mit den Kommunisten in Deutschland gegen Kapital, Faschismus und Reaktion kämpften.

Je mehr Autonome erkennen, daß Militanz und Massenwirksamkeit in der Politik nicht gegeneinandergestellt werden sollten, desto besser werden die Möglichkeiten für gemeinsames Handeln.

Werner Herzog — ein neuer Riefenstahl?

Werner Herzogs neuer Film „Cobra Verde"

Wie bereits in „Fitzcarraldo", so zeigen auch die Bilder von Herzogs letztem Film „Cobra Verde" eine fatale Nähe zu faschistischen Vorstellungen. Und Werner Herzog ist kein Einzelfall. Eine latente Faschistoidität läßt sich seit den 70er Jahren in Viscontis „Die Verdammten", Cavanis „Der Nachtportier", Syberbergs „Hitler", Faßbinders „Lilli Marleen" und anderen Filmen nachweisen. Die Wiederentdeckung und Bewunderung der Leni Riefenstahl durch US-amerikanische Intellektuelle, die Susan Sontag 1976 in ihrem Essay „Faszinierender Faschismus" konstatierte, ist ebenso Indiz für das Wiederaufleben faschistoider Vorstellungen im Bereich des Films.

Kino, so hat der Filmkritiker Bèla Balázs einmal gesagt, ist das menschliche Gesicht 90 Minuten lang auf der Leinwand. Das menschliche Gesicht mit seinen Regungen, Freude, Trauer, Haß, Entsetzen. Kino erzählte Geschichten über Menschen, die aus bestimmten Motiven heraus handeln. Und der Zuschauer konnte sich mit dem Dargestellten identifizieren, sich wiedererkennen, er konnte Stellung beziehen für oder wider. Nichts von alledem mehr bei Werner Herzog. Sein Film „Cobra Verde" gehört in die Reihe der Filme, in denen durch den breiten Einsatz ästhetischer Effekte die Entmündigung des Zuschauers betrieben wird. Der Zuschauer „hat still zu sitzen und im Dunkeln hinzunehmen, daß über ihn verfügt und was über ihn verhängt wird. Der Zuschauer wird heute im Kino exekutiert, ohne zu erfahren und darüber informiert zu werden, warum" (1). So urteilte B. Steinborn 1979 über US-amerikanische Filme wie „Assault", „Deer Hunter" und „Ein Mann sieht rot". Die Wirkung, die nur wenige Jahre später Filme wie „Indiana Jones", „Body Double" oder „The Terminator" bei ihr hinterließen, beschreibt Pauline Kael, US-amerikanische Filmkritikerin so: „Oft komme ich jetzt aus einem Film heraus und fühle mich wie ausgelöscht, gestrandet" .. „Ich spüre diesen Nihilismus ... er ist von der Art, wie man ihn bei einer Porno-Show empfindet — die Art, wie dort alles, man selber eingeschlossen, in Dung verwandelt wird ..." (2). Nach dem Betrachten von Herzogs „Cobra Verde" bleibt zumindest ein Gefühl der Leere zurück — die Langweiligkeit etlicher Teile des Filmes bewahrt vor Schlimmerem.

Wie wird ein Rinderhirt aus dem brasilianischen Sertao, dessen Rinder in der Dürre sterben, der sich als Goldsucher versucht und betrogen wird, anschließend als Bandit lebt — wie wird dieser Mensch schließlich zum Skla-

schließend als Bandit lebt — wie wird dieser Mensch schließlich zum Skla-venhändler, der in Afrika — kurz vor der offiziellen Abschaffung des Sklavenhandels durch die brasilianische Regierung — den Sklavenhandel noch einmal auf Hochtouren bringt? Diese Geschichte hätte Werner Herzog dem Zuschauer erzählen können. Aber er hat es nicht. Die Motive seines Filmhelden, die die Wandlung von „einem der Ärmsten der Armen" zum Sklavenhändler hätten einsichtig machen können, bleiben verborgen. Um all das, was in den folgenden 110 Minuten gezeigt wird, zu rechtfertigen, beginnt Herzog mit einem filmischen Trick. Ein alter Brasilianer singt die Ballade von Francisco Manoel da Silva, genannt Cobra Verde, in der von dem Einsamsten aller Menschen die Rede ist.

Durch den Vortrag der Ballade wird die Figur Cobra Verde auf die Ebene der Volkskultur gehoben und dadurch der Kritik entzogen. Es „erscheint" Herr Kinski, es „erscheinen" Ereignisse in relativ schneller Folge, bis der Film in ein ruhiges Fahrwasser kommt. Werner Herzog kann — endlich — seiner Vorliebe frönen, dem Filmen von Massenszenen. In Herzogs Film gibt es nur zweierlei: Schwarze Leiber von Sklaven in langen Marschsäulen, fähnchenschwenkende Menschenketten. Eine disziplinierte gehorsame Masse, die willig dem Führer Cobra Verde folgt.

Und es gibt das Gesicht Kinski/Cobra Verdes, das keinerlei Regungen erkennen läßt, außer einer ziellosen Aggressivität, einer Unberechenbarkeit, die weder historisch noch psychologisch einsichtig gemacht wird. Cobra Verde ist keine konkrete Person. Herzog siedelt ihn im Mythischen, Außergeschichtlichen an. Einem Mythischen, das sich in der Folge immer mehr als Bekanntes, allzu Bekanntes entpuppt: Cobra Verde ist der gewissenlose Aktivist, ähnlich dem Söldnertyp in Jüngers „Stahlgewittern", „maßlos in seiner Vorstellung von der eigenen Allmacht und dem akzeptierten Risiko der eigenen Vernichtung" (3). Auf diese „Verherrlichung des (Größen-)Wahns und die Heroisierung der Todesbereitschaft" hat Michael Schneider 1982 in seiner Besprechung von Herzogs Film „Fitzcarraldo" hingewiesen und sie als „Kennzeichen faschistoider Ästhetik" bezeichnet (4).

Rückkehr zur Prämoderne

In einem Gespräch mit Wim Wenders erklärte Werner Herzog, „daß es heute auf der Welt fast keine Bilder mehr gebe. Sie seien durch die Zivilisation verstellt — Autos, Telegraphenmasten, Eisenbahnschienen." Man müsse schon auf den Mond oder in den Himalaya, um noch „reine" und „unversehrte" Bilder zu finden. (5) Herzogs Film spielt in einer „Prämoderne", einer Welt vor der Industrialisierung. Was für einen großen Teil der Kunst des Nationalsozialismus typisch ist, läßt sich auch über Herzogs „Cobra Verde" sagen: „Keine Städte im Umkreis der Protagonisten, keine Fabriken, keine Mähdrescher, keine Staudämme oder Hochspannungsmasten." „Zurück zu einer verflachten Romantik, zu einer Ästhetik ohne die Energie und Erneuerungskraft, die sie vor hundertfünfzig Jahren, am Vorabend des Aufbruchs in die Moderne, noch besaß". (6)

Für Herzog gilt das alles nicht mehr. Sein Film spielt in einer zynischen Märchenwelt, einer Urwelt, einer Welt der geheimnisvollen Kulte, in der der Weg zum Thron des Königs noch mit den Leichen der besiegten Feinde gepflastert ist, in der die Sieger noch aus Bechern trinken, die aus den Schädeln der Besiegten gemacht sind. Herzog folgt hier im übrigen dem von ihm verehrten Francis Coppola und dem von Leichen drapierten „Reich" des Major Kurtz in „Apocalypse Now".

Er folgt seinem Vorbild Francis Coppola, der es gern hört, wenn er mit Mussolini verglichen wird (ich weiß nicht, ob Werner Herzog das gerne hört), dessen Dreharbeiten zu „Apocalypse Now" ebenso wie die Dreharbeiten zu „Fitzcarraldo" zu einem Kriegsspiel ausarteten. Aber zurück zu Herzogs Film: Diese von ihm dargestellte Welt der „Prämoderne" untersteht einem Gesetz, einem blindwütigen, rasenden Schicksal, das auch nur den Gedanken an die Möglichkeiten eines verantwortlichen Handelns mit dem Ziel einer Veränderung von vornherein als absurd erscheinen läßt.

Werner Herzog — ein neuer Riefenstahl?

Die in einer Reihe von Besprechungen des Films „Cobra Verde" aufgezeigte Nähe der filmischen Praxis Herzogs zur Ästhetik der Leni Riefenstahl drängt sich geradezu auf. Was für die Riefenstahl gilt, läßt sich in vielen Aspekten beinahe mühelos auch über Herzog sagen. Wie Herzog nach „schönen", „unversehrten" Bildern sucht, so die Riefenstahl nach „Harmonie und Schönheit". „Alles, was wirklich ist, ein Ausschnitt aus dem Leben, alles, was durchschnittlich ist und alltäglich, interessiert mich nicht ... Mich fasziniert, was schön ist, stark, gesund und lebendig, ich suche Harmonie." (7) So, wie Herzog die Interessen der Indios und der Afrikaner bei den Dreharbeiten zu „Fitzcarraldo" und „Cobra Verde" ignorierte, so wenig interessierte sich die Riefenstahl für das Leben der Nuba und deren Tradition. Sie erniedrigte sie vielmehr „zu Statisten ihrer eigenen Phantasie ..., ihrem faschistischen Traum vom wahren Manne, ... dem Kult vom starken und schönen kriegerischen Manne, dem sich die Frau unterwirft ..." (8). Die gleiche Selbstüberschätzung und Ignoranz, das Desinteresse für wirkliche Menschen und die alltäglichen Widersprüche bei beiden. Eine Harmonie, eine „Unversehrtheit" der Bilder auf Kosten der Humanität. Und Herzog knüpft an diese fatale Tradition wieder an. Alles, was in den letzten zwanzig Jahren an Vorstellungen über die Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen erdacht und gelebt wurde, soll nichts mehr wert sein.

Was Herzog sich mit seinen Filmen „Fitzcarraldo" und „Cobra Verde"



geleistet hat, kann durchaus als filmische Kriegserklärung an die Dritte Welt verstanden werden. Seine abseits jeder historischen Entwicklung zum bloß ästhetischen Reiz schwarzer Leiber aufpolierte Darstellung der Sklaverei ist ein Affront gegen jede emanzipatorische Bestrebung in der Dritten Welt. Ich will jetzt keineswegs behaupten, Herzog wäre ein Faschist. Zur Schlußszene von „Cobra Verde" fiel mir allerdings spontan Goebbels ein, für den „die Aufgabe der Kunst und des Künstlers darin besteht ... das Kranke auszumerzen und Freiheit für das Gesunde zu schaffen". Wenn Herzog behinderte schwarze Kinder so filmt wie die Skorpione, die in den Räumen der verfallenen Sklavenhalterfestung über den Boden kriechen, zeigt sich, wo er auf der Suche nach „unversehrten" „reinen" Bilden gelandet ist. Was bereits für die Massenszenen — Herzogs Spezialität — gilt, potenziert sich hier. Diese behinderten Kinder erscheinen nicht mehr als menschliche Wesen, ihre individuelle Geschichte, ihre Gefühle, ihr Leiden wird ihnen geraubt. Sie haben kein Gesicht mehr. Der eiskalte Kamerablick grenzt sie aus der menschlichen Gesellschaft aus. Das alles ist mindestens genauso „schön" wie das, was die Riefenstahl sich bei den Dreharbeiten zu ihrem Nubafilm geleistet hat: Sie „bezahlte nur für sich blutig schlagende junge Männer und ebensolche blutigen Photos von den Tätowierungen der Mädchen; Alte und

ebensolche blutigen Photos von den Tätowierungen der Mädchen; Alte und
Angezogene mußten der Kamera fernbleiben (und bekamen auch kein Entgelt!)" (9).

Wie gesagt, ich wollte nicht behaupten, daß Werner Herzog ein Faschist ist. Er begibt sich allerdings auf ein Terrain, das faschistisch besetzt ist. Und das müßte er eigentlich wissen.

Aber er weiß es nicht. In konsequenter Fortsetzung seiner Darstellung der Sklaverei, deren Bilder mit einer geradezu unglaublichen Selbstverständlichkeit (und heimlichen Sympathie für das Dargestellte?) daherkommen, läßt er seinen Helden Cobra Verde zu dem Resümee kommen: „Sklaverei ist eine Angelegenheit der menschlichen Seele". Das Fazit der Geschichte: Jeder hat eben seinen kleinen Sklavenhalter in sich. Wo dieses quasi biologische Gesetz wirkt, ist jeder Sklavenhalter entschuldigt, die verbogene Triebwelt darf sogar hemmungslos ausgelebt werden. Und um diesen Gedanken noch etwas weiter zu spinnen: „Wie Hitler es in Syberbergs Film ausdrückt, wenn er Deutsche, Europäer, die Menschheit anspricht: ‚Ich bin der Ausdruck eurer geheimsten Wünsche' ". (10) Damit wäre dann auch jeder SS-Mann in Treblinka und Auschwitz seine Verantwortung los.

Wenn Sklaverei „eine zutiefst menschliche Angelegenheit" ist, was unterscheidet dann noch den Täter vom Opfer? Das Opfer trägt dann zumindest eine Mitschuld an der Tat. So sieht's auch Werner Herzog, wenn er behauptet, mit seinem Film eine historische Wahrheit darzustellen, „die politisch nicht so gern gesehen wird". Seiner Meinung nach tragen die afrikanischen Eliten eine Mitschuld am Sklavenhandel, da sie ja dem Sklavenhandel innerlich zugestimmt hätten. (11)

Die bundesdeutsche Filmkritik über Werner Herzog

In seinem Essay „Wollt ihr die totale Kunst?" hat Michael Schneider im Herbst 1982 vom „Versagen der deutschen Filmkritik" gesprochen, die weitgehend einhellig Herzogs Film „Fitzcarraldo" überschwenglich gelobt hatte. Da wurde z.B. Herzogs Praxis der Dreharbeiten (Herzog Originalton: „Film ist mehr wert als das Leben"), die mehreren Menschen das Leben kostete, in der „FAZ" als etwas Grandioses abgefeiert. Ebenso in der „Zeit", in der Herzogs „totale Kunstanstrengung", „die Gefahr, der er sein gesamtes Team im Dschungel ausgesetzt hat", von Ulrich Greiner „zum Gütesiegel eines Filmereignisses von geradezu mythischer Qualität stilisiert" wurde. Auch von „Spiegel" und „Frankfurter Rundschau" wurde Herzogs Film zu einem Meisterwerk hochstilisiert.

Das Lob war einhellig — bis auf einige wenige Ausnahmen wie beispielsweise in der „konkret".

Dieses Versagen der bundesdeutschen Filmkritik kommentierte Michael Schneider 1982 wie folgt: „Gerade unsere politik- und theoriemüden deutschen Intellektuellen scheinen für Herzog-Filme derzeit besonders empfänglich zu sein. Einer Aufklärung überdrüssig, der sie einst als alleinseligmachender Gottheit gehuldigt haben,

überdrüssig, der sie einst als alleinseligmachender Gottheit gehuldigt haben,
sehnen sie sich nun wieder nach dem Irrationalen und Magischen, dem Kultischen und Okkulten, dem Archaischen und Mythischen, kurzum: nach dem, was sie für die ‚Dialektik der Aufklärung' halten. Bei Werner Herzog kommen sie auf ihre Kosten. (...) Es gehört zu den Krankheiten unserer Wegwerf-Kultur, daß unsere intellektuellen und kulturellen Wortführer (oder die, die sich dafür halten) ihre jeweils neuesten Anwandlungen, Stimmungen, Denk- oder Gefühlsmoden immer als Novität verkaufen. So halten sie denn auch, nachdem sie die alten Vernunft- und Aufklärungsbegriffe über Bord geworfen haben, ihre Hinwendung zum Irrationalen und Mythischen für etwas absolut Neues und Originäres. Welch tragische Ironie! Scheinen diese einstigen Söhne der Aufklärung doch nicht zu bemerken, daß sie auf dem besten Wege sind, ihre eigenen Väter und Großväter zu paraphrasieren, die schon einmal den (Größen-)Wahn wider alle politische Vernunft geheiligt und im Namen des Mythos den Intellektualismus und Materialismus bekämpft haben." (12)

Anders als 1982 ist das Lob auf Herzogs letzten Film „Cobra Verde" keineswegs mehr so einhellig. So findet beispielsweise Hellmuth Karasek in seinem Artikel „Die Kriechspur des Herrenmenschen" harte Worte: „Herzog dreht die Afrikaner so, wie die Riefenstahl die Nuba fotografiert hat, prächtige Primitive, bestenfalls als Ornament der Masse tauglich, Staffage für die Grimassen eines Supermanns ... Es ist der zur Kinski-Schmiere verkommene Faschismus, den dieser Film ausdünstet — allen Feigenblatt-Verlautbarungen zum Trotz" (13). Auch in anderen Besprechungen des Films, so beispielsweise in der „taz" und in „tip" wird die Nähe von Herzogs Film zur Ästhetik der Riefenstahl herausgestellt.

Anders Wolfram Schütte in der „Frankfurter Rundschau". So, wie er Faßbinders „Lilli Marleen" bejubelt hatte und 1982 Herzogs „Fitzcarraldo" als „Utopie für alle" anpries, so ist er auch jetzt des Lobes voll über „Cobra Verde". Die fast schon krankhafte Selbstüberschätzung Werner Herzogs, der sich u.a. sogar mit Kafka und Michelangelo verglich, erhält ihre feuilletonistische Bestätigung. Um die Großartigkeit und Einmaligkeit von „Cobra Verde" einsichtig zu machen, nennt er Herzogs Film in einem Atemzug mit Filmregisseuren wie Glauber Rocha und bezeichnet Herzog als den vielleicht einzigen Filmregisseur, der das Format hätte, Gabriel Garcia Marquez' Roman „Hundert Jahre Einsamkeit" in ein „filmisches Alfresco-Gemälde zu übersetzen". Auch Bertolt Brecht wird nicht verschont. Und Eisenstein muß mit eine Szene seines Films „Panzerkreuzer Potemkin" herhalten, um „die große künstlerische Souveränität Werner Herzogs zu offenbaren". (14)

Wichtiger als diese Lobeshymnen, mit denen der renommierte Filmkritiker die Leser überfährt — wie Werner Herzog seine Zuschauer (denn wer traut sich noch, etwas gegen Herzog zu sagen, wenn er hört, in welch guter Gesellschaft der sich befindet!) —, wichtiger als dies erscheint mir die geheime Faszination, die von Herzogs Verherrlichung des (Größen-)Wahnsinns ausgeht und der darunter liegenden nihilistischen Grundstimmung. Wolfram Schütte spricht von den „großen, eindrücklichen Sisyphos- & Vergeblichkeits-Metaphern", bei denen Herzog wieder „angelangt" sei: „Dieser Tragiker erblickt erst im Scheitern menschliche Größe" (15). Diese Tendenz zeigt sich auch in der „FAZ"-Rezension, wenn auch vom Autor Hans-Dieter Seidel eingeschränkt wird, daß Herzog, obwohl ungewollt, hier und da in „Herrenmenschenpose" fällt. Auch hier ist die Rede von der „Größe des Mißlingens" und vom „unendlichen Leiden" eines Menschen und der großen heroischen Vergeblichkeitserklärung (16).

Hierzu sei noch einmal Michael Schneider mit einem Auszug aus seinem Essay „Die Intellektuellen und der Katastrophismus: Krise oder Wende der deutschen Aufklärer" zitiert: „Und ich behaupte, daß das törichte und verantwortlungslose Nihilismus-Geschwätz, das seinen eigentlichen Resonanzboden gerade in der sich ‚liberal' und ‚linksliberal' nennenden Publizistik hat, zur konservativen Wende in Bonn und anderswo beigetragen hat. Wenn gerade diejenigen, die einmal ‚Vorkämpfer der konkreten Utopie' gewesen sind, allen positiven Sinn-

mal ‚Vorkämpfer der konkreten Utopie' gewesen sind, allen positiven Sinn-gebungen ... abschwören .., dann brauchen sie sich auch nicht darüber zu wundern, wenn die neokonservativen ‚Wender' und die militanten Sinnstifter von rechts das gesellschaftliche Sinndefizit auf ihre Weise zu füllen suchen. Die ständige Ohnmachtspredigt und der lähmende Angstkult, dem sich gerade unsere einflußreiche liberale Publizistik ergeben hat, kann auf längere Sicht sehr wohl seinen dialektischen Widerpart, einen neuen ‚Mythos der Tat', mit heraufbeschwören; und der larmoyante Nihilismus, wie er derzeit aus vielen Abteilungen des Kulturbetriebes widerhallt, einem aktiven Nihilismus Platz macht, der — wie schon einmal — dem hilflosen Gejammer und Gestöhne der liberalen Öffentlichkeit ein Ende mit Schrecken bereitet." (17)

ge., Hamburg

Quellen:

1) filmfaust, Dez. 1979
2) Die Zeit, 7.12.84
3) Saul Friedländer, Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, München 1986 (dtv)
4) Michael Schneider, Wollt Ihr die totale Kunst? Über Werner Herzog und das Versagen der deutschen Filmkritik in: M.S., Nur tote Fischen schwimmen mit dem Strom. Essays, Aphorismen und Polemiken, Köln 1984 (Kiepenheuer-Paperback), S. 297
5) taz, 3.12.87
6) Saul Friedländer, S. 23
7) konkret 2/85
8) Psychologie heute, Dez. 87
9) Psychologie heute, Dez. 87
10) Saul Friedländer, S. 114
11) Abendzeitung (az), 25.4.87
12) Michael Schneider, S. 298
13) Spiegel, 30.11.87
14) FR, 3.12.87
15) FR, 3.12.87
16) FAZ, 4.12.87
17) Michael Schneider, Die Intellektuellen und der Katastrophismus: Krise oder Wende der deutschen Aufklärer, in: M.S., Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom, S. 127f

„Wir tragen die Verantwortung für Yavuz' Tod"

Erklärung der Gruppe Göcmen zur Auseinandersetzung im 'Emek'

Im folgenden dokumentieren wir eine Erklärung von „Göcmen" (Verein der Einwanderer) zu den Vorfällen, die zum Tod von Yavuz führten. (Bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Anhängern von Dev-Genc und Göcmen war Yavuz am 23. Oktober von einer Kugel tödlich getroffen worden. Siehe hierzu AK 288 und 289.) Yavuz selbst gehörte der Gruppe Göcmen an, einer seiner Genossen und ein enger Freund, Yilmaz, hatte später die Verantwortung für seinen Tod übernommen (sh. seine Erklärung in AK 289).

Wie schon aus Anlaß der Erklärung unseres Freundes Yilmaz U. angekündigt, möchten wir ein letztes Mal über das Ereignis im Restaurant Emek und über die von uns verfolgte Politik nach dem Tod von Yavuz eingehen. Diese Erklärung erscheint uns notwendig und wichtig, um einige in der Öffentlichkeit entstandene falsche Eindrücke auszuräumen, aber auch, um unsrer politischen und persönlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Der provokative Angriff der Gruppe Av. Dev-Genc ist von uns in einer Weise aufgegriffen worden, die über das Maß der Selbstverteidigung hinausgeht. Als eine Gruppe, die bis jetzt öffentlich gegen die Gewalt innerhalb der Linken entschieden aufgetreten ist, sind wir umso verantwortlicher, die Situation nicht deeskalierend gelöst zu haben. Es ist uns nicht gelungen, eine Eskalation zu vermeiden. Dabei stellen wir fest, daß wir alle mehr oder weniger eine der Situation nicht angemessene und entsprechende Verhaltensweise gezeigt haben. Es hätte uns klar sein müssen, daß das Recht auf Selbstverteidigung nicht jedem das Recht gibt, einer solchen Provokation derart zu begegnen; einschließlich dem Einsatz von Schußwaffen. Selbst die Tatsache, daß wir spätestens seit dem Tod unseres Freundes Kürsat Timoroglu unter einer ständigen Bedrohung durch die PKK leben müssen, rechtfertigt diese Reaktion nicht. Somit tragen auch wir die Verantwortung an Yavuz Tod.

Unser Freund Yavuz ist durch eine Waffe gestorben, die uns gehörte. Diese Tatsache in aller Deutlichkeit an die Öffntlichkeit weiterzugeben, erwies sich als Dilemma, angesichts der Situation, daß ein anderer Freund von uns in Untersuchungshaft saß. Einerseits wollte man nicht die Aufgabe der Staatsanwaltschaft übernehmen, andererseits wurde erst einige Zeit später klar, daß man es nicht bei dem Schwerpunkt der Kritik bei der Ursache der Auseinandersetzung, nämlich der Provokation durch Av.Dev-Genc belassen konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt, als sich schließlich diese Erkenntnis in den Köpfen durchsetzte, sind schwerwiegende Fehler gemacht worden. Durch suggestive Formulierungen ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, Av.Dev-Genc Hamburg sei als Auslöser der Auseinandersetzung im Emek automatisch auch allein verantwortlich für Yavuz Tod. Diese falsche Verarbeitung des Ereignisses veranlaßt uns nachdrücklicher als bisher, grundsätzliche Fragen zu stellen.

In diesem Zusammenhang betonen wir nochmals, daß wir uns *alle* als verantwortlich betrachten. Es soll nicht der Versuch gemacht werden, Yilmaz die gesamte persönliche und politische Schuld zuzuweisen.

Wir möchten von der Selbstkritik nicht in der Art und Weise einer Beichte Gebrauch machen, die mit einem verbalen Schuldbekenntnis erledigt ist. Es müssen jetzt politische Lehren gezogen werden, die sich auf die Praxis auswirken müssen. Es muß nachgedacht werden, welche Gründe und Fehler uns bis zu dem heutigen Punkt gebracht haben, insbesondere über die Verhaltensweisen bei diesem Ereignis und aber auch früher, die dem Verständnis und der erforderlichen Disziplin der Selbstverteidigung widersprechen (Tragen von Schußwaffen im angetrunkenen Zustand etc.).

Zu allerletzt appellieren wir an die Adresse der Av.Dev-Genc in Hamburg und bundesweit: Unsere Selbstkritik darf nicht die Verantwortlichkeit dieser Gruppe an dem Vorfall verschleiern. Sie soll sich hiermit mehr als zuvor aufgefordert sehen, ihren provokatorischen Angriff öffentlich zuzugestehen. Die Ideen, die gegen die Gewalt innerhalb der Linken sind, sollen weiterleben.

'Göcmen'
Verein der Einwanderer.

Auseinandersetzung, nämlich der Pro-

Spät kommt Ihr ...

„Darf man ohne Beanstandung die Hand ins Meer halten und schmecken?" Herr Wunder läßt das Meerwasser auf dem Arm trocknen und leckt daran. Ein Mann, 71 Jahre alt, der den Geschmack des Meeres nicht kennt?

Frau Erdmann, die aus Pommern stammt, hört plötzlich polnische und nicht mehr deutsche Stimmen. Und Herr Kaup erzählt keine verrückten, sondern normale Geschichten. Baden im Meer, das Fahren auf einem Schiff, selber einkaufen und bezahlen, Pizza essen — alles das ist diesen Menschen ganz neu, obwohl sie in der Mehrzahl zwischen fünfzig und sechzig Jahre alt sind. Sie leben im Langzeitbereich einer bundesdeutschen Psychiatrie.

„*Psychiatrisches Handeln besteht schlicht und einfach darin, gemeinsam etwas zu machen*". So die Bilanz von Klaus Dörner, dem Ärztlichen Leiter des Westfälischen Landeskrankenhauses in Gütersloh, aus einer Urlaubsreise mit Langzeitpatienten nach Jugoslawien.

Die Schilderung dieser Reise in dem Buch „*Spät kommt Ihr — Gütersloher Wege mit Langzeitpatienten*" (1), zeigt besonders ermutigend den Weg, den die MitarbeiterInnen des Landeskrankenhauses Gütersloh und ihre LangzeitpatientInnen eingeschlagen haben. Das Buch zeigt, wie falsch es ist, die „Verrückten" aus der Gesellschaft auszugrenzen. Es zeigt auch, daß es möglich ist, die Ausgrenzung wenigstens zum Teil rückgängig zu machen. Und es klagt nicht nur die Fehler der Gesellschaft und innerhalb der Gemeinden an, sondern zeigt Wege einer wirklich tiefgreifenden Psychiatriereform.

Viele der Gütersloher LangzeitpatientInnen bereiten sich auf ein Wohnen außerhalb der Klinik vor oder wohnen bereits außerhalb. So sind etwa 200 LangzeitpatientInnen, ungefähr die Hälfte aller im Krankenhaus lebenden Langzeitpatienten, in den letzten Jahren in freiere Wohnformen entlassen worden.

Diejenigen Menschen, die nicht — oder noch nicht — in der Lage sind, außerhalb des Krankenhauses zu wohnen, die „Verhaltensauffälligen", werden in Gütersloh, wie das Buch anschaulich schildert, nicht ihrerseits gegenüber den Gesünderen ausgegrenzt. Das Kapitel „*Noch bin ich hier*" beschreibt das neue Leben in einer Wohngruppe im Krankenhaus.

Arbeit ist als ein wichtiger Faktor des Selbstwertgefühls und der Lebensgestaltung akzeptiert, und es wird versucht, eine möglichst angemessene Aufgabe für die zum Teil jahrzehntelang hospitalisierten Kranken zu finden.

Die unter Umständen vorantreibende Rolle der Arbeit wird an dem Beitrag „Erich Z. — eine Langzeitkarriere" im gleichen Buch klar. Er erzählt die Geschichte eines Mannes, der während der zwanzig Jahre seines Psychiatrieaufenthaltes immer sagte: „Ich will hier weg", der sich in der Zwangsheimat Psychiatrie nie einrichtete und der endlich im Alter von 69 Jahren „draußen" wohnen darf. Erich Z. bezieht sein Selbstwertgefühl zuerst aus seiner Arbeit als wichtigster Mann in einem Bereich der Arbeitstherapie und später als Kellner in der Alten Weberei, einem Kommunikationszentrum in Gütersloh.

Klaus Dörner stellt in seinem Artikel: „Von der veranstalteten zur gelebten Zeit" die These auf, daß die Gesamtgesellschaft zu je einem Drittel aus hundertfünfzigprozentig, aus hundertprozentig und aus fünfzigprozentig arbeitsfähigen Menschen bestehe. Schon die hundertprozentig Arbeitsfähigen müßten sich anstrengen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen, und das untere Drittel dieser „Zweidrittelgesellschaft" habe auf dem Arbeitsmarkt keinen Platz.

Dörner postuliert aber ein Recht auf Arbeit für alle Mitglieder dieser Gesellschaft und sagt, daß man für die soziale Gleichwertigkeit aller Menschen kämpfe, wenn man für eine eigene Arbeitslandschaft für psychiatrische Langzeitpatienten eintritt.

(1) Hg. Konstanze Koenning, Spät kommt Ihr ... Gütersloher Wege mit Langzeitpatienten, Verlag Jakob van Hoddis, Gütersloh, 1986, 225 S., 19 DM

P.S.



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

Vereinigt Euch!

Betr.: „VSP-Konferenz: Ohne Schwung in die Arme des BWK" von fo. (AK 289)

In den 70er Jahren gab es eine Reihe von Kandidaten für die jährliche Preisverleihung, bei der das „goldene Hackebeilchen" für hartnäckige und erfolgreiche Spalterpolitik sicherlich auch immer wieder von der damaligen KPD(ML) redlich verdient wurde. Nun, diese Organisation, die sich bekanntlich mit der GIM zur VSP zusammengeschlossen hat, war dann in den 80er Jahren im Kampf um diese Auszeichnung bald hoffnungslos abgeschlagen. Aber, wie schon der Genosse Trotzki lehrte, die Politik duldet kein Vakuum. Darum wird die Jury auch im Jahre 87 keine großen Probleme haben. Wer wollte dem KB die vielbegehrte, wenn auch leider nicht hochdotierte Ehrung noch ernstlich streitig machen?

Die „Berichterstattung" des Genossen fo. über die 1. VSP-Konferenz nach der Vereinigung ist ein weiterer Meilenstein im Wettlauf um besagten Preis, den Stolz aller Sektierer. Völlig einseitig werden da bei der ungeliebten Konkurrenz die Haare in der Suppe zusammengeklaubt, Probleme und Schwierigkeiten genannt, eine völlig inhaltsleere und über keinerlei Argumente verfügende Mehrheit vorgegaukelt, ausschließlich die Unzufriedenen und Kritiker zitiert. Ich freue mich auf die Zeit, wo ich einmal wieder in meiner Organisation aus irgendwelchen Gründen in Opposition stehen muß: Zumindest werde ich dann im AK ausführlich zitiert werden, ohne störende Erwähnung der Argumente der Mehrheit, gegen die ich dann stehen werde.

Keine Erwähnung finden bei fo. die Diskussionen und Beschlüsse der VSP-Konferenz, aus denen sich so etwas wie marginale Übereinstimmungen und
Konferenz, aus denen sich so etwas wie marginale Übereinstimmungen und
konstruktive Ansätze in der VSP insgesamt erahnen ließen. Solche Marginalien, die die Konferenz 90% der Zeit beschäftigten (der Gen. Berichterstatter fo. dürfte währenddessen jeweils auf dem Klo gewesen sein, ob wg. Durchfall oder wegen unserem lästigen Rauchverbot im Sitzungssaal, weiß ich nicht), seien hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgezählt: Verabschiedung nach ausführlichen Diskussionen und unter Annahme einer Reihe vorliegender Abänderungsanträge einer Plattform zum Kampf gegen die Frauenunterdrückung, einer Resolution gegen die Massenerwerbslosigkeit, einer Resulution zum antifaschistischen Kampf, einer Resolution zu den Aufgaben des antiimperialistischen Kampfs. Beschluß der Konferenz, im Jahr 88 nach Kräften die Anti-IWF-Kampagne des BUKO zu unterstützen. Beschluß der Konferenz, ihre Debatten im Februar fortzusetzen, und dort zu befasssen: ein politisches Aufgabenpapier mit organisatorischen Konkretisierungen, die Haltung zu den EG-Wahlen, die revolutionär-sozialistische Jugendarbeit. Beschluß der Konferenz, ab sofort mit der Debatte über die „Konkretisierung unserer internationalisitschen Orientierung" zu beginnen.

So „ängstlich" weicht die VSP Debatten aus, so ab von der Welt sind die Schrullen, mit denen sie sich beschäftigt.

Die Schwierigkeiten, die in fos. Artikel Erwähnung finden, gibt es natürlich, wenn auch vielleicht nicht ganz so platt, wie er tut. Der AK liefert ja auch alle 6 Monate eine neue Theorie über das Schicksal der vereinigten Organisation von KPD und GIM. Anfangs hieß es: „Die GIM macht das Rennen um die KPD-Reste". Heute wird das Hackebeilchen andersherum angesetzt: Die Mitglieder der Vierten Internationale in der VSP sind „als organisierter und organisierender Faktor innerhalb der VSP faktisch liquidiert". Die kapitulante Selbstliquidierung des Trotzkismus in der VSP wird geradzu beweint; die Tempotaschentücher werden leider nicht mitgeliefert. Nur die Botschaft ist immer wieder die gleiche: Irgendwelche Unzufriedenen, aus welcher Ecke auch immer, darin bestärken, daß Vereinigung von Linken im allgemeinen und VSP im besonderen keinen Sinn hat. Lieber zwanzig Grüppchen mit 20 sogenannten „reinen Linien" (welche ist egal), als das Zusammentun derjenigen, die die sozialistische Revolution wollen.

Sicher hat die VSP nach ihrem ersten Jahr noch Probleme, sich offensiv und selbstbewußt in die politischen Debatten einzuschalten. Sicher haben Teile der VSP Probleme, die noch nicht gelöst sind, mit Aspekten ihrer politisch-ideologischen Vergangenheit (Stichwort: Moskauer Prozesse). Sicher kann man belächeln, daß wir die ernsthafte Bemühung einer „ex-ML"-Organisation, des BWK, im Gegensatz zu früher etwas konkretes für die Einheit der Linken zu tun, begrüßen und wenn irgend möglich konstruktiv aufgreifen wollen.

Alle diese Probleme wären leichter lösbar, wenn sich die verbliebenen revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten alle zusammentun würden. Der KB heute läßt Trotzki und einigen seiner — auch m.E. immer noch wichtigen — Ideen mehr Ehre widerfahren, als einige VSP-Mitglieder. Sehr schön. In anderen Fragen (Stichwort: Verhältnis zur Arbeiterbewegung) stehen mir so gut wie alle VSP-Mitglieder näher als die KB-Mitglieder, deren Ansichten ich halbwegs kenne. Auch gut. Aber die Frage, auf die wir vom KB seit Jahr und Tag keine Antwort erhalten, lautet: Wie *rechtfertigt ihr mit prinzipiellen Gründen den Fortbestand der Zersplitterung der revolutionären Linken in der BRD?* Was spricht dagegen, sich auf Grundlage von gemeinsamen programmatischen Grundpositionen und gemeinsamer Praxis in den gesellschaftlichen Mobilisierungen zusammenzutun und in einer gemeinsamen Partei, in die wir nunmal real hineingehören, um verbleibende Meinungsverschiedenheiten und um die Gewinnung eines angemessenen Profils in der aktuellen politischen Auseinandersitzung zu ringen? Welchen Sinn seht Ihr darin, Minderheiten in der VSP oder in einer vielleicht bald entstehenden vereinigten Organisation VSP-BWK zu be-
ner vielleicht bald entstehenden vereinigten Organisation VSP-BWK zu be-
mitleiden und hochzuloben, anstatt mitzumachen und sie zu unterstützen, wenn denn die Übereinstimmung mit ihnen so groß ist?

Über die „kitzligen" Fragen in der VSP, wie Einschätzung der Sowjetunion und vergleichbarer Länder, über die Frage der internationalen Organisierung usw., führen wir sehr wohl die Diskussion. Siehe zur SU etwa das jüngst erschienene „SoZ-Magazin". Nur würden wir es für abartig halten, eine Übereinstimmung in allen geschichtlichen Fragen zur Voraussetzung der gemeinsamen Organisation zu machen. Die Vereinigung der Bolschewiki mit der Meshrajonka-Gruppe von Trotzki 1917 wäre auch nicht möglich gewesen, wenn eine Übereinstimmung darüber vorausgesetzt worden wäre, ob Lenin oder Trotzki 1903 recht gehabt hätten. Das wäre nicht Politik gewesen, sondern Kinderei. Ja, in der VSP gibt es noch einiges an „Handwerkelei". Dann helft uns doch, das zu überwinden: Forcieren wir die Zusammenarbeit überall da, wo wir gemeinsame Ziele verfolgen; fangen wir — anknüpfend an unser erstes Gespräch — mit einer *ernsthaften* Prüfung an, ob wir uns nicht zusammenschließen können und müssen. Legt das Hackebeilchen zusammen mit den anderen Requisiten unseliger Sektiererzeiten endgültig beiseite und grabt dafür mit uns zusammen das revolutionäre Schlachtbeil aus!!

Beste Grüße,
Manuel Kellner

Ritual

Betr.: „Linke und Gewalt" (AK 288, S. 9)

Zu Recht stellen die Autoren fest, daß es innerhalb der radikalen Linken zwei Pole gäbe, die einen beteiligten sich lieber an militärischen, die anderen an seminaristischen Unternehmungen. Von der hohen Warte des Seminaristen-Schreibtisches lehren sie dann auch den Militaristen die linke Wahrheit.

Und wenn sie sich nicht dauernd von den Grünis distanzieren würden, könnte man meinen, sie seien selber welche. „Die beiden Menschen auf ihre Funktion als Polizisten zu reduzieren, folgt der brutalen Abstraktionsmethode, mit welcher der Kapitalismus die Menschen von ihrem Menschsein entledigt ..." „Für den Staat sind Polizisten tatsächlich keine Menschen, sondern lediglich Instrumente ..." „Für uns Linke jedoch geht es darum, den Menschen von seiner Charaktermaske zu befreien ..." Das ist die Begründung (marxistisch!!!) für die Aufforderung an die Linken: 1. Den Tod der zwei Bullen nicht nur deshalb zu bedauern, weil der Staat uns jetzt noch schärfer an die Gurgel will, und 2. sich nicht damit zu trösten, daß es sich um „bloß zwei Bullen" handelte, weil's nämlich in erster Linie Menschen wären. Und das ist *verlogen*. In der Tat geht mir der Tod zweier Bullen nicht sonderlich zu Herzen. Mir stehen die Toten aus den eigenen Reihen wesentlich näher. Zum Beispiel deshalb, weil Bullen für mich in erster Linie Instrumente sind und keine Menschen. Da halt ich's mit dem Staat. Sie mögen ja sehr nett sein, privat. Aber im Dienst haun sie mir den Schädel ein. Sie tun halt ihre Pflicht, wie es Charaktermasken so an sich haben. Und wenn dann eine/r gescheit daherredet, von wegen wir Linken wollen doch diese Charaktermasken runterreißen und den Menschen dahinter befreien, dann muß er/sie erklären, wie mensch das macht. Blumen in die Knarren stecken, hat sich übrigens nicht bewährt. Also: Warum sagen sie nicht, daß nur durch den *gewalttätigen* Prozeß der Revolution, durch die Abschaffung des kapitalistischen Staats- und Gesellschaftssystems (= Charaktermaskenproduzent) ein Bulle wieder ganz Mensch wird? Warum wollen sie, daß wir Tränen zerdrücken ob der Toten? Warum reicht es ihnen nicht aus, lapidar festzustellen: wer aus Demos heraus schießt, schadet der eigenen Sache?

Weil's ihnen gar nicht so sehr um die Schüsse in Frankfurt geht. Die Linke Liste Frankfurt hat lediglich einen
Schüsse in Frankfurt geht. Die Linke Liste Frankfurt hat lediglich einen
Aufhänger gefunden, um der praktizierten Militanz eine totale Abfuhr zu urteilen. Listigerweise aber auf dem Umweg der grundsätzlichen theoretischen Anerkennung der Militanz als politischem Mittel. Denn als Linker hat mensch ja einen Anspruch. Es wird ausgeführt: „Militantes Vorgehen, um politischen Zielen Nachdruck zu verleihen, unterliegt konkreten und historischen Bedingungen in einer Gesellschaft ..." Danach wird eine ganze Passage lang auf „Militanzrituale" geschimpft, die geforderten Bedingungen für die Rechtfertigung von Militanz werden nicht genannt. Aber ein Beispiel haben sie doch auf Lager: Das Werfen verstrahlten Gemüses auf die Fensterscheiben des Römers nach Tschernobyl. Bezeichnenderweise wird nicht der beachtliche Tschernobyl-Glasbruch am Hamburger Rathaus aufgeführt. Das war wohl schon zuviel des Guten? Auch finden sie's richtig, „die in Wackersdorf entstandene (!) Massenmilitanz aufzugreifen ..." Da ist nix entstanden, Freunde! Das haben die Autonomen angefangen und solange fortgesetzt, bis viele Nicht-Autonome mitgemacht haben.

Daß Militanz in der BRD zum Ritual verkomme, bedauern sie langatmig. Dieses Wort „Ritual" im Zusammenhang mit Autonomen und ihrem Auftreten wird übrigens seit Monaten von der bürgerlichen Presse zur Verächtlichmachung der Militanten, bzw. zur *Entpolitisierung* und *Psychologisierung* der Erscheinung 'Militanz' verwendet. Und das zum Abschluß: Eine „legale, radikale Linke" wird häufig mit ihren Konsensen, die nie begründet werden, angeführt. „Hier existiert eine Moral, die immerhin noch in der Lage ist, mitzufühlen, die es nicht zuläßt, blindlings draufloszudreschen." „Eine Moral des Mitfühlens ...", „konstitutive Tötungshemmung", „nie darf die Anwendung der Mittel einfach vom politischen Gegner kopiert werden" ... Abgeschmackt, moralisierend und vor allem vorwurfsvoll. Als müßte mensch all das irgendwelchen halbvertierten Rambos erklären. Wollen sie auch. Denn: „als Betriebsunfall läßt sich das Geschehen von Frankfurt nicht bagatellisieren", aber als notwendige Konsequenz autonomer Politik dramatisieren!? Das wollten sie uns doch beweisen, die Frankfurter Seminaristen.

JW

Das Leben von Brigitte Heinrich

Brigitte Heinrich ist gestorben. Am 29.12.87 erlag sie, sechsundvierzigjährig, nach vorausgegangener Magenkolik und Bronchitis einem Herzinfarkt. Überraschend, wie es in den Nachrufen heißt. Und doch nicht überraschend: Seit ihrer fünfmonatigen Isolationshaft 1975, in der sie an Lymphknotenkrebs erkrankte, war ihre Gesundheit angeschlagen. Wie trauern mit ihren Angehörigen und der großen Zahl ihrer politischen FreundInnen. Ihr Tod ist ein Grund zur Besinnung. Sie hinterläßt eine Lücke, wo sie aus ihren langjährigen Aktivitäten gegen staatliche Unterdrückung hier und — aktuell als Abgeordnete der GRÜNEN im Europaparlament — auch international gerissen wurde. Wenn ihr Tod überrascht, dann wegen des kämpferischen Lebens, das sie trotz ihrer zunehmenden Krankheit führte. Besinnung auf ihren Tod bedeutet Besinnung auf ihr Leben und die Ziele, für die sie eintrat.

Sie gehörte zu den Oldies, war eine von denen, die heute so gern als APO-Oma oder 68er Fossil betitelt werden, bewegte sich mit ihren aktuellen Aktivitäten in der Kontinuität des antiimperialistischen und antifaschistischen Schubs dieser Jahre. Aktuell stand Südafrika bei ihr auf der Tagesordnung, arbeitete sie an einer Entschließung, mit der im Euopaparlament die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem ehemaligen KZ Drütte bei Salzgitter gefordert werden sollte. Anders gesagt, wir fühlen uns mit ihr verbunden, auch wenn sie einen anderen politischen Weg gewählt hat als wir.

Proteste gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg standen am Anfang ihres politischen Weges. Als Examinandin der Volkswirtschaft war sie 1969 Pressereferentin des Bundesvorstands des ,,Sozialistischen deutschen Studentenbundes'' (SDS).

Sie engagierte sich, ausgehend von der Frankfurter Szene, für den palästinensischen Befreiungskampf, besuchte nach den Massakern an Palästinensern 1970 selbst Jordanien. Sie trat mit Artikeln im ,,Kursbuch'', in der ,,Voltaire-Flugschrift'', mit Büchern über ,,D-Mark-Imperialismus'', ,,NATO-Partner Türkei'' u.a.m. hervor, wurde Redakteurin der Frankfurter Studentenzeitung ,,diskurs'', Mitarbeiterin von ,,Libération''. Im Winter 73/74 bekam sie einen Lehrauftrag für ,,Internationale Beziehungen'' im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Uni.

Ende 1974 geriet sie in den Strudel der RAF-Hetze. Am 26. November wurde sie aufgrund von Falschaussagen zusammen mit 16 weiteren Personen, vor allem Frauen, bei der bundesweiten Razzia ,,Aktion Winterreise'' verhaftet. Als ,,Aktion Wasserschlag'' ging das Unternehmen ins unrühmliche Register des BKA ein. Alle 16 Festgenommenen mußten wieder entlassen werden. Brigitte wurde 5 Monate wegen ,,Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung'' in Isolationshaft gehalten. Sie beschreibt diese Zeit später selbst so: ,,*Nach knapp fünf Monaten war ich wieder draußen und kam mir so richtig verarscht vor. Die Isolationshaft hatte mir zugesetzt, im Knast war ich krank geworden, danach brauchte ich ziemlich lange, um mich zurückzuintegrieren, die Uni-Spitze war der Ansicht, als Lehrbeauftragte sei ich nicht mehr tragbar, und so verlor ich gegen den Protest der Studenten die Arbeit, die mir Spaß gemacht hatte. Schreiben konnte ich zunächst auch nicht mehr, Konzentrationsstörungen, die in der Knastisolation begonnen hatten, kamen draußen erst so richtig zum Vorschein. Ich durfte die BRD nicht verlassen, Paß und Personalausweis waren beschlagnahmt, wöchentlich zweimal mußte ich zu den Bullen rennen, um denen zu zeigen, daß ich nicht geflohen war.*

Zwei Jahre später hat die Bundesanwaltschaft, ohne daß jemand darum gebeten hatte, den Winterreisehaftbefehl in aller Stille aufgehoben. Das alles war für sie uninteressant geworden. Am selben Tag setzte sie einen neuen Haftbefehl durch, mit dem Unterschied zu dem vorangegangenen, daß ich mich ,nur' noch einmal wöchentlich bei der Polizei melden mußte, die BRD und West-Berlin nicht verlassen durfte und immerhin den Personalausweis ausgehändigt bekam. Fünfeinviertel Jahre dauerten insgesamt die polizeilichen Meldeauflagen.'' (AK 211, 1981)

Aber damit nicht genug: Am 4.10.79 wurde erneut Anklage gegen sie erhoben. BKA und Bundesanwaltschaft beschuldigten sie, Handgranaten und Tellerminen aus der Schweiz in die BRD geschmuggelt und an die RAF weitergegeben zu haben.

Der Prozeß wurde ein Skandal, soweit dieses Wort angesichts der vielen ähnlichen Skandale dieser Jahre noch etwas aussagt: Kein Zeuge der Anklage wurde direkt vernommen. Die Anklage stützte sich lediglich auf Ermittlungsvermerke und die erpreßte Aussage eines Schweizers. Sein Widerruf wurde im Prozeß als ,,Gefälligkeitsaussage'' abgetan. Der Entlastungszeuge Egloff, dem freies Geleit in der BRD zugesichert worden war, wurde verhaftet, nachdem er ausgesagt hatte, daß Brigitte an dem Minen- und Handgranatentransport nicht beteiligt gewesen sei. Begründung: Verdacht auf Falschaussage.

Der Prozeß zog sich über 10 Monate hin. Im Urteil wurde der Vorwurf nach 129a fallengelassen. Brigitte erhielt trotzdem 21 Monate ohne Bewährung wegen ,,Verletzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes''. Nach über einem Jahr wurde die Revision abgelehnt. Acht Jahre nach dem konstruierten Tatvorwurf mußte Brigitte die Haft antreten, bei Anrechnung der Untersuchungshaft insgesamt fast ein Jahr, wenn auch das meiste als ,,Freigängerin''.

Observation vom Anbeginn ihrer politischen Tätigkeit, Verhaftung, Isolation, Freiheitsbeschränkung durch Polizeiauflagen, der zerrüttende Prozeß, die Wiederverhaftung wurden für Brigitte zum seelischen, körperlichen und politischen Trauma. Auch darin steht sie für ihre Generation. Mensch braucht nicht zu spekulieren, ihren frühen Tod für eine Folge dieses Traumas zu halten.

1984 zog Brigitte als Kandidatin der hessischen GRÜNEN ins Europaparlament ein, wo sie als Abgeordnete der ,,Regenbogenfraktion'' ,,mit ihrer antiimperialistischen Überzeugung eine kleine europäische ,Nebenaußenpolitik''' betrieb, wie die ,,taz'' freundlich, wenn auch vielleicht etwas übertrieben schrieb.

Mit dem Tod Brigitte Heinrichs bricht ein Stück Kontinuität weg. Die Zahl derer, die aus eigenem Erleben an die '68er Revolte, die ,,wilde Zeit'', die Unversöhnlichkeit gegenüber dem ,,System'' etc. anknüpfen können oder wollen, wird kleiner. Mensch fühlt sich an sein eigenes Altern und das der ganzen Bewegung erinnert.

F.

bekam sie einen Lehrauftrag für ,,In- weitergegeben zu haben. F.

Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren
Kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese
sind unentbehrlich.

Bertolt Brecht

Inhalt

Nahost

